Heft 3 März 1989 6,- DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

- § 129a
- Ein Anschlag auf die Linke (13 Seiten Sonderteil)
- Berlin: Wie Neo sind die Nazis?
- Moskau: Schwule sind krank
- Wien: Marx-Brothers vor der Oper
- Deutsch oder/statt Duden

Ingrid Strobl (seit Dezember 1987 in Beugehaft)

in konkret März 1989

Von Konkret

An Konkret

Rechts, wo der Blinddarm ist von Hermann L. Gremliza

Ich bin nix, ich kann nix von Detlef zum Winkel
Das allgemeine Entsetzen über den Berliner Wahlerfolg der Neonazis zeugt von Verdrängung: Schließlich ist, was sich dort mal wieder zählbar artikulierte, Teil jenes rechtsradikalen Spektrums, das sich auch noch 1945 in der Bundesrepublik politisch hat kontinuierlich fortpflanzen können. Wie aber sieht sie aus, die Welt des »Republikaner«-Chefs Schönhuber und seiner Gefolgschaft? In seinen Erinnerungen hat der ehemalige Angehörige der Leibstandarte Adolf Hitler ihr Bild gezeichnet: ein Panorama aus Ressentiment, Mord, Sauferei und »amoureusen Patrouillengängen«

Zum dritten von Reinhard Kühnl
NSDAP, NPD, Republikaner – Wie Neo sind die Nazis?

»Wir bilden den rechten Flügel des Bundesadlers« von Bernd Siegler
Wer sind die »Republikaner«? Bessere Übersicht als eine Analyse ihrer verquasten Reden schafft ein Blick auf die politische Herkunft ihrer Ideologen und Funktionäre. Um Schönhuber versammelt sich alles, was bislang in der rechtsextremistischen Ecke sein Unwesen getrieben hat: Alte und neue Nazis, die halbe NPD, DVU-Gesindel, die professoralen Geschichtsumschreiber, »Adenauer-Preis«-Träger und Vertriebenen-Funktionäre

»Wir waren nicht dabei« von Jan Philipp Reemtsma
Muß, wer aus Altersgründen während der Nazi-Zeit nicht handeln konnte, Nachsicht üben mit jenen, die dem Regime damals dienten? Das jedenfalls fordern der Philosoph Jürgen Habermas und der Schriftsteller Rolf Hochhuth

Le Cod Noir von Luc Reinette
Während sich die Nation an den Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag der Großen Revolution berauscht, verschachert der französische Staat in einem kolonialistischen Deal die Menschen der Karibik an die Europäische Gemeinschaft. Der folgende Text macht darauf aufmerksam, daß die schwarzen Völker noch immer weltweit gegen die weiße Herrschaft und Unterdrückung kämpfen müssen . Er wurde in einem französischen Gefängnis als Offener Brief an Nelson Mandela formuliert. Sein Verfasser ist Mitglied des Nationalen Rates des guadeloupensischen Widerstandes (CNRG)

NOU PA EWOPEYEN von Dorothee Piermont
Anmerkungen zum Artikel »Le Cod Noir«Noch immer gehen die Staaten der Europäischen Gemeinschaft über Leichen, um ihr kolonialistischen Ambitionen zu verteidigen Schließlich benötigen sie ihre überseeischen Departements als Schaufenster und Stützpunkt einer aggressiven Export- und Militärpolitik

Sooner or later von Kurt Hübner
Entgegen den Prognosen linker Ökonomen konnte die kapitalistische Wirtschaft auch 1988 hohe Wachstumsraten verbuchen. In KONKRET 2/89 (»One day or another«) hat Winfried Wolf dennoch auf der prinzipiellen Gültigkeit der Krisen-Prognosen beharrt und versucht, das momentane Ausbleiben einer Rezession zu erklären. Hübner wirft ihm Oberflächlichkeit vor und bemüht sich, selber eine überzeugendere Prognose zu formulieren

ICD 9. Revision von Michael Bentfeld

In Bonn üben sich die Sozialdemokraten in verbalradikalen Attacken auf die Regierungspläne zur Reform des Gesundheitswesens. In Hamburg aber haben sie bereits vor einem halben Jahr einen Modellversuch gestartet, der in vorauseilendem Gehorsam das konservative Programm übererfüllt: Zwecks Rationalisierung des Krankenhausbetriebes werden dort die Daten nahezu aller Patienten durchgemustert und nach Rentabilitätskriterien abgespeichert

Einer von vielen von Günter Amendt

Die Monatszeitschrift »Sowjetunion heute« publiziert sexistische und homosexuellenfeindliche Texte. Nachdem er bereits in KONKRET 12/88 per Offenem Brief gegen ihren Bericht von den Moskauer Miß-Wahlen protestierte, wendet Amendt sich jetzt gegen die Behauptung, Homosexualität sei eine »gefährliche Krankheit«~ die das von der sowjetischen Botschaft in Bonn herausgebrachte Blatt in seiner Januar-Ausgabe verbreitete

Homosexuelle Pädophilie von Gunter Schmidt

Mit der Begründung, der Autor befürworte und verharmlose pädophile Handlungen, wurde die Veröffentlichung des folgenden Beitrages von der Redaktion des »pro familia magazins« abgelehnt. Er sollte im Schwerpunktheft »Sexueller Mißbrauch« in diesen Tagen erscheinen. Das »pro familia magazin« wird vom Bundesverband der Pro Familia herausgegeben.Schmidt schreibt uns zu diesem Vorgang:

»Mit jedem Schweinehund« von Otto Köhler

Kaum hatte die Anti-Hitler-Koalition die Kapitulation der NS-Wehrmacht erzwungen, warb der Geheimdienst der USA die in Ostspionage erfahrenen Nazis an – auch deren Chef, den späteren Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen. Der amerikanische Journalist Christopher Simpson hat dazu neues Material gefunden

§ 129a

»Frohe Ostern, RAF, RAF« von Oliver Tolmein

Nachdem der Gesetzgeber den Paragraphen 129a zum 1.1.1987 verschärft hat, sind jetzt die »unabhängigen« Gerichte dabei, die Schraube weiter anzuziehen Wer Mitglied in einer »terroristischen Vereinigung« ist, bestimmen künftig die Oberlandesgerichte

Hauptsache: im Knast von Rolf Gössner

14 Monate saß Ingrid Strobl in Untersuchungshaft, bis der Prozeß gegen sie eröffnet wurde. Ulla Penselin, gegen die die Anklage nicht einmal zugelassen wurde, mußte neun Monate zum Teil unter Isolationshaftbedingungen im Knast verbringen. In Stuttgart, Frankfurt, Butzbach und Westberlin sitzen seit Monaten Leute ein, denen irgendwann einmal wegen angeblicher Verstöße gegen den § 129a der Prozeß gemacht werden soll: Der Einsatz der Untersuchungshaft als Beugehaft und Bestrafungsmittel, das einzusetzen es keines Prozesses bedarf, ist im Alltag der bundesdeutschen Justiz nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Terroristische Einzeltäter-Vereinigung von Bernd Siegler

Weder die »Wehrsportgruppe Hoffmann« noch die »Nationale Sammlung« gelten bundesdeutschen Richtern als »terroristische Vereinigung« Das Oktoberfest-Attentat war die Tat eines Einzelnen, und Hoffmann wird, ohne daß es einer Amnestie-Diskussion bedürfe, Ende April wahrscheinlich aus der Haft entlassen werden Der 129a ist kein Paragraph gegen Rechtsterroristen

Termine

»Das hat nichts von Druck« von Monika Berberich; Roland Mayer

Haben die Gefangenen aus der RAF für ihren neuerlichen Hungerstreik den richtigen Zeitpunkt gewählt? Welche Bedeutung hat es für die Gefangenen selbst, welche für den politischen Kampf außerhalb der Knäste? Gibt es eine Chance, die Forderung

nach Zusammenlegung jetzt durchzusetzen? KONKRET sprach mit zwei ehemaligen Gefangenen aus der RAF, die Ende letzten Jahres noch knapp 18jähriger (Monika Berberich) bzw. 12jähriger (Roland Mayer) Haft entlassen wurden

Sinn ohn´ Form von Oliver Tolmein

»Jeder von uns ist das Kollektiv« von Helmut Pohl

Seit dem 1 Februar befinden sich die Gefangenen aus der RAF erneut im Hungerstreik für die Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen und für die Freilassung derjenigen, deren Gesundheit unter Knastbedingungen nicht wiederhergestellt werden kann KONKRET dokumentiert die Hungerstreikerklärung

»Das ächte Stämpel der Gemeinheit« von Gerd-Peter Kossler

Der 1985 neu edierte handschriftliche Nachlaß des Philosophen Arthur Schopenhauer (dtv) enthält das umfangreiche Material für eine geplante, aber nie realisierte Abhandlung »Ueber die, seit einigen Jahren methodisch betriebene Verhunzung der deutschen Sprache.« Der Autor bemerkt am Schluß: »Ich bin weitläufig gewesen und habe geschulmeistert; wozu ich mich wahrlich nicht hergegeben haben würde, wenn nicht die deutsche Sprache bedroht wäre; an nichts in Deutschland nehme ich größern Antheil als an ihr...« Nun, dem Manne selbst konnte zwar nicht mehr geholfen werden, aber zwanzig Jahre nach seinem Tod, 1880, erschien der erste DUDEN – damals wie heute »grundlegend für gutes Deutsch« sowie »unentbehrlich für richtiges Deutsch«. Eine Gegenüberstellung mit Auszügen aus beiden Werten zeigt: Was Schopenhauer noch fragwürdig vorkam, darüber bestehen heute keinerlei Zweifel mehr

Landnahme von Michael Scharang

»Warum führt Turrini seine Arbeiter vor wie André Heller die Neger?« fragte Georg Heinzen in KONKRET 12/88 und warf dem österreichischen Schriftsteller vor, er habe die Arbeiter verraten, indem er sie ans Theater auslieferte. Scharang attestiert Heinzen »besserwisserisches Getue« und »kolonialistische Allüren«

Frustrierter Verräter von Wolfgang Pohrt

Unter dem Titel »Verschüttete Wirklichkeit. Die unaufhaltsame Coca-Colonisierung der Bundesrepublik« veröffentlichte die »Süddeutsche Zeitung« am 19. November 1988 in ihrer Wochenendbeilage einen Aufsatz des Schlagertexters und Schallplattenproduzenten Michael Kunze. Darin beklagt Kunze, der in den 70er Jahren mit seiner Pop-Gruppe »Silver-Convention« auch in den USA reüssierte – »Wenn man aus der musikalischen Provinz Deutschland herauskommen will, dann gibt es eben nur Amerika« – , die Überfremdung des bundesdeutschen Unterhaltungsbetriebs durch ausländische Produktionen: »die stetige Umwandlung Westdeutschlands in einen McDonald-Laden«.Pohrts Antwort, auf Anfrage der »SZ« verfaßt, wollte das Blatt jedoch nicht oder nur um ihre historischen Verweise gekappt drucken. Sie erscheint daher in KONKRET

Buch des Monats - Die Not und nicht die Lust von Christel Dormagen

Deutsche Literatur von Frauen. Herausgegeben von Gisela Brinker-Gabler, 2 Bände, zus 1153 S. Vorlag C H Beck, München 1988, 116 Mark, einzeln pro Band 63 Mark

Ich habe gelesen von Matthias Altenburg

»Drucken und Nichtdrucken« von Klaus Höpcke; Uwe Klußmann

Die DDR, jahrzehntelang gescholten wegen ihrer Gefolgschaftstreue gegenüber der KPdSU, sieht sich nun dem Vorwurf ausgesetzt, dem Moskauer Vorbild nicht folgen zu wollen: nix Glasnost, nix Perestrojka. KONKRET-Mitarbeiter Uwe Klußmann befragte den stellvertretenden Kulturminister der DDR, Klaus Höpcke, der in der Bürgerpresse als Oberzensor der DDR-Literatur gilt

Stammtisch auf Sendung von Peter Körte

In seinem neuen Film »Talk Radio« führt Oliver Stone die letzte Errungenschaft der US-Medien vor: den »Schock-Rundfunk«, der Rassisten, Perversen und Verzweifelten Gelegenheit gibt, sich einmal gründlich auszukotzen

Gloria lebt! von Peter Krauß

Vom Versehen. Vom Erinnern. Vom Nachsehen. Oder: eine kleine Korrespondenz mit Anhang, acht Jahre nach John Cassavetes' Film »Gloria«.

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Dank an die Randalierer von Michael Scharang

Meldung der Nachrichtenagentur AP: »Zu schweren Krawallen kam es am Donnerstagabend (2.2.89) in Wien, wo Tausende gegen den gleichzeitig stattfindenden Ball im Wiener Opernbaus protestierten. Es gab Verletzte und beträchtlichen Sachschaden«

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 03/89, S. 4

Von Konkret

Am Schluß eines Interviews mit dem »Spiegel« über den von ihr gewünschten Dialog mit den politischen Gefangenen sagte die grüne Pastorin Antje Vollmer:

Wir registrieren erstaunt die späte Heimkehr der ruhelosen Geister der RAF in die Leitartikel ausgerechnet von KONKRET – nachdem dieses Blatt vor 20 Jahren Ulrike Meinhof davongejagt hat. Dies Bedürfnis nach mumifizierten Helden der alten Schlachten ist deutsch. Wer kann dagegen ankommen?

Frau Vollmer weiß, daß keiner der heute bei KONKRET Arbeitenden auch nur das Geringste mit Ulrike Meinhofs Ausscheiden aus dem alten Konkret-Verlag zu tun hatte; sie weiß auch, daß Gremlizas Bedürfnisse generell etwas weniger »deutsch« sind als die ihren und die ihres Dialogpartners Waiser, und daß der Geist von G.s Kolunnen es seit 15 Jahren mit der Ruhelosigkeit der im selben Zeitraum von Marx und Mao über den Club of Rome zu Jesus und nun wohl zu Rebmann Verschlagenen nicht aufnehmen kann, weshalb sie auch keinen Versuch macht, ihre offenbar als Handreichung für den Generalbundesanwalt gedachte Unterstellung zu belegen. Soll man sagen: Sie lügt? Nicht doch: Frau Vollmer predigt.

Die Schlacht zwischen der Bundesrepublik Deutschland (Exportüberschuß 1989: 128 Milliarden Mark) und dem Schriftsteller Horst Tomayer (Druckseitenhonorar: 400 Mark) tobt weiter. Nachdem die Staatsgewalt wegen einer Neufassung da sog. Nationalhymne (»Von Beethoven bis Bergen-Belsen/ Von Wackersdorf bis Asylantenzelt/ Deutschland, Deutschland hyper alles/ Du schönstes Biotop der Welt«) Tomayers Wohnung durchwühlt, sein Buch (»Hirnverbranntes und Feinziseliertes - Tomayers kleines Poesie- und Prosa-Armageddon«) beschlagnahmt und den Autoren wegen Verunglimpfung eines nationalen Symbols angeklagt hatte, sprach zwar der Hamburger Amtsrichter Kleemann (»Es würde meiner Auffassung von Rechtsstaat widersprechen, wenn man derartige Dinge nicht äußern darf«) den Staatsschänder frei. Zwei Tage später aber kündigte die offenbar unterbeschäftigte Staatsanwaltschaft an, daß sie Deutschland so über alles liebt, daß sie Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen wird. Bis alles in Scherben fällt. Oder auch: Sie machen es selber, daß ihnen der gemeine Mann feind wird.

In KONKRET 2/89 erschien ein Beitrag von Elisabeth Rieping über ein Treffen von Gegnerinnen der Gentechnologie. Die Redaktion hatte das Manuskript als bissige Selbstkritik einer der dort versammelten Frauen (Wie anders sollte die Autorin Zutritt zu dieser Versammlung erlangt haben?) verstanden und in Druck gegeben. Nachträglich stellt sich heraus, daß Elisabeth Rieping auch für die PR-Zeitschrift des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie schreibt. Diese Tatsache weckt erstens Zweifel am Wahrheitsgehalt des Beschriebenen und setzt die Autorin zweitens dem Verdacht aus, daß ihr Beitrag weniger der Kritik einer kritikwürdigen Szene als der Denunziation von Gegnerinnen der Pharma-Industrie dienen sollte. (Ein Indiz dafür, das die Redaktion übersehen hat, ist die Formulierung: »Als Gruppe halten sie soviel von der Durchmischung wie andere von der Durchrassung.« Der Vergleich impliziert strukturelle Ähnlichkeiten zwischen dem rassistischen Vokabular Stoibers und dem zumindest einer Teilnehmerin des geschilderten Treffens, ohne daß das Wort »Durchmischung«, das tatsächlich an »Durchrassung« anknüpft, als Zitat ausgewiesen worden wäre. Mehrere Teilnehmerinnen versichern denn auch, daß es nicht gefallen, sondern vielmehr nur von »gemischten Zusammenhängen« die Rede gewesen sei.) Hätte die Redaktion von Frau Riepings Artikeln in der Pharma-Presse gewußt, wäre ihr Beitrag «Sommerpflanzen« in KONKRET nicht erschienen.

Seit Beginn des Prozesses gegen Ingrid Strobl geben Katja Leyrer und der KONKRET-Redakteur Oliver Tolmein eine Info-Zeitung unter dem Titel »clockwork 129a« heraus, die jeweils an den auf die Prozeßtage folgenden Samstagen erscheint (zu beziehen ab 15 Exemplaren über den Neuen Konkret Verlag).

Eine Überprüfung der Abo-Abgänge ergab: Wegen der Verleihung des Karl Kraus-Preises an Günter Wallraff haben rund 300 KONKRET-Leser ihr Abonnement gekündigt. Wegen der KONKRET-Titelgeschichte »Christentum: 2.000 Jahre sind genug« (3/88) haben 900 Leser ihr Abonnement gekündigt. Die Jünger Christi sind noch empfindlicher als die seines Nachfolgers

ment gekündigt. Die Jünger Christi sind noch empfindlicher als die sines Nachfolgers.

konkret 03/89, S. 6

An Konkret

Stolz seyn

KONKRET 1/89 »Volk ohne Kopf«, über die »Nation« schrieb Hermann L Gremliza

Zum Thema Nationalismus sollte man auch noch die folgende Feststellung Schopenhauers heranziehen: »Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz: Denn er verräth in dem damit Behafteten den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die er stolz seyn könnte, indem er sonst nicht zu Dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen theilt. Wer bedeutende persönliche Vorzüge besitzt, wird vielmehr die Fehler seiner eigenen Nation, da er sie beständig vor Augen hat, am deutlichsten erkennen. Aber jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, darauf er stolz seyn könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu seyn: hieran erholt er sich und ist nun dankbarlich bereit, alle Fehler und Thorheiten, die ihr eigen sind, mit Händen und Füßen zu vertheidigen.«

aus: Arthur Schopenhauer, Aphorismen zur Lebensweisheit, Diogenes Tb. 394.

Wolfgang Hauke

Aachen

Scheiß?

KONKRET 2/89 »Vom Wesen des Unterkassierers«, Bericht von Georg Heinzen über den 9 ordentlichen Parteitag der DKP

Im Rahmen des o.g. Artikels habt Ihr den »aus Zeit- und Quotierungsgründen nicht gehaltenen« Diskussionsbeitrag von Georg Fülberth abgedruckt.

Hierzu habe ich nun Fragen:

a) an die Redaktion:

Plant Ihr – z.B. in Form einer Artikelserie – nun den Abdruck aller auf dem Frankfurter Parteitag aus den genannten Gründen nicht gehaltenen Diskussionsbeiträge? Wenn ja: Wodurch wird die Reihenfolge des Abdrucks bestimmt? Quotiert? Strömungszugehörig? Altersmäßig? Oder nach Schuhgröße?

b) an Georg Fülberth:

Meines Wissens hat der Parteitag nach inhaltlicher Diskussion mehrheitlich beschlossen, daß die nichtgehaltenen Diskussionsbeiträge nicht veröffentlicht werden.

Du als in der Theorie »beschlagenes« Mitglied der DKP solltest doch eigentlich den Stellenwert von Parteitagsbeschlüssen kennen. Oder hältst Du Dich nur an solche, die Dir »passen«? Nicht jede/r Delegierte des Frankfurter Parteitages hat eine solch exponierte Stellung mit entsprechenden Publikationsmöglichkeiten wie Du!

Also – letzte Frage – : Was soll der Scheiß?

Heinz- W. Hammer

Essen

Die »hauseigenen« Marxismusdebatten druckt Ihr protokollarisch genau ab, aber zum »9. ordentlichen Parteitag der DKP« tazt Ihr dann mehr als zweieinhalb Seiten Kalauer dahin. Es kann doch nicht angehen, daß im »Rheinischen Merkur« nachgelesen werden muß, weil dort wenigstens der Versuch zu finden war, Positionen und Probleme inhaltlicher Auseinandersetzungen dem Leser zu vermitteln.

Udo J. Müller

Bochum

Viel Erfolg

KONKRET 2/89 Streitgespräch »Linke suchen neue Ufer«

Seit einiger Zeit höre ich von der KONKRET Töne, die dazu angetan sein mögen, unserer schlafenden Linken das gemeinsame Handeln wieder möglich zu machen.

So ist auch das Streitgespräch der verschiedensten Richtungen, wie es von Wolfgang Gehrcke, Thomas Ebermann, Michael Stamm und Detlef zum Winkel geführt worden ist, ein wichtiger Schritt zu einer konstruktiven öffentlichen Diskussion. Das Ergebnis solcher Gepräche muß eine Bündelung der Kräfte gegen das Großkapital und seine lebensbedrohende Existenz sein.

Solch ein antiimperialistisches Bündnis muß alle Strömungen, die für eine Veränderung der bestehenden Ordnung sind, umfassen.

Walter Drexler

Wolfsburg

Bröckelig

KONKRET 2/89 »Vom Protest zum Infostand«, Miriam Lang über den Uni-Streik

Institutsbesetzungen sind eine tolle Sache, und es mag ja sein, daß die PolitologInnen zum »radikalen Flügel der Streikbewegung gehören« – interessant ist aber doch vor allem die Frage, wie sich die StudentInnen verhalten, die den deutlich restriktiveren Studien- und Prüfungsordnungen unterliegen, also letztlich mehr riskieren. Und da muß man feststellen, daß die »Streikfront« doch recht bröckelig ist.

Die vielzitierten und hochgejubelten Autonomen Seminare, in denen selbstbestimmtes Lernen und Arbeiten realisiert werden sollte, zeichnen sich durch eine besondere Form der Kontinuität aus – sie lösen sich kontinuierlich in Wohlgefallen auf. Das könnte daran liegen, daß das Interesse an Selbstbestimmung dort ein Ende findet, wo sie mit Arbeit verbunden ist; ich will jedoch keine zynischen Spekulationen betreiben.

Die Kritik aber, das »behäbige Zuürcklehnen« und die mangelnde Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen seien »ein Grund dafür, daß es nicht gelang, die gesellschaftlichen Ansätze der Streikbewegung gegenüber den ständischen Elementen in den Vordergrund zu rücken«, kehrt Ursache und Wirkung genau um. In den ersten Tagen wurde im Hinblick auf die Breite(nwirkung) der »Bewegung« und den Minimalkonsens in den Forderungen alles ausgeblendet, was den studentischen Bedürfnissen nicht eindeutig zuzurechnen war. Aus dem Forderungskatalog der angehenden Ökonomen z. B. wurde ein Passus gegen die Gesundheitsreform gestrichen und dies, obwohl ältere Semester direkt betroffen sind.

Da dürfte es schon schwer fallen, einer arbeitslosen Sozialhilfeempfängerin klar zu machen, daß es notwendig ist, sich für Leute, die in fünf Jahren BAT 1a verdienen werden, eine blutige Nase zu holen.

Torsten Damerau

Student der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin

Tollhaus

KONKRET2/89 Diederichsen und Piwitt

Genossinnen & Genossen

1.) Diedrich Diederichsen: Alles richtig, mit Ausnahme des etwas täppischen Versuchs, aus dem HC (Hardcore) Linksfolklore zu machen (Musikgeschichte geschminkt?:) – es hat da auch weniger erfreuliche Erscheinungen, z. B. den NYHC (New York Hardcore) um Gruppen wie »Agnostic Front« und »Carnivore«, die sich bisweilen nicht entblöden, deutsche Bomberpiloten zu heroisieren oder den U-Bahn-Bronson Goetz zu feiern – auch das ist ein Tollhaus.

2.) Zu Piwitt & dem Mysterium des verwunschenen Gartens: »Wenn ich darüber nachgrüble, wie präzise und gut Männer über Frauen Bescheid wissen, fällt mir manchmal die alte Geschichte aus der Zeit der Napoleonischen Kriege ein, als ein Affe an die Südküste Englands gespült wurde; die Briten hängten ihn, weil sie ihn für einen Franzosen hielten.« Julian Barnes im RABEn XXI.

3.) Man merkt, verflucht, wie viel von den 6 Mark an Gremlizas Kolumne hängen, und vom eig'nen allmonatlichen Hoffen. Wie schrieb Ulrike Meinhof in der alten »konkret«, No. 21, 1968, so richtig?: »Kolumnismus ist Personalisierung«.

Henry Kater

Freiburg

Dampf abgelassen?

KONKRET 2/89 »Potente Homöopathen« von Gero von Randow

Wichtig wäre eine größere Anerkennung der Homöopathie als Therapieform, die nachweislich dort weiterhelfen kann, wo die Schulmedizin mit ihrer chemischen Dauersubstitution am Ende ist. Es gibt keinen Asthmatiker, der nach einer »Chemo-Therapie« ohne Arzneien und/oder Folgebeschwerden herumläuft. Nach einer homöopathischen Behandlung ist dies nachweislich möglich. Und Tschernobyl? Merkwürdig war in der Tat, daß danach potenziertes Radium (nicht der Stoff selbst !) in vielen Fällen geholfen hat.

Merkwürdig bleibt weiterhin, wenn plötzlich, ohne öffentlich gemachten Anlaß, andere potenzierte radioaktive Stoffe therapeutische Erfolge bringen: Vielleicht wurde in Stade oder Brunsbüttel mal wieder ein wenig Dampf abgelassen?

Es gibt Homöopathen, die diesbezüglich Ergebnisse austauschen und ihre eigenen Vermutungen haben, denn in dieser strahlenden Zeit, in der es uns allen an den Kragen geht, ist jeder Fingerzeig wichtig, der uns möglicherweise aus dem Dilemma hilft. Das nebenher auch andere Geisteshaltungen in dieser Sparte vertreten werden, die mit antiquierten Ansichten einhergehen, ist so lästig wie normal. Es gibt Homöopathen, die wären nicht traurig darüber, würde ein mit bestimmten Kollegen besetztes Flugzeug auf dem Weg zu einem ausländischen Kongreß im Bermuda-Dreieck verschwinden.

Martin Grassinger

Homöopath

Hamburg

konkret 03/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

Rechts, wo der Blinddarm ist

Schätzungsweise fünfzig Prozent der Bundesbürger sind Rassisten; die meisten von der gröberen Sorte, die nur noch Deutsche und Kanaken kennt, die anderen auf etwas umständlichere Weise; weitere vierzig Prozent nehmen sich zusammen, bis sie einmal befreit auflachen dürfen über den Witz von dem Mann, der nur zwei Dinge haßt: Rassendiskriminierung und Nigger an der Bar. Wer seine Kenntnis über die »demokratische Reife« dieser Gesellschaft nicht aus Leitartikeln der Bürgerpresse und von der Gefälligkeitsdemoskopie bezieht, wird diesen Befund nicht bezweifeln.

Der Haß ist alt. Daß er in seiner traditionellen Form, als Antisemitismus, nur selten und verdrückt sich äußert, hat nicht zuerst den einfachen Grund, daß die treusorgenden Herren Eltern den Gegenstand dieses Hasses nahezu vollständig beseitigt haben, was den Verzicht auf »Juden raus!«-Rufe natürlich erleichtert, sondern den noch einfacheren, daß die Brut sich nicht traut. Weil antisemitische Parolen das Ansehen der BRD in der Welt, das heißt vor allem: die Exportchancen, mindern würden, haben die staatstragende Klasse und ihre politischen Funktionäre dergleichen einfach verboten und Übertretungen mit spürbaren Sanktionen belegt, die sogar an brav reaktionären Bundestagspräsidenten exekutiert werden. Da hält man dann doch lieber das Maul.

Für »Ausländer raus!« gilt das nicht, besser: nicht mehr. Seit die Frage, ob die sogenannten ausländischen Mitbürger nicht vielmehr Schmarotzer seien, in den Kanon des gemeinsam-demokratischen Diskurses aufgestiegen ist und die »Sorgen und Ängste der Deutschen vor Überfremdung« sowie das Recht auf ein »von historischem Masochismus befreites Nationalbewußtsein« als verständlich und berechtigt anerkannt worden sind, ist – um im Jargon zu bleiben – Polen offen. Man darf. Auch deutsche Konterrevolutionäre stürmen den Bahnhof erst, nachdem man ihnen eine Bahnsteigkarte verkauft hat.

Ungewollt zwar, aber drastisch hat der »Spiegel« in einer »Hausmitteilung« die Rolle der Bürgerpresse beim Verteilen der Billets denunziert: *»Rundfunk-Mikrophone streckten sich dem Neuankömmling wie einem lang ersehnten Staatsbesucher entgegen«...25 Jahre ist es her, daß der»Spiegel«so über die Aufnahme eines Gastarbeiters in der Bundesrepublik berichten konnte. Das war 1964, und im ersten Gastarbeiter-Titel des »Spiegel« stand auch, daß »immer noch 600.000 bundesdeutsche Arbeitsplätze unbesetzt« waren. 1973 meldete ein »Spiegel«-Titel »Eine Million Türken« und beschrieb die »Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schwelt«. 1980 wurden »Angstreaktionen« und »Nazi-Reflexe« virulent – »Spiegel«-Titel »Ausländer raus? Fremdenhaß in der Bundesrepublik«. 1986 war die Angst vor den Asylanten titelreif: »Grenzen zu für Asylanten?«*

1980 galten dem Nachrichtenmagazin die »Angstreaktionen« und »Nazi-Reflexe« noch als Ausdruck von Fremdenhaß; 1986 war »die Angst« kein Reflex mehr, sondern, ganz geschäftsmäßig, »titelreif«. Wer hatte sie dazu gemacht? Natürlich die Kohl, Dregger, Strauß, Späth, Nolte, Hillgruber undsofort, samt ihrem dabei Schmiere stehenden Bilderbuchpräsidenten; auch Sozial- und Freidemokraten, die den Fremdenhaß ihrer Wähler (wie der »Spiegel« den seiner Leser) zu »Sorgen und Ängsten« adelten, die man ernstzunehmen habe. Beschämender aber doch die Rolle einer linken Intelligenz, die sich bis zum Ende der siebziger Jahre in Sachen Rassismus als Aufpasser verdient gemacht hatte und nun die »nationale Frage von links« aufzuwerfen begann sowie ihre »Liebe zu Deutschland« entdeckte. (Als wäre das einzig Liebenswerte daran nicht, daß es »Deutschland« seit 1945 nicht mehr gibt, weshalb lan Philipp Reemtsma eine entsprechende Umfrage mit der Gegenfrage beantwortet hat, ob man glaube, daß er nekrophil sei.) Es war die Friedensbewegung, die nicht genug die einzigartige, die Über alles-Bedrohung »Deutschlands« und »der Deutschen« und des »deutschen Bodens« beklagen und besingen konnte. Verlangte nicht sie und verlangen ihre Reste nicht noch heute die vollständige Souveränität der BRD, die Aufhebung der Rechte, die sich die Siegermächte vorbehalten haben? Wie, bitte, darf man sich den besonderen Vorzug erklären, den die Friedenskämpfer dem BRD-Kapital und seiner Regierung vor dessen amerikanischen, britischen und französischen Klassenkameraden geben?

Zwei Fragen am Rande: Hat nicht auch die DDR zur Förderung des »nationalen Gedankens« beigetragen, als sie Luther, Friedrich Il., Bismarck und zuletzt Nietzsche zu stolzen Erscheinungen der deutschen Geschichte verklärte? (Bewußtseinsbildung nach dem Intershop-Prinzip - damit, wie hier die finanziell, dort die kulturell Bessergestellten auch zu Ruhiggestellten würden.) Und zweitens: Könnte es sein, daß die auf Frieden um fast jeden Preis ausgerichtete Politik Gorbatschows unseren Nationalisten und Rassisten eine Furcht genommen hat, die sie bis dahin vor Experimenten zurückschrecken ließ? Haben sie es, weil sie dem Aberglauben anhingen, daß morgen die Russen kommen, vielleicht gestern etwas vorsichtiger angehen lassen?

Der Erfolg der »Republikaner« lehrt, daß Nationalisten und Rassisten durch die öffentliche Beachtung ihrer »Themen« nicht besänftigt, sondern ermutigt werden; daß die Prinzipien antiautoritärer Erziehung an ihnen verloren sind und sie nur

eines verstehen: den Stock – gesellschaftliche Ächtung, Drohung mit Entzug des Arbeitsplatzes und, wo sie laut werden, eins auf die Gosch; erfahrungsgemäß ist die Kohäsion von politischer Heldenpose und persönlicher Feigheit in diesem Milieu besonders eng. Die gerade aus heiterem Himmel gefallenen Sozialdemokraten und Liberalen aber wollen nicht lernen, sondern wissen's schon wieder besser. Der »Spiegel« findet, daß »mit flottlinken Parolen wie 'Türken rein, Nazis raus' dem Problem jedenfalls nicht beizukommen« sei, und nennt einen «besonnenen Linken«, wer jetzt Empfehlungen gibt wie der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel:

Ich bin für eine harte politische Auseinandersetzung und gegen Schikanen. Ich bin dagegen, daß man ihnen öffentliche Versammlungsräume verweigert... Ich bin dagegen, daß man sie von Fernsehveranstaltungen ausschließt... Ich bin dagegen, daß man sie von Podiumsdiskussionen aussperrt... Ich bin dagegen, daß man sie aus dem öffentlichen Dienst entfernt... Ich bin dafür, daß wir sie korrekt, aber mit menschlicher Kälte behandeln.

Das sagt der Funktionär einer Partei, die gegen Kommunisten mit großem politischem Erfolg Berufsverbote erlassen hat! Weil bis heute Briefträger, die der DKP angehören, entlassen werden, sollen wir uns morgen von Bullen verprügeln lassen, die in einer rassistischen Partei mitmarschieren. Ob es dem türkischen Arbeiter, der einem solchen Staatsdiener verdächtig erscheint, etwas nutzt, wenn er mit menschlicher Kälte reagiert? Der »Spiegel« jedenfalls, der so besonnen war, den Schönhuber zum Gespräch zu bitten, läßt auch die empfohlene Kälte nicht vermissen: »Zu der Frage, ob er überhaupt Gelegenheit zur Selbstdarstellung erhalten sollte, gab es in der Redaktion gegenläufige Stimmen. Aber auch eine *(mitläufige? – HLG)* Antwort: Schönhubers Partei ist demokratisch legitimiert; ein Widerstand gegen sie muß den demokratischen Spielregeln folgen.« Auf einem widerwärtigeren Strich ist das Wort »Widerstand« noch nicht prostituiert worden als in diesem Satz. Ach, wenn sie nur nicht immer ihr Geschäft mit Ethik vermengen und dieses unheilvolle Durcheinander von Kyffhäuser und Kaufhäuser (Kraus) anrichten wollten.

Und worin bestehen »Widerstand« und »harte politische Auseinandersetzung«? Darin, daß sich die Gemeinsamkeit der demokratisch Legitimierten darum streitet, ob man die sog. Wirtschaftsasylanten einfach rausschmeißt oder erst kurzen Prozeß macht, einigermaßen nach Gesetz und Verfassung abschiebt oder ihnen eine kleine Prämie mitgibt. Daß sie raus müssen, darüber sind sich alle (mit der – wie lange noch? – rühmlichen Ausnahme der Grünen) einig. Soweit aber reicht die Besonnenheit der Besonnensten nicht: Zu sagen, daß die »Wirtschaftsasylanten« Leute sind, die dorthin gingen, wohin seit Jahrhunderten der Reichtum ihrer Länder gegangen ist; wo das verfressen und versoffen wird, was aus ihnen für Verhungerlöhne herausgepreßt wurde und wird. Ihre Präsenz hier stört jenen Charme, den sich der Imperialismus damit erworben hat, daß er seine ärmsten Opfer an fernen Orten verrecken läßt. Die »Ängste und Sorgen« eines von dieser Ausplünderung profitierenden Proletariats ernst zu nehmen, hieße, ihm die Wahrheit zu sagen und es anzuhalten, die Verhältnisse, die es nicht umzustürzen wagt, für die am schwersten unter ihnen Leidenden so erträglich wie möglich zu machen.

(Von den »Volksdeutschen« zu reden, ist gottseidank kein Platz mehr. Was hör ich da? Ich sei ein antideutscher Rassist? Aber ich bitte Sie – ich habe nichts gegen Deutsche. Einige meiner besten Freunde sind Deutsche.)

konkret 03/89, S. 10

Detlef zum Winkel

Ich bin nix, ich kann nix

Das allgemeine Entsetzen über den Berliner Wahlerfolg der Neonazis zeugt von Verdrängung: Schließlich ist, was sich dort mal wieder zählbar artikulierte, Teil jenes rechtsradikalen Spektrums, das sich auch noch 1945 in der Bundesrepublik politisch hat kontinuierlich fortpflanzen können. Wie aber sieht sie aus, die Welt des »Republikaner«-Chefs Schönhuber und seiner Gefolgschaft? In seinen Erinnerungen hat der ehemalige Angehörige der Leibstandarte Adolf Hitler ihr Bild gezeichnet: ein Panorama aus Ressentiment, Mord, Sauferei und »amoureusen Patrouillengängen«

...gebt mir eine Uniform! Denn im Polizistengrün ist Ausländerhaß ein sympathisches Anliegen, Gewalttätigkeit Ausdruck von Ordnungsliebe, soziale Demagogie ist berechtigte Sorge, und bei Disziplinarvergehen drückt man gern ein Auge zu: Mal über die Stränge zu schlagen, gehört einfach dazu. Daß Polizeimeister Andres mit analytischem Scharfsinn oder rhetorischen Fähigkeiten nur spärlich ausgerüstet ist, macht nichts. Sein Rock und seine Mütze ermöglichten ihm die Republikaner von neonazistischen Schlägertrupps abzugrenzen, ihnen aber gleichzeitig eine politische Bleibe zu bieten. Rassismus steht auf dem Programm, für Untermenschen hat man das Wort Asylanten gefunden, gegen Außenseiter werden primitive Instinkte mobilisiert, und beim Stichwort Antisemitismus krampfen und zucken die Gesichtsmuskeln, um zu demonstrieren, wie sehr sich der Republikaner um Zurückhaltung bemüht und wie schwer es ihm fällt. Wenn Herr Galinski so weiter mache, solle er sich nicht wundern, hieß es auf Wahlversammlungen. Wer so spricht, weiß, wovon er spricht: von sich.

Polizisten und andere Beamte unter den Mitgliedern und Wählern werden als Beweis für Seriosität und Verfassungstreue angeführt. Die Republikaner beanspruchen, anständige Deutsche zu sein. Von der CSU und der Stahlhelmfraktion echot es prompt: Ja, ihr seid anständige Deutsche, wie wir auch. Die Liberalen hingegen glauben, die demokratische Landschaft zu pflegen, indem sie Zweifel daran anmelden. Schlimmer ist es, wenn die Rechten recht haben. Denn nicht diejenigen, die im bürgerlichen Urteil als unanständig gelten, sondern der anständige Deutsche ist die Geißel der Menschheit: der anständige Führer, der gründliche Eichmann, der tapfere Rommel, der treue Rudel, der fleißige Schleyer, der gehorsame Schmidt.

Nur konsequent ist es daher, wenn die Zimmermannsche Politikwissenschaft eine Differenz zwischen rechtsradikal und rechtsextremistisch gesucht und herausgefunden hat, daß diese entscheidend sei. Wir, die immer noch darum ringen, uns den theoretischen Unterschied zwischen konservativ und faschistisch wirklich überzeugend klarzumachen, müssen vor derart intellektueller Filigranarbeit neidvoll erblassen. Das Innenministerium verkündet kraft der Definitionsmacht des Bundesamts für Verfassungsschutz, daß die Republikaner zur Familie gehören, sozusagen ein Rechtsradikalen-Erlaß. Das Bundesnachrichtenmagazin pflichtet bei, es seien Demokraten. Wenn man bedenkt, daß die Definition der Zugehörigkeit auch die Familie definiert, kann man nur einverstanden sein. Um zu wissen, daß die anständigen Deutschen nach '45 gute Demokraten wurden, bedurfte es nicht dieser 7,5 Prozent in Westberlin. Die Bullenpartei frischt nur die Erinnerung auf.

Gebt mir eine Uniform! Partei- und Unterscharführer Franz Schönhuber hatte es 1942 eilig, sich seinem Führer zur Verfügung zu stellen. Er fürchtete, zum Endsieg zu spät zu kommen. Ein Notabitur hatte er bestanden, weil er im Mathematikunterricht auf gefällige Weise den täglichen Marinebericht vortrug. Der 19jährige Metzgersohn, der auch drei Jahre danach noch ein »reichlich grüner Junge« gewesen sein will, ein Spätentwickler also, wollte dem bayerischen Viehhändler-Milieu seines Elternhauses entkommen. Daß er diesen praktischen Weg einschlug, um etwas Besseres zu werden, erscheint ihm heute wie damals als revolutionärer Akt. Anständige Deutsche werden das nachempfinden können, vor allem Polizisten und Berufssoldaten. Vom Metzger zum Menschenschlächter – das kann nur ein Aufstieg sein.

Als der Freiwillige von der Leibstandarte Adolf Hitler der Waffen-SS angenommen wurde, jubelte er. »Das war für mich die Elite der Elite.« In seinem Buch *Ich war dabei* sucht man vergebens nach einer Distanzierung davon. Das »Standardwerk ehrlicher Vergangenheitsbewältigung«, wie es in der Verlags-Präsentation genannt wird, hat anderes im Sinn. Es will erklären, daß die Waffen-SS keine Verbrecherorganisation war, wie das Nürnberger Gericht entschied, sondern eine »militärische Glamourtruppe«, Prätorianer Hitlers, eine weiße Garde, die Europa vor der roten Gefahr retten sollte – vergleichbar den französischen *Paras* oder den *US-Ledernacken* heute.

Der Ullstein-Verlag nahm Uniformen auf das Deckblatt, um den anständigen Autor vor den rechten Hintergrund zu rücken; beim näheren Hinsehen erkennt man Totenköpfe und SS-Runen. Die publizistische 5-Minuten-Terrine wurde zum Bestseller der rechten Szene, und vielleicht hat sie ihren ganz großen Verkaufserfolg noch vor sich. Nur der Wunsch, nicht mit seinen Worten zurückzuschlagen, hält mich davon ab, die stoffliche Beschaffenheit dessen zu beschreiben, was Unterscharführer Schönhuber erbricht. Zitiert werden muß allen ästhetischen Einwänden zum Trotz, um ermessen zu können, wie virulent die Landserherrlichkeit unter anständigen Deutschen umgeht.

Zunächst ist es wichtig zu verstehen, was ein Unterscharführer war und daß er über dem Sturmmann (Gefreiter) und dem Rottenführer (Obergefreiter), aber unter dem Scharführer (Spieß) stand. Darüber kamen Hauptsturmführer, Obersturmführer und Obergruppenführer, die sich dann doch lieber SS-Generäle nannten, weil das Wort General nach mehr

klingt. Wer sich durch diese Hierarchien der Wehrmacht und SS nicht hindurchfindet, dem hilft auch kein echter Schulabschluß – er oder sie bleibt fremd im eigenen Land.

Der Unterscharführer hatte das Recht, die anderen SS-Offiziere zu duzen und sich von den niederen Rängen grüßen zu lassen. Das war eine feine Sache. Bei einem Heimaturlaub fuhr SS-Unterscharführer Franz Schönhuber den Wehrmachtsgefreiten Xaver Schönhuber an: »Na, Sie Krummstiefel, vom Grüßen noch nichts gehört?!« Es handelte sich um seinen Vater (NSDAP-Eintritt 1931). »Wir lachten beide herzlich.« Merke: Das dritte Reich war humorig. Krasser war der letzte Gruß, der dem Führer galt. Unterscharführer Schönhuber hatte sich auf der Flucht vor der Roten Armee nach Lübeck davongemacht, wo er mit anderen Mitgliedern der Waffen-SS auf die Gefangennahme durch die Engländer wartete. In einer Turnhalle erfuhren sie vom Abgang ihres Chefs. »Viele von uns hatten Tränen in den Augen. Ich auch... In diesem Augenblick waren wir auch wieder ein Haufen, die Männer der Waffen-SS, des Heeres, der Luftwaffe und der Marine... Einer... trat in die Mitte des Saales und rief: 'Unserem Führer, Adolf Hitler, ein dreifaches Sieg-Heil, Sieg-Heil, Sieg-Heil!«

Sie haben (nicht nur) Europa mit 50 Millionen Leichen bedeckt. Aber daß Mörder bestraft werden, mag Unterscharführer Schönhuber auch vierzig Jahre danach nicht einsehen. Merke: »Unsere Ehre heißt Treue« (Leitspruch der SS). Irgendwie galt die Treue dem Falschen, erkennt der Spätentwickler inzwischen mühsam an, irgendwie war es falsch, Menschen wegen ihrer Rasse zu verfolgen und zu töten, heißt es in einem kargen Satz nach 300 Seiten Schilderungen eines Soldatendaseins, das Autor, Verlag und Leser vermutlich als pralles Leben empfinden. Falsch sei es gewesen, aber unehrenhaft nicht. Auf der gleichen, sorgfältig ausbalancierten Linie erfolgt die Abgrenzung von Hitler. Fehler habe er gemacht, wie Napoleon beispielsweise, und die ihm geschworene Treue mißbraucht, aber daß er ein Verbrecher war, kommt dem SS-Biografen nicht aus der Feder. Merke: Einmal Leibstandarte, immer Leibstandarte. Als Unterscharführer Schönhuber Jahre nach Kriegsende in dem SS-General Steiner »einen der bemerkenswertesten Menschen meines Lebens« traf, nahm er Haltung an. Da muß es ihm im rechten Arm gezuckt haben, denn die SS grüßte mit dem Hitler-Gruß.

Es ist wichtig zu erfahren, was in unseren Landsleuten vor sich geht und wie ihre kleine, zackige und gehässige Welt aussieht. Wenn Frau Nachbarin, die gute Durchschnittsdemokratin und Wohlstandsschlampe, freundlichst versichert, daß ihr Hund lieb sei, aber Ausländer beißt, weil »der riecht die Türken«, verschlägt es einem (fast) die Sprache. Was ist das, dieser Wahn der Normalen, der in der Tiefe der Volksseele haust und beim Anblick von Uniformen spontan aktiviert wird? Unterscharführer Schönhuber hilft beim Ausloten. Die soldatische Primitivsprache ist das Geheimnis seines Massenerfolges. Denn der saubere Deutsche wird im Dreck geboren. Er robbt durch den Schlamm, bis ihm »das Wasser im Arsch kocht«, übt »Pumpen« (Kniebeugen mit dem Gewehr an ausgestreckten Armen) und »Maskenbälle« (schnellstmögliches Umkleiden), prüft seine Geduld, wenn er den Flur mit der Zahnbürste putzt und wäscht sich, um beim »Schwanzappell« nicht durchzufallen. Seine Freizeit ist streng geregelt: Besuch einer Sportveranstaltung, Besäufnis, gemeinsames Absingen von Liedern, Keilerei, Anschiß durch den Spieß, Strafexerzieren und das Ganze wieder von vorn.

Eine herrliche Zeit, findet Unterscharführer Schönhuber, der sich durch eine »schöne Kindheit im Dritten Reich« glänzend auf die Elite der Eliten vorbereitet sah. So wurde man eben Nazi – nichts leichter als das. Die Lagerfeuerromantik bei der Hitlerjugend, die schmissigen antisemitischen Lieder, das Waschen im Freien, die Kirche hatte nichts dagegen, und der nationale »Sozialismus« war ungeheuer ansprechend für erfolglose Händler vom Dorf, denen die Parteigenossen zu einer Anstellung beim städtischen Schlachthof verhalfen. Hatte der Bua etwas ausgefressen, kriegte er eine »Watschn«, »Tatzn«, »Arschprügel« oder »ein paar Saftige hinter die Ohren, und damit war die Sache abgetan«. War der grüne Junge nicht auch 1945 bereit, seine Watschn in Empfang zu nehmen? Trotzdem war die Sache damit nicht abgetan. Das ist Unrecht, schreiendes.

Nichts auch scheint leichter gewesen zu sein, als »die letzten echten Söhne des Kriegsgottes« (Ernst Nolte über die Freiwilligen der Waffen-SS) zum Abschlachten zu dressieren. Unterscharführer Schönhuber beschreibt die Erschießung eines »blutjungen« SS-Mannes durch die eigenen »Kameraden« wegen einer Diebstahlsbagatelle. »Er starb mannhaft«. Die Begriffe blutjung und mannhaft hält die Landsersprache nur für »Kameraden« bereit. Damit soll die Kostbarkeit des verlorenen Lebens bezeichnet werden. Wenn dagegen Menschen im Konzentrationslager sterben, werden sie als ausgemergelt, leblos, blutleer beschrieben. Für ihren Tod findet der Unterscharführer bürokratische Worte, Liquidierung etwa. Keine feine Sache also, aber auch kein vergleichbarer Verlust. Dem unter einer Salve zusammengebrochenen Sturmmann gab ein Offizier »den Gnadenschuß« in die Schläfe, bevor er das Kommando »Ein Lied!« erteilte. Die SS-Kämpfer sangen »Oh du schöner Westerwald...«, und Unterscharführer Schönhuber versichert, da seien ihm echt kritische Gedanken gekommen, weil er für so etwas zu dünnhäutig sei. Das Gleiche gelte jedoch auch für die Angehörigen des Erschießungskommandos. Sie hätten sich in der Nacht bis zur Bewußtlosigkeit betrunken. Es sei ihnen an die Nieren gegangen, ein Herz kannten sie ja nicht, und da war eine Spülung angesagt. »Ja, es war eine Zeit voller Widersprüchlichkeiten«, und »Pardon wurde nicht gegeben«. Parteiführer Schönhuber, der es in dieser Truppe zum Infanteriegeschützzugführer und Ausbilder brachte, spricht von Verstrickungen, Schicksal und verwechselt landesüblich Tragik mit Barbarei. Was er beschreibt, sind die uralten Reaktionen der edlen Germanenrasse: Morden, Trinken, Bewußtlosigkeit herbeiführen, sich nicht mehr erinnern können, aber Mannesehre behaupten. Und Tapferkeit.

Zum Beweis dafür, daß er nicht nur Hitler liebte, quält der Autor den angewiderten Leser mit detaillierten Schilderungen seiner drei bis vier »richtigen Erlebnisse« mit Frauen. »Amoureuse Patrouillengänge« unternahm er zu einer Bretonin, deren stramme Beine in Holzpantinen steckten. Um »Mut auf dem Felde der Liebe« zu schöpfen, »unterhielten wir uns über Landwirtschaft«. »Ihre leichten Sommerschuhe und meine Knobelbecher bildeten einen merkwürdigen Kontrast«, und »meine Bewegungen waren tapsig wie die eines jungen Hundes«. In einem Bordell brach »mein Standvermögen zusammen«, und »tief getroffen in meiner Landserehre« registrierte er ein »Mißverhältnis zwischen Leistung und finanzieller Gegenleistung«. Anderes im zerbombten Berlin: »Sie roch gut. Sie roch nach Kernseife. Wir sprachen kein Wort.« Die »bisweilen sehr intimen Bekenntnisse«, so der Text auf dem Buchumschlag, sind in ihrer Obszönität grauenhaft platt. Unterscharführer Schönhuber ist der Typ, der nach gelungener Eroberung im Kameradenkreis berichtet, es sei ihm ein innerer Reichsparteitag gewesen. Um sich dann gemeinschaftlich vollaufen zu lassen »wie die Feldhaubitzen«. Von Ernst Jünger hat er den Satz abgeschrieben, nirgendwo sei die sexuelle Begehrlichkeit größer als angesichts des Todes. Den Höhepunkt seiner eigenen Schriftstellerei erreicht er mit der äußerst eleganten, ja geschmeidigen Formulierung, im Krieg sei er eher ein Sprinter als ein Steher gewesen.

Das Buch dieses Mannes, der sich als künstlerisch interessiert betrachtet und mit profunden Kenntnissen internationaler Schnapssorten protzt, ist nicht ehrlich, wohl aber verräterisch. Auf der Flucht nach Lübeck begegnete Unterscharführer Schönhuber einem Zug von KZ-Häftlingen, die noch in den letzten Tagen vor den Befreiern deportiert wurden. »Meine Waffen-SS-Kameraden und ich waren wie erstarrt.« Doch ein letztes Quentchen menschlicher Regung in diesen Granitblöcken? Weit gefehlt: »Wahrscheinlich ist uns erst da aufgegangen, was uns bei Kriegsende erwartete.« Die Bewacher trugen dieselben Uniformen wie sie. Wie hätten sie, wenn sie in dieser Situation gefangengenommen worden wären, erklären können, »daß wir von der kämpfenden Truppe sind, von der Waffen-SS und nicht von der Wächtertruppe? Wir sagten dem Fahrer, er solle sofort abfahren.« Der anständige Deutsche denkt an sich und nur an sich: *Ich bin nix, ich kann nix dafür.*

Diese Stelle ist hilfreich, um der Tatsache zu begegnen, daß sich die neuen Sturmmänner und Blitzmädchen (SS-Helferinnen) des Unterscharführers mit »Die Republikaner« einen Namen gegeben haben, der so nicht stehenbleiben darf. Ich hätte einen besseren: Die *boches* kommen. So kannte man sie, so kennt man sie. So kann man sich auch jenseits der BRD-Grenzen auf ihre Auftritte vorbereiten, denn ihr ausgestreckter Arm weist auf Le Pen, und sie träumen vom Eurofaschismus. »Faschisten und Nazis sind nicht das Gleiche«, findet Unterscharführer Schönhuber und wird nicht müde, Degrelle, Drieu La Rochelle, Brasillach zu rühmen, denn französische SS-Freiwillige waren »als Europäer unter Europäern« die »letzten Verteidiger des Führerbunkers«.

Mir klingen die Sätze von Ralph Giordano im Ohr: Dem größten Massenmord der Geschichte folgte in der BRD das größte Wiedereingliederungswerk für die Täter. Unterscharführer Schönhuber ist ein Paradebeispiel für diese Wahrheit. 1947 wurde er als Mitläufer von der Spruchkammer Traunstein zu ganzen 500 Reichsmark verurteilt. Seine Karriere führte ihn über die Bühne zum Fernsehen. Noch die schließlich unvermeidliche Entlassung aus dem Bayerischen Rundfunk war ein Geschenk für ihn. Neben einer hohen Abfindung bekam er eine Pension von 7000 Mark, um sich ganz der Verteidigung anständiger Deutscher widmen zu können. In einer Fernsehsendung mit Lea Rosh stellte Giordano fest: Diese Leute springen vernagelt ins Grab. Während der Nachkriegszeit ist es ihnen nicht gelungen, auch nur einen einzigen humanen Gedanken zu fassen. Das Phänomen ist, daß sie sich politisch haben fortpflanzen können. Die Biologie löst nichts. Die boches bleiben, und es sind mehr als 7,5 Prozent.

Sie waren ja die ganze Zeit präsent, wohlbehütet unter den Fittichen des Franz Josef Strauß, gehätschelt aber auch von Kohl, der sich als ständiger Leser des Rechtsmagazins »MUT« zu erkennen gab, und anderen Mitgliedern seines Kabinetts, die nicht länger anstehen, die rechtsextremistische Publizistik mit Beiträgen zu beliefern.

Nach anfänglicher Erregung über die Westberliner Sensation ist die etablierte Politik zur Tagesordnung übergegangen. Man packt die Gelegenheit beim Schopf. Die Union schlägt schrille ausländerfeindliche Töne an, nicht nur wegen des hessischen Kommunalwahlkampfs, die Opposition gibt sich freudigen Erwartungen hin. Erstmals, so der »Spiegel«, sehe man in der SPD-Führung eine realistische Chance, die Bundestagswahlen 1990 zu gewinnen. Joschka Fischer feiert sogar einen doppelten Triumph: die rot-grüne Mehrheit an der Spree und die Niederlage der Fundis in der eigenen Partei, schließlich ist die Alternative Liste koalitionsbereit. Die Linke weiß zwar nicht, wie ihr geschieht, aber sie schreitet siegreich voran. Solche Interpretationskünste zeugen nicht nur von Ignoranz, sondern von Verdrängung, der bekannten.

Eine progressive Mehrheit nach französischem Muster, die mit dem Entstehen einer faschistischen Massenpartei erkauft wird, ist wenig wünschenswert, denn man fragt sich ja immer, was danach kommt. Aber noch haben sich die Republikaner nicht à la Le Pen konsolidiert. Mit taktischem Gespür hat Unterscharführer Schönhuber die nächsten Schritte festgelegt. Bei den Europaparlamentswahlen wird mit den Kameraden Mußgnug (NPD) und Frey (DVU) um die Hegemonie unter anständigen Deutschen gestritten. Dann sollen die bayerischen Landtagswahlen den Durchbruch bringen. Nichts wäre falscher, als das Ergebnis des Freistaats ohnmächtig abzuwarten, in der Hoffnung, die Rechtsradikalen in nördlicheren und zivilisierteren Landstrichen abzufangen. Den Stier packt man am besten in seinem Stall bei den Hörnern. Selten bietet sich

eine so günstige Gelegenheit, anhand des Unterscharführers – sagen wir doch einfach: am Beispiel der SS – über die CSU zu reden.

konkret 03/89, S. 13

Reinhard K□ hnl

Zum dritten

NSDAP, NPD, Republikaner □ Wie Neo sind die Nazis?

Bis vor kurzem schien der organisierte Rechtsextremismus bei Wahlen gänzlich chancenlos. Noch bei der Bundestagswahl vom 25.01.1987 mußte sich die NPD mit mageren 0,6 Prozent begnügen (was freilich gegenüber 1983 schon eine Steigerung um 200 Prozent war). Nun aber haben die Republikaner in West-Berlin 7,S Prozent erzielt. Ist das der Durchbruch auf parlamentarischer Ebene?

Einen vergleichbaren Aufschwung hat es in der Bundesrepublik bisher nur 1966/68 gegeben. In den vorausgegangenen Jahren hatte auch damals der organisierte Neofaschismus lange Zeit bei etwa einem Prozent stagniert. Dann aber konnte er Ergebnisse erzielen, die zwischen 5 und 10 Prozent lagen, und in die Landtage sowie in eine große Zahl von Kommunalparlamenten eindringen. Welches waren die Ursachen?

Nach der Zerschlagung des faschistischen Regimes war eine parlamentarisch-demokratische Staatsform etabliert, der Faschismus aber nicht wirklich aufgearbeitet worden. Die ehemaligen Führungsschichten dieses Regimes wurden alsbald wieder in großer Zahl in ihre Machtpositionen eingesetzt, da sie aus der Sicht der US-Besatzungsmacht nun gebraucht wurden im Kalten Krieg gegen den gleichen Feind im Osten, gegen den sie sich schon bewährt hatten. Gebraucht wurde auch militanter Anti-Kommunismus, also eben jene Ideologie, die der Faschismus so vehement propagiert und praktiziert hatte. Die Machtverhältnisse wie auch das politische Klima waren also so beschaffen, daß auch die Millionenmassen der ehemaligen Aktivisten und Mitläufer der NSDAP alsbald keine Notwendigkeit mehr sahen, ihr Weltbild grundsätzlich zu hinterfragen – mindestens in der Hauptsache. Und doch konnten sie sich zugleich mit dem bestehenden Staat identifizieren, sich als Demokraten fühlen, denn es waren ja nun »demokratische« Parteien und Politiker, die diesen Kurs steuerten. Sie sahen sich also gut aufgehoben bei der Regierung Adenauer, die ja zudem als Schöpferin des »Wirtschaftswunders« erschien. Daß der Feind links stand und entsprechend behandelt werden mußte und daß eine »Politik der Stärke« notwendig war, um »nicht nur die SBZ, sondern das gesamte versklavte Osteuropa wieder zu befreien« (so Adenauer im März 1952), entsprach genau der Weltanschauung, die sie gelernt hatten.

Dies alles aber kam 1965/66 ins Rutschen. Eine ökonomische Rezession führte zu 700.000 Arbeitslosen und zum Zusammenbruch vieler Kleinunternehmen. Die tiefsitzende Angst vor dem sozialen Abstieg – die Erinnerung an die große Krise der 30er Jahre und an das Nachkriegselend war noch allzu lebendig – schien durch das »Wirtschaftswunder« gerade bewältigt. Daß die freie Marktwirtschaft Wohlstand für alle dauerhaft gewährleisten werde und daß Krisen ein für allemal vorbei seien, war bereitwillig geglaubt worden. Nun aber geriet alles wieder ins Wanken.

So löste die Rezession einen Schock aus, der weit überzogen erscheint, wenn man ihn mit dem realen Ausmaß der Krise vergleicht. Enttäuschung und Zorn aber verlangten ihre Opfer. Sie verlangten Schuldige, und diese konnten natürlich nur dort gefunden werden, wo sie das tradierte Weltbild schon immer gewußt hatte: auf der Linken, bei Gewerkschaften, Sozis und Kommunisten, aber auch bei den »undeutschen Elementen«, die sich in Gestalt von 1,3 Millionen (1966) ausländischen Arbeitskräften bereits damals in der Bundesrepublik befanden. Enttäuschung und Zorn aber richteten sich auch gegen die bürgerlichen Parteien, die offensichtlich versagten im Kampf gegen diese Gefahren, die sogar – wie die CDU/CSU – 1966 eine Koalition mit den Sozis schlossen.

Beinahe schlimmer noch erschien der »nationale Verrat«, der sich jetzt anbahnte. 15 Jahre lang war den Massen eingehämmert worden, daß die Wiedervereinigung und die Wiedergewinnung der verlorenen Ostgebiete das oberste Ziel deutscher Politik seien und daß es mit dem Verbrecherregime in Pankow kein Verhandeln geben könne. Seit der »Ostdenkschrift« der evangelischen Kirche von 1965 aber geriet auch diese Bastion ins Wanken – und die bürgerlichen Parteien leisteten offensichtlich Beihilfe zu diesem Verrat.

Dies war die Konstellation, in der die NPD Gefühle sozialer Angst und nationaler Enttäuschung artikulierte und sich als die einzige Kraft präsentierte, die diesen Sumpf aus kommunistischer Infiltration, Opportunismus und Verrat energisch zu bekämpfen entschlossen war. Die von den bürgerlichen Parteien selbst geschaffene Ideologie wurde ihnen nun von der extremen Rechten um die Ohren gehauen. Diese Beziehung macht Prinzipielles sichtbar: Die extreme Rechte nimmt die reaktionären und nationalistischen Komponenten der bürgerlichen Ideologie beim Wort und verlangt deren rücksichtslose, nötigenfalls auch terroristische Durchsetzung. Das charakterisiert die Beziehungen zwischen der »extremen« und der »gemäßigten« Rechten seit den zwanziger Jahren nicht nur in Deutschland.

Es ging mit der NPD freilich rasch wieder bergab, als ein neuer ökonomischer Aufschwung einsetzte und mit ihm ein neuer Optimismus. Und als zudem eine sozialliberale Regierung gebildet wurde, der die Unionsparteien als Opposition von rechts entgegentreten konnten. Nun konnten CDU/CSU die zentralen Motive der NPD-Propaganda wieder selber verkünden. Insbesondere die scharfe Polemik gegen die Politik der Entspannung, der Anerkennung der Grenzen und des

zweiten deutschen Staates ließ die Union wieder als eine national zuverlässige Kraft erscheinen. Schon bei der Bundestagswahl 1969 blieb die NPD mit 4,3 unterhalb der 5-Prozent-Marke – und dann ging es rasch weiter abwärts.

Die Entwicklung der NSDAP in den 20er Jahren war übrigens so gänzlich anders nicht. Nach einem rasanten Aufstieg von 2,6 Prozent (1928) auf 37,4 Prozent im Juli 1932 verlor sie bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 zwei Millionen Stimmen und bei den Landtagswahlen in Thüringen die Hälfte ihres gesamten Bestandes. Der Zerfallsprozeß hatte eingesetzt und wurde nur aufgehalten dadurch, daß ihr Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht gebracht wurde. Eben deshalb hatten es die Herren aus der Industrie und aus dem Militär seit Dezember 1932 auch so eilig mit der Bildung der Regierung Hitler.

Das Mobilisierungsmodell des gegenwärtigen Rechtsextremismus entspricht im Prinzip dem der NPD damals (und dem der NSDAP 40 Jahre zuvor) – natürlich mit Akzentverschiebungen, die den veränderten Umständen geschuldet sind. Die real existierenden Probleme und Ängste (der Bauern, der Arbeiter, der Rentner, der Steuerzahler) werden aufgegriffen und auf den Verrat an den nationalen Interessen zurückgeführt – nach innen gegenüber den ausländischen Arbeitskräften und den Asylanten, nach außen gegenüber den sozialistischen Staaten, aber auch gegenüber der EG und den USA. Verlangt wird hartes Durchgreifen gegen alle »undeutschen« und alle »zersetzenden« Kräfte (von den Gewerkschaften bis zu den Pazifisten und »Chaoten«) und die resolute Stärkung der Staatsmacht. Auch jetzt können die über die Regierung verfügenden und also verantwortlichen Unionsparteien als zu schlapp, als unzuverlässig angeprangert werden, sowohl in der Außenpolitik wie auch im Umgang mit der »Zersetzung« im Innern.

Für die herrschenden Kräfte in Wirtschaft, Staatsapparat und Politik hat der Aufschwung der extremen Rechten durchaus seine Vorzüge – auch wenn ihre traditionellen parlamentarischen Repräsentanten dadurch einige Einbußen erleiden. Das hat die »FAZ«, das ideologische Leitorgan der herrschenden Klasse, schon vor fünf Jahren – angesichts des Wahlerfolgs der Nationalen Front in Frankreich – dargelegt: Erstens empfehle es sich für die bürgerlichen Kräfte, ideologische Elemente der extremen Rechten zu übernehmen, da diese sich ja als erfolgreich erwiesen hätten. (Der rechte Flügel der Union fordert jetzt genau dieses.) Und zweitens empfehle es sich, sie in ein Bündnis einzubeziehen, um die Linkskräfte effektiver bekämpfen zu können. (Betont werden muß also der seriös-konservative Charakter dieses Bundesgenossen; auch daran wird bereits wieder heftig gearbeitet.) Empfohlen wird also genau jene Politik, die die »bürgerlichen Kräfte« nach 1930 gegenüber der NSDAP praktiziert haben.

Reinhard Kühnl ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Marburg

konkret 03/89, S. 14

Bernd Siegler

»Wir bilden den rechten Flügel des Bundesadlers«

Wer sind die »Republikaner«? Bessere Übersicht als eine Analyse ihrer verquasten Reden schafft ein Blick auf die politische Herkunft ihrer Ideologen und Funktionäre. Um Schönhuber versammelt sich alles, was bislang in der rechtsextremistischen Ecke sein Unwesen getrieben hat: Alte und neue Nazis, die halbe NPD, DVU-Gesindel, die professoralen Geschichtsumschreiber, »Adenauer-Preis«-Träger und Vertriebenen-Funktionäre

»Wir sind nicht mehr zu stoppen.« Schon lange hatte der Chef der »Republikaner« (REP), Franz Schönhuber, die Aura des Sieges verspürt, doch jetzt schien seine Vision Realität zu werden. Kurz nach der Wahl für das Berliner Abgeordnetenhaus, bei der 90.140 Wähler der »neuen Kraft für Deutschland« die Stimme gegeben haben, tönte Schönhuber, das sei erst die Generalprobe gewesen. »In Bayern folgt 1990 die Premiere, bei der Bundestagswahl werden wir drittstärkste Fraktion.« Mit dem Polster von etwa 600.000 Mark aus der Wahlkampfkostenrückerstattung in Berlin ziehen die REPs, die zu Ostern ihr 10.000. Parteimitglied begrüßen wollen, erst einmal in den Europawahlkampf. Ihren ersten großen Erfolg hatten sie bereits bei den bayerischen Landtagswahlen 1986: 342.000 Wähler (3,1 Prozent) brachten 1,28 Millionen Mark in die Parteikasse.

Gleich nach dem Höhenflug der REPs glaubten sich bundesdeutsche Staatsschützer zu Wort melden zu müssen. Unisono verkündeten Verfassungsschutz und Bundesinnenministerium, die REPs seien zwar eindeutig rechtsradikal, aber nicht rechtsextremistisch. Auch dem Nachrichtenchef der »Süddeutschen Zeitung« und dem Chefredakteur der Münchener »Abendzeitung« ließ die Frage der Terminologie keine Ruhe. Sie versicherten den »Republikanern« schriftlich, die Partei in Zukunft nicht mehr rechtsextremistisch nennen zu wollen. Doch die Diskussion um die »richtige« Etikettierung der »Republikaner« ist müßig. Ein Blick in ihr Parteiprogramm, in das Parteiorgan »Der Republikaner« und in die Mitgliederlisten läßt schnell erkennen, daß die Partei nicht nur ein Sammelbecken für bislang gescheiterte Existenzen einer »Vierten Partei« ist, sondern personell und ideologisch das ideale Bindeglied zwischen Konservativen und der Neuen Rechten darstellt. Nicht nur ihre internationalen Kontakte zu Jörg Haiders »FPÖ« und Le Pens »Nationaler Front« lassen ihren Stellenwert über den einer bajuwarischen populistischen Bewegung hinausgehen.

»Wir bilden den rechten Flügel des Bundesadlers«, so faßt das ehemalige Waffen-SS-Mitglied Franz Schönhuber gern die Programmatik der REPs zusammen. Insbesondere die »nationale Frage« und die »deutsche Identität« liegen demnach der Partei am Herzen. »Wir lassen nicht zu, daß alles, was nach nationalem Gedankengut riecht, mit der Auschwitzkeule erschlagen wird«, ereifert sich Schönhuber. Die REPs wollen eine »Entkriminalisierung der deutschen Geschichte«. Was das heißt, machte Schönhuber am 8. Februar beim politischen Aschermittwoch vor 4.000 begeisterten Anhängern in Cham deutlich: »Wir erklären die Umerziehung der Deutschen für beendet und den Fahrkartenschalter nach Canossa für endgültig geschlossen. « Konsequent bestreitet er die Alleinschuld der Deutschen am 2. Weltkrieg. Zur Sicherung des Friedens müsse die »illegale, unnatürliche und gewaltsame Zerstückelung des deutschen Volkes« ein Ende finden in einem »wiedervereinigten, neutralen, bewaffneten und souveränen Nationalstaat«. Deutschland kommt zwar bei den REPs eindeutig zuerst, doch wie bei den meisten Organisationen der Neuen Rechten – von den Vordenkern der CDU bis zur militanten FAP und dem Thule-Seminar – spielt der Europagedanke eine zentrale Rolle. Ein vereintes Europa als dritte Macht zwischen den Blöcken wird angestrebt.

Das »Defizit an Patriotismus« ist für die »Republikaner« das Grundübel unserer Zeit – verbunden mit der Ausländer- und Asylfrage. Im Kampf um die »Erhaltung des Bestandes und der Gesundheit des deutschen Volkes« müsse »Gemeinwohl vor Parteien- und Gruppeninteressen« gehen. Konkret bedeutet das Meldepflicht für Aids und Zwangstests sowie Verbot der Abtreibung. Da Ausländer nur »Gäste« seien, schließen die REPs für sie unbefristete Arbeitsverträge, Daueraufenthalt, Familienzusammenführung und Sozialleistungsansprüche aus. Das »Recht auf kulturelle Identität der Völker« muß herhalten, um die »Rückführung« der Ausländer zu fordern. Schnellrichter an der Grenze gegen den »Asylmißbrauch«, lebenslänglich ohne Gnade für Rauschgifthändler, scharfe Demonstrationsgesetze und Abschreckung statt Resozialisierung sind die Grundpfeiler der law-and-order-Programmatik der Republikaner. »Wir sagen das laut, was viele Deutsche leise denken, wir machen die Drecksarbeit«, erklärt Schönhuber stolz. Berlin hat ihm recht gegeben.

Den REPs ist es gelungen – und das unterscheidet sie von NPD und DVU – , nicht nur die Jugend anzusprechen, sondern vor allem die sogenannte rechte Intelligenz an sich zu binden. Philosophen, Historiker und andere Wissenschaftler sind entweder selbst Mitglieder oder verdeutlichen in Grundsatzartikeln für das Parteiorgan die Zielvorstellungen der Partei. So fordert der Erlanger Historiker Prof. Helmut Diwald im »Republikaner« das »Recht auf nationale « Identität« und eine »wahrheitsorientierte Geschichtsschreibung«. Er stilisiert die Wiedervereinigung zur »nationalen Existenzfrage« hoch und plädiert »für den aufrechten Gang des deutschen Volkes«. Diwald, seit seinem Buch »Die Geschichte der Deutschen« ein von der »Welt« bis zur »Nationalzeitung« gefeierter Autor, schreibt nicht nur für das Parteiorgan der REPs. Seine Beiträge sind in der von der CDU nahen Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen »Politischen Meinung« ebenso vertreten wie im rechtsradikalen Theorieorgan »Criticon« und der Zeitschrift »MUT«. »MUT« wird von dem NPD-nahen Bernhard

Wintzek herausgegeben, der 1970 die »Aktion Widerstand« mitgegründet hat. Den »Jungen Nationaldemokraten«, dem »Bund Heimattreuer Jugend« und der »Wiking-Jugend« diente »MUT« lange Zeit als Forum. 1984 verschwand »MUT« klammheimlich aus dem alljährlichen Verfassungsschutzbericht, und mittlerweile schreibt auch Verteidigungsminister Scholz für dieses rechtsradikale Kampfblatt.

Mit Dr. Armin Mohler haben die REPs einen prominenten Gastautoren gewonnen. In Heft 5/87 fordert der Träger des von der Deutschland-Stiftung verliehenen »Adenauer-Preises« das »Ende der Vergangenheitsbewältigung«. Bis 1985 war Mohler Geschäftsführer der »Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung«, einer klassischen Denkfabrik der Neuen Rechten. Unter dem Pseudonym Michael Hintermwalde hatte Mohler jahrelang für die von DVU-Chef Gerhard Frey herausgegebene »Deutsche National- und Soldatenzeitung« geschrieben. Zusammen mit dem WMF-Großaktionär Caspar von Schrenck-Notzing gründete Mohler 1970 »Criticon«.

Mit dem Informatik-Professor Karl Steinbuch und dem Bundesrichter a.D. Günther Willms dürfen sich zwei Mitglieder des »Schutzbundes für das deutsche Volk« im Parteiorgan ausbreiten. Der in Frankfurt ansässige Verein läßt seine Schriften vom rechtsradikalen Grabert-Verlag in Tübingen vertreiben, der mit dem »Auschwitz-Mythos« sein Geld verdient. Sonderdrucke wie »Das deutsche Volk in der Todesspirale« finden sich in »Nation Europa« wieder, einem seit 1951 in Coburg erscheinenden Führungsorgan des europäischen Nationalismus. Herausgeber ist der oberfränkische NPD-Funktionär Peter Dehoust. Neben den REP-Spitzenfunktionären Wolfgang Hieber und Emil Schlee stehen auch CDU-Bundestagsabgeordnete auf der Autorenliste von »Nation Europa«, dessen regelmäßiger Bestandteil die »Nachrichten von der Überfremdungsfront« sind. Steinbuch, Kuratoriumsmitglied des von Ex-Marinerichter Filbinger und dem Chefideologen Günter Rohrmoser geleiteten »Studienzentrums Weikersheim«, schreibt im Parteiorgan über »die gefährdete Existenz unseres Volkes« und fordert die atomare Bewaffnung. Willms dagegen versucht die Ausländer-raus-Forderung ökologisch zu begründen: »...die auf Dauer angelegte Vermehrung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ... bedeutet mit dem ihrer Zahl entsprechenden Verbrauch an Energie ein Mehr an Kraftwerken und zugleich erhöhte Umweltbelastung....«

Die Liste der Professoren komplettieren Klaus Weinschenk, einst Landesbeauftragter der Partei für Berlin, und Emil Schlee, derzeitiger Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein. Während mit Weinschenk ein Experte für Elitefragen den Weg zu den REPs gefunden hat, firmiert Schlee als Fachmann für Vertriebene. Vor seinem Austritt aus der CDU war Schlee Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge im Kieler Sozialministerium und Bundespressesprecher der Landsmannschaft Mecklenburg. Danach schloß er sich den »Patrioten für Deutschland«, dem Vorläufer der faschistischen »Europäischen Arbeiterpartei« (EAP), an. Er referierte auf Veranstaltungen des »Deutschen Kulturkreises Europäischen Geistes«, publizierte in den im rechtsextremistischen Türmer-Verlag erscheinenden »Deutschen Monatsheften« und stand bis Mai 1987 im Impressum von »MUT«. Dann wurde er zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der REP gewählt.

Nicht nur ihre gemeinsame publizistische Tätigkeit für den »Republikaner«, »Criticon«, »MUT« und »Nation Europa« verbindet die »Denker« der deutschen Rechten. Der von Mohler gegründete »Deutschlandrat« bzw. »Deutscher Nationalrat« versteht sich als »ein Sprachrohr für Konservative, die weder CDU noch Neonazis sind«. Neben Diwald, den Neonationalisten Bernard Willms und Wolfgang Seiffert, dem Heidelberger Politologen Hans-Joachim Arndt und »Schutzbund«-Mitglied Robert Hepp vervollständigt der REP-Bundesvorsitzende Schönhuber den erlauchten Kreis.

Was den Ideologen mit ihren Affinitäten zur neonazistischen und faschistischen Szene recht ist, kann dem einfachen Republikaner-Mitglied nur billig sein. Franz Schönhubers immer wieder verkündetes Credo, Rechtsradikale oder -extremisten hätten in seiner Partei keinen Platz, wird durch die Realität widerlegt. Die schleswig-holsteinischen REPs mit ihrem Landesvorsitzenden Schlee beispielsweise bestehen aus einem Sammelsurium verschiedenster Rechtsextremisten. Nach dem Beschluß, sich selbst aufzulösen, hat die »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung« (KLA) nahezu geschlossen den Übergang in die REPs vollzogen. Albrecht Möller, der als Pressesprecher der KLA bei den Kommunalwahlen im März 1982 kandidiert hatte, hat die zentrale Werbebroschüre »Wer sind die Republikaner« im Auftrag der Partei verfaßt. Heiko Oetker, der vor der KLA als Gauleiter im Gau Nord der »Wiking-Jugend« und beim Treffen mit der »Bürger- und Bauerninitiative« des Thies Christophersen aktiv, sowie als Autor für »Nation Europa« tätig war, findet sich zusammen mit seinem KLA-Mitstreiter Klaus Meier auf der Kandidatenliste der REPs für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Mai 1988. Dort kandidierte für den Wahlkreis Neumünster-Nord auf Listenplatz 10 Hans-Werner Leptiehn, der Besitzer des gleichnamigen Cafes in Nortorf, dem Treffpunkt der nazistischen »Ludendorff-Bewegung« .

Auch Thomas Grebien hat es im rechten Lager bis zum Landtagskandidaten der REPs gebracht. Angefangen hat er als Mitglied des »Bundes Heimattreuer Jugend«. Im Landkreis Stade (Niedersachsen) hat es Frank Meyer vom stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« bis zum Kreisvorsitzenden und Europawahlkandidaten der Berlin REPs gebracht. Der ehemalige Berliner NPD-Landesvorsitzende, der 50jährige Rudolf Kendzia, der seine politische Karriere bei der rechtsextremistischen »Deutschen Reichspartei« begann, zieht jetzt für die REPs in das Abgeordnetenhaus ein. Im Berliner Stadtteil Neukölln traten Mitglieder von Michael Kühnens »FAP« und der »Wiking-Jugend« zu den REPs über. Neben dem früheren NPD-Funktionär Uwe Meener fand

sich in Würzburg auf der Kandidatenliste für die Landtagswahlen in Bayern 1986 auch Michael Hein, Hauptführer der »Wehrsportgruppe Theodor Eicke«, die von der inzwischen verbotenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« 1984 aufgebaut worden war. Teile der nationalrevolutionären Gruppe »Aufbruch« unter Führung des Bochumer Markus Bauer sind inzwischen fest verankert bei den »Jungen Republikanern« in NRW. Manfred Rouhs brachte es vom nordrheinwestfälischen Landesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten zum Generalsekretär der parteinahen Studentenorganisation »Ring Freiheitlicher Studenten« (r.f.s.). Heute ist er Herausgeber der Zeitschrift »Europa Vorn«, die sich als »Nachrichtenmagazin der neuen Rechten« versteht. Als Autoren werden Mohler, Diwald, Willms, Hupka und Schlee aufgeführt. Gutscheine für ein Probeheft lagen beim Aschermittwoch der REPs in Cham aus

Die »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung« ist nicht die einzige Gruppierung der extremen Rechten, die geschlossen zu den REPs übertrat oder zur Unterstützung der REPs aufruft. So rief der Berliner NPD-Landesverband zur Wahl der REPs auf. Die »Humanitäre Vereinigung zum Schutz des Deutschen Volkes vor Überfremdung« lud zur Gründungsversammlung der schleswigholsteinischen REPs am 13.4.85 nach Bad Segeberg ein. Konteradmiral a.D. Günter Poser, einst Leiter der Intelligence-Abteilung im internationalen Militärstab der Nato in Brüssel, brachte gleich seine »Deutschland-Partei« bei den REPs ein. Die von Ex-CDU-MdB Siegfried Zoglmann gegründete »Deutsche Union« löste sich im Februar 1987 als Partei auf und empfahl ihren ca. 1.000 Mitgliedern, den REPs beizutreten. Die Berliner »Demokratische Allianz« half den REPs bei den bayerischen Landtagswahlen 1986 im Wahlkampf.

»Wir fragen nicht ständig, woher einer kommt, sondern nur, wo er jetzt steht und wohin er will«, wischte der bayerische Landesvorsitzende und Bundespressesprecher Harald Neubauer die Fragen nach früheren Mitgliedschaften in rechtsextremen Gruppierungen vom Tisch. Neubauer selbst war stellvertretender Bezirksvorsitzender und Pressereferent der NPD in Oberbayern, bevor er für Freys »Nationalzeitung« arbeitete. 1977 hetzte der jetzige bayerische Landesvorsitzende der REPs auf einer DVU-Kundgebung: »Jeder Kommunist ist ein geistiger Verbrecher und ein potentieller Mörder. Der Kommunist darf nur soviel Spielraum haben wie ein Gehenkter zwischen Hals und Strick.«

Aufgrund derartiger personeller und programmatischer Kontinuitäten und Affinitäten ist es kein Wunder, daß die REPs einem permanenten Liebeswerben der NPD ausgesetzt sind. Noch weisen sie derartige Anstrengungen zurück, sind sie doch auf einen seriösen Eindruck bedacht. NPD-Bundespressesprecher Karlheinz Vorsatz, gleichzeitig Chefredakteur des Parteiorgans »Deutsche Stimme«, bestätigt die Vielzahl von ehemaligen NPD-Mitgliedern in den Reihen der REPs. Für ihn ist das nicht weiter verwunderlich. »Nahezu deckungsgleich« seien doch die Programme. Vorsatz ist optimistisch, daß die Basis entsprechend Druck auf die Parteiführung der REPs ausüben werde, um zu einer Einheit im nationalen Lager zu kommen.

In Essen hat die Basis bereits gehandelt. Eine gemeinsame Versammlung der Kreisverbände von NPD, DVU und REP hat für die in Nordrhein-Westfalen anstehenden Kommunalwahlen eine Kandidatenvorliste erstellt. »Ein Erzschwindel, eine glatte Lüge«, kommentiert REP-Bundessprecher Neubauer derartige Verbindungen. Insbesondere mit der mit der NPD liierten DVU von Gerhard Frey will die REP-Führung nichts zu tun haben. Einen unseligen »NS-Devotionalienhändler« nennt Neubauer den Verleger Frey, das gleiche hatte vor drei Jahren noch NPD-Chef Mußgnug über seinen jetzigen Partner gesagt.

Deutlich und mit dem obligatorischen Pathos hat sich schon vor den Bundestagswahlen 1987 Criticon-Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing für eine neue Rechtspartei ausgesprochen: »Doch nach den Erfolgen von Franz Schönhuber in Bayern und Jörg Haider in Österreich hat das Ausscheidungsrennen für eine neue Rechtspartei begonnen. Der Staatsbürger wird sein Tüchlein brauchen, nicht nur um die Tränen über das Ende eines hyperstabilen Parteiensystems, sondern auch um den Schweiß bei den Geburtswehen einer neuen Parteienkonstellation fortzuwischen.«

konkret 03/89, S. 17

Jan Philipp Reemtsma

»Wir waren nicht dabei«

Muß, wer aus Altersgründen während der Nazi-Zeit nicht handeln konnte, Nachsicht üben mit jenen, die dem Regime damals dienten? Das jedenfalls fordern der Philosoph Jürgen Habermas und der Schriftsteller Rolf Hochhuth

Es war auf dem SDS-Veteranen-Treffen in Berlin, 1986. Abends hatte man sich gegenseitig in Filmen gezeigt, wie man damals gewesen war, und war angerührt; den Morgen drauf wurde man larmoyant. Er habe, so sagte einer, eine Woche lang vor Gericht gestanden wegen Steinewerfens, dabei sei er's gar nicht gewesen. Es verbat sich ein Zuhörer dergleichen. Es möge der SDS mit solcher Rückschau seiner ehemaligen Mitglieder nicht noch das dementieren, was einmal sein wirklich Gutes gewesen sei: die theoretische wie praktische Kritik des staatlichen Gewaltmonopols. Der Kritiker aber war ein wenig jünger als die Referenten, er war »68« noch zur Schule gegangen. »Das kannst du von heute aus gar nicht beurteilen«, sagte man ihm, »denn du bist damals nicht dabeigewesen«. Zustimmung. Keinem war aufgefallen, daß hier ein Satz konsensstiftend geworden war, dessen Zurückweisung einmal den Grundlagendissens mit der Elterngeneration bedeutet hatte.

In der Einleitung zu Victor Farias' »Heidegger und der Nationalsozialismus« schreibt Jürgen Habermas: »Als Nachgeborene, die nicht wissen können, wie *sie* sich unter Bedingungen der politischen Diktatur verhalten hätten, tun wir gut daran, uns in der moralischen Bewertung von Handlungen und Unterlassungen während der Nazi-Zeit zurückzuhalten.« Sowas klingt zunächst nobel, »richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!« und »there but for fortune go you or I«, hat aber etwas von der so fahlen wie banalen Noblesse evangelischer Wochenendseminare. Gewiß sind Selbstzweifel ehrenwert. Aber ist es ebenso ehrenwert, sie auszuplaudern? Es verträgt sich der unausgesprochene Selbstzweifel sehr wohl mit dem ausgesprochenen Vorsatz: ich beabsichtige, nicht zu *werden* wie jener-dort. Und diese Absicht – wenn sie denn eine ernsthafte sein soll – verträgt sich nicht nur damit, sondern fordert, sich in der moralischen Bewertung von Handlungen und Unterlassungen unter anderem und besonders während der Nazi-Zeit nicht zurückzuhalten.

Oder so gefragt: Wer denn dürfte sich, gemäß dem Habermas'schen Diktum, in der moralischen Bewertung von Handlungen und Unterlassungen während der Nazi-Zeit *nicht* zurückhalten? Nur solche wohl, die *während* der Nazi-Zeit Handlungen und Unterlassungen begangen haben. Also irgendwann niemand mehr? Und die, die nicht mehr leben, *weil* sie während der Nazi-Zeit Handlungen und Unterlassungen begangen haben? Wäre in unserem und ihrem Namen zurückhaltend über die zu urteilen, deren Handlungen und Unterlassungen schuld an ihrem Tod gewesen sind? (Ich erinnere an den alten Iwan Karamasow: Das zu Tode gehetzte Kind dürfte seinem Mörder verzeihen, wenn es könnte, ich darf es nicht.)

Den nämlichen Gedanken faßt Rolf Hochhuth in seinem Aufsatz »Besuch bei Ernst Jünger« so: Keine Generation habe das Recht, nur weil sie die jüngere sei, über eine andere zu Gericht zu sitzen. Ein seltsamer Satz aus der Feder dessen, der einst den »Stellvertreter« schrieb. Und so schreibt Hochhuth weiter: »Es ist doch selbstverständlich, daß die Handlungsweise eines Menschen, ebenso wie das, was er denkt und wie er die Szene sieht, nicht ablösbar sind von der Epoche, die seine Sicht, sein Denken bestimmte.« Die jüngere Generation wisse eben, was danach gekommen sei, sei insofern klüger, dürfe aber diesen Zuwachs an Kenntnis nicht moralisch, jedenfalls nicht richtend, verwerten. Diese Ansicht ist falsch, sie ist ein moraltheoretischer Grundfehler. Die Kritik, die Hochhuth für ungerechtfertigt hält, ist das Äquivalent zur Korrektur überholten Wissens. »Nachher ist man immer klüger«, sagt man, und genau so ist es. Wollte man diesen Wissenszuwachs nicht nutzen, so sagte man, moralisches Urteilen müsse sich dümmer stellen als der Urteilende selber ist. Gerade weil man potentiell klüger ist als der Handelnde im Augenblick seines Handelns (und zwar trivialerweise: weiß man doch um das Ergebnis der Handlung), kann man (meist) sicherer moralisch urteilen als der Zeitgenosse.

Der Behauptung Hochhuths liegt die häufige Verwechslung von moralischem Urteilen und Sich-in-eine-Person-hineinversetzen zu Grunde. Dabei handelt es sich um zwei gänzlich verschiedene Arten, einem Menschen gegenüberzutreten. Es geht, um es zu pointieren, beim moralischen Urteilen nicht einmal darum, einem Menschen individuell gerecht zu werden. Das Moralisieren ist dem moralischen Gebot der Rücksichtnahme nicht unterworfen. Denn die Gültigkeit von Moralurteilen beruht gerade auf ihrer weitgehenden Leugnung von individuellen Umständen. Moralische Urteile sind dazu da, Maßstäbe für ein für viele verbindliches Verhalten zu bestimmen. Das heißt nicht, daß moralisches Raisonnieren nicht vom Einzelfall ausginge: ich plädiere nicht für das Konstruieren ethischer Systeme, im Gegenteil. Moralisches Raisonnieren besteht in der Diskussion historischen Beispielmaterials. Und deshalb, weil jede Generation potentiell klüger ist als die vorige, gibt es die Chance eines moralischen Fortschritts. (Ich behaupte wohlgemerkt nicht, daß er Wirklichkeit sei; ich sage nur, daß er möglich ist – ein Umstand, der seinerseits moralisch nicht folgenlos ist.)

Aus dem Klüger-sein der nächsten Generation ergibt sich ihre Verpflichtung zum moralischen Urteilen. Und gleichzeitig muß sie sich an den angelegten Maßstäben selbst messen. Gewiß – wer das Maul voll nimmt, kann beim Wort genommen

werden. Aber das spricht für das vollgenommene Maul. Letztlich ist doch das der eigentliche Sinn des Urteilens über Vergangenes und Vergangene: Maßstäbe zu nennen, an denen man die eigenen Handlungen messen will. Sage mir, mit wem du Nachsicht hast, und ich sage dir, welche mildernden Umstände du vorsorglich reklamierst. Das Gegenteil des Habermas'schen Satzes ist richtig: Als Nachgeborene, die nicht wissen *können,* wie sie sich unter ähnlichen Bedingungen verhalten würden, tun wir gut daran, uns in der moralischen Bewertung von Handlungen und Unterlassungen während der Nazi-Zeit *nicht zu*rückzuhalten, sondern aus diesem Urteilen einige Maßstäbe für eigenes Handeln zu gewinnen. Der Versuchung, sich Passepartouts mit dem Ausstellen von Persilscheinen zu verschaffen, sollte man widerstehen, und es schickt sich auch nicht, gerade innerhalb der eigenen Zunft – Habermas gegenüber Heidegger, Hochhuth gegenüber Jünger – eine Zurückhaltung zu üben, die dann eben alles andere als vornehm ist.

»Die Moral«, schreibt Jean Améry, »ist ebenso unheimlich wie die Geschichte: beide verbergen den Menschen, dieses arme Bündel aus leicht verletzlichem Fleisch, ungreifbaren Empfindungen, Impressionen, diese arme Haut, die nichts will als sich schützen gegen Eiseskälte und versengende Hitze. Man kann niemals genug Nachsicht haben mit dem Menschen«, aber er schreibt auch: »Man kann niemals genug Nachsicht haben... Doch darf sie nur üben, wer bereit ist, sich selbst unnachsichtig abzuurteilen.« Wir – die anderen Zitierten wie der Zitierende – , die wir unser Verhältnis zu der uns umgebenden Bundesrepublik Deutschland allenfalls in Formen freundschaftlichen Haders und gemütlicher Händel kleiden, können das wohl nicht für uns in Anspruch nehmen. Umso stärker ist die Pflicht, sich im Urteilen nicht zurückzuhalten. Urteilt, auf daß ihr beurteilt werdet.

In KONKRET 11/88 stellte J.P. Reemtsma den Roman »Mördergrube« des DDR-Autors Werner Steinberg vor

konkret 03/89, S. 18

Luc Reinette

Le Cod Noir

Während sich die Nation an den Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag der Großen Revolution berauscht, verschachert der französische Staat in einem kolonialistischen Deal die Menschen der Karibik an die Europäische Gemeinschaft. Der folgende Text macht darauf aufmerksam, daß die schwarzen Völker noch immer weltweit gegen die weiße Herrschaft und Unterdrückung kämpfen müssen . Er wurde in einem französischen Gefängnis als Offener Brief an Nelson Mandela formuliert. Sein Verfasser ist Mitglied des Nationalen Rates des guadeloupensischen Widerstandes (CNRG)

Nachdem die mehr oder minder aufrichtigen Solidaritätsbekundungen der Großen dieser Welt zu Ehren Deines siebzigsten Geburtstages verklungen sind, möchte ich mich mit Dir unterhalten, ich, Nachkomme eines afrikanischen Sklaven.

In Frankreich, 7000 Kilometer von meinem Land entfernt, eingesperrt, bin ich bereits zu 26 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Heute teilte man mir mit, daß das Datum meiner Freilassung auf den 28. August 2011 festgesetzt sei, vorbehaltlich der Strafen, die bei zukünftigen Prozessen noch ausgesprochen werden. Gewisse Ähnlichkeiten bringen uns, in aller Demut und Brüderlichkeit, einander näher. Ich erlaube mir, Dich zu duzen, denn wenn wir auch nicht derselben Generation angehören, so atmen wir doch seit undenklichen Zeiten dieselbe lastende Luft der Unterdrückung. Ohne Dich zu kennen, erkenne ich Dich zwangsläufig wieder durch unser ähnliches Erinnern, durch unsere Vorfahren, die Nachbarn waren und die hier innere Sklaverei, dort äußere Sklaverei erlitten. Indem ich Dir das sage, nähern sich meine Worte ein wenig denen des kubanischen Schriftstellers Nicolas Guillén: Als er über seine Freundschaft mit dem schwarzen kolumbianischen Dichter Jorge Artel sprach, unterstrich er, daß sie nicht erst durch ihr Zusammentreffen entstand. Sie existierte bereits in einem uralten Wiedererkennen, hervorgegangen vielleicht aus jener gemeinsamen Vergangenheit, als brüderliche Vorfahren, an den Bauch eines beliebigen Sklavenschiffes gekettet, den Atlantik überquerten.

Gewisse wohlmeinende Geister raten uns, die Vergangenheit zu vergessen; aber wie soll man ohne solide Grundlagen ernsthaft die Zukunft vorbereiten, wo doch die Auswirkungen dieser Vergangenheit in der Karibik, in Amerika, in Afrika und im Südpazifik schmerzhaft andauern? Für uns, für die die Gefahr besteht, daß es eine Zukunft nicht gibt, bedeutet der absolute Imperativ, die Gegenwart zu meistern, um die Zeit zu bewohnen, diese Zeit, die auch unsere Zeit, unsere Epoche sein sollte, und die uns dennoch entgleitet, ja uns davonläuft. Aber wie unsere Gegenwart meistern, wenn wir nicht über die wahre Freiheit, nämlich die Freiheit zu entscheiden, verfügen? Wie Du und wie Millionen anderer Schwarzer, deren Perspektive heißt, zu sterben, ohne diese Freiheit gekannt zu haben, war und bin ich überzeugt, daß das Leben nicht unter jeder beliebigen Bedingung gelebt werden kann.

Verstehst Du, trotz der mehr oder weniger realen Unabhängigkeiten der schwarzen Länder, die immer noch unter (weißem) Einfluß bleiben, ist es meine Überzeugung, daß es *keinen* freien schwarzen Menschen auf der Erde gibt, keinen einzigen, und daß das andauern wird, solange es auf der Welt auch nur einen Ort gibt, der dem schwarzen Menschen verboten ist. Uns Guadeloupeanern z. B., die man als Franzosen verkleidet hat, uns erspart der französische Personalausweis nicht die Schrecken der Apartheid. Denn noch für lange Zeit wird für die 700 Millionen Schwarzen auf der Erde der einzige Personalausweis ihre Haut sein. Über verschiedene Ozeane und Kontinente verstreut bilden wir die schwarze Welt, das heißt: die Unter-Welt der Enterbten. Für uns, die eine gemeinsame Hautfarbe zu Opfern allen Unrechts und aller Herrschsucht gemacht hat und macht, für uns gibt es kein »woanders«.

Es gibt kein »woanders«, da in Guadeloupe wie in der gesamten von Frankreich beherrschten Karibik farbige Menschen seit mehr als drei Jahrhunderten ausschließliches Eigentum Frankreichs sind und da ihre Länder als Objekt eines Verkaufsversprechens im Zuge der Realisierung der Einheitlichen Europäischen Akte ab 1992 europäisches Miteigentum werden. Und das natürlich, ohne daß man sie auch nur um ihre Meinung gefragt hätte: Die Begriffe »Gerechtigkeit« und »Eigentum« haben bezogen auf Schwarze in den Augen der Bewohner des »freien Westens« und insbesondere der Franzosen nie große Bedeutung gehabt. Schließlich haben die Franzosen allein aufgrund interner politischer Machtwechsel zunächst 1794 das Sklaventum, weil es als Unrecht galt, abgeschafft um es dann 1802 wieder einzurichten und 1848 erneut abzuschaffen. Warum soll für uns Guadeloupeaner wie für alle Schwarzen der Welt die Freiheit nicht eine unumstößliche, unangefochtene Errungenschaft von dauerhafter Gültigkeit sein? Warum soll oder sollte sie eine Angelegenheit weißen oder ausländischen Ermessens sein?

Siehst Du, Nelson, diejenigen, die sich darauf vorbereiten, prunkvoll die Zweihundertjahrfeier ihrer Revolution von 1789 zu begehen, sind genau diejenigen, die uns den aufrechten Gang und die darin begründete Würde absprechen; genau diejenigen, die die Tür zu unserem kollektiven Gedächtnis verschließen, indem sie ihre Sklavenhaltervergangenheit aus den Geschichtsbüchern tilgen und deren Schändlichkeit nicht anerkennen. Einige, wie Ex-Premierminister Chirac, preisen das französische »Reich« und beschwören ihre Mitbürger, daß sie sich ihrer kolonialistischen Vergangenheit nicht schämen sollen. Wole Soyinka versicherte, daß selbst in totalitären Staaten die Zeit kommt, wo die vergangenen »Fehler« anerkannt werden, wo die hochgestellten Verbrecher entlarvt werden, und sei es auch nur posthum. Für Frankreich gilt nichts von alledem; es hat sich selbst von allen begangenen Greueln freigesprochen. Ich bin jedoch aus einem Volk gemarterter

Männer und Frauen hervorgegangen, die während über dreihundert Jahren als Waren behandelt wurden; und es ist nicht das kleinste Paradox, festzustellen, daß Barbarei und Entmenschlichung im Register der Verbrechen gegen die Menschlichkeit desto weniger zu wiegen scheinen, je länger sie angedauert haben...

Für mich, für uns reicht die simple Abschaffung des Sklaventums bei Entschädigung der Sklavenhalter nicht aus; denn sie hat uns nicht zu wahrhaft freien Menschen ohne jede Bevormundung gemacht. Anläßlich der Zweihundertjahrfeier der englischen Ankunft in Australien hat dieses Land seine Massaker und Grausamkeiten an den Aborigines im Vorwort eines Vertrages anerkannt, durch den ein Teil des Landes wieder an die ursprünglichen Bewohner abgetreten wird. Nicht so Frankreich, von dem wir seit Jahren vergeblich fordern, es solle mit unserer Geschichte ins Reine kommen, seine moralische Schuld und unser unveräußerliches Recht auf Souveränität anerkennen. Im Gegenteil, gegen alle, die sich wie wir (12 politische Gefangene und Tausende Freiheitskämpfer) von seiner Herrschaft befreien wollen, setzt Frankreich seine Polizei und seine Gendamerie-Schwadronen ein, unterstützt von einer Justiz, die in verschiedenen Hinsichten einer Rassenjustiz wie in Südafrika ähnlich ist. Das Gesetzbuch für Schwarze, (Le Code Noir), 1685 von Ludwig XIV. erlassen, hat unauslöschliche Spuren in Köpfen, Mentalität und Verhalten der französischen Kolonialrichter hinterlassen, bei denen eine Art Kontinuität des Denkens fortbesteht.

Dennoch: Frankreichs Präsident hat offenbar mit Blick auf die Nachwelt im April 1988 erklärt: »Eine historisch richtige Position verteidigen bedeutet, ein Grundrecht verteidigen«. Dir erkennt er dieses Recht zu, wenn Du Deine Freiheit forderst, aber nicht uns, die diskreditiert werden sollen, indem wir als Terroristen abqualifiziert werden.

Dich beschimpft die südafrikanische Regierung ihrerseits als Terrorist, obwohl Du den Sinn Deines Kampfes während Deines Prozesses folgendermaßen erklärt hast: »Ich leugne nicht, Sabotage-Aktionen organisiert zu haben; ich habe es getan, nachdem ich die Situation dieses Landes kühl und ruhig analysiert habe. Aufgrund der Politik der Regierung gibt es für das schwarze Volk ohne Gewalt keine Möglichkeit, seinen Kampf gegen die weiße Vorherrschaft zu gewinnen. Alle legalen Mittel, unsere Opposition gegen die Vorherrschaft auszudrücken, sind durch Gesetz unterdrückt worden, und wir sehen uns einer Situation gegenüber, in der wir entweder einen Zustand dauerhafter Minderwertigkeit akzeptieren oder aber die Regierung herausfordern. Wir haben die Wahl getroffen, das Gesetz herauszufordern.«

Es geht uns nicht darum, uns mit Dir zu vergleichen. Aber während der Prozesse des Jahres 1985 haben wir Guadeloupeaner dasselbe gesagt, ohne daß wir damals den Inhalt Deiner Erklärung gekannt hätten. Harte Strafen für den Deinen gleiche Taten wurden über uns verhängt, und man verlangte unsere Verbannung. Menschenjagden wurden organisiert, unser Radio brutal zerstört, Guadeloupeaner willkürlich festgenommen. Zu unserer Schande, oder besser zur Schande der »Demokratien«, kamen die einzigen offiziellen Proteste gegen Frankreich aus Pretoria und dem Chile des Diktators Pinochet, die die Gelegenheit nutzten, um alte Rechnungen zu begleichen.

Hier also, Nelson, einige Fakten der westlichen Demokratie, die auf uns angewendet zur Demokratur wird, um einen neuen aber für unsere jeweilige Situation sehr geeigneten Ausdruck zu verwenden. So will man bei uns durch ein geschicktes Spiel mit Spiegeln und durch Kunststücke des ungezügelten Konsums den Eindruck erwecken, als gäbe es Kolonien, wo Glückseligkeit herrscht. In diesen Kolonien erlaubt man den betroffenen Völkern aus Laxheit vieles, beinahe alles, außer dem Wichtigsten, nämlich selbst über ihre eigenen Angelegenheiten zu entscheiden. Französische Politiker, die sich selbst als »Dritte-Welt-Freunde« ausgeben, laden uns ein, »zusammen zu bleiben«, um »der Zeit Zeit zu lassen«, aber in Wirklichkeit verteidigen sie zäh ihre egoistischen Interessen. Ebenso schwerwiegend ist das Verhalten derjenigen unter uns, die heute im Schatten der Franzosen und die morgen in demjenigen aller Europäer zu leben bereit sind. Deswegen ist es für uns unabdingbar notwendig, außer einem Klassenbewußtsein auch ein Bewußtsein unserer Identität als Schwarze zu haben, so daß wir alle Paternalismen, die natürliche Verlängerung des Rassismus, jederzeit aufspüren und anklagen können. Schließlich brauchen wir auch ein nationales Bewußtsein, da es kein dauerhaftes Glück gibt, dessen Architekt man nicht selbst ist.

Es gibt kein »woanders«, weil sich in Brasilien, wo Schwarze während der dreihundertjährigen Sklaverei (1550-1880) bedeutend zum Aufbau des Landes beigetragen haben, die Gesellschaft nach den Berichten unparteiischer Beobachter grundlegend und in den wichtigen Punkten nicht weit von der Sklavengesellschaft entfernt hat, von der sie ihren Ausgang nahm. Die Schwarzen, die aus den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhängen ausgegrenzt werden, werden systematisch marginalisiert. Slums und Gefängnisse dagegen quellen über von Schwarzen. Sie sind dort 5mal so häufig inhaftiert, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht.

Es gibt kein »woanders« mehr, denn in den USA sind die 32 Millionen Schwarzen die ärmsten der Amerikaner, ausgewählte Zielscheibe von Drogen, Verbrechen, Gewalt, Polizeirepression (Black Cycle) und »selbstverständliche« Opfer von Arbeitslosigkeit, Unwissenheit, Rassismus. Sie werden in ihren Bürgerrechten weiterhin diskriminiert, während die westlichen Einwanderer, die meist 200 Jahre nach ihnen ankamen, alles haben und oft zu Reichtum gekommen sind.

Es gibt kein »woanders« mehr, da in Schwarzafrika alle Länder ihren Lebensstandard seit 15 Jahren dramatisch schwinden und jeden Monat neue Zentren von Hungersnöten entstehen sehen, die sich nicht mehr auf Äthiopien, den Sudan,

Mosambique oder Uganda beschränken. Die überwältigenden, unerträglichen Schulden, wiederholte schreckliche Dürrekatastrophen, die zur beschleunigten Wüstenbildung beitragen, Infektionskrankheiten, die ganze Völker dezimieren, interne und ethnisch begründete Kriege, die zunehmende Verschlechterung der »terms of trade«, die die afrikanischen Wirtschaften in die Kniee zwingen, führen dazu, daß der schwarze Kontinent in die Phase seiner Zerstörung eingetreten ist. Für ihn ist eine der wichtigsten Überlebensfragen diese: Wie können Produktionsanstrengungen angekurbelt werden, wenn Entscheidungen und Faktoren, die seiner Kontrolle entzogen sind, alles wieder zunichte machen?

Es gibt kein »woanders« mehr, denn nach Papua-Neuguinea, nach Kanaky (Neu-Kaledonien), nach Australien und Neuseeland sind Fremde gekommen, um mit Gewalt den größten Teil des Landes der Papuaner, Melanesier, Aborigines und Maoris zu rauben, und zwar einzig unter dem Vorwand, es handle sich um Schwarze. Von Jahr zu Jahr haben wir miterlebt, wie die für ihr Leben bestimmten Reservate zusammenschrumpften.

Es gibt kein »woanders« mehr, Nelson; aber angesichts der wachsenden Gefahren gibt es keine Flucht mehr vor der Umwandlung der Strukturen und Mentalitäten der schwarzen Welt, der einzigen Gattung, die in diesem von erbarmungslosem Konkurrenzkampf charakterisierten Universum wirklich vom Untergang bedroht ist. Alle Länder, die Ähnlichkeiten aufweisen, haben sich zu Blöcken oder Gesamtheiten zusammengeschlossen, um Fortschritte zu machen, sich zu verteidigen, oder zumindest zu überleben: Das asiatische Ganze gewinnt Gestalt, das europäische Ganze ist auf den Weg gebracht das amerikanisch-kanadische Ganze ist fertig, der sowjetische Block modernisiert sich, am großen Maghreb wird gearbeitet. Und die schwarze Welt? Sie hat keine Strategie, keine Gesamtvision, und das umso weniger, als viele ihrer Mitglieder die Größe der Herausforderungen unterschätzen oder den Zeitfaktor, der doch so wesentlich ist, für unwichtig halten.

Es gibt manchmal das enttäuschende Verhalten von Menschen, die sich zwar der Herausforderung bewußt aber Meister der Ausflüchte und nicht bereit sind, auf den kleinsten Zipfel ihrer materiellen Bequemlichkeit zu verzichten, um den Lauf der Dinge zu ändern.

Es gibt auch das unrealistische Verhalten zahlreicher Länder, die Schiffbruch erlitten, weil sie einige unverzichtbare Etappen der Entwicklung überspringen wollten. Aber von Amerika über Afrika bis Ozeanien ist unser größtes Handicap vor allem, daß einige Hundert Millionen von uns eine total falsche Vorstellung von der realen Welt und ihrem Funktionieren haben. Und da sie nicht rechtzeitig das Gewicht der möglichen Gefahren einschätzen und sich massiv und dauerhaft zur Geltung bringen können, ist unser gemeinsames Überleben nur um den Preis unmenschlichen kollektiven Leidens zu verwirklichen.

Nelson, ich plädiere hier für die konkrete Einheit der schwarzen Welt, um die drängende Notwendigkeit verständlich zu machen, die schwarzen Solidaritäten rund um die Welt zu verbünden. Ich plädiere auch dafür, daß Du durch Unterstützung und eine Art »Schirmherrschaft« bei der Gründung des »Schwarzen Weltkongresses« mithilfst, einer Einrichtung, die unverzichtbar für die Rettung und Erneuerung einer ganzen, von Verdrängung und Auslöschung bedrohten Rasse ist: nämlich der unseren.

Wir haben immer mehr verhungernde, ihrem Schicksal überlassene Kinder, die uns schweigend anblicken. Doch wenn unsere Gemeinschaft die Möglichkeit haben will, sich durch bestimmte gemeinsame, entscheidende Handlungen zu retten, bist Du, Nelson Mandela, derjenige, der am besten den Lebensinstinkt der schwarzen Völker stimulieren kann.

Gemeinsam in wiedergefundener Brüderlichkeit werden wir die Worte Jesse Jacksons an die schwarze Welt widerhallen lassen und konkretisieren: »Halten wir die Hoffnung lebendig! Ergeben wir uns nie!«

Auch für Dich Nelson und für das Südafrika von morgen, das von der Apartheid befreit sein wird... Halten wir die Hoffnung lebendig! Es lebe Azanie.

Im Gefängnis von Fleury-Mérogis (Frankreich) am 28.7.1988

Übersetzung: Dorothee Piermont

konkret 03/89, S. 20

Dorothee Piermont

NOU PA EWOPEYEN

Anmerkungen zum Artikel »Le Cod Noir«
Noch immer gehen die Staaten der Europäischen Gemeinschaft über Leichen, um ihr kolonialistischen Ambitionen zu verteidigen Schließlich benötigen sie ihre überseeischen Departements als Schaufenster und Stützpunkt einer aggressiven Export- und Militärpolitik

Die Kolonisierung der am 4. November 1493 von Kolumbus entdeckten Inselgruppe von Guadeloupe begann zwischen 1625 und 1640 mit der fast vollständigen Ausrottung der Ureinwohner. Neu bevölkert wurden die Inseln durch einige weiße Siedler und massenhaft herangeschleppte schwarze Sklaven, deren Kauf und Verkauf Ludwig XIV. aus eigennützigen Gründen 1673 legalisierte.

1789 am Vorabend der Französischen Revolution, bestand die Bevölkerung Guadeloupes aus 13 Prozent weißen Kolonialisten, gut 84 Prozent schwarzen Sklaven und knapp 3 Prozent Freigelassenen.

Als der »Dritte Stand« in Frankreich für seine Befreiung kämpfte, gehörte das Elend der Sklaven in den französischen Kolonien nicht zu seinen Sorgen. So beschloß die »Konstituierende Versammlung« im Mai 1791, »daß kein Gesetz über den Status der *unfreien Personen* erlassen werden kann, außer auf ausdrückliches Verlangen der Kolonialversammlungen«, d. h. der Versammlungen der weißen Herren in den Kolonien.

Dennoch: Der Sklavenhandel wurde schließlich am 11. August 1792 durch die Legislativ-Versammlung verboten. Anderthalb Jahre später, am 16. pluviôse des Jahres II (14.2.1794), beschloß die »Konvention« aufgrund des Berichtes eines Abgeordneten aus Saint-Domingue, eines ehemaligen Sklaven, spontan und unter lebhaften Ovationen: »Das Sklaventum ist auf dem gesamten Gebiet der Republik abgeschafft.« Doch bevor die hochherzige Proklamation auf den Antillen gegen den Widerstand der Kolonialisten verwirklicht werden konnte, hatte Napoleon sie am 20. Mai 1802 bereits wieder abgeschafft und den Sklavenhandel wieder eingeführt. Erst die 1848er Revolution setzte der Sklaverei auf französischem Gebiet ein Ende.

Waren und sind damit »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« für die kolonisierten Völker Frankreichs Realität geworden? Sahen und sehen die Nachfahren ehemaliger Sklaven in der Zugehörigkeit zur »einen, unteilbaren Republik« ihr Ziel? »Nein«, sagten besonders das vietnamesische und das algerische Volk in zwei der blutigsten Kolonialkriege. »Nein«, sagen seit Jahren 80 Prozent des kanakischen Volkes. »Nein«, sagen die Befreiungsbewegungen in den anderen französischen Kolonien, wie z.B. in Guadeloupe, heute noch.

Dem »unveräußerlichen Recht auf Souveränität« der »als Franzosen verkleideten Guadeloupeaner« (Luc Reinette) steht die »eine, unteilbare Republik« entgegen, wie sie sich ab 1792 zum höchsten, da unbestrittensten aller Werte der französischen Staatsraison entwickelt hat. Zu ihren Konsequenzen gehört das staatsterroristische Attentat gegen die »Rainbow Warrior« zum Schutz der »Force de Frappe« vor Pazifisten ebenso wie die militärische Erstürmung der Grotte auf der neukaledonischen Insel Ouvea am 5. Mai 1988, in deren Verlauf 19 kanakische Unabhängigkeitskämpfer umgebracht wurden, die Hälfte durch Kopfschuß, nachdem sie sich bereits ergeben hatten. Und das alles im Auftrag bzw. unter Zustimmung eines amtierenden sozialistischen Staatspräsidenten.

Doch gerade die Gewalt, mit der die »eine, unteilbare Republik« ihre kolonialistischen Ambitionen verteidigt, öffnet den Kolonisierten die Augen. So erklärt sich, daß z. B. die UPLG (Union Populaire pour la Libération de la Guadeloupe) in der Bevölkerung breit verankert ist, insbesondere bei Landarbeitern, im Tourismussektor, im Gesundheits- und Erziehungswesen. Aus dieser »Schule« sind inzwischen zahlreiche schwarze Rechtsanwälte hervorgegangen, die mehrheitlich Advokaten der Rechte ihres Volkes und damit prädestiniert sind, Unabhängigkeitskämpfer vor Gericht juristisch und politisch zu verteidigen.

Die »Europäische Gemeinschaft«, während 30 Jahren mehr oder weniger aktiver Komplize des französischen (und des übrigen westeuropäischen) Kolonialismus, ist dabei, sich zum *Teilhaber zu* entwickeln. Als Wirtschafts-Weltmacht, die sich mit der Realisierung des »Binnenmarktes 1992« bessere Voraussetzungen für die Schlacht um Weltmarktanteile schaffen will, sieht sie in den zum EG-Wirtschaftsraum gehörigen, überseeischen Departements und Territorien willkommene »Schaufenster« und »Niederlassungen« für ihre aggressive Exportpolitik in die angrenzenden Kontinente. Von dort aus können in Zukunft alle 12 EG-Staaten, nicht mehr nur das Mutterland, exportieren, der Stärkste, die BRD, am meisten.

Wer auf Wachstum durch ständig steigende Exporte baut, muß sich um eine internationale Spitzenstellung seiner Exportsektoren bemühen. Und dazu gehört, so steht's in allen einschlägigen EG-Verlautbarungen, die Beherrschung der zivilen (und militärischen) Raumfahrttechnologien. Das Raumfahrtzentrum Kourou in Französisch-Guyana, für dessen Erweiterung gerade 600 ha tropischen Regenwaldes vernichtet werden und das bereits jetzt Abschußbasis für die europäischen »ARIANE«-Raketen ist und in Zukunft auch für den europäischen Raumgleiter »HERMES« werden soll, ist

in diesem Kalkül für die EG als Wirtschafts-Weltmacht unverzichtbar. Von ihrer möglichen späteren Entwicklung auch zur militärischen Supermacht ganz abgesehen.

Zu den Attributen einer solchen würde jedoch bis auf weiteres, d. h. solange an der atomaren Abschreckung festgehalten wird, auch die Etablierung einer europäischen Atommacht gehören. An der Möglichkeit, in Französisch-Polynesien, auf Moruroa (oder Fangataufa), weiterhin Atombomben testen zu können, besteht also auch ein westeuropäisches Interesse. Originalton des französischen Generalstabschefs J. Lacaze: »Die wichtigste Bedrohung in den überseeischen Departements und Territorien stellt... die innere Destabilisierung, unterstützt von terroristischen Guerilla-Aktionen, dar... Wir müssen hier ganz besonders wachsam sein. Denn das Atomtestzentrum auf Moruroa und das Raumfahrtzentrum Kourou in Guyana sind absolut notwendig für den Erhalt unseres technologischen Niveaus und... die Kohärenz unseres Verteidigungssystems« (»Le Monde Diplomatique«, März 1985).

Da nach der »Domino-Theorie« angeblich die Entlassung eines »überseeischen Gebietes« in die Unabhängigkeit in einer Kettenreaktion die aller anderen Gebiete nach sich ziehen würde, wollen die EG-Staaten gemeinsam den Anfängen wehren. Ein unter dem poetischen Namen »POSEIDOM« von der EG-Kommission vorgelegter Vorschlag zur Abfederung der katastrophalsten Auswirkungen des »Binnenmarktes« auf die überseeischen Departements (DOM) verfolgt daher als wichtigstes Ziel »eine realistische Integration der DOM in die Gemeinschaft«. Im Klartext: Zusätzlich zur französischen soll den überseeischen Gebieten eine funktionierende »europäische« Fessel angelegt werden. »NOU PA EWOPEYEN« (Wir sind keine Europäer) steht daher auf Mauern, Hauswänden und Plakaten der UPLG.

Man sieht: Die EG hat nichts dazugelernt. Ihre Mitgliedstaaten haben vor Jahrhunderten die von ihnen eroberten und ausgebeuteten Völker nicht gefragt, ob sie Kolonien werden wollten. Sie fragen sie heute ebensowenig, ob sie zu »Europa« gehören wollen.

konkret 03/89, S. 22

Kurt Hübner

Sooner or later

Entgegen den Prognosen linker Ökonomen konnte die kapitalistische Wirtschaft auch 1988 hohe Wachstumsraten verbuchen. In KONKRET 2/89 (»One day or another«) hat Winfried Wolf dennoch auf der prinzipiellen Gültigkeit der Krisen-Prognosen beharrt und versucht, das momentane Ausbleiben einer Rezession zu erklären. Hübner wirft ihm Oberflächlichkeit vor und bemüht sich, selber eine überzeugendere Prognose zu formulieren

Wer Prognosen und gar noch ökonomische wagt, kann ziemlich sicher sein, sich zu blamieren. Davon können nicht allein die Prognostiker des Sachverständigenrates und der wirtschaftlichen Forschungsinstitute ein Lied singen – auch die marxistischen und kritisch-keynesianischen Theoretiker sind vor Fehlschlüssen nicht gefeit. Als im Oktober 1987 weltweit die Börsenkurse in den Abgrund stürzten, gingen alle Auguren nahezu einheitlich davon aus, daß das Jahr 1988 eine veritable ökonomische Krise bringen würde. Eingetreten ist das schiere Gegenteil: Die Zuwachsraten des Sozialprodukts der entwickelten kapitalistischen Länder sind nicht nur nicht gesunken, sondern im Vergleich mit den beiden zurückliegenden Jahren sogar angestiegen.

Fehlerhafte Prognosen lassen sich von den ihnen zugrundeliegenden Theoriesystemen nicht trennen, mit denen die ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse erklärt und in die nächste Zukunft verlängert werden. Und analytische Sätze können erst dann einen theoretischen Status beanspruchen, wenn sie nicht allein zurückliegende Entwicklungen erklären, sondern auch bedingte Aussagen über zukünftige Verlaufsformen machen können. Fehlgegangene Prognosen sollten mithin als ernsthafte Herausforderungen des jeweiligen theoretischen Weltbildes der Prognostiker aufgefaßt werden.

Daß insbesondere der ökonomietheoretische *mainstream* eine solche Verknüpfung von faktischer wirtschaftlicher Entwicklung und Leistungsfähigkeit eines Paradigmas ablehnt, braucht nicht zu wundern. Andernfalls hätten die neoklassischen und die Angebotstheoretika schließlich längst aufgeben und ihre lukrativen Jobs an den Nagel hängen müssen. Das kleine Häuflein marxistischer Theoretiker kann sich das Geschäft allerdings nicht so einfach machen und die jeweilige (Fehl-)Prognose einfach aussitzen. Prognosen werden von dieser Seite aufgestellt, um die ökonomischen Bedingungen anzugeben, unter denen die linken und kritischen gesellschaftlichen Kräfte in den politisch-ökonomischen Prozeß der nächsten Zukunft zu intervenieren haben. Anders als bei den herrschenden Prognostikern bewirken ihre Fehlprognosen nicht in erster Linie eine Fehlleitung ökonomischer, sondern eine Fehlleitung politischer Ressourcen.

Zu den vielen Prognose-Opfern zählt auch Winfried Wolf. In seinem KONKRET-Beitrag (2/89) räumt er ein, mit seiner Krisenanalyse falsch gelegen zu haben. Allerdings: Was nicht ist, kann noch werden, scheint die Attitüde von Wolf zu sein, wenn er unter dem Titel »One day or another« seine alte Krisenprognose in die nächste Zukunft verlängert. Diese Behauptung ist ähnlich überzeugend wie die bekannte Phrase von John Maynard Keynes: »In the long run we are all dead«. Sie kann alle historische Beweiskraft für sich beanspruchen. Krisentheoretisch und -prognostisch kann es aus marxistischer Perspektive selbstredend nicht darum gehen, die Wirksamkeit des kapitalistischen Krisenzyklus und damit den nächsten ökonomischen Einbruch infragestellen zu wollen. Für diese Bewegungsform kapitalistischer Gesellschaften spricht alle historische Evidenz. Erklärungs- und prognosebedürftig ist allerdings die spezifische Verlaufsform und Erscheinungsweise des Zyklus, also die Form der Krise. Hier macht es sich Wolf, wie übrigens auch andere orthodoxe Marxisten, zu einfach.

In dem von ihm ausschnittsweise zitierten und als Indiz für einen Stabilitätsoptimismus angeführten Beitrag für die Berliner Stadtzeitung »Zitty« habe ich mich kritisch gegen eine Analyse ausgesprochen, die diesen Formaspekt unterschlägt und allein aus der *logischen* Widerspruchsstruktur kapitalistischer Produktion die Notwendigkeit der nächsten *realen* Krise ableitet. Auch wenn dieser simple marxistische Gedanke eigentlich für sich sprechen sollte, soll dennoch ein Kronzeuge zu seiner Untermauerung angerufen werden: »Obwohl die Grundursache aller zyklischen Überproduktionskrisen, die seit mehr als hundert Jahren in der kapitalistischen Gesellschaft periodisch wiederkehren, die gleiche ist«, so Eugen Varga, der die marxistische Konjunkturprognose unbestritten auf einen historischen Höhepunkt geführt hat, im Jahr 1938, »ändert sich der Charakter der Krisen und Perioden, und innerhalb jeder Periode hat jede Krise ihren konkreten speziellen Charakter, der von der Gesamtheit der historisch konkreten Faktoren, unter denen sie sich abspielt, bestimmt wird«.

Mein früher formulierter Einwand, der Wolfs Verärgerung ausgelöst hat, richtete sich insbesondere gegen Ernest Mandel, der in dem mit Winfried Wolf herausgegebenen Band »Börsenkrach und Wirtschaftskrise« seine bereits früher veröffentlichte und immer wieder enttäuschte Prognose einer ökonomischen Krise angesichts der Ereignisse vom Oktober 1987 endlich bestätigt sah. Die theoretische Basis dieser Prognose, so mein Argument, sei die historische Erkenntnis, wonach es im Kapitalismus keinen dauerhaften Boom geben kann. Dies – mit guten Gründen – unterstellt, brauche man seine Krisenprognose nur hinlänglich lange aufrechterhalten, um irgendwann einmal Recht zu bekommen. Zugegebenermaßen ist dies eine provokante Zuspitzung. Der KONKRET-Beitrag von Winfried Wolf deutet allerdings darauf hin, daß mein damals erhobener Einwand durchaus triftig ist. Seine dort formulierten Begründungen für die nächste Krise sind derart allgemeiner Natur, daß wenig Anlaß besteht, sich auf den Eintritt eines solchen Ereignisses vorzubereiten.

Das ist deshalb unglücklich, weil es in der Tat genügend Gründe gibt, mit einer Zuspitzung krisenhafter Instabilitäten zu rechnen. In der Auseinandersetzung mit Wolf will ich wenigstens kursorisch andeuten, wie eine überzeugendere Prognose auszusehen hätte.

1. Die kapitatismus-konstitutive Anarchie der Produktion macht alle Prognosen unsicher. Sollte damit gemeint sein, daß sichere Prognosen nicht formuliert werden können, dann ist diese These so platt wie wahr. Jeder ökonomische Fachmann weiß, daß Prognosen, die mit der Attitüde gesicherter Erkenntnis formuliert werden, der Scharlatanerie gleichkommen. Einer der erfahrensten marxistischen Krisenprognostiker, Jürgen Kuczynski, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß nur *eingeschränkte* Prognosen denkbar sind, die darüber hinaus an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden bleiben: Ausgehend von gesichertem Wissen über ökonomische Gesetzmäßigkeiten müssen verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten herausgearbeitet werden, deren Eintrittswahrscheinlichkeiten aus den beobachtbaren ökonomischen Indikatoren und Funktionszusammenhängen zu bestimmen sind. Der die höchste Wahrscheinlichkeit aufweisende Entwicklungsweg ist dann unter Beachtung denkbarer exogener Ereignisse, die bremsend oder auch beschleunigend wirken können, zu extrapolieren. Nimmt man diese Einschränkungen ernst, dann spricht viel dafür, auf *quantitative* und *kurzfristige* Prognosen zu verzichten. Die Aufmerksamkeit sollte sich eher auf *qualitative* Aussagen richten, die in Form von *mittelfristigen Entwicklungsszenarien* vorgestellt werden. Eine solche Vorgehensweise hätte nicht allein den Vorteil, sich auf weiterentwickelte methodische Vorgaben stützen zu können, sie könnte auch dazu beitragen, die ausschließliche Fixierung auf den »worst case« zu überwinden. Im übrigen: Gerade die analytische Herausarbeitung unterschiedlicher (wohlgemerkt: nicht gewünschter) Entwicklungspfade trägt dem anarchischen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise Rechnung.

2. Der Kapitalismus mündet langfristig und seiner eigenen Logik überlassen in immer katastrophalere Krisen und letztlich in die Barbarei. Obwohl dieser Satz eine respektable Tradition aufzuweisen hat und darüber hinaus auch historische Fakten für sich reklamieren kann, sollte doch seine Konnotation mit der sattsam bekannten und historisch wie theoretisch längst widerlegten Zusammenbruchstheorie Anlaß genug sein, Aussagen mit einer bescheideneren Reichweite zu formulieren. Diese Einschränkung gilt zeitlich wie räumlich. Ein Beispiel: Für die unter der kapitalistischen Kreditknute leidenden Bevölkerungen der Dritten Welt ist der Zustand der modernen Barbarei möglicherweise längst eingetreten, während in den kapitalistischen Metropolen durchaus noch von einer relativen ökonomischen Saturiertheit gesprochen werden kann. Während die Nahrungsmittelpreise steil in die Höhe schießen und die Menge lebensnotwendiger Konsumgüter in den verschuldeten Peripherieländern infolge der Umlenkung der Ressourcen in die Exportsektoren drastisch sinken, können die kreditgebenden Banken des kapitalistischen Zentrums Rekordgewinne verbuchen, die sich aus den Zinsleistungen der Schuldnerländer speisen. Die systemische Ungleichzeitigkeit über den kapitalistischen Weltmarkt vermittelter nationaler Entwicklungswege macht national-zentrierte Barbarei-Thesen, wie sie von Wolf formuliert werden, zu populistischen Versatzstücken, die die tatsächliche Dramatik weltgesellschaftlicher Differenzierungsprozesse nicht ernst nehmen.

Während Wolf auf die Krise wie das Kaninchen auf die Schlange starrt, vollzieht sich in vielen Teilen der Welt eine dramatische ökonomische und soziale Katastrophe, deren Konsequenzen schlechterdings nur als Verelendung zu beschreiben sind. Auf der Ebene der kapitalistischen Weltgesellschaft hat sich längst ein differentieller Krisenprozeß eingestellt. Lassen sich die großen Gewinner und Verlierer dabei noch relativ schnell identifizieren, so sind die funktionalen Strukturzusammenhänge demgegenüber noch recht unterbelichtet. Festzuhalten ist aber, daß die kapitalistischen Metropolen von der Deklassierung weiter Teile der Dritten Welt in Gestalt sinkender Rohstoffpreise zu profitieren vermögen und die Krise dort die relative Prosperität hier befördert hat. Daß in diesem Zusammenhang auch Parolen wie »internationale Solidarität« politisch neu diskutiert werden müssen, sei nur am Rande erwähnt.

3. Börsenkrachs gehören wieder zum »Normalbild« des Kapitalismus. Winfried Wolf weist mit Recht darauf hin, daß diese Form der Finanzkrise sowohl von der ökonomischen Theorie als auch von der Politik als »überwundenes« Relikt des Frühkapitalismus bewertet worden ist. Selbst der »schwarze Freitag« vom Oktober 1929 wurde im nachhinein zum Betriebsunfall der Geschichte verniedlicht, der durch Ausbildung steuernder und kontrollierender Institutionen zukünftig verhindert werden könne. Die Ereignisse des 19. Oktober 1987 haben diesen Optimismus widerlegt. Ein weltweiter Sturz der Börsenkurse hat zu einer Entwertung von Kapital geführt, deren Betrag auf etwa 1,7 Billionen US-Dollar geschätzt wird. Aus prognostischem Interesse ist an diesem Ereignis sicherlich am bemerkenswertesten, daß der Super-Gau verhindert und die Ausbreitung des Börsenkrachs auf die internationale Geld- und Kreditsphäre unterbunden werden konnte. Wesentlichen Anteil an dieser Schadensbegrenzung hatte die US-amerikanische FED – eine Institution vergleichbar unserer Zentralbank – , die den von Liquiditätskrisen bedrohten Finanzintermediären und Kreditinstitutionen eine große Masse »fresh money« zugeteilt und so die drängenden Refinanzierungsprobleme zu lösen beigetragen hat. Den ökonomischen Schaden dürften in erster Linie die sogenannten »Kleinanleger« zu tragen haben, die entweder zu den fallenden Kursen alle Bestände verkaufen mußten oder ihre Nachschußpflicht nicht erfüllen konnten und deshalb mit den Verlusten aus dem Markt mußten. Anders als 1929 konnten die metropolitanen Zentralbanken nach dem Börsenkrach ihre »lender of last resort«-Funktion wahrnehmen. Diese institutionelle Lernfähigkeit hat zwar den Crash nicht verhindert, aber immerhin doch begrenzt.

Angesichts des fantastisch geringen Regulierungsgrades der Finanzmärkte dürfte allerdings der 87er Crash kein Einzelfall bleiben. In den Schubläden der Zentralbanken liegen die Pläne für neue »Notstandsoperationen« schon bereit. Es sei angemerkt, daß die von Wolf als Beleg für die Aktualität eines Börsenkrachs angeführte größte Zahl an Sparkassenbankerotten in den USA seit den dreißiger Jahren mit den Ereignissen vom Oktober 1987 nur am Rande zu tun hat. Die Pleitewelle von »Savings and Loans Institutions« begründet sich wesentlich aus der Krise des US-amerikanischen Farmsektors und dem tiefen Fall der Immobilien- und Erdölpreise, die spekulative Kapitalverwendungen implodieren ließen und die schmalen Einlagen- und Eigenkapitaldecken der ländlichen Sparorganisationen aufzehrten.

Der Wolfsche Blick auf die Aktien- und Wertpapiermärkte greift viel zu kurz. Zwar sind bis heute die bei Emile Zola meisterhaft geschilderten Mechanismen von Hausse und Baisse höchst aktuell, allein bedarf Ende der achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts die Analyse und noch mehr die Prognose von Finanzkrisen eines globaleren Zuschnitts. Vella Pillay in »Probleme des Klassenkampfs« (Prokla 71) ist zuzustimmen, wenn er schreibt, daß »die Ära segmentierter Märkte schon lange vorbei ist... Auf jedem Markt (gleichgültig ob in- oder ausländisch) konkurrieren die Akteure aggressiv um Leihkapital, kaufen und verkaufen Wertpapiere, bauen Devisen- und Warenterminpositionen auf, woraus eine Verknäuelung finanzieller Operationen resultiert, die historisch neu und einzigartig ist«.

Für die Verselbständigung der monetären Sphäre spricht bereits die bloße Quantität der dort bewegten Kapitalvolumina: Allein die Summe der Devisenmarkttransaktionen beläuft sich weltweit täglich auf etwa 280 Milliarden US-Dollar. Dazu kommt noch der tägliche Handel mit Futures und Optionenverträgen, der etwa 750 Milliarden US-Dollar ausmacht. Diese gigantischen Beträge, die von den realwirtschaftlichen Transaktionen völlig losgelöst sind, werden ausschließlich unter Profitgesichtspunkten hin- und hergeschoben und haben die internationale Kreditwirtschaft längst in eine überdimensionale Spielhölle umgewandelt. Dies gilt in gesteigertem Maße für die »leveraged buy outs«, durch die die Spekulationswut unmittelbar auf den realwirtschaftlichen Sektor durchschlägt, insofern Industrieunternehmen zum Gegenstand tolldreister Wallstreet-Aktivitäten gemacht werden. Ob die daraus resultierenden finanziellen Instabilitäten sich in einen neuen Börsenkrach transformieren oder andere Teilmärkte ergreifen, ist unter prognostischen Aspekten schon deshalb nicht unwichtig, weil sich die Interventionsspielräume der geld- und wirtschaftspolitischen Instanzen von Teilmarkt zu Teilmarkt unterscheiden und deshalb auch die Chancen, ein Übergreifen auf andere Märkte zu unterbinden, durchaus unterschiedlich sind. Die wirtschaftswissenschaftlichen Standardwerke wären mithin schlecht beraten, wenn sie Wolf folgen und allein die Börsenkrachs zur Komplettierung des kapitalistischen »Normalbilds« wiederaufnehmen würden. Das ganze Bild muß neu gezeichnet werden.

4. Für das Ausbleiben der Rezession zeichnen Schulden & Keynes verantwortlich. Wolfs Begründung, warum der monetäre Crash nicht auf die realwirtschaftliche Sphäre durchgeschlagen ist, ist insofern erstaunlich, als sich der gleiche Autor in der Vergangenheit mehrfach negativ über die Wirkungspotentiale keynesianischer Nachfragepolitik ausgelassen hat. Immerhin: Was vor einigen Jahren richtig war, muß unter geänderten weltwirtschaftlichen Bedingungen heute nicht weiter gelten. Wolfs Verweis auf die ansteigenden Staatsschulden und das Wachstum der privaten Konsumentenkredite vermag seine These allerdings nicht zu tragen. Die rasante Zunahme der Verschuldung ist nämlich durchaus ambivalent: Werden die aufgenommenen Kredite investiv oder produktiv verwendet, dann kommt es zu einem Anstieg der effektiven Nachfrage und einer nachfrageseitigen Stabilisierung des Reproduktionsprozesses. Mit der Verschuldung gehen aber auch Kosten einher, die sich als Abzug der realwirtschaftlichen Erträge darstellen. Wenigstens ebenso wichtig wie die Tatsache, daß beispielsweise die Bruttostaatsverschuldung der USA im Jahr 1988 einen Betrag von 2.582 Milliarden US-Dollar ausgemacht hat und der beträchtliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr nachfrageseitige Stabilitätswirkungen erzielte, ist das damit einhergehende Problem, daß die auf diese Schulden zu entrichtenden Zinszahlungen schneller als das Bruttosozialprodukt ansteigen und die Spielräume der staatlichen Wirtschaftspolitik einschränken. Die hohe Zinsbelastung kann dann allein durch weitere Einsparungen bei anderen Budgetposten oder durch Steuererhöhungen finanziert werden – in beiden Fällen sind kontraktive Wirkungen für den Reproduktionsprozeß zu erwarten. Unmittelbar negativ für den realwirtschaftlichen Akkumulationsprozeß wirkt sich die steigende Verschuldung des privaten Unternehmenssektors aus, der mittlerweile im Durchschnitt mehr als die Hälfte der realisierten Profite in der Form von Zinsen an das Finanzsystem abzugeben hat.

Bleiben wir zunächst bei den Argumenten für das Ausbleiben der Rezession. Sicherlich haben die auf Expansion ausgerichteten Staatsbudgets das ihrige zum unerwartet hohen Wachstum der effektiven Nachfrage in den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft beigetragen. Seitens der nationalen Wirtschaftspolitik entscheidender für den lediglich begrenzten Transfer der Crash-Auswirkungen auf die realwirtschaftliche Sphäre dürfte aber das Zusammenspiel von Zinspolitik und Preissteigerung gewesen sein, das weltweit zu einer Reduktion des Realzinssatzes geführt hat. Die zurückgegangenen Realzinsen haben vielen in Bedrängnis geratenen Schuldnern neue Luft verschafft und vor allem die bis dahin negative Differenz zwischen industrieller Profitrate und Zinssatz in eine positive Differenz verwandelt. Die auch 1988 dank sinkender Lohnstückkosten weiter angestiegene industrielle Profitrate hat den realwirtschaftlichen Sektor stabilisiert und einen – wenn auch im historischen Zyklenvergleich kleinen – Investitionsaufschwung mitangestoßen. Nachfrageseitig wurde dieser Prozeß – neben der wachsenden öffentlichen und privaten Verschuldung – begleitet von

einem effektiven Kaufkraftgewinn, der aus der Verschlechterung der Austauschbedingungen für Rohstoffe für die Länder der Dritten Welt und der OPEC resultierte. Alle diese Restabilisierungs-Faktoren der Weltwirtschaft verlieren jedoch gegenüber der Rolle der USA an Gewicht, deren anhaltendes Handelsbilanzdefizit für den Rest der kapitalistischen Weltwirtschaft wie eine riesige Nachfragemaschine wirkt und die nationalen Export-Multiplikatoren am Laufen hält. Die Wolfsche Formel von Schulden & Keynes hilft hier deshalb nicht sehr viel weiter, weil sie die entscheidenden Funktionszusammenhänge gar nicht wahrnimmt.

5. Einen Hauch von Ahnung läßt auch Wolf durchblicken, wenn er am Ende seiner Ausführungen auf »eine kaum beachtete, aber entscheidende historische Veränderung« aufmerksam macht: *die Transformation der USA vom größten Nettogläubiger zum größten Nettoschuldner der Weltwirtschaft.* Seit wenigstens drei Jahren steht dieser Prozeß im Zentrum der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte. Ihn, wie Wolf dies unternimmt, auf einen bloßen Hegemonialkonflikt zwischen den USA und dem (größten) Kreditgeber Japan zu reduzieren, wird der Sache allerdings nicht gerecht. Tatsächlich handelt es sich hierbei um eine Problemkumulation, deren Bewältigung über den weiteren Verlauf des kapitalistischen Krisenzyklus Aufschluß zu geben vermag.

Im Zentrum des US-amerikanischen Außenschuldenproblems steht das Defizit der Handelsbilanz. In der einschlägigen Literatur wird gelegentlich argumentiert, daß sich das US-amerikanische Handelsbilanzdefizit aus dem im Vergleich mit den restlichen Metropolen höheren Wachstum der US-Ökonomie begründe und mithin das Resultat einer (im übrigen unfreiwilligen) keynesianischen Politik der USA sei. Die Übernahme dieser Lokomotiven-Funktion durch Japan und Westeuropa, so die Schlußfolgerung, könnte das Defizit abbauen und die weltwirtschaftlichen Instabilitäten mildern. Veranschlagt man das durchschnittliche Defizit auf 100 Milliarden US-Dollar und geht man von einem durchschnittlichen Nominalzinssatz von 10 Prozent aus, dann ergibt sich für den Fall eines Ausgleichs der Handelsbilanz ein kompensatorischer Nachfrageschub von 140-150 Milliarden US-Dollar, der von Westeuropa und Japan jährlich bewerkstelligt werden müßte, um einen Rückgang des Welthandelsvolumens zu verhindern. Eine auch theoretisch reichlich absurde Vorstellung.

Eine genauere Analyse der US-Handelsbilanz vermag darüber hinaus zu zeigen, daß sich hinter dem trotz Dollarkursrückganges gewaltigen Defizit kein überproportionaler Nachfragedruck, sondern ein Verlust an internationaler Konkurrenzfähigkeit fordistischer Schlüsselsektoren verbirgt, dem auch eine international koordinierte Expansionspolitik nicht begegnen kann. Dieser Verlust an internationaler Konkurrenzfähigkeit zeichnet für die permanente Kreditaufnahme der USA im kapitalistischen Ausland verantwortlich und ist der eigentliche Grund für die neuartige Nettoschuldnerposition der USA in Höhe von mittlerweile mehr als 400 Milliarden US-Dollar. Genau in dieser Ambivalenz von internationaler Nachfragemaschine und internationalem Kreditstaubsauger liegt das akute Krisenpotential der kapitalistischen Weltwirtschaft begründet. Die USA befinden sich in einer typischen double-bind-Situation: Verfolgen sie eine Politik des Handelsbilanzdefizitabbaus – sei es durch eine Abwertung des US-Dollars oder durch protektionistische Maßnahmen – , dann wird der Weltwirtschaft der Nachfragesog entzogen; pendelt sich das Außendefizit der USA auf dem jetzt erreichten Niveau ein, dann muß den internationalen Besitzern von Leihkapital eine tendenziell immer größere Verwertungsrate geboten werden, um den erforderlichen Kapitalimport zu induzieren. Steigende Zinssätze bedeuten aber eine erneute Einschnürung der industriellen Profitrate und eine Ausweitung spekulativer Transaktionen. In beiden Fällen droht eine Zunahme weltwirtschaftlicher Krisentendenzen.

Wenn Wolf mit Marx meint: »This pleasant method must one day or another terminate in an ugly catastrophe«, dürfte er nicht völlig falsch liegen. Prognosen können aber auch bei Eintritt des vorausgesagten Ereignisses nur dann als Treffer gewertet werden, wenn sie auch aus genau den Gründen eingetreten sind, die in der Prognose angegeben wurden. Es sollte deutlich geworden sein, daß die nächste »große Krise« anderen als den von Wolf geschilderten Gründen zu verdanken sein wird. Auch sollte eine solche »ugly catastrophe« nicht mit dem »Niedergang der Produktionsweise« gleichgesetzt werden. Gerade die kapitalistische Entwicklungsgeschichte hat gezeigt, daß sich auf Ruinen immer von neuem kapitalistische Formationen aufbauten. Das »Ende der Produktionsweise« kann nicht von der Ökonomie, sondern allein aus der Dynamik des politischen Prozesses herbeigeführt werden. Gerade weil die Zeichen weltwirtschaftlicher Entwicklung auf Sturm stehen, gilt es, politische Phantasie und Stärke zu entwickeln, um den kapitalistischen Krisenprozeß zu bändigen.

konkret 03/89, S. 26

Michael Bentfeld

ICD 9. Revision

In Bonn üben sich die Sozialdemokraten in verbalradikalen Attacken auf die Regierungspläne zur Reform des Gesundheitswesens. In Hamburg aber haben sie bereits vor einem halben Jahr einen Modellversuch gestartet, der in vorauseilendem Gehorsam das konservative Programm übererfüllt: Zwecks Rationalisierung des Krankenhausbetriebes werden dort die Daten nahezu aller Patienten durchgemustert und nach Rentabilitätskriterien abgespeichert

Seit Anfang des Jahres spüren die gesetzlich Krankenversicherten die finanziellen Folgen des Gesundheitsreformgesetzes. Im Schatten der Empörung über diese Belastungen verlief bislang die Auseinandersetzung um den Erfassungsteil des Gesetzes: Etablierung von Patientendateien, Einführung von Sozialversicherungsnummer und -ausweis, Einrichtung der Kontrollinstanz, Medizinischer Dienst; und doch bergen langfristig diese Gesetzeselemente die größere sozialpolitische Brisanz in sich, denn sie erzwingen die Informatisierung des Gesundheitswesens, d. h. eine umfassende Kontrolle der Patienten.

Wie zur modellhaften Ausgestaltung dieser Perspektive hat bereits vor drei Jahren die damalige Hamburger SPD-Gesundheitssenatorin zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände ein Vertragswerk konzipiert: den Hamburger Modellversuch zur Kontrolle der Krankenhausverweildauer. Seit dem 1. Juli 88 werden beim Vertrauensärztlichen Dienst der Landesversicherungsanstalt Hamburg (Medizinischer Dienst nach dem Gesundheitsreformgesetz) Daten von nahezu allen Hamburger Krankenhauspatienten gesammelt und ausgewertet. Die im Vertragskonzept enthaltene Etablierung eines gesundheitlichen Zentralregisters wurde durch Intervention des Hamburger Datenschutzbeauftragten gerade noch unterbunden, als Perspektive ist sie allerdings durchaus noch nicht aufgegeben. Die notwendigen Investitionen sind längst getätigt, der entsprechende bürokratische Apparat steht.

Wie kam es zu diesem Projekt? Finanzierten die gesetzlichen Krankenversicherungen anfangs überwiegend die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, so kostet sie diese heute nur noch 10 Prozent ihrer Gesamtausgaben; im Vordergrund steht jetzt die Finanzierung von »Gesundheitsleistungen«, von denen die Kosten für die Krankenhausbehandlung den größten Posten ausmachen. Für die Finanzierung der Hamburger Krankenhäuser brachten die gesetzlichen Krankenkassen zuletzt rund 1,8 Milliarden Mark pro Jahr auf. Diese Verschiebung im Leistungsspektrum der Kassen folgt unter anderem aus dem nahezu vollständigen Rückzug von Bund und Ländern aus der Krankenhausfinanzierung (90 Prozent tragen die Kassen!). Konsequenz der Geldgeber: kontrollierte Garantie des wirtschaftlichen Einsatzes dieses Finanzvolumens – und eben dazu soll der Modellversuch dienen.

Sein erstes Ziel ist die Überprüfung von Notwendigkeit und Dauer der Krankenhausbehandlung. Dazu wird eine »diagnosebezogene Verweildauerstatistik« aufgebaut. Aus ihr folgen zeitliche Standards, anhand derer der Krankheitsverlauf des einzelnen Patienten überprüft wird. Die Initiatoren hoffen, die Verweildauer im Krankenhaus im Durchschnitt senken, die Kostenbelastung der Kassen (bis zu 400 Mark pro Patient und Tag in der Regelversorgung) mindern und gleichzeitig die Qualität der stationären Versorgung verbessern zu können.

Ein weiteres Ziel des Modellversuchs ist die Erfassung von Morbiditätsdaten zur verbesserten Krankenhausplanung und rationelleren Nutzung medizinischer Großgeräte. Morbidität heißt: Häufigkeit bestimmter Erkrankungen bezogen auf die Gesamtbevölkerung, eine statistische Kategorie, der mit Krankenhausdaten allein nie zu genügen ist, so daß entweder die auf diesen Daten fußende Planung ein Fehlschlag wird oder, was das wahrscheinlichere ist, die im Krankenhaus erfaßten Daten überhaupt nur erhoben werden, um sie mit anderen Datenbeständen abzugleichen.

Schließlich soll dieser Modellversuch einen Katalog von Auswahlkriterien liefern, mit dessen Hilfe einzelne Krankheitsfälle vom Vertrauensärztlichen Dienst kontrolliert werden können. Eine »Liste von Auffälligkeitskriterien« existiert bereits.

Wer sind die vertragsschließenden Parteien? Zum einen die Hamburger Krankenhausgesellschaft, ein eingetragener Verein, in dem sich der Verband der Krankenhausträger organisiert hat, zum anderen die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände Hamburgs; teilnahme- und damit teilhabeberechtigt am avisierten Datenfluß sind ferner die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung, der Unfallversicherung, Unternehmen der privaten Krankenversicherungen und die Träger der Sozialhilfe – das Projekt ist also auf Expansion angelegt. Eine lapidare Protokollnotiz zu diesem Vertragswerk legt den reichhaltigen Datensatz fest, der mit den Entlassungsanzeigen per Kurier aus den Krankenhäusern direkt an den Vertrauensärztlichen Dienst geliefert wird, erst nach dortiger Speicherung erreichen die Daten die Kassen zur Abrechnung: Vor- und Zuname des Patienten, seine Anschrift, Geburtsdatum, *Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Mitgliedergruppe* innerhalb der jeweiligen Versicherung, *Name des Krankenhauses,* Fall-/Aufnahmenummer, *Datum der Krankenhausaufnahme, der Entlassung, Entlassungsdiagnose (verschlüsselt), entlassende Fachabteilung, Entlassungsgrund, zuständige Krankenkasse,* Versicherungsnummer.

Aus diesem Datensatz speichert der Vertrauensärztliche Dienst in der gegenwärtigen Phase des Modellversuchs die kursiven Einzeldaten und dazu das Geburtsjahr, die Postleitzahl und den Zustellbezirk der Patientenadresse. Dieser Datensatz wird als »anonymisiert« ausgegeben, angesichts der aktuellen Möglichkeiten der Informationstechnologie ein demagogischer Beschwichtigungsversuch. Aber das alles gilt sowieso nur vorläufig, denn – so ist in der erwähnten Protokollnotiz vermerkt: »Während der Übergangsregelung erfolgt eine Verarbeitung personenbezogener Daten erst dann, wenn der Hamburger Datenschutzbeauftragte dem zustimmt. Bis dahin ist eine personenbezogene Reidentifikation ausgeschlossen«.

Ignoranz oder politische Dreistigkeit? Erstere jedenfalls man man kaum für möglich halten angesichts der jüngsten Auseinandersetzungen um Volkszählung, Mikrozensus und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Debatten über die neuen Sicherheitsgesetze und über die gesetzlichen Regelungen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

Die Auswertung personenbezogener Patientendaten ist bislang nicht erlaubt – bis auf eine Ausnahme: den Datenfluß, der zur konkreten medizinischen und wirtschaftlichen Abwicklung des individuellen Krankheitsfalls erforderlich ist; alle anderen Verwendungszusammenhänge unterbindet die ärztliche Schweigepflicht, verankert in Berufsordnung und Strafrecht zum Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Nur die ausdrückliche Einwilligung des Patienten vermag diese schützende Schranke aufzuheben. Doch die Initiatoren des Modellversuchs wollen davon nichts mehr wissen. Nach ihrer Einschätzung läßt dieses Schutzprinzip sich aufheben durch einen Vertrag zwischen einem eingetragenen Verein (Hamburger Krankenhausgesellschaft) und den Krankenkassenverbänden .

Der Hamburger Modellversuch ist angelegt als Projekt zur Erfassung personenbezogener Sozial- und Gesundheitsdaten. Zusätzlich brisant wird der gewonnene Datenpool durch Sozialversicherungsnummer und -ausweis, Errungenschaften des Gesundheitsreformgesetzes. Die Hamburger Gesundheitsbürokratie setzt damit einen zentralen Baustein für die Informatisierung des Gesundheitswesens, die neben der wirtschaftlichen Kontrolle gesundheitlicher Institutionen – wie etwa der Krankenhäuser – auch einen sehr raschen Zugriff auf einzelne Kranke erlauben wird. Das alles wird nach dreijähriger Vorbereitungszeit so in Szene gesetzt, als könne man die sozialpolitischen Implikationen dieses Modellversuchs einfach leugnen, als hätte es die Geschichte der Hamburger Gesundheitsbürokratie mit ihrem Aufbau des damals singulären Gesundheitspaßarchivs Ende der dreißiger Jahre nicht gegeben (s. »Mustergau Hamburg«, Konkret Literatur Verlag 1984).

Dabei muß man nicht einmal darüber spekulieren, wie dieser Modellversuch sozialpolitisch umgesetzt und benutzt werden kann. Denn bekannt geworden ist bald nach seinem Anlaufen im Sommer 88 eine Liste, die von der Arbeitsgemeinschaft für Gemeinschaftsaufgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen in Essen zusammengestellt worden ist. Diese »Liste von Auffälligkeitskriterien für den Hamburger Modellversuch«, wenngleich nicht Vertragsbestandteil, zeichnet die Konturen dieses Projekts unübersehbar deutlich: Sie enthält »Indikatoren«, nach denen der Vertrauensärztliche Dienst Aufnahme- und Entlassungsmeldungen der Krankenhäuser für seinen Zugriff durchmustert. So findet sich unter der Rubrik »Mögliche Pflegefälle« der »Indikator: Häufigkeit der Aufnahme von Patienten über 75 (...) a) Aufnahme eines Patienten über 75 mit bestimmten näher zu definierenden Diagnosen, oder (...) b) Aufnahme eines Patienten über 75 mit Familienstand verwitwet, alleinstehend, oder (. . .) c) Aufnahme eines Patienten über 75 und Entlassung in Pflege (..-)«

Auch »Krankheitsverlaufsbezogene Auffälligkeitskriterien« werden rubriziert: »Krankheitsverläufe mit psychiatrischen Diagnosen und auffälligen AU-Zeiten bei unklaren Grunderkrankungen. Verdeckte Suchtkarrieren; Zielsetzung und Verfahren bei diesem Kriterium (Anfrage beim zuständigen Kostenträger über vorausgegangene AU-Zeiten) sind noch nicht abschließend beraten« (AU = Arbeitsunfähigkeit).

In der 12-seitigen Liste werden nur diese Patientengruppen eigens benannt: Die Alten mit Persönlichkeitsmerkmalen, die auf Pflegebedürftigkeit schließen lassen sollen, Patienten mit »psychiatrischen Diagnosen«, die Arbeitsscheuen (»auffällige AU-Zeiten«), Patienten mit Suchtkarrieren, ferner ist noch die Rede von »Drehtürpatienten«. Die so hervorgehobenen Gruppen sind die nach gängigen Kriterien leistungsunfähigen, sie stehen im Verdacht, den Krankenhausbetrieb unverhältnismäßig zu verteuern, an ihnen wird die angestrebte wirtschaftliche Rationalisierung vermutlich zuerst exekutiert.

»Anders als bei rein technischen Produkten, wie etwa Flugzeugen, steht bei Computersystemen deren Funktionalität nicht fest, sondern entwickelt sich erst mit dem System selbst und seinem Einsatz« (KONKRET 1/89). Die beschriebene Liste liefert für diese Entwicklungsfähigkeit einen plastischen Beleg: Was als Datensammlung angelegt ist mit der Vorgabe, eine qualitativ bessere Versorgung von Krankenhauspatienten zu ermöglichen und Morbiditätsdaten zwecks wirtschaftlicherer Planung zu gewinnen, entpuppt sich zusammen mit der Erweiterung der Funktion des Vertrauensärztlichen Dienstes als sozialhygienisch nutzbares Instrument: Determinierung von Individuen anhand sozialer und pathologischer Merkmale – damit sind Ausgrenzung und Extrabehandlung stigmatisierter Personen vorbereitet.

Um die Brisanz dieses Projekts zu verdeutlichen, seien einige Zitate aus dem Katalog der »Internationalen Klassifikation von Krankheiten (ICD 9. Revision)« angeführt. Er enthält die Nummern, nach denen die Diagnosen Hamburger Krankenhauspatienten verschlüsselt werden. Unter der Rubrik »Psychiatrische Krankheiten« finden sich folgende Diagnosen: »asthenische Persönlichkeit 301.6«, »inadäquate Persönlichkeit 300.5«, »amoralische Persönlichkeit, antisoziale, asoziale Persönlichkeit 312«, »Katastrophenreaktion (Kriegszitterer etc.) 309«; ferner »leichter Schwachsinn, IQ 50-70, (317), schwerer Schwachsinn, IQ 20-30 und hochgradiger Schwachsinn (Idiotie) (318,2)«. So wird ein Diagnosearsenal reaktiviert, mit dessen Hilfe seit Beginn dieses Jahrhunderts immer wieder soziale Gruppen stigmatisiert und Ziele eliminierender sozialhygienischer Strategien formuliert wurden.

Der Hamburger Modellversuch stellt ein Exempel dar für die Informatisierung des Gesundheitswesens. Ihre sozialpolitische Dimension tritt besonders krass zu Tage, wenn man sie mit anderen Reformvorhaben zusammenführt, die gleichfalls die Kosten des Gesundheitswesens verringern sollen: mit den EG-Projekt der vollständigen Genomanalyse beispielsweise, das der »prädiktiven Medizin« die wissenschaftliche Basis liefern soll. Begründung der Europäischen Kommission: In den westlichen Ländern seien heute nicht mehr Infektionskrankheiten, sondern genetische Defekte, hervorgerufen durch oder geknüpft an Umwelteinflüsse, die häufigsten Krankheits- und Todesursachen. Die komplette Genkartierung liefere erst die Voraussetzung, 4200 Erbkrankheiten durch frühzeitige Diagnose zu verhindern, sie ließe aber auch genetische Dispositionen einzelner oder ganzer Populationen für bestimmte Krankheiten oder auch spezielle Charaktereigenschaften und abnorme Verhaltensweisen rechtzeitig erkennen. Die prädiktive Medizin solle so nicht nur einzelne Personen vor Krankheiten schützen, für die sie determiniert sind, sondern auch die Weitergabe solcher Dispositionen an nachfolgende Generationen verhindern.

Die Finanzierung dieses Projekts ist mit 30 Millionen Mark für die nächsten drei Jahre gesichert. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen für eine genetische – nach alter Diktion »erbbiologische« – Determinierung einzelner wie ganzer Bevölkerungsgruppen. Zusammen mit den aktuellen Erfassungsstrategien im Gesundheitswesen, wie sie im Hamburger Modellversuch beispielhaft deutlich werden – wird dann jenes Ziel realisierbar, das die Erbstatistiker des Nationalsozialismus nicht mehr haben erreichen können: »die erbbiologische Bestandsaufnahme der gesamten Bevölkerung« als Bedingung für einen eliminierenden sozialhygienischen und eugenischen Zugriff, den auch das EG-Projekt völlig unverhüllt enthält.

Es macht die Besonderheit des Hamburger Modellversuchs aus, daß hier die ersten, die informationelle Seite betreffenden Schritte auf dem Weg in ein derart selektierendes Gesundheitswesen gegangen werden; es ist zudem politisch bemerkenswert, daß die Initiative zu diesem Modellversuch aus der Hamburger SPD-Gesundheitspolitik kam, und daß das Projekt bereits finanziert ist und ein knappes halbes Jahr realisiert wurde, bevor das CDU-initiierte Gesundheitsreformgesetz den bundesweiten Rahmen setzte für die Informatisierung des Gesundheitswesens und für den Ausbau des Vertrauensärztlichen zur Institution des Medizinischen Dienstes.

Es scheinen in der Hamburger Gesundheitspolitik Voreiligkeit und ein Hang zur Perfektion sich erhalten zu haben, wenn es um Datenerfassung geht. So wurden schon 1984 während der Auseinandersetzungen um das Hamburger Krebsregister mehrere Spezialdateien bekannt, die bei der Hamburger Gesundheitsbehörde geführt worden sind (Erbgesundheits-, Behinderten-, Drogenkartei, Kartei über Aufnahme und Verlegung von Geisteskranken; interne Dateien, die nicht im Datenschutzregister zu erfassen sind. Ferner wurde bereits 1982 versucht, die drei human-genetischen Beratungsstellen in Hamburg zu einer einheitlichen, fallbezogenen Dokumentation zu veranlassen. Sollten diese Dateien und Dokumentationen tatsächlich im vermuteten Umfang existieren, so bereitet es keine Schwierigkeit, sich vorzustellen, welches Erfassungsnetz der Hamburger Modellversuch mit ihrer Hilfe bereits spannen kann.

Es sollte nicht dem Hamburger Datenschutzbeauftragten allein überlassen bleiben, den Aufbau eines zentralen Registers aus personenbezogenen Daten von Krankenhauspatienten zu unterbinden. Auch Ärzten fällt hier eine Schlüsselrolle zu – sie haben es schließlich in der Hand, ihre Patienten über diesen unfreiwilligen Datenfluß zu orientieren und seine Quelle zumindest teilweise zu verstopfen. Immerhin stellen sie noch die Diagnosen und verschlüsseln sie.

konkret 03/89, S. 30

Günter Amendt

Einer von vielen

Die Monatszeitschrift »Sowjetunion heute« publiziert sexistische und homosexuellenfeindliche Texte. Nachdem er bereits in KONKRET 12/88 per Offenem Brief gegen ihren Bericht von den Moskauer Miß-Wahlen protestierte, wendet Amendt sich jetzt gegen die Behauptung, Homosexualität sei eine »gefährliche Krankheit«~ die das von der sowjetischen Botschaft in Bonn herausgebrachte Blatt in seiner Januar-Ausgabe verbreitete

Werte Genossen, werte Genossinnen,

weil ich nicht zu den vielen Nörglern gerechnet werden wollte, denen aus oft schwer durchschaubaren Gründen heute mal dies und morgen mal das an der Entwicklung in der Sowjetunion mißfällt, habe ich im Vertrauen auf eine gemeinsame Sprache meinen Kommentar zu den »Miß-Moskau-Wahlen« mit einem kurzen Vorwort versehen. Der marxistische Anspruch meiner Kritik sollte deutlich werden.

Sie haben, was als journalistisches Gewohnheitsrecht gilt, diesen Kommentar gekürzt und in Ihrer Januar-Ausgabe veröffentlicht. Ich wiederum habe mir, was ein Autorenrecht ist, Gedanken über die Kriterien Ihrer Streichungen gemacht, und ich stelle fest, daß mein Anspruch nicht mehr erkennbar ist. Deshalb noch einmal wenigstens auszugsweise: »Viele Menschen in der BRD, die den Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion mit großer Sympathie verfolgen, stehen der sowjetischen Sexualpolitik – insbesondere *der Behandlung sexueller Minderheiten* – mit Unverständnis und Befremden gegenüber.« Wären Sie nur um diese wenigen Zeilen großzügiger beim Streichen gewesen, Sie hätten nicht nur meine Motive wenigstens anklingen lassen, Sie hätten einen, wenn auch nicht vereinbarten, quasi spontanen Kommentar zu Andrej Polestschuks Artikel im Januar-Heft von »Sowjetunion heute« gehabt.

Was APN-Redakteur Andrej Polestschuk in dieser Ausgabe über die Behandlung von Homosexuellen in der Moskauer Klinik Nr. 14 berichtet, hat bei mir und in meiner Umgebung mehr als nur Befremden ausgelöst. Gefragt von Lesern – ob auch Leserinnen Fragen hatten, geht aus der Rubrik nicht hervor – , warum man in der Sowjetunion die Existenz von Homosexuellen leugne bzw. die Homosexualität mit einem Tabu belege, antwortet Polestschuk: »Homosexualität ist eine nicht einfache, schwer heilbare und ohne Zweifel gefährliche Krankheit.« Dieser Satz ist unvollständig und aus dem Zusammenhang gerissen, absichtlich, denn auch der Zusatz vermag meine Empörung nicht zu dämpfen: »Aber sie ist nicht Schuld sondern das Unglück der Menschen, die an ihr leiden.«

Ich weigere mich, diesen humanitären Schlenker wohlwollend als Fortschritt zu akzeptieren, denn die Erkenntnis, daß Krankheit nicht schuldhaft ist, sollte einer Gesellschaft, die sich dem Marxismus-Leninismus und damit auch der Aufklärung verpflichtet fühlt, keinen Sonderbonus einbringen. Der Skandal liegt nicht hier, sondern bereits in der Einordnung von Homosexualität als Krankheit.

Erschütternd an Polestschuks Antwort, die dem Stand sexualwissenschaftlichen Denkens vor der Jahrhundertwende entspricht, ist die Zielstrebigkeit, mit welcher der Autor seine Informationen einsammelt, und die Unbeirrbarkeit, mit der er sie verarbeitet und weitergibt. Wie selbstverständlich wendet sich Polestschuk an einen Mitarbeiter des Unionsforschungsinstituts für *Sexualpathologie,* und völlig unbefangen berichtet er von seinen Recherchen über ein Behandlungsprogramm der Klinik Nr. 14 für homosexuelle »Patienten« zwischen 17 und 20 Jahren.

Wohin sonst aber sollte Andrej Polestschuk sich wenden in einer Gesellschaft, die das Sexuelle der Hygiene und das Homosexuelle der Pathologie zuordnet? Woher sonst sollte er sein Wissen beziehen? Was sich Sexualwissenschaft nennt in der Sowjetunion, hat den Anschluß an die internationale Diskussion schon lange verloren. Was kann ein Andrej Polestschuk schon wissen von jener kurzen fortschrittlichen Phase sowjetischer Sexualpolitik unmittelbar nach dem Sieg der Oktoberrevolution, die der internationalen Sexualreformbewegung jener Zeit als leuchtendes Vorbild galt? Alles, was seitdem in der Sowjetunion gesagt und geschrieben wurde, war meist nichts anderes als die schlechte und wissenschaftlich zurechtgebogene Rationalisierung einer mit den humanistischen Prinzipien des Marxismus unvereinbaren Homosexualitätspolitik.

Mich trifft Polestschuks Antwort auf Leserfragen nicht unvorbereitet, denn ich verfolge die neue und zaghafte Homosexualitätsdiskussion in der UdSSR, soweit sie ins Deutsche bzw. Englische übersetzt und veröffentlicht wird. Da habe ich ganz andere und aggressivere Äußerungen zur Kenntnis nehmen müssen. Wo also anfangen, um wenigstens die Unkenntnis abzubauen? Man müßte fast ein ganzes Jahrhundert sexualwissenschaftlicher und sexualpolitischer Diskussionen aufrollen, um einem jungen Mann wie Andrej Polestschuk begreifbar zu machen, warum die Unbekümmertheit, mit der er sich zu einem Menschenrechtsproblem äußert, viele Leser und Leserinnen in der BRD gegen ihn aufbringt.

Andrej Polestschuk ist ein junger Mann. Das Autorenfoto zeigt ein offenes freundliches Gesicht, es zeigt keinen Aggressor, keinen Verfolgertypen. Andrej Polestschuk ist ein Ahnungsloser, ein Unwissender, einer, dessen Wahrnehmung verkümmert ist, einer, der im sexuell Anderssein nur Krankhaftes erkennen kann, einer, dem die Vorstellung,

Homosexualität als gleichberechtigte Variante menschlicher Sexualität zu akzeptieren, so fern und so fremd ist, daß er, um die »Gefahr« abzuwehren, die lebendige Wirklichkeit durch künstliche Konstruktionen ersetzen muß. Andrej Polestschuk ist ein Opfer stalinistischen Denkens.

Auch ich erinnere mich, wie Polestschuk, an die XII. Weltjugendfestspiele in Moskau und die Diskussionen mit sowjetischen Jugendlichen über Homosexualität. Ich erinnere mich nur ungern. Damals in Moskau bin ich Jugendlichen begegnet – vor allem Mitgliedern und Funktionären des Jugendverbandes »Komsomol« – deren politisches Wissen und deren Bildung mich verblüfften und deren politische Einschätzungen mich überzeugten. Ich war berührt von der Ernsthaftigkeit und von der Bescheidenheit dieser Jugendlichen, die nichts Auftrumpfendes und Rechthaberisches hatten. Und ich war jedesmal neu erstaunt über die Persönlichkeitsveränderungen, die immer dann eintraten, wenn ein Gespräch sich ichnahen Themen zuwandte. Nun war ich irritiert vom Wertekonservatismus der meisten dieser Jugendlichen und vom reaktionären Geschlechtsrollenverständnis vor allem der jungen Männer. Und ich war empört über die verbohrten Vorurteile gegenüber Homosexuellen. Andrej Polestschuk ist einer von vielen.

Unlängst erklärte Sergej Tschelnokow, Führungsmitglied des Komsomol, in einem Zeitungsgespräch, die Jungen seien »nicht mit den alten Denkstrukturen und Traditionen belastet«. Das habe ich anders erlebt vor vier Jahren in Moskau und nun in »Sowjetunion heute«. Mehr als siebzig Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution werden Normen und Werte, mögen sie historisch von noch so weit herkommen, von Heranwachsenden nicht mehr als Überbleibsel und Restposten der »alten Gesellschaft« erlebt. Sie werden, vermengt und verschmolzen mit nationalen und ethnischen Traditionen, als genuin sozialistische Normen und Werte gelebt. Dieser Moralkodex hat sich in vielen Bereichen weit entfernt von der Alltagswirklichkeit sowjetischer Menschen. Der moralische Anspruch und die gesellschaftliche Wirklichkeit klaffen so weit auseinander, daß sich beispielsweise in der Geschlechterbeziehung eine Doppelmoral herausbildete, die vom Ideal der Gleichheit von Mann und Frau weit entfernt ist. Auch die negative Einstellung gegenüber Homosexuellen ist Ausdruck dieser Doppelmoral, die einem Menschenbild folgt, das die Vielfalt auch sexueller Bedürfnis- und Ausdrucksformen und das Recht, nach ihnen zu leben, leugnet oder verdrängt.

Schon im Falle Ihres Berichtes über die Moskauer Miß-Wahlen habe ich mich gefragt, was ich Sie nun deutlicher noch einmal frage: Welche Ziele verfolgt die Redaktion von »Sowjetunion heute« mit der Veröffentlichung derartiger Artikel? Warum wird Polestschuks Kommentar redaktionell nicht aufgefangen? Warum kommen die, wenn auch noch wenigen Stimmen nicht zu Wort, die auch in der Sexualpolitik einen Kurswechsel fordern und, wie der Soziologe Igor Kon, die Einstellung zur Homosexualität als steinzeitlich anprangern?

Ich kritisiere nicht, daß Sie die Auffassungen des APN-Redakteurs zur Homosexualität veröffentlichen, denn ich will wissen, worüber in der Sowjetunion wie *diskutiert* wird. Ich kritisiere jedoch, daß Sie das Problembewußtsein Ihrer Leserinnen und Leser unterschätzen. Die Äußerungen des Andrej Polestschuk sind ein dafür typisches Beispiel. Ich bin wie andere Leser und Leserinnen sicherlich auch, nicht bereit, den leichtfertigen Umgang mit dem Thema Homosexualität, abgehandelt zwischen Devisenproblemen und Schulspeisungsmenus, widerspruchslos hinzunehmen. Auch das ist eine Lehre aus der deutschen Geschichte, in der die Faschisten Homosexuelle erniedrigten, verfolgten und viele von ihnen vernichteten.

Die Verfolgung und Diskriminierung von Homosexuellen ist eine Menschenrechtsverletzung. Darauf sollte die Sowjetunion sich einstellen, wenn sie 1991 in Moskau die Menschenrechte auf die Tagesordnung einer Konferenz setzen wird. Das sowjetische Sexualstrafrecht würde einer Prüfung nicht standhalten. Deshalb wäre die Reform des Strafrechts ein erster, wichtiger Schritt vorwärts – zurück zur Sexualpolitik der jungen Sowjetrepublik vor Stalins familien- und sexualpolitischer Wende. Mit dem Abbau des Vorurteils, von dem Lenin sagte, es sei von der Wahrheit weiter entfernt als die Unkenntnis, werden noch Generationen sowjetischer Menschen beschäftigt sein.

Kasten auf Seite 30

Ausschnitt aus "Sowjetunion heute", Januar 89

Warum leugnet man in der Sowjetunion, daß es in der UdSSR Homosexuelle gibt, und warum belegt man dieses Thema generell mit einem Tabu?

Übrigens würde ich nicht sagen, daß bei uns die Information über die Homosexualität das größte Tabu ist. Allerdings werden in unserer Massenpresse, in Reportagen und Interviews Darstellungen aus dem leben von Homosexuellen nicht veröffentlicht. Über ihre Probleme – gerade ihre Probleme! – schrieb meines Erachtens bislang nur eine Jugendzeitung, die »Moskowski Komsomolez«. Ich stimme mit dem Autor des Beitrags in dieser Zeitung darin überein. Homosexualität ist eine nicht einfache, schwer heilbare und ohne Zweifel gefährliche Krankheit; aber sie ist nicht die Schuld, sondern das Unglück der Menschen, die an ihr leiden.

konkret 03/89, S. 32

Gunter Schmidt

Homosexuelle Pädophilie

Mit der Begründung, der Autor befürworte und verharmlose pädophile Handlungen, wurde die Veröffentlichung des folgenden Beitrages von der Redaktion des »pro familia magazins« abgelehnt. Er sollte im Schwerpunktheft »Sexueller Mißbrauch« in diesen Tagen erscheinen. Das »pro familia magazin« wird vom Bundesverband der Pro Familia herausgegeben. Schmidt schreibt uns zu diesem Vorgang:

Es ist nicht die Zeit für Reformen. Auch in Organisationen, die als sexualpolitisch fortschrittlich gelten, sind Überlegungen zur Fragwürdigkeit genereller Strafbestimmungen gegen ungewöhnliche Formen der Sexualität zur Zeit nicht diskussionsfähig. Das ist eine beunruhigende Tendenz.

Die Sensibilisierung für sexuelle Gewalt, die die neue Frauenbewegung leistet – gegen Ignoranz und Verleugnungsbereitschaft der Männer, auch der Sexualforscher – , hat eine zweite, eine rückschrittliche Seite: Sie führt, am deutlichsten erkennbar in der Pornographie-Debatte, zu einer Ausdehnung und Inflationierung des Gewaltbegriffs, zu einer Entdifferenzierung von Gewalt, Macht, Feindseligkeit, sexueller Gemeinheit, sadomasochistischer und destruktiver beziehungsstrukturen. Die Konsequenz ist der immer fragwürdige Ruf nach dem Strafrecht, dem »Hammer des Patriarchats« (Eberhard Schorsch). Sexuelle Gewalt und Aggression hat viel mit »patriarchalen« Strukturen zu tun – aber nicht nur. Unabhängig von diesen Strukturen gehört Sexualität »zu den gefährlichsten Betätigungen des Individuums«, wie Sigmund Freud vor 80 Jahren bündig feststellte, sie ist als Begehren untrennbar verschwistert mit Ängsten, Konflikten, Kränkungen – und Wut. Eine nur liebevoll zärtliche Welt zwischen Sexualpartnern, zwischen Mann und Frau, aber auch zwischen Frau und Frau oder Mann und Mann wäre zugleich eine asexuelle Welt. Deshalb ist oft nur schwer auszumachen, ob die gesellschaftliche Auseinandersetzung, die unter dem Stichwort »gegen sexuelle Gewalt« geführt wird, nur gegen Gewalt oder auch gegen Sexualität gerichtet ist. Nach der Sensibilisierung für sexuelle Gewalt muß nun der Versuch der Differenzierung von sexueller Gewalt, Macht, Aggression folgen. Und da stehen wir am Anfang.

Die Pädophilie ist eines der Tabuthemen der Sexualwissenschaft. Sexologen gingen diesem Thema aus dem Wege, wann immer sie konnten, und wenn sie es behandelten, taten sie es in der Regel konformistisch, moralisierend und feige. Diese Haltung hat eine lange Geschichte. Magnus Hirschfeld, der so unermüdlich und mutig für die Rechte der Homosexuellen eintrat, widmete der Pädophilie in seinem zehntausende von Seiten umfassenden Werk nur wenige Zeilen, noch dazu immer die gleichen: Die Pädophilen seien (innerhalb der Homosexuellen) eine »Nebengruppe« und »zweifellos am unglücklichsten veranlagt«. Kein Wort über die Nöte oder Verfolgung der »Nebengruppe«, die Hirschfeld bei der »Hauptgruppe« so scharf sehen und bekämpfen konnte.

Das ist heute nicht anders, diese Tendenz zur Ausgrenzung und Ächtung Pädophiler, wie, z. B., die Politik der »gay movements« zeigt. Die Solidarität hört da auf, wo das eigene Interesse und die eigene Reputation berührt werden könnten. Das mag taktisch klug sein, aber die »Nebengruppe« wird hier – wie von Hirschfeld – verraten an die Bigotterie der »großen Gesellschaft«. Für viele Sexualwissenschaftler und Aktivisten der Schwulenbewegung beginnt der »anständige« Homosexuelle dort, wo das vom Staat festgelegte sogenannte Schutzalter liegt. Diese Altersgrenzen aber sind viel zu hoch, sie zielen eher darauf, junge Leute vor *ihrer* Sexualität zu schützen als vor sexueller Ausbeutung.

Der Diffamierung setzen Pädophile, die sich zu organisieren beginnen, eine idealisierend-beschönigende, verharmlosende und defensive Argumentation entgegen. Die Pädophilie gerät dabei manchmal zu einer besonders innigen Form der Elternliebe, die Pädophilen zum selbstlosen Vollstrecker und Entfalter der affektiven und sexuellen Wünsche der Kinder. Der Euphemismus einer desexualisierten »intergenerational intimacy« geistert durch viele Texte. Der Pädophile darf, auch bei den Pädophilen, alles sein, nur nicht *sexuell.* Doch die Pädophilie ist, genau wie andere Lieben auch, zunächst einmal körperliches Begehren, Wollust, Sinnlichkeit, sexuelle Leidenschaft, Geilheit. Anderes zu behaupten ist, wie Martin Dannecker sagt, »eine grenzenlose Verleugnung der sexuellen Wünsche« Pädophiler, es ist apologetischer Kitsch.

Wenn man von der Pädophilie im strikten Sinne spricht (d. h. über sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und *präpuberalen* Kindern) dann sind zwei Besonderheiten zu diskutieren, die solche Beziehungen speziell riskieren: *zunächst* das strukturelle, nicht aufhebbare Machtgefälle zwischen Erwachsenen und Kindern. Dieses Gefälle ist mit der Vorstellung gleichberechtigter Liebesbeziehungen nicht vereinbar. (Diese Vorstellung wird aber überhaupt nur selten verwirklicht. Geht man von der radikalen Analyse Christina Thürmer-Rohrs über das strukturelle Gewaltverhältnis von Männern und Frauen aus und von ihrem Konzept der Mittäterschaft, dann könnte man sogar zu dem Schluß kommen, daß sexuelle Beziehungen zwischen Männern und Frauen noch verheerender sind als die zwischen Männern und Knaben, da letztere wenigstens innergeschlechtlich bleiben). Die Gefahr der Ausbeutung des Partners, der Mißachtung von Partnerwünschen und -interessen, also Kinderwünschen und -interessen, ist in pädophilen Beziehungen groß, auch wenn körperliche Gewalt und körperlicher Zwang nicht vorkommen (wie bei der übergroßen Mehrheit pädophiler Handlungen). Allerdings müssen Machtgefälle nicht notwendig ausgenutzt werden, aber sie werden es allzuoft – gegenüber Kindern lange nicht nur von Pädophilen, wie die Eingriffe und Übergriffe von Eltern an ihren Kindern zeigen. Da es mehr Eltern als Pädophile gibt, ist

das Gewaltpotential gegen Kinder, das von ihnen ausgeht, ungleich größer als das von den Pädophilen ausgehende. Die Behinderungen und Zerstörungen, die Eltern in der sexuellen Entwicklung ihrer Kinder anrichten, auch ohne sich an ihren Kindern sexuell zu vergreifen, sind ungleich häufiger. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß pädophile Beziehungen besonders riskiert sind, repressiv zu entgleisen.

Dies wird durch die *zweite* Besonderheit deutlich. Sandor Ferenczi hat schon in den 30er Jahren darauf hingewiesen, daß die Sexualität jüngerer Kinder und Erwachsener grundsätzlich verschiedenartig ist, und daß dieser Unterschied in sexuellen Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen zu Lasten des Kindes verwischt wird. Ferenczi sprach von der »Sprachverwirrung zwischen den Erwachsenen und dem Kind«, von der Disparität des »Zärtlichen der kindlichen Erotik« und des »Leidenschaftlichen in der Erotik der Erwachsenen«. Nach Ferenczi haben Kinder kein Interesse an genitaler Sexualität mit Erwachsenen, und wenn sie sich auf sexuelle Handlungen mit Erwachsenen einlassen, dann oft als Preis für die Zärtlichkeit und Zuwendung, die sie dabei bekommen. Ferenczi mahnt: »Wird Kindern in der Zärtlichkeitsphase *mehr Liebe* aufgezwungen oder Liebe *anderer Art,* als sie sich wünschen, so mag das ebenso pathogene Folgen nach sich ziehen, wie die bisher fast immer herangezogene *Liebesversagung.«*

Machtgefälle und Unvereinbarkeit sexueller Wünsche von Erwachsenen und Kindern sind zentrale Aspekte in der Pädophiliedebatte. »Das Recht auf Sexualität der Kinder und Jugendlichen (das Pädophile oft nachdrücklich und zu recht fordern) schließt nicht«, wie Günter Amendt sagt, »das Recht von Erwachsenen auf Sexualität der Kinder ein«. Und dennoch reichen diese Aspekte, wenn man sie mit Ernst – ohne persekutorischen Eifer und ohne apologetische Verharmlosung – diskutiert, nicht aus, um pädophile Beziehungen im Einzelfall zu qualifizieren. Denn Alter und Altersunterschiede sagen zu wenig über Art und Qualität einer Beziehung, als daß man darauf alleine Strafgesetze basieren könnte oder dürfte. Die Vielfältigkeit pädophiler Beziehungen ist groß, trotz der ihnen gemeinsamen Besonderheiten zu groß, als daß man das Wort »sexueller Mißbrauch« als Synonym dafür benutzen dürfte, ohne sich der Diskriminierung und Verunglimpfung einer Gruppe schuldig zu machen (und es ist bedrückend, wie umstandslos und formelhaft der Begriff »sexueller Mißbrauch« heute verwendet wird, nicht nur im Hinblick auf Pädophilie, und daß die Diskussion an vielen Stellen nicht differenzierter verläuft als die um Kinderschutz und »Kinderschänder« in den 60er Jahren).

Es gibt – auch ohne physische Gewalt oder Zwang – ausbeuterische, schädigende, die Interessen der Kinder illusionär verkennende pädophile Beziehungen; aber auch solche, in der Kinder, die ja auch keine Unschuldslämmer sind, die Verletzbarkeit des Erwachsenen durch die Rechtslage begreifen, dies gegen den Erwachsenen einsetzen und ihre Macht erpresserisch erproben; und solche, in denen Männer, aus welchen verqueren Motiven auch immer, sich vor Jungen exhibitionieren und dafür ins Gefängnis gesteckt werden – mit Alfred Kinsey kann man fragen, was haben wir mit unseren Kindern gemacht, mit ihrer sexuellen Entwicklung, wenn sie auf ein solches an sich harmloses Ereignis verstört reagieren sollten? Und es gibt gelungene pädophile Beziehungen, die dem Kind nützen, es fördern, oft vielleicht für den hohen Preis einer sexuellen Beziehung, wo es nur Fürsorge, Wärme und Schutz sucht. Nach meinen Erfahrungen sind dies oft emotional vernachlässigte, tief einsame, sozial isolierte Kinder, die in der Beziehung zum Erwachsenen ein Zuhause suchen, und für die es in ihrem Elend ein Glück ist, eine solche oft »enorm versorgende Beziehung«, wie John De Cecco es kürzlich formulierte, gefunden zu haben. (Und es sieht so aus, als seien affektional nicht depravierte Kinder für sexuelle Kontakte mit Erwachsenen nicht ansprechbar.)

Der Vielfalt pädophiler Beziehungen muß man gerecht werden. Deshalb ist die generelle Strafandrohung für pädophile Handlungen nicht zivilisiert zu nennen; sie ist Unrecht, sie ist Verfolgung von Minderheiten, und sie gehört abgeschafft.

konkret 03/89, S. 34

Otto Köhler

»Mit jedem Schweinehund«

Kaum hatte die Anti-Hitler-Koalition die Kapitulation der NS-Wehrmacht erzwungen, warb der Geheimdienst der USA die in Ostspionage erfahrenen Nazis an – auch deren Chef, den späteren Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen. Der amerikanische Journalist Christopher Simpson hat dazu neues Material gefunden

In der Stunde Null machte der Geheimdienstgeneral erst einmal vierzehn Tage Urlaub: »Diese Tage des Lebens in der freien Natur waren«, so schrieb er 1971 in seinen Memoiren, »wirklich bezaubernd«.

Reinhard Gehlen, der als Chef der Abteilung Fremde Heere Ost Hunderttausende von Menschen auf dem Gewissen hatte, war mit den Abschlußarbeiten für den bevorstehenden Firmenwechsel rechtzeitig zu Ende gekommen. Seit März 1945 hatten er und seine Offiziere ihr umfangreiches Spionage-Material über die Sowjetunion auf Mikrofilm aufgenommen und die Filme auf einsamen Almwiesen in den österreichischen Alpen vergraben. Nach der Kapitulation errichteten sie ein »sorgfältig getarntes Zeltlager« auf der idyllischen Elendsalm und freuten sich ihres Daseins. Sogar die Gemsen, »die wir in diesem Gebiet auf Schritt und Tritt trafen«, verloren nach der glaubwürdigen Angabe von Hitlers höchstem Spionagechef im Osten »alle Scheu vor uns«.

Doch nach zwei Wochen Friedensurlaub auf der Alm erkannte Gehlen, daß der Krieg – mit einem Partnerwechsel – endlich fortgeführt werden mußte: »Inzwischen war es hohe Zeit geworden, entsprechend unserer Planung in das Tal abzusteigen, um uns bei der nächsten amerikanischen Ortskommandantur zu melden.« Gehlen und seine Leute schmuggelten sich an den französischen Truppen im Tal vorbei, verbrachten die Pfingstfeiertage bei den Eltern eines Offizierskameraden und dann dachte der Nazi doch einmal an den Galgen: »Ich kann mich noch gut an meine damaligen Gefühle erinnern. Auf der einen Seite empfand ich eine Art Galgenhumor, daß ich – immerhin Generalmajor in einer wesentlichen Stellung während des Krieges – mich nunmehr einem jungem amerikanischen Oberleutnant ausliefern mußte.

»Aber es gab kein Zurück.« Mit seinen engsten Mitarbeitern war Gehlen aufgebrochen, um am 22. Mai 1945 »nicht in Gefangenschaft zu fallen«, auf diese Formulierung legt er Wert, vielmehr sich »aus eigener Initiative bei den Amerikanern zu melden«. Gehlen hatte damit einen wichtigen Grundstein für die Bundesrepublik Deutschland gelegt. Jetzt wird diese Bundesrepublik vierzig. Grund genug, die längst erwachsene Republik endlich aufzuklären über einige merkwürdige Umstände ihrer Zeugung und Geburt. Doch die bundesdeutschen Verleger zähmten ihre und unsere Neugier. Und so erschien allein in Österreich im Wiener Überreuter Verlag ein Buch, das in den USA Aufsehen erregte und in der BRD mit üppigem Schweigen bedacht wird: »Der amerikanische Bumerang – NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA« von Christopher Simpson (Ueberreuter Verl. Wien, 456 Seiten 39,80 DM).

Der bekannte Journalist konnte sein Buch nur schreiben aufgrund eines Bürger-Privilegs, das im freiheitlichsten Staat, den es je auf deutschen Boden gab, in dieser Form nicht existiert: des Freedom of Information Act, der die Behörden zur Herausgabe geheimer Unterlagen zwingt. Gewiß, da waren viele Unterlagen vernichtet, entscheidende Textstellen unleserlich gemacht. Aber was Simpson trotzdem noch herausgefunden hat, reicht, um die Geschichte der Nachkriegsjahre umzuschreiben, die bundesdeutsche inbegriffen.

1979 gab es – gewiß nicht überall, aber da und dort – Erschrecken in unserem Land, als der Führer der rechtsextremistischen Deutschen Volksunion, der Nationalzeitungsverleger Gerhard Frey, einen intim-freundschaftlichen politischen Briefwechsel mit Reinhard Gehlen, dem gerade verstorbenen ersten Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, veröffentlichen konnte. Untersucht wurde die Affäre nie. Wer an Gehlen rührt, kratzt – das macht Simpsons Buch deutlich – an den Grundlagen unserer Republik.

Reinhard Gehlen war unter Hitler als Chef der Generalsstabs-Abteilung Fremde Heere Ost der höchste Geheimdienstoffizier an der Ostfront. In unserm Land wird er gern als Kritiker Hitlers dargestellt. Er war es in dem Sinne, daß er noch in seinen Memoiren von 1971 auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung die These vertrat, daß »das militäre Feldzugsziel von 1941« – er meint den von ihm nicht kritisierten Überfall auf die Sowjetunion – »ohne die verderblichen Eingriffe Hitlers ... erreicht werden konnte« (»Der Dienst«, 1971 S.112) – der Sieg war möglich.

Gehlen gilt bei uns als Offizier, der sich kein Verbrechen zuschulden kommen ließ. In Wahrheit aber war der Geheimdienstgeneral – so Simpson – »zu einem Großteil seiner Informationen durch die schrecklichsten Scheußlichkeiten des Krieges gelangt: Folterung, Verhör und Hungertod von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener«. Simpson vergleicht Gehlen und seine Offiziere mit den KZ-Ärzten: »Beide Gruppen kamen zu ihren Informationen, indem sie Menschen töteten oder ihren Tod billigend in Kauf nahmen.« Da mit Hitler der Sieg über die Sowjets nicht möglich war, hatte sich Gehlen rechtzeitig zum partiellen Frontwechsel entschlossen.

Seit Herbst 1944 hatte er mit den Vorbereitungen zum Überlaufen begonnen. Nach dem Kurzurlaub auf der Alm setzte Gehlen, dessen Karriere auf der Liquidierung von Zehntausenden von Kriegsgefangenen beruhte, ohne längere

Unterbrechung seine bisherige Tätigkeit fort. Mit Billigung, worauf er besonderen Wert legt, des Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz, den er in dessen Gefangenschaft konsultierte. Und mit Billigung der höchsten US-Militärs. Seine Vergangenheit interessiert nicht. »Er steht auf unserer Seite«, erklärte später CIA-Direktor Allen Dulles, »und nur darauf kommt es an.«

Während des ersten Jahrzehnts nach der Kapitulation der Hitler-Wehrmacht gaben die Vereinigten Staaten für die Fortsetzung der Spionage- und Subversionstätigkeit von Hitlers einstigem Geheimdienstchefs 200 Millionen Dollar aus. 4000 Personen wurden eingestellt, um die Organisation Gehlen – kurz Org genannt – auszubauen. In der geschlossenen Gesellschaft des Ostblocks wurde die Org. so schreibt Simpson, zu »den wichtigsten Augen und Ohren des US-Geheimdienstes«. Gehlen nutzt dies, um sein altes Ziel mit neuer Angriffslust weiterzuverfolgen: Simpson: »Die entscheidende Periode von 1945 bis 1948, in der sich die Ost-West-Beziehungen aus einem argwöhnischen Frieden in einen erbitterten politischen Krieg verwandelten, liefert uns eine Fallstudie des Schadens, den Gehlens Informationen und Analysen angerichtet haben.«

Noch Mitte 1946 hatte der US-Geheimdienst berichtet – zutreffend, wie Simpson sagt, daß die Rote Armee schlecht ausgerüstet, zu weit auseinandergezogen und kriegsmüde war. Die Russen hatten in ihrer Besatzungszone einen großen Teil des Schienennetzes demontiert, auch strategisch wichtige Strecken wie Berlin-Leipzig und Berlin-Frankfurt – nicht gerade ein Hinweis auf Angriffsabsichten der schlecht motorisierten Roten Armee. Doch Gehlen förderte die, wie Simpson schreibt, »im US-Geheimdienst bereits vorhandene paranoide Einstellung der UdSSR und dem Kommunismus gegenüber« und setzte sich damit durch. Am 5. März 1948 schickte General Lucius Clay ein scharf formuliertes Telegramm an die zuständigen Regierungsstellen und erklärte, daß sich eine umfassende sowjetische Militäroffensive gegen Westeuropa zusammenbraue. Bisher sei er davon überzeugt gewesen, daß ein Krieg mit der Sowjetunion in den nächsten zehn Jahren unwahrscheinlich sei, so telegrafierte General Clay nach Washington, »in den letzten Wochen habe ich jedoch eine unmerkliche Veränderung der sowjetischen Haltung gespürt, die mir jetzt das Gefühl gibt, daß der Krieg mit dramatischer Plötzlichkeit ausbrechen könnte...«

Das Gefühl hieß Gehlen und es entsprach ganz den Empfindungen der US-Rüstungsindustrie. Sie wollte leben. Aber die Kongreßausschüsse dachten nach dem gewonnenen Krieg nicht daran, ihr die Mittel zu bewilligen, die sie haben wollte. Man mußte die Öffentlichkeit dazu bringen, erhöhte Verteidigungsausgaben zu befürworten. Verteidigen aber kann man nur dort, wo ein Angriff droht. Gehlen behauptete in Geheimkonferenzen mit General Clay, daß 175 sowjetische Divisionen in Osteuropa stünden, daß die meisten kampfbereit seien und eine größere Mobilmachung in der Luft liege. Clay, dem die Kürzungen der Militärausgaben mißfallen hatten, griff die Gehlen-Behauptung dankbar auf. Das Verhalten der Sowjets müsse – so wiederholte Gehlen seine Einschätzung von 1941 – als Vorbereitung zur militärischen Aggression gesehen werden.

General Clay und die Politiker in Washington glaubten Gehlen, glaubten ihm, daß die Sowjets im Gegensatz zu den USA ihre Truppen nicht wesentlich demobilisiert hätten, ja es kam 1949 zu einer bisher streng geheim gehaltenen US-Planung, die davon ausging, daß die Sowjets noch im selben Jahr an allen nur möglichen Fronten zugleich losschlagen würden: in Europa, im Nahen Osten, in China und Korea, in kleineren Einwegangriffen auf Kanada und USA und noch an vielen anderen Kriegsschauplätzen mehr. Diese Planung beruhte auf Gehlens Informationen – Autor Simpson konnte diesen Geheimplan jetzt aufgrund des Freedom of Information Act einsehen. Paul Mtze, dem keiner Friedenslüsternheit vorwerfen kann, wies später darauf hin, daß damals nur ein Drittel der sowjetischen Divisionen in Europa über die volle Stärke verfügte, der Rest stand mehr oder weniger auf dem Papier – von Kriegsbereitschaft keine Rede.

Gehlen lieferte, so Simpson, viele der Berichte, mit denen sich die Erhöhung der Militärbudgets rechtfertigen ließ. Ja, Gehlen und seine »Organisation von ehemaligen Geheimdienstexperten der SS und der Wehrmacht lieferte Falschinformationen, die beinahe zum Dritten Weltkrieg führten«.

1956 durfte – und mußte – die Bundesrepublik die Organisation Gehlen als Bundesnachrichtendienst übernehmen. Für die CIA ein großer Vorteil, besonders prekäre Operationen konnten jetzt über den BND abgewickelt werden. Und natürlich scheute sich Gehlen jetzt noch weniger als unter US-Oberbefehl, das Netz seiner alten SS- und Gestapo-Freunde in aller Welt für heikle Aufgaben einzusetzen. Aber auch die US-Geheimdienste ihrerseits hatten längst alle Hemmungen verloren, sich ehemaliger Nazis und ihrer antisemitischen und faschistischen Kollaborateure in Osteuropa zu bedienen. Viele von ihnen wurden auch an den Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes vorbei in die USA eingeschmuggelt.

Einer von ihnen war der Ex-Diplomat Gustav Hilger. George Kennan kannte ihn aus seiner Vorkriegszeit an der Botschaft in Moskau. Offiziell wurde Hilger wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht. Denn er hatte in Ribbentrops Außenministerium die Berichte der Einsatzgruppen auszuwerten, über seinen Schreibtisch liefen regelmäßig Meldungen wie: »Im Zuge der Großaktion gegen Juden wurden in Minsk 3.412, in Wileika 302 und in Baranowitschi 2007 Juden erschossen.« Hilger hatte dafür gesorgt, daß italienische Juden nach Auschwitz deportiert werden konnten und er hatte sich gegen Ende des Krieges erfolgreich darum bemüht, ungarischen Offizieren, die Zehntausende von Juden und Serben umgebracht hatten, deutsches Asyl zu verschaffen.

Kennan ließ seinen Moskauer Freund Hilger illegal in die Vereinigten Staaten einreisen – die US-Regierung trug die Kosten. Dort wurde der Schreibtischtäter, laut Simpson, »so etwas wie ein Vertreter von Konrad Adenauers Christlich-Demokratischer Union bei den Vereinigten Staaten« und unterstützte bei der US-Regierung die bundesdeutsche Regierungsbildung durch Adenauer. Bevor Kennan als Leiter der Planungsabteilung im US-Außenministerium Präsident Truman seine Vorschläge für die Ost-West-Politik machte, konsultierte er regelmäßig Gustav Hilger. Der Mann, der einst als leitender Beamter des Reichsaußenministeriums auch Hitler Bericht über die Sowjetunion erstattet hatte, wurde jetzt in Washington zum einflußreichen Sachverständigen für dasselbe Problem. Und das obwohl, wie Autor Simpson betont, die Akten des Reichsaußenministeriums, die Hilgers Rolle beim Völkermord der Nazis dokumentierten, sich seit 1948 in den Händen der US-Behörden befanden.

Eingebürgert in den USA wurden Kriegsverbrecher wie der Raketenforscher und General Walter Dornberger, in dessen Arbeitsbereich im Raketenwerk Nordhausen bei der Befreiung durch die US-Armee die Leichen der verbrauchten KZ-Häftlinge zu Hunderten gestapelt waren. Er wurde – wie viele andere, ähnlich kriminelle Raketenforscher auch – schleunigst nach den USA ausgeflogen, machte weiter und stieg schließlich zum Vizepräsidenten in einem großem Multi, der Textron Corporation, auf.

»Es war unbedingt notwendig, daß wir jeden Schweinehund verwendeten, Hauptsache, er war Antikommunist«, sagte der ehemalige Leiter der CIA-Geheimoperationen, Harry Rositzke. Und dann hat man ja auch noch den Freedom of Information Act, der erstens dafür sorgt, daß die Schweinereien erst rauskommen, wenn die Taten verjährt sind, und zweitens die Illusion nährt, daß die CIA und ihre Partner heute natürlich nicht mehr jeden Schweinehund verwenden, Hauptsache, er ist Antikommunist.

konkret 03/89, S. 37

§ 129a

Kasten

§ 129a.* Bildung terroristischer Vereinigungen. (l) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind,

1. Mord, Totschlag oder Völkermord (§§ 211, 212, 220a),

2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des § 239a oder des § 239b oder

3. gemeingefährliche Straftaten in den Fällen der §§ 306 bis 308, 310b Abs. 1, des § 311 Abs. 1, des § 311 a Abs. 1, der §§ 312, 316c Abs. 1 oder des § 319 zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Gehört der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern, so ist auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren zu erkennen.

(3) Der Versuch, eine in Absatz 1 bezeichnete Vereinigung zu gründen, ist strafbar.

(4) Das Gericht kann bei Beteiligten, deren Schuld gering und deren Mitwirkung von untergeordneter Bedeutung ist, in den Fällen des Absatzes 3 von Strafe absehen oder in den Fällen des Absatzes 1 die Strafe nach seinem Ermessen (§ 49 Abs. 2) mildern.

(5) § 129 Abs. 6 gilt entsprechend.

(6) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2).

(7) h1 den Fällen der Absätze 1 und 2 kann das Gericht Führungsaufsicht anordnen (§ 68 Abs. 1).

Eine Welle von 129a-Verfahren ist in den letzten Monaten über die radikale Linke hereingebrochen. Was die neue Qualität der Anklage gegen Uli Winterhalter in Stuttgart und gegen Startbahngegner in Frankfurt ausmacht, analysiert Oliver Tolmein in seinem Beitrag: »Frohe Ostern, RAF, RAF«. Rolf Gössner zeichnet in »Hauptsache: im Knast« auf der Grundlage umfangreichen empirischen Materials nach, wie die Linke, gegen die mit dem 129a vorgegangen wird, schon lange vor dem Urteilsspruch verurteilt wird. Neonazistische Attentäter können dagegen mit erheblicher Rücksichtnahme der Justiz rechnen: Wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung werden sie nicht belangt. Bernd Siegler untersucht anhand der Urteile in den wichtigsten Verfahren gegen militante Rechtsradikale, wieviel Phantasie Bundesanwaltschaft und Staatsschutzkammern aufbringen, um aus organisiertem Rechtsterrorismus eine Ansammlung von Einzeltaten zu machen. Eine Diskussion über den Paragraphen 129a und die Haftbedingungen der danach Angeklagten und Verurteilten ist längst fällig. Durch die Kampagne des Initiativkreises Hafenstraße für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen ist Bewegung in die Linke gekommen. Welche Rolle der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF dabei spielt, welche Funktion er hat, ist Thema des KONKRET-Gesprächs mit Roland Mayer und Monika Berberich; beide haben wegen Mitgliedschaft in der RAF jahrelang, teilweise unter Isolationshaftbedingungen, im Knast gesessen und waren selber an mehreren Hungerstreiks beteiligt. Zusätzlich dokumentieren wir die Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der RAF, informieren über Prozeß- und Veranstaltungstermine und liefern einen Überblick über wichtige Schriften im Zusammenhang mit dem Paragraphen 129a

konkret 03/89, S. 38

Oliver Tolmein

»Frohe Ostern, RAF, RAF«

Nachdem der Gesetzgeber den Paragraphen 129a zum 1.1.1987 verschärft hat, sind jetzt die »unabhängigen« Gerichte dabei, die Schraube weiter anzuziehen Wer Mitglied in einer »terroristischen Vereinigung« ist, bestimmen künftig die Oberlandesgerichte

Als Eva Haule, verurteilt wegen »Mitgliedschaft in der RAF«, Ende November 1988 in einem anderen, nach Paragraph 129a gegen Eric Prauss und Andrea Sieveking angestrengten Verfahren als Zeugin aussagte, muß es den Bundesanwälten in den Ohren geklingelt haben: Statt nur, wie von ihnen wohl erhofft, antiimperialistische Parolen und weitgehend an Insider gerichtete Erklärungen abzugeben, äußerte sich Eva Haule ganz konkret zu den Vorstellungen des Staatsschutzes von Organisation und Arbeitsweise der RAF und konfrontierte sie mit ihren eigenen Kenntnissen:

»Der Staatsschutz puscht immer massiver ein Organisationsschema, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Er braucht dieses Schema, um die Repression gegen den radikalen Widerstand effektiver zu machen. Es gibt keine legalen Mitglieder (der RAF), es gibt keine Teilzeitmitglieder – wie es als neueste Variante zu den Kämpfenden Einheiten gebracht wird – , es gibt keine Beteiligung von Leuten außerhalb des Kollektivs an den Aktionen der RAF, wie es umgekehrt keine Beteiligung von Guerillas an Aktionen des Widerstands gibt. Seit vier Jahren wurde außer mir niemand aus der RAF gefaßt. Die zwölf Genossen aus dem Widerstand, die seitdem als angebliche Mitglieder verhaftet wurden, davon allein sechs aus der Kiefernstrasse, waren genausowenig in der RAF organisiert wie die Leute aus Stuttgart, gegen die jetzt neue Verfahren laufen.«

Das Oberlandesgericht in Stuttgart-Stammheim tat der Bundesanwaltschaft den Gefallen, ihrem dürftig untermauerten Konstrukt einer »legalen« RAF mehr zu glauben als den Aussagen Eva Haules: Die beiden Angeklagten wurden wegen der behaupteten »mitgliedschaftlichen Betätigung« in der RAF und wegen ihrer angeblichen Beteiligung an dem Anschlag auf das Dornier-Werk 1986 zu jeweils neun Jahren Haft verurteilt. Auch in dem Anfang dieses Jahres vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zu Ende gegangenen Verfahren gegen vier DuisburgerInnen, die dem Urteil zufolge am Anschlag auf die BGS-Kaserne in Swisstal-Heimerzheim beteiligt gewesen sein sollen, konnten die jahrelangen Haftstrafen nur aufgrund dieser Konstruktion einer »legalen RAF« verhängt werden.

In beiden Verfahren sind die VerteidigerInnen in die Revision gegangen: Werden die Urteile allerdings bestätigt, wäre nach der Erweiterung der Straftatbestände des Paragraphen 129a durch den Gesetzgeber zum 1.1.1987 (KONKRET 4/88) dessen Anwendungsbereich durch die Rechtsprechung erheblich ausgeweitet. Die durch keinerlei Beweise gestützte, sondern im Gegenteil durch die Aussagen von Eva Haule widerlegte These von Verfassungsschutz und Bundesanwaltschaft, es gebe eine »legale RAF«, würde infolge dieser Urteile in künftigen Verfahren als »gerichtsbekannt« vorausgesetzt werden können – die Schwelle für Verurteilungen mit gravierenden Folgen wäre erneut heruntergesetzt worden.

Die wahrscheinlichen Konsequenzen deuten sich in der gerade fertiggestellten Anklageschrift der Bundesanwaltschaft gegen Uli Winterhalter an. Winterhalter wurde am 9. September 1988 im Verlauf einer, in deutlichem Zusammenhang mit der Anti-IWF-Kampagne stehenden, Durchsuchungsaktion des badenwürttembergischen Landeskriminalamtes im Großraum Stuttgart verhaftet. Daß in seiner Wohnung eine größere Menge des Betäubungsmittels Ketanest sowie Wanderkarten gefunden wurden, in die, so die Bundesanwaltschaft, »Punkte zur Ausspähung amerikanischer Militäreinheiten« eingezeichnet waren, lieferte den Grund, ein Verfahren wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« gegen ihn einzuleiten: »Das Vorrätighalten dieses Medikaments ist in Zusammenhang mit den Aufgaben des Beschuldigten in der RAF zu sehen ... Alles spricht dafür, daß auch das von dem Beschuldigten Winterhalter vorrätig gehaltene Ketanest im Rahmen einer Entführungsaktion der RAF verwendet werden sollte«, behauptet der Haftbefehl und führt damit die in den gerade gefällten Urteilen angesetzte Linie weiter.

Diesmal hat die Bundesanwaltschaft allerdings nicht einmal mehr eine konkrete geplante oder gar durchgeführte Tat parat, die sie dem Beschuldigten zur Last legen könnte, und schon garnicht verfügt sie über irgendwelche ihre Version belegenden Fakten: Daß bei angeblichen Mitgliedern der »Action Directe« ebenfalls Ketanest gefunden wurde, ist alles, was von den ursprünglich behaupteten Indizien bleibt, nachdem sich die Wanderkarten als ein Relikt aus den Zeiten der Friedensbewegung erwiesen haben. Wie in den laufenden Ermittlungen gegen angebliche Mitglieder der »Revolutionären Zellen« der Wecker der Marke »Emes sonochron«, dient in dem Verfahren gegen Uli Winterhalter das Ketanest als Mittel, um den Anschein, es gehe tatsächlich um eine materielle Beweisführung gegen mutmaßliche Straftäter, aufrechtzuerhalten. Dazu paßt, daß auch in der Anklageschrift nichts gegen die von Winterhalter in einem Brief gelieferte Erklärung vorgebracht wird, das bei ihm gefundene Ketanest sei für eine Medikamentensammlung von *medico international* für Palästinenserlager gedacht gewesen.

Das Kalkül der Bundesanwaltschaft scheint ein anderes zu sein: Sie konzentriert sich auf die Darstellung des politischen Hintergrunds des seit nunmehr sechs Monaten in Untersuchungshaft Gehaltenen. Daß Winterhalter an einer Demonstration

nach dem Tod von Günter Sare und an einer anderen zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen teilgenommen hat, daß er in Briefkontakt mit politischen Gefangenen stand und einige Veranstaltungen zum Paragraphen 129a besucht hat, wird in der Anklageschrift gegen ihn verwandt: Alle in einen linksradikalen Zusammenhang hineinzuinterpretierenden Aktivitäten (andere werden grundsätzlich nicht registriert) bilden die »subjektive Tatseite«. Eine Urlaubsfahrt nach Bayern, der gemeinsame Einkauf mit mehreren Leuten in einem Supermarkt und die Parkplatzsuche in der Hamburger Hafenstraße komplettieren die Indizienliste der Bundesanwaltschaft: Der legal lebende Winterhalter hat sich damit konspirativen Verhaltens schuldig gemacht.

Das Muster dafür wurde 1981, während der zweieinhalb Monate des Hungerstreiks zahlreicher politischer Gefangener, entwickelt: In dieser Zeit überzog die Bundesanwaltschaft die sich solidarisierende Linke mit 133 Verfahren wegen »Werbung für eine terroristische Vereinigung«. War der »Straftatbestand« des »Werbens« bei den Bundestagsberatungen des Paragraphen 129a eindeutig auf die Werbung von Mitgliedern für eine »terroristische Vereinigung« ausgelegt, wurde 1981 zum ersten mal in größerem Maßstab die bis dahin nur in Einzelfällen praktizierte Rechtsprechung, nach der der Begriff des Werbens auch die »Sympathie-Werbung« umfaßt, durchgesetzt.

Die Polizei beteiligte sich in einem solchen Umfang an der Kriminalisierungskampagne, daß selbst Generalbundesanwalt Rebmann sich zu ihrer Domestizierung veranlaßt sah. In einem, seither stets in Urteilsbegründungen als wesentliche Orientierungsmarke erwähnten Aufsatz in der »Neuen Zeitschrift für Strafrecht« nannte er als Voraussetzung für ein strafbares Werben, daß »der Durchschnittsadressat die Erklärung als Werbung für eine terroristische Vereinigung in ihrer strafbaren Zielsetzung empfindet«, und er konkretisierte: »Schmierereien wie ... FROHE OSTERN RAF, RAF werden vom Durchschnittsadressaten nicht als Werbung, sondern als Unsinn empfunden«.

Mit der im gleichen Aufsatz getroffenen Feststellung, daß »das Wissen des Durchschnittsadressaten allerdings der Veränderung unterliegt«, hat Rebmann die Voraussetzungen dafür geschaffen, den Begriff des »Werbens«, und damit auch den des vergleichbar unbestimmt definierten »Unterstützens«, je nach politischem Bedarf ausweiten beziehungsweise eingrenzen zu können. Der Bundesgerichtshof hat in einem Beschluß vom 28.12.1984 dieses Opportunitätsprinzip in der Anwendung des Paragraphen 129a bestätigt. Während im Verfahren gegen Uli Winterhalter versucht wird, den Begriff der »Mitgliedschaft in der RAF« ähnlich weitläufig zu definieren, wie seit 1981 den Begriff des »Werbens«, wird in dem gerade in Frankfurt begonnenen Prozeß gegen Leute aus der Anti-Startbahn-Bewegung angestrebt, den Begriff der »terroristischen Vereinigung« möglichst weit auszudehnen. Seine Brisanz erhält das Frankfurter Verfahren dadurch, daß die Angeklagten Andreas Eichler und Frank Hoffmann beschuldigt werden, in der Nacht des 2.11.1987 an der Startbahn-West zwei Polizisten erschossen zu haben. Diese beiden Morde lastet die Bundesanwaltschaft allerdings nur den beiden an – nicht der Gruppe insgesamt, zu der sechs weitere Angeklagte gehören sollen.

Die von der Bundesanwaltschaft behauptete Konstruktion der »terroristischen Vereinigung« ist überaus kompliziert. Die in den Jahren 1986 und 1987 begangenen Taten sollen in wechselnder Besetzung begangen worden sein. Gewechselt hat, von Anschlag zu Anschlag, auch die Organisationsbezeichnung in den Bekennerschreiben: Mal nannte sich, den Vorstellungen der Bundesanwaltschaft zufolge, ein und dieselbe Vereinigung »Kommando Säg weg den Scheiß«, mal »Revolutionäre Heimwerker«, »Revolutionäre Zellen« oder gar »Kommando Joschka Fischer«. Alle Taten, die 1987 begangen worden sein sollen, legen die Bundesanwälte konkret nur Frank Hoffmann und Andreas Eichler zur Last. Aber die beiden hätten, behauptet die Anklage weiter, bei diesen Sabotageaktionen jeweils als Mitglieder der Vereinigung gehandelt. Dieser juristische Kniff ist notwendig, um auch gegen die sechs Mitangeklagten nach Paragraph 129a verhandeln zu können.

So überaus bemüht die Anklage konstruiert ist, so gravierend sind die Folgen, wenn sich das Gericht dieser Argumentation anschließt: Wenn Voraussetzung für eine »terroristische Vereinigung« nicht einmal mehr ist, daß sie kontinuierlich einen Namen verwendet und gemeinsam agiert, eröffnen sich der Bundesanwaltschaft nahezu beliebige Möglichkeiten, Leute, die, wie locker auch immer, in einem Zusammenhang agieren, mit dem 129a als »Mitglieder einer terroristischen Vereinigung« zu kriminalisieren.

Daß Leuten, die aufgrund ihrer radikalen politischen Betätigung in den letzten Jahren wegen Unterstützung einer »terroristischen Vereinigung« verfolgt wurden, jetzt vermehrt die »Mitgliedschaft« in einer solchen angelastet und damit ein weitaus höheres Strafmaß angedroht wird, macht die qualitative Verschärfung in der Anwendung des 129a in den letzten anderthalb Jahren aus. Setzt sich dieses Vorgehen durch, wird in der Folge automatisch auch der Kreis der Leute vergrößert, gegen die Ermittlungen und Verfahren wegen »Unterstützung« und »Werbung« eingeleitet werden können.

konkret 03/89, S. 40

Rolf Gössner

Hauptsache: im Knast

14 Monate saß Ingrid Strobl in Untersuchungshaft, bis der Prozeß gegen sie eröffnet wurde. Ulla Penselin, gegen die die Anklage nicht einmal zugelassen wurde, mußte neun Monate zum Teil unter Isolationshaftbedingungen im Knast verbringen. In Stuttgart, Frankfurt, Butzbach und Westberlin sitzen seit Monaten Leute ein, denen irgendwann einmal wegen angeblicher Verstöße gegen den § 129a der Prozeß gemacht werden soll: Der Einsatz der Untersuchungshaft als Beugehaft und Bestrafungsmittel, das einzusetzen es keines Prozesses bedarf, ist im Alltag der bundesdeutschen Justiz nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

In der Zeit zwischen dem 1. Januar 1971 und dem 31. Dezember 1980 ergingen wegen »linksterroristischer oder hiermit in Zusammenhang stehender Straftaten« (so die Bezeichnung in einer Untersuchung des Bundesjustizministeriums) insgesamt 279 rechtskräftige Urteile (Freisprüche und Verurteilungen) gegen 234 Personen, von denen 201 Personen mit einem Urteil, 25 Personen mit 2, je 4 Personen mit 3 bzw. 4 Urteilen bedacht wurden. 206 Personen wurden rechtskräftig verurteilt.

Um gleich hier die Relationen der justiziellen Belastung zurechtzurücken: Diese 279 Urteile, die am Ende meist recht umfangreicher und langwieriger Verfahren standen, ergingen in einem Zeitraum, in dem in der Bundesrepublik insgesamt mehr als 8,5 Millionen Urteile in Strafprozessen gefällt wurden. Dieser winzige Tätigkeitsausschnitt der politischen Strafjustiz, der sich auf die sog. Terrorismusverfahren bezieht, weist jedoch erhebliche, teilweise gravierende Unterschiede zur sonst üblichen Strafverfolgung auf.

Schon die äußeren Bedingungen dieser »Ausnahmejustiz im Belagerungszustand« werfen die Frage auf, ob unter derartigen Bedingungen ein »faires Verfahren« überhaupt möglich ist.

Die Frage stellen, heißt, sie zu verneinen, zumal neben den äußeren Bedingungen auch weniger offensichtliche Entwicklungen und Faktoren auf die Verfahren nachhaltig einwirken und sie durchdringen: insbesondere die in diesem Zusammenhang herausgebildete Sondergerichtsbarkeit bzw. Sonderjustiz sowie die exekutive Verfahrensbeeinflußung und -steuerung durch Polizei und Geheimdienste. Die Folgen solcher einschneidender Prozeßbedingungen können u.a. an den Zwischen- und Endergebnissen abgelesen werden. Denn diese Ergebnisse weisen gravierende Unterschiede zu den Resultaten der allgemeinen Justizpraxis in der Bundesrepublik auf.

Festzustellen ist eine signifikant erhöhte Verurteilungsquote und eine um 55 Prozent vermehrte Verhängung von Freiheitsstrafen, die mit einer extensiven Ausschöpfung des Strafrahmens einhergehen. In wesentlich weniger Fällen wird die Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt.

Auch die Untersuchungshaft-Praxis gegen »Terrorismus«-Verdächtigte weist gravierende Unterschiede zur ohnehin schon extensiven allgemeinen U-Haft-Praxis in der Bundesrepublik auf; dies gilt für die Anordnung, die Dauer und den Haftvollzug gleichermaßen. Eine Vielzahl der hiervon betroffenen Gefangenen wird unter Berufung auf ihre angebliche »besondere Gefährlichkeit« Sonderhaftbedingungen unterworfen, die auf sie in der Regel auch in der anschließenden Strafhaft Anwendung finden.

Mit der Untersuchungshaft werden – ganz generell – Menschen ihrer Freiheit beraubt, die von Rechts wegen als unschuldig zu gelten haben. Untersuchungshaft ist also streng genommen staatliche »Freiheitsberaubung gegenüber einem Unschuldigen«.

Auch das Bundesverfassungsgericht hat die Anordnung von Untersuchungshaft seit jeher als besonders einschneidenden »Eingriff in das Grundrecht der persönlichen Freiheit« charakterisiert. Gegen lediglich Verdächtige ist eine solche Maßnahme im Hinblick auf die Unschuldsvermutung nur in eng begrenzten Ausnahmefällen zulässig. Anordnung, Vollzug und Dauer der Untersuchungshaft müssen vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beherrscht werden – schließlich bedeutet der Freiheitsverlust für den Betroffenen, so ein Urteil, »die schlimmste Rechtseinbuße ..., die unser Strafrechtssystem ihm zufügen kann ....«

Die Praxis in der Bundesrepublik entspricht allerdings diesen hehren Ansprüchen in keiner Weise. In mehreren Fällen mußte sich die Bundesrepublik deswegen vor der »Europäischen Kommission für Menschenrechte« sowie vor dem »Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte« verantworten. Im internationalen Vergleich steht die BRD an der Spitze der Länder mit langer U-Haftdauer. Knapp die Hälfte aller Untersuchungshäftlinge werden später nicht zu einer vollstreckbaren Freiheitsstrafe bzw. zu überhaupt keiner Freiheitsstrafe verurteilt (Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1983). Deswegen ist es interessant, zu untersuchen, inwieweit die Angeschuldigten tatsächlich aufgrund der Paragraphen, gegen die sie laut Anklage verstoßen haben sollen, verurteilt werden. Bei Anklagen, die im Zusammenhang mit dem Paragraphen 129a erfolgen, kommt es aber in 28 Prozent der Fälle zu keiner entsprechenden Verurteilung – das heißt, Leute werden aufgrund ihrer angeblichen und sich aus der Anklage ergebenden Gefährlichkeit als »Terroristen« stigmatisiert, aus dem

Verkehr gezogen und in Untersuchungshaft gesteckt, dann aber freigesprochen oder nach sehr viel weniger folgenreichen Paragraphen verurteilt.

Wie wirken sich nun die genannten Umstände auf die Anordnungspraxis der Gerichte aus, und was ergibt ein Vergleich der von uns untersuchten Verfahren mit der ohnehin schon katastrophalen allgemeinen U-Haft-Praxis? Während bei den »mutmaßlichen terroristischen Straftätern und ihren Unterstützern« im Zeitraum von 1975 bis 1979 zu einem Anteil von 65 ,7 Prozent (in der Zeit zwischen 1971 und 1980 sogar 70,6 Prozent) U-Haft angeordnet und vollzogen wurde, waren es bei allen anderen (»normalen«) Angeklagten im selben Zeitraum lediglich 4,5 Prozent.

Selbst jene Personen, die im selben Zeitraum etwa wegen Raub und Erpressung abgeurteilt wurden, befanden sich lediglich zu einem verhältnismäßig geringen Anteil von 40,9 Prozent in U-Haft. Allein bei den wegen Mordes Beschuldigten wurde häufiger, nämlich in 85 Prozent der Fälle, U-Haft verhängt.

Bei den des Terrorismus Verdächtigten wurde also in einem Umfang U-Haft angeordnet und vollzogen wie sonst nur bei schwersten Verbrechen – obwohl doch bei den Verurteilungen lediglich ein Viertel der zur Last gelegten Straftaten als schwere Verbrechen eingestuft werden, über 50 Prozent davon geringere Straftaten betreffen und fast 30 Prozent der Verurteilten zu den sog. Unterstützern/Werbern mit relativ leichten Straftaten bzw. mit lediglich verbalen »Taten« gezählt werden.

In diesem Zusammenhang ist die Frage von Bedeutung, wie es um die immer wieder betonte »besondere Gefährlichkeit« der »terroristischen Straftäter/innen« tatsächlich bestellt ist (bzw. in den 70er Jahren bestellt war). Wie verteilen sich die unterschiedlichen Deliktgruppen nach Art und Schwere der jeweiligen Taten auf die zwischen 1971 und 1980 verurteilten Personen aus dem genannten Täterkreis?

Auf Grundlage der untersuchten Urteile unterscheiden beispielsweise die Autoren einer Studie des Bundesjustizministeriums:

- *Anschläge* auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie auf öffentliche Einrichtungen und Gebäude.
- *Gruppenbezogene Handlungen:* Aufbau und Aufrechterhaltung einer »terroristischen Vereinigung«; hierunter fallen z.B. Mitgliedschaft nach Paragraph 129a (bis 1976: 129), Beschaffung von Geld, Waffen, Sprengstoff, Kraftfahrzeugen durch Diebstahl, Raub, Erpressung; Handlungen, die auf die Verdeckung der eigenen Identität und auf die Verhinderung einer Festnahme zielen – etwa durch Urkundendelikte, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bis hin zur Gefangenenbefreiung .
- *Unterstützungshandlungen:* Hierunter fallen sog. materielle Handlungen, z.B. Gewährung einer Übernachtung für gesuchte Personen, Beschaffung von Ausweispapieren sowie bloße verbale »Handlungen«, wie z.B. Befürwortung von Gewalt, Wandparolen, »Werbung für eine terroristische Vereinigung«, Forderung nach menschenwürdigeren Haftbedingungen für politische Gefangene etc.

Nach dieser Aufschlüsselung wurde lediglich ein knappes Viertel der Betroffenen wegen der Ausführung von Anschlägen verurteilt. »Weitaus den größten Anteil stellen mit 47 Prozent die wegen gruppenbezogener Handlungen Verurteilten. Auch die wegen Unterstützungshandlungen Verurteilten sind mit knappen 30 Prozent relativ häufig vertreten«. Die überwiegende Mehrzahl der verurteilten »Terroristen« (47 Prozent) ist keineswegs in erster Linie wegen Angriffen auf Personen des öffentlichen Lebens oder wegen Brandstiftung bzw. Sprengstoffanschlägen verurteilt worden, sondern wegen Handlungen, die der Erhaltung der Gruppe, der Sicherung der eigenen Handlungs- und Bewegungsfreiheit sowie der Erhaltung der materiellen und immateriellen Ressourcen dienten. Nimmt man die 30 Prozent Unterstützer dazu, denen wesentlich geringere Straftaten zur Last gelegt wurden, ergibt sich ein realistischeres Bild von der »besonderen Gefährlichkeit« dieser Gruppen und Personen für die Bevölkerung, als es offiziell und multimedial immer wieder mit Hinweis auf die spektakulären Anschläge gegen gesellschaftliche Funktionsträger bzw. staatliche Repräsentanten gezeichnet wird.

Ein genauerer Blick auf einzelne verwirklichte Delikte bestätigt diese Erkenntnis: Von insgesamt 808 erfüllten Straftatbeständen aus 16 Deliktsgruppen wurde gegen die Waffengesetze (unerlaubter Erwerb, Besitz, Vertrieb) mit einem Anteil von 16,5 Prozent am häufigsten verstoßen. Es folgen: Organisationsdelikte nach den Paragraphen 129, 129a StGB mit 15,6 Prozent, gemeingefährliche Straftaten, inklusive Nötigung von Verfassungsorganen etc. mit 11, I Prozent, Diebstahls- und Unterschlagungsdelikte mit 9,5 Prozent, Raub- und Erpressungsdelikte mit 8,5 Prozent, Urkundenfälschungen mit 7,8 Prozent, Widerstand gegen die Staatsgewalt mit 5,6 Prozent sowie Beleidigung mit 5,3 Prozent. Tötungsdelikte erscheinen erst an neunter Stelle mit 5,1 Prozent.

U-Haftdauer

Im Zeitraum von 1975 bis 1980 lag die U-Haftdauer bei etwa 15 Prozent der Fälle im Bereich »gewöhnlicher« Kriminalität über der Sechs-Monats-Schwelle des Paragraphen 121 StPO. Die U-Haftdauer bei »mutmaßlichen terroristischen Straftätern und ihren Unterstützern« übersteigt die bereits sehr lange durchschnittliche U-Haftdauer bei den Abgeurteilten insgesamt noch erheblich. Während 38 Prozent aller »nichtterroristischen« Abgeurteilten sich im angegebenen Zeitraum bis zu einem Monat lang in U-Haft befanden, waren es bei »terroristischen Straftätern« nur 6,7 Prozent. Von ihnen befanden sich 52,1 Prozent über ein Jahr in U-Haft, bei »nichtterroristischen« Abgeurteilten waren es lediglich 3,4 Prozent. Nur bei Beschuldigungen wegen »nichtterroristischen« Mordes liegt die U-Haftdauer ebenfalls bei etwa 50 Prozent der Abgeurteilten über einem Jahr (1976 bis 1979). Aber schon bei Verfahren wegen Raub und Erpressung beträgt diese Quote der mehr als ein Jahr lang Verhafteten lediglich 7,3 Prozent.

Wenn man bedankt, daß Untersuchungshaft – wie jeder Freiheitsentzug – schon per se

-

häufig zu Haftschäden führt,

-

zwangsläufig die Beschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten der Angeschuldigten bedeutet, da ihnen die Möglichkeit abgeschnitten wird, sich etwa durch das Ermitteln von Entlastungsbeweisen zu verteidigen,

-

einen enormen Geständnisdruck produziert und damit an Inquisitionsverfahren erinnert,

um wieviel stärker, zerstörender müssen sich diese und andere negative Folgen einer Untersuchungshaft unter Sonderhaftbedingungen, unter dem besonderen Regime der Isolationshaft auswirken, denen die Mehrheit der des »Terrorismus« Verdächtigten ausgeliefert wird bzw. werden kann.

Es geht bei diesem dunklen Kapitel bundesdeutscher U-Haftpraxis um die folgenschweren, existentiellen Auswirkungen der politischen Strafjustiz, die in hohem Maße (mit-)verantwortlich ist für die Haftsituation im Sonderhaftvollzug der politischen Gefangenen. Das seit über einem Jahrzehnt unter Mitwirkung des Bundeskriminalamts entwickelte und verfeinerte Isolationskonzept führte zu einer Isolation der Gefangenen sowohl gegenüber der Außenwelt als auch nach innen, zu einer Abschirmung gegenüber anderen Gefangenen. Dieses »Gefängnis im Gefängnis« fand seine Institutionalisierung in Toten Trakts, Hochsicherheitstrakts und Hochsicherheitsgefängnissen, die seit den 70er Jahren hochgezogen wurden.

»Aus Gründen der Sicherheit« oder gar mit der »Eigenart des Tatvorwurfs« werden solche besonderen Haft-Maßnahmen gegen »mutmaßliche Terroristen und ihre Helfer« stereotyp begründet. In typisierten, später hektografierten Haftstatuten werden diese Sonderhaftbedingungen von den Ermittlungs/Haftrichtern des Bundesgerichtshofes präzise festgelegt. Diese gelten in der Regel für alle nach 129a StGB in U-Haft befindlichen Gefangenen von der Verhaftung bis zur Anklageerhebung. Danach geht die Zuständigkeit auf die wenigen für 129a-Verfahren zuständigen OLG-Sondersenate über, die die vorgegebenen Haftstatute im wesentlichen übernehmen.

Die U-Haftstatute – und damit die Isolationspraxis – wurden Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre fortlaufend perfektioniert: Galt beispielsweise für die Untersuchungsgefangene Hanna Krabbe im Jahre 1975 noch ein 13-Punkte-Haftstatut, für Verena Becker 1977 ein 21-Punkte-Statut, für Sieglinde Hoffmann 1980 ein 23-Punkte-Statut, so waren es für Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz Ende 1982 bereits 24 Punkte, die von diesem Zeitpunkt an den Standard bestimmten. Hiernach werden die Betroffenen in strenger Einzelhaft und -isolation gehalten. Teilnahme an Veranstaltungen der Justizvollzugsanstalt und am Gottesdienst ist ausgeschlossen; Kontakte zu anderen Gefangenen sind streng untersagt; es erfolgt täglich eine Durchsuchung der Zellen und der darin befindlichen Sachen sowie unauffällige Beobachtung der Beschuldigten bei Tag und bei Nacht; Besuch ist nur unter Aufsicht (meist behindert durch Trennscheiben und nach vorheriger und nachheriger Durchsuchung bei völliger Entkleidung und Umkleidung erlaubt, des weiteren wird Post grundsätzlich überprüft und zensiert.

Damit wird jeglicher soziale Kontakt verhindert oder zumindest so erheblich eingeschränkt, daß unabhängige Experten von sozialer Deprivation, von Isolationshaft, ja von Folter sprechen, die geeignet sei, die menschliche und politische Identität der Gefangenen zu brechen. Neben der Totalisolation führt auch das vollständige Fernhalten von Sinneswahrnehmungen (sensorische Deprivation), wie es in »Toten Trakten« Hochsicherheitstrakten u.a. durch Geräuschisolation, künstliche Beleuchtung, durch Sichtblenden vor den Fenstern und indirekte Belüftung praktiziert wird, zu psychischen Schäden: Konzentrationsstörungen, hochgradige Unruhe, Reizbarkeit und halluzinatorische Phänomene, um nur einige zu nennen. Auch eine sog. Zweierisolation mit begrenztem Umschluß oder sog. Kleingruppenisolation vermögen es nicht, diesen Folgen entgegenzuwirken.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Prozeß systematischer Zerstörung der politischen, persönlichen, psychischen Identität und Widerstandskraft sowie der körperlichen Integrität der Betroffenen nicht ohne massiven Einfluß auf die Überlebens- und Verteidigungsfähigkeit in den laufenden Strafverfahren bleibt.

Ganz besonders deutlich wird dies am Beispiel der 1975 im Rahmen der sog. Lex RAF eingeführten Vorschrift des Paragraphen 231a StPO. Diese Vorschrift gestattet es, eine Hauptverhandlung in Abwesenheit der Angeklagten durchzuführen, wenn diese ihre Verhandlungsunfähigkeit selbst herbeigeführt haben. Die Tragweite dieser Strafverfahrensänderung ist – über die generelle, immanente Problematik hinaus – erst mit einer inzwischen klassisch zu nennenden Entscheidung des Bundesgerichtshofes sichtbar geworden, der die – erstmalige – Anwendung dieser Bestimmung im Prozeß gegen Baader u.a. mit folgender Argumentation für rechtens erklärte: Die Hauptverhandlung könne in Abwesenheit der Angeklagten durchgeführt werden, denn sie seien wegen ihres erheblich geschwächten Gesundheitszustandes verhandlungsunfähig. Die Verhandlungsunfähigkeit sei zwar hauptsächlich auf die »isolierenden Haftbedingungen« zurückzuführen (eine bis dahin von allen »Gewalten« vehement bestrittene Tatsache), die Verhandlungsunfähigkeit sei aber gleichwohl von den Angeklagten selbst verschuldet, weil sie wegen der Fortsetzung ihrer kriminellen Aktivitäten in der Haft und damit wegen ihrer »Gefährlichkeit« die »isolierenden Haftbedingungen« in Kauf genommen und sich selbst zuzuschreiben hätten. Diese angebliche »Fortsetzung der kriminellen Vereinigung in der Haft« war im übrigen einer der Anklagepunkte im Stammheimer Verfahren, über den dann in Abwesenheit der Angeklagten verhandelt werden konnte. Logik dieser BGH-Entscheidung: Wer verdächtig ist, einer kriminellen/terroristischen Vereinigung anzugehören und diese angeblich in der Haft fortzusetzen, darf durch isolierende Haftbedingungen verhandlungsunfähig gemacht werden. Ist die Verhandlungsunfähigkeit erreicht, darf über eben diesen Verdacht in Abwesenheit der/des Beschuldigten verhandelt und entschieden werden.

Die Bandbreite der möglichen Einflüsse und Auswirkungen von Isolationshaftbedingungen auf die laufenden Strafverfahren reicht von der Einschränkung der Willens- und Entscheidungsfreiheit über die Verhandlungsunfähigkeit und den Geständnisdruck bis hin zum Tod:

Von den insgesamt 197 »mutmaßlichen terroristischen« U-Häftlingen der Jahre 1971 bis 1980 starben im selben Zeitraum insgesamt sieben in absoluter Verfügungsgewalt der Ermittlungsbehörden und Haftanstalten; später kamen noch zwei Strafgefangene hinzu, die im untersuchten Zeitraum ebenfalls zu den U-Häftlingen gehörten – dies sind immerhin knapp fünf Prozent. Die Mehrzahl dieser Todesfälle in staatlichem Gewahrsam ist bis heute weitgehend ungeklärt, insbesondere was die Frage Fremdeinwirkung/Mord oder Selbstmord anbelangt. Doch gemeinsam ist ihnen, daß sie sich ereigneten entweder während oder nach totaler Isolation (Ulrike Meinhof, Ingrid Schubert), während der Kontaktsperre, also in einer Situation ohne Kontrolle von außen durch die Vertrauensanwälte und durch die Medien (Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe), infolge von staatlichen Fehlentscheidungen und mangelhafter Untersuchung und Behandlung durch Gefängnisärzte (Katharina Hammerschmidt, Siegfried Hausner) oder in unmittelbarem Zusammenhang mit Hungerstreiks für bessere Haftbedingungen (»Gegen Vernichtung in Isolation und Trakten«), Zwangsernährung und unzureichender ärztlicher Versorgung (Holger Meins, Sigurd Debus).

Rolf Gössner ist Journalist und Rechtsanwalt in Bremen. Sein Artikel ist die gekürzte Fassung einer Arbeit die im Rahmen des Projekts »Politische Justiz am Beispiel der sogenannten Terrorismusverfahren« (Zusammen mit Dr. Heinrich Hannover und Margot Overath) entstanden ist. Das Projekt wird gefördert vom Hamburger Institut für Sozialforschung.

konkret 03/89, S. 43

Bernd Siegler

Terroristische Einzeltäter-Vereinigung

Weder die »Wehrsportgruppe Hoffmann« noch die »Nationale Sammlung« gelten bundesdeutschen Richtern als »terroristische Vereinigung« Das Oktoberfest-Attentat war die Tat eines Einzelnen, und Hoffmann wird, ohne daß es einer Amnestie-Diskussion bedürfe, Ende April wahrscheinlich aus der Haft entlassen werden Der 129a ist kein Paragraph gegen Rechtsterroristen

So bemüht die handverlesenen Richter bundesdeutscher Oberlandesgerichte sind, linke Gruppen aller Art zu »terroristischen Vereinigungen« zu stilisieren, so phantasievoll argumentieren sie, um den Paragraphen 129a nicht auf Attentäter aus neonazistischen Organisationen und militante Rechtsextreme anwenden zu müssen. Das hat Tradition. Bereits in den 50er Jahren befanden sich unter den zwölf als verfassungsfeindlich verbotenen Organisationen neun kommunistische und nur drei faschistische. Und im Gegensatz zu den kommunistischen Gruppen wurden diese drei – die »Sozialistische Reichspartei«, die »Schwarze Front« und die »Nationale Front« – auch nicht als kriminelle Vereinigungen nach dem Paragraphen 129 des Strafgesetzbuches verfolgt.

Auch heute findet der in Ermittlungen gegen linke Gruppen immer häufiger benutzte Paragraph 129a kaum Anwendung in Verfahren gegen Rechtsradikale. Erweist sich die Leugnung organisatorischer Zusammenhänge bei den Neonazis als völlig unmöglich, wird plötzlich festgestellt, daß die »terroristische Vereinigung« ihren Sitz im Ausland hat und deswegen nicht in die Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes fällt. Auch ein Umfeld haben derartige Gruppierungen der bundesdeutschen Rechts-Sprechung zufolge nicht: Begriffe wie »Sympathisanten« und »Unterstützer« finden gegen Rechte keine Anwendung. Finanzstarke Hintermänner interessieren die Ermittler ebensowenig, wie sie politische Bekenntnisse oder Erklärungen als Indizien werten.

Auch kriminalistische Ermittlungsmethoden, die in Verfahren gegen linke Organisationen zum Standard gehören, werden gegen neonazistische Gruppen nicht angewandt: Die Herkunft von Waffen und Munition, von Sprengstoff und Zündern, die sie bei ihren Anschlägen verwenden, spielen in den jeweiligen Verfahren keine Rolle.

Wo so stur und strikt die Existenz von Vereinigungen übersehen und geleugnet wird, die vielschichtigen Verflechtungen in der Neonazi-Szene ignoriert werden, bekommt der Paragraph 129a nochmal eine besondere Bedeutung: Daß er nicht angewendet wird, unterstreicht auf der juristischen Seite, was aus eindeutigem politischen Interesse von offizieller Seite immer wieder betont wird: Rechte Attentate werden von Einzeltätern verübt, von unberechenbaren Psychopathen.

Die terroristische Vereinigung im Ausland

Der Bundesgerichtshof selbst stellte mit seinem höchstrichterlichen Spruch vom 5. Januar 1982 den rechtsextremen terroristischen Gruppen einen Freibrief aus. Die Karlsruher Richter setzten damals den Haftbefehl gegen den Führer der sog. »Wehrsportgruppe-Ausland«, den Nürnberger Grafiker Karl-Heinz Hoffmann, wegen des dringenden Verdachts der Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung außer Kraft. Hoffmann wurde damals Mittäterschaft beim Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke am 19.12.1980 in Erlangen vorgeworfen. Die Begründung des BGH: Hoffmanns »WSG-Ausland« im Libanon verfüge über keine Teilorganisation in der BRD. Daher dürfe der Paragraph 129a auf sie nicht angewendet werden.

Daß Hoffmann die Operationen seiner »WSG-Ausland« von seinem Domizil in Ermreuth bei Erlangen aus steuerte, daß er alle seine Libanonkämpfer in der BRD rekrutierte. daß seine Pläne auf Aktionen in der BRD abzielten (z. B. Befreiung von Rudolf Heß, Ermordung von Staatsanwälten und WSG-Abtrünnigen, Anschlag auf die Ölraffinerie in Ingolstadt), war dem BGH sehr wohl bekannt. Dennoch wollten die Karlsruher Richter keine ausreichenden Anhaltspunkte für eine Teilorganisation in der BRD sehen.

Was Generalbundesanwalt Rebmann somit gegen die »WSG-Ausland« nicht gelang, hatte er bei der zuvor in Ermreuth bestehenden WSG nie versucht. Jahrelang konnte Hoffmann in der gesamten Republik mit seinen Schlägertrupps agieren, konnte ungehindert paramilitärische Übungen in den Wäldern um Nürnberg abhalten, sein faschistisches Gedankengut verbreiten und eine Kaderschmiede für die bundesdeutsche Neonazi-Szene betreiben – ein Verfahren nach 129a wurde nie gegen ihn eingeleitet. Dabei stand weder die Militanz seiner Tätigkeit, noch deren Organisiertheit jemals in Frage. »Fast alle NSDAP-Leute haben bereits an Lehrgängen bei Hoffmann teilgenommen«, teilte der V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Werner Gottwald, im April 1977 seinem Auftraggeber mit. Und bereits vier Jahre zuvor hatte das Nürnberger Landgericht den WSG-Führer als »militanten Radikalen faschistoider Ausrichtung« und seine Gruppe als »politische Kampftruppe« bezeichnet. Trotzdem wurde die Gruppe erst 1980 vom damaligen Bundesinnenminister Baum (FDP) verboten. Strafrechtlich belangt wurde Hoffmann jedoch auch damals nicht. Er konnte ungestört in den Libanon abtauchen und dort die »WSG-Ausland« aufbauen.

Daß die »Wehrsportgruppe« nicht als »terroristische Vereinigung« behandelt wurde, hat sich für Hoffmann als äußerst wichtig erwiesen: Für die zahlreichen von Sprengstoffanschlägen bis zum Doppelmord reichenden Verbrechen seiner Wehrsportler wurde er deswegen nicht zur Verantwortung gezogen. Der individuelle Tatnachweis, so heißt es mit ermüdender Regelmäßigkeit, sei nicht zu führen – und die kollektive Haftungskonstruktion, die zum 129a gehört, wurde nicht angewendet. Als Hoffmann am 30. Juni 1986 vom Landgericht Nürnberg schließlich doch zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren und sechs Monaten verurteilt wurde, geschah das weder wegen des vom WSG-Mitglied und Hoffmann-Vertrauten Behrendt ausgeführten Doppelmordes an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Freundin Frieda Poeschke, noch wegen der geplanten Befreiung von Rudolf Heß aus Spandau, sondern nur wegen einer Fülle meist kleinerer Einzeldelikte wie Geldfälschung oder unerlaubter Waffenbesitz.

Ende April dieses Jahres kann Hoffmann, ohne daß es einer Amnestie- oder Begnadigungsdiskussion bedarf, mit seiner Freilassung aus der JVA Bayreuth rechnen, zwei Drittel seiner Strafe hat er dann verbüßt.

»Kommando Omega« – keine BRD-Filiale Auch der Führer der »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands« (VSBD), der Münchner Friedhelm Busse, hat Grund, dem Bundesgerichtshof zu danken. Er, der Chef einer der wichtigsten neonazistischen Organisationen Ende der 70er Jahre, wurde nicht wegen Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Am 4.11.1983 ließen die Bundesanwälte Hecking und Rebstock in ihrem Plädoyer vor dem 3. Strafsenat des Obersten Landgerichts in München den Vorwurf eines Vergehens nach 129a gegen Busse und seine Mitangeklagten Peter Fabel und Pascal Coletta fallen.

In der Anklageschrift galt Busse noch als Drahtzieher und Anführer des »Kommando Omega«, einer im Juni 1981 in Paris von den Neonazis Kurt Wolfgram und Klaus Uhl gegründeten Vereinigung. Busses Wohnung in Neuperlach soll die Kommandozentrale gewesen sein, in seiner Garage wurden Sprengstoff und kistenweise Waffen gefunden. Ziel des »Kommandos« sollten Anschläge auf deutsche staatliche Stellen, Richter und Staatsanwälte sowie die Liquidierung von Verrätern aus der rechten Szene sein.

Unterwegs zu einem Banküberfall wurden Uhl, Wolfgram, Fabel, Coletta und Hamberger in der Putzbrunner Straße in München am 20.10.81 gestoppt. Im Kugelhagel starben Uhl und Wolfgram, die anderen und Busse wurden festgenommen. Obwohl die Akteure des »Kommando Omega« drei Tage lang in Busses Wohnung zu Gast waren, dort die Aktion geplant und die Beute aufgeteilt hatten und auf Busses Schreibtisch ein Drohbrief des »Kommandos« an den Bundesinnenminister gefunden worden war, konnte für die BAW eine Teilorganisation »nicht mit einer für eine Verurteilung notwendigen Sicherheit« nachgewiesen werden. Busse sei nun einmal »kein Chefterrorist« und habe »aus einer wirtschaftlichen Notlage heraus« gehandelt. OLG-Richter Karl Gietl ging noch einen Schritt weiter: Busse habe aus »falsch verstandener kameradschaftlicher Gesinnung« die Gruppe bei sich wohnen lassen. Der VSBD-Chef erhielt wegen Hehlerei, Begünstigung, Strafvereitelung und Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz eine Strafe von drei Jahren und neun Monaten (Fabel vier, Coletta drei Jahre).

Arndt-Heinz Marx, Steffen Dupper und sechs andere Mitglieder des »Kommandos« wurden gar nicht belangt. Busses Querverbindungen z. B. zu Karl-Heinz Hoffmann, seinen Freunden in Belgien von der VMO (»Vlaams Militanten Orde«) und in Frankreich von der FNE (»Faisceaux Nationalistes Européens«) oder zu Manfred Roeder interessierten das Oberste Landgericht herzlich wenig. Roeder (13 Jahre wegen Rädelsführerschaft nach 129a), Sybille Vorderbrügge und Raimund Hörnle (lebenslänglich wegen Mord und 129a) sind bis heute die einzigen Rechtsterroristen, deren Prozeß »standesgemäß« in Stammheim stattgefunden hat.

Mehr Wert legte Richter Karl Gietl im VSBD-Verfahren auf eine familiäre Verhandlungsatmosphäre, von der vor Gericht gestellte Verdächtige der »RAF« oder der »Bewegung 2. Juni« nur träumen können. Der Hauptangeklagte Busse konnte sich ungestört mit seinen Gesinnungsfreunden aus dem Zuhörerraum unterhalten, Hände wurden geschüttelt, er grüßte auch schon mal mit dem Hitlergruß und bekam eine Tafel Schokolade zugesteckt.

Heute, längst aus der Haft entlassen, steht Friedhelm Busse, der Mann mit der richterlich attestierten »kameradschaftlichen Gesinnung«, an der Spitze der rechtsextremen militanten »Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei« (FAP). Die FAP, von Michael Kühnen Ende 1983 als Nachfolgeorganisation für seine verbotene »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA) auserkoren, rüstet sich derzeit für die Europawahlen und die hessischen Kommunalwahlen.

Während Bundesanwaltschaft und Gericht sich an Busses vielfältigen Kontakten zu anderen Neonazis, seinen politischen Anschauungen und dem Stellenwert der VSBD in der Szene völlig desinteressiert zeigten, schlugen sie bei dem beigeordneten Verfahren gegen das Ehepaar Christine und Klaus-Dieter Hewicker voll zu. Bei ihnen, die als einzige ihre Tat, einen Banküberfall am 23.9.81 im Westerwald zusammen mit Kurt Wolfgram, voll gestanden haben, gab es keine mildernden Umstände. Obwohl sie kurz vor der Zwangsvollstreckung gestanden hatten, unterstellten Anklage und Gericht nur politische Motive. Entlastendes, so Bundesanwalt Hecking, sei »mit der Lupe zu suchen«. Der Grund: Die Hewickers hatten sich entschieden von ihren Mitangeklagten und deren nazistischer Ideologie distanziert. In ihrer Prozeßerklärung sprachen sie sich für einen antiimperialistischen Kampf aus. Grund genug für die BAW, in ihrem Plädoyer darauf

hinzuweisen, daß beide Angeklagten »ihre Meinung bezüglich der Wahl der Mittel in der politischen Auseinandersetzung nicht geändert« hätten. »Nur« die Richtung war eine andere. Deshalb sieben bzw. sechs Jahre wegen schwerer räuberischer Erpressung. Daß sich Geständnisse und Distanzierungen von Rechtsextremisten in Strafverfahren nicht bezahlt machen, sondern eher strafverschärfend wirken, mußte auch der Nürnberger Hans-Peter Fraas, ein ehemaliges WSG-Mitglied, erleben.

Die klassische terroristische Vereinigung

Als im Dezember 1982 in Butzbach, Darmstadt und Frankfurt Sprengsätze in Autos von US-Soldaten explodierten bzw. gefunden wurden, übernahm sofort die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen: Öffentlichkeitswirksam wurden die Anschläge der militanten Linken in die Schuhe geschoben. Die Überraschung war groß und allgemein, als ein Jahr später in einer konspirativen Wohnung in der Hanauer Landstraße 497 in Frankfurt drei Rechtsradikale festgenommen wurden und kurz darauf zwei weitere in Großbritannien. Der Kopf der Gruppe, Odfried Hepp, konnte allerdings flüchten und wurde erst 1985 in Paris gefaßt. »Zum Unterschied zwischen Antiamerikanismus und Antiimperialismus« äußerten sich im Anschluß an die Verhaftungen die Revolutionären Zellen: »Wer unsere Praxis wie unsere politischen Stellungnahmen verfolgt hat, weiß, daß wir eine diffuse, gegen Teile des Volkes gerichtete Politik, daß wir Terrorismus ablehnen... Jenseits einer moralischen Wertung der Aktionen der Hepp-Gruppe hätte spätestens mit den Bombenanschlägen auf einzelne Angehörige der US-Armee klar werden müssen, daß sie sich auf einer Welle des Antiamerikanismus bewegen, den wir ablehnen und als politische Konzeption bekämpfen«.

Die Bundesanwaltschaft warf den damals verhafteten ehemaligen WSG- bzw. VSBD-Mitgliedern Walther Kexel, Dieter Sporleder, Helge Blasche, Hans-Peter Fraas und Ulrich Tillmann versuchten Mord, mehrfachen Bankraub und die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor. Verfaßt hatte die Anklageschrift Prof. Dr. Rebmann. »Die Einrichtung der gemeinschaftlichen Kasse, die Anschaffung weiterer Waffen, das Anmieten der Bandenunterkunft in der Hanauer Landstraße 497 und das Vereinbaren von Decknamen zeigen, daß die Angeklagten für längere Zeit zusammenbleiben wollten, um weitere Sparkassenzweigstellen zu überfallen.« »Durch die Übereinkunft ihrer Mitglieder, Sprengstoffanschläge auf US-Soldaten zu begehen«, so der Generalbundesanwalt weiter, sei die kriminelle Vereinigung zu einer terroristischen geworden. Fraas, der den Zünder der Autobombe, die er legen sollte, nicht angeschlossen und so eine Detonation verhindert hatte, bindet Rebmann in die Kollektivitätsthese ein: »Jeder Angeschuldigte muß sich deshalb die von den anderen Angeschuldigten entsprechend dem gemeinsamen Plan erbrachten Tatbeiträge zurechnen lassen.«

Zur allgemeinen Überraschung beurteilte das Frankfurter Landgericht in seinem Urteil vom 15. März 1985 diese Planungen anders und sah die Gründung einer terroristischen Vereinigung als nicht erwiesen an. Lediglich Kexel wurde wegen des Versuchs einer derartigen Gründung verurteilt und erhielt 14 Jahre. Er erhängte sich zwei Tage nach der Urteilsverkündung im Knast.

Obwohl der 129a nicht Basis des Urteils war, mußte sich Fraas die Taten seiner Gesinnungsgenossen anrechnen lassen. Er, der als einziger gestanden hatte, daß mit den Anschlägen nicht nur die amerikanischen Besatzer verunsichert, sondern auch gezielt Menschen verletzt werden sollten, bekam im Urteil den geringsten Strafnachlaß gegenüber dem Plädoyer der BAW. Obwohl Fraas seinen Sprengsatz beim Ablegen im Auto eines US-Soldaten unscharf gemacht hatte, wurde er zu achteinhalb Jahren verurteilt. Ausschließlich Fraas hatte vor Gericht und während der Ermittlungen Einblick in Ideologie und Methoden der Gruppe gegeben. In einer Art Doppelstrategie sollte demnach ein legaler Flügel die propagandistische Arbeit, nach dem Vorbild der Ideologie der Sozialfaschisten Röhm und Strasser, leisten. Mit dem aus den Banküberfällen erbeuteten Geld sollte eine Druckerei finanziert werden. Dieser illegale Flügel sollte im Libanon ausgebildet werden.

Hepp – ein Mitglied ohne Gruppe

Odfried Hepp, Kopf der Gruppe, hatte schon einmal im Verdacht gestanden, eine kriminelle bzw. terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Im November 1979 war er als Anführer der »Kampfgruppe Schwarzwald«, später »Wehrsportgruppe Schlageter«, in Untersuchungshaft gewandert. Die Staatsanwaltschaft warf ihm und 16 Gesinnungsfreunden vor, eine NSDAP-Nachfolgeorganisation aufbauen zu wollen und Banküberfälle sowie Anschläge auf KZ-Gedenkstätten und US-Einrichtungen bzw. die Freipressung von Rudolf Heß durch eine Geiselnahme geplant zu haben. Zum Hauptverfahren kam es damals jedoch nicht. Hepp wurde aus der U-Haft entlassen und tauchte zu Hoffmann in den Libanon ab. Mit Hilfe der Deutschen Botschaft in Beirut wurde der schließlich gefaßte Hepp in die BRD ausgeflogen. Erst am 16.9.81 eröffnete die Fünfte Strafkammer des Karlsruher Landgerichts das Verfahren gegen ihn und drei weitere Neonazis. Im Plädoyer ließ die BAW den Vorwurf nach Paragraph 129a fallen. Wegen Aufstachelung zum Rassenhaß, Verbreitung verbotener Kennzeichen und Verstoßes gegen das Waffengesetz wurde Hepp schließlich zu 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Er beendete sein Schlußwort mit »Heil Deutschland«. Obwohl er im Urteil als »geistiger Kopf« der Kampfgruppe sowie als »fanatisiert und unbelehrbar« bezeichnet wurde, befand er sich nach drei Monaten wieder auf freiem Fuß und konnte zusammen mit Kexel die Frankfurter Gruppe aufbauen.

Mitte Juni 1982 gaben Hepp und Kexel dann die Erklärung »Abschied vom Hitlerismus« heraus. Darin wandten sie sich gegen das Ziel, »einen Staat Hitlerscher Prägung wiederzuerrichten«. Stattdessen plädierten sie für einen »undogmatischen Befreiungskampf« und propagierten ein gemeinsames Vorgehen mit der »revolutionären Linken« im »Kampf gegen den Amerikanismus«. »Vorwärts im antiimperialistischen Kampf«, endete das nationalrevolutionäre Pamphlet. Ihrem ideologischen Gegner Michael Kühnen gestanden sie lediglich eine »Müllplatzfunktion« zu, mit dem Zweck, »unerwünschte Elemente vom revolutionären Befreiungskampf fernzuhalten«.

Am 8. April 1985, kurz nach dem Urteil in Frankfurt gegen den Rest der Gruppe, wurde Hepp in Paris verhaftet. Er behauptete nunmehr ein »Kämpfer für Palästina« zu sein. Die »Palästinensische Befreiungsfront« (PLF) verlangte seine Freilassung aus französischer Haft. Stattdessen ordnete das französische Justizministerium am 9.12.86 die Auslieferung an die BRD an. Am 13.10.87 begann sein Prozeß vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt. Dort wurde er zwei Wochen später wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und der Beteiligung an einem Sprengstoffdelikt und vier schweren Raubüberfällen zu zehn Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Hepp wurde damit wegen Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« verurteilt, deren potentielle Mitglieder allesamt im März 1985 von diesem Vorwurf freigesprochen worden waren. Hepp selbst ist damit exklusives Mitglied seiner »Gruppe«.

Kein 129a für Kühnen

Michael Kühnen, der wohl populärste Kopf der militanten Rechten Anfang der 80er Jahre, kann ähnlich positive Erfahrungen vermelden wie Hepp 1981. Im sogenannten Bückeburger Prozeß stand Kühnen zusammen mit fünf Neonazis, alle entweder in der NSDAP/AO bzw. der ANS und der Wiking-Jugend aktiv, im Mai 1979 vor Gericht. Als »Werwolf-Untergrundorganisation« sollen sie mehrere Überfälle und Waffendiebstähle begangen haben. Während vier Neonazis wegen Rädelsführer- bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu Strafen zwischen elf und acht Jahren verurteilt wurden, ein fünfter nach Paragraph 129 zu sieben Jahren, wurde ausgerechnet Michael Kühnen, Chef der ANS/NA vom Vorwurf des 129a freigesprochen. Verurteilt wurde er, ähnlich wie Hepp, wegen Volksverhetzung und nazistischer Propaganda zu vier Jahren, im Januar 1985 in Frankfurt erneut wegen Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda zu drei Jahren und vier Monaten.

Schon vor seiner Haftentlassung kündigte Kühnen an, innerhalb eines Jahres »... die Truppe wieder hochzubringen und in eine politische Durchbruchsschlacht zu führen«. Er werde um die Vorherrschaft der sogenannten »Bewegung« kämpfen. Am 1.3.88 wurde Kühnen aus der Haft entlassen. Wegen der Propagierung des »Kampfes für das IV. Reich« und einer Neugründung der NSDAP eröffnete kurz darauf die Staatsanwaltschaft Frankfurt ein Ermittlungsverfahren gegen ihn. Mit der von ihm neugegründeten Organisation »Nationale Sammlung« (NS) wollte Kühnen bei den nächsten hessischen Kommunalwahlen Furore machen. Ein Vorhaben, das erst vier Wochen vor der Wahl durch ein Verbot der »NS« verhindert worden ist.

Den rechten »Sympathisanten« gibt es nicht

Weder für die BAW noch für die anfangs ermittelnden Staatsanwaltschaften besitzen terroristische Vereinigungen der Rechten ein Umfeld. Die Gruppen werden eng begrenzt, agieren ohne Unterstützung von anderen Gruppen. Die »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG), zeitweise die größte in der BRD existierende neonazistische Gruppe, hat sich zur Aufgabe gemacht, die »Kampfmoral« inhaftierter Gesinnungsgenossen und Rechtsterroristen zu erhalten bzw. zu stärken. Sogar der Verfassungsschutz weiß, daß die Gefangenenhilfe der HNG »auf die nahtlose Wiedereingliederung der aus der Haft entlassenen Gesinnungsgenossen in die neonazistische Szene« (Bericht 1986) abzielt. Die HNG verfügt darüber hinaus über ausgezeichnete Beziehungen zu ausländischen neonazistischen Organisationen, so z.B. zur französischen FNE oder zu ihren französischen, belgischen und amerikanischen Schwesterorganisationen (COBRA, COPFAC, HNG). Nach dem Verbot von Michael Kühnens ANS/NA am 7.12.1983 diente die HNG als Sammelbecken und Abtauchstation, um von dort aus die Nachfolgeorganisation FAP zu gründen. Kein Mitglied der HNG wurde jemals wegen Unterstützung bzw. Werbens für eine terroristische Vereinigung belangt, geschweige denn wegen Mitgliedschaft.

Die psychopathischen Einzeltäter

Die stete Leugnung nationaler und internationaler Verflechtungen von neonazistischen Gruppen zieht in letzter Konsequenz die sogenannte Einzeltätertheorie nach sich – eine beliebte Variante von Bundes- und Staatsanwaltschaften, wenn es um die Strafverfolgung von Attentaten rechtsradikaler Urheberschaft geht. Dann muß der psychopathische, von jeglichen Gruppenzusammenhängen losgelöste Einzeltäter herhalten. Zielstrebig wird in diese Richtung ermittelt; Tatsachen, die für

eine Gemeinschaftstat aus der rechtsextremen Szene sprechen, werden konsequent ausgeblendet – mögen die Tatrekonstruktion und das daraus resultierende Tatmotiv noch so abenteuerlich und abstrus erscheinen.

Der bisher blutigste rechtsextremistische Anschlag der bundesrepublikanischen Geschichte forderte auf dem Münchner Oktoberfest am 26.9.80, eine Woche vor der Bundestagswahl mit dem Kandidaten Franz Josef Strauß (»Freiheit statt Sozialismus«), 13 Menschenleben. Über 200 wurden zum Teil schwerverletzt. Eine Bombe war in einem Papierkorb an einem Hauptausgang des Oktoberfestes hochgegangen. Von Anfang an ermittelte die bayerische »Sonderkommission Theresienwiesen« in Richtung Einzeltäter. Gundolf Köhler, der bei dem Anschlag selbst ums Leben kam, soll die Tat wegen universitärer Schwierigkeiten und eines Streits mit seiner Freundin begangen haben. Schon im Mai 1981 schließt die SoKo ihre Arbeit mit dem lapidaren Vermerk ab: »Konkrete Hinweise für eine Mitwirkung Dritter an dem Anschlag sind nicht vorhanden.« Ein Jahr später schließt sich die BAW dieser Version an. Die Ermittler gestehen zwar zu, daß Gundolf Köhler Kontakt zu Neonazis (u. a. Hoffmann und Hepp) gehabt hatte, er soll jedoch (was technisch unmöglich ist) die Bombe ganz alleine gebastelt, nach München transportiert und gezündet haben. Zeugen, die sich an Personen erinnern, die Köhler begleitet haben, bekommen nicht einmal Lichtbilder vorgelegt. In den Spurenakten verschwinden derartige Hinweise.

Auch im Falle des Doppelmordes an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen muß der unzurechnungsfähige Einzeltäter als Urheber herhalten. Diesmal ist es der aus der DDR stammende Uwe Berendt, ein langjähriger Weggefährte von Karl-Heinz Hoffmann. Berendt, der von Hoffmann als treu, aber unbeherrscht, aggressiv und oft betrunken hingestellt wird, kann sich dagegen nicht mehr wehren. Er soll 1981 im Libanon Selbstmord begangen haben. Nach dem Urteil der 3. Großen Strafkammer des Nürnberger Landgerichts soll Berendt allein, ohne Auftrag und aus persönlichen Motiven (um in burschenschaftlicher Tradition die vermeintlichen Diffamierungen seines Chefs in Zusammenhang mit dem Oktoberfestattentat zu rächen) gehandelt haben.

Auch der seit 1961 aktive Forstwirtschaftsmeister Heinz Lembke soll 31 Waffendepots in seinem Revier im Süsinger Wald bei Uelzen ganz allein aus Spaß an der Freude angelegt haben. Dort wurden ab dem 26.10.1981, in 88 Kisten verpackt, nicht weniger als 50 Panzerfäuste, 258 Handgranaten, 15 Schußwaffen, 156 Kilogramm Sprengstoff sowie fünf Kilogramm chemische Kampfstoffe und mehrere Tausend Schuß Munition und Sprengkapseln gefunden. Hinweise, nach denen Lembke den Sprengstoff für das Oktoberfestattentat geliefert hat, werden nicht weiter verfolgt. Während das LKA Niedersachsen wiederholt von einer sechsköpfigen terroristischen Gruppe um Lembke spricht, setzt die Bundesanwaltschaft nach Übernahme der Ermittlungen am 3.11.81 dieser Version schnell ein Ende. Drei gerade erst verhaftete Mitglieder aus Lembkes Gruppe werden wieder freigelassen, eine Nachrichtensperre wird verhängt. Nach einem Jahr sind alle Ermittlungsverfahren eingestellt. Für die BAW ist Lembke »im wesentlichen« ein Einzeltäter. Einen Tag nachdem Lembke seine Aussagebereitschaft bekundet hatte, ist er tot. Erhängt in der Zelle, mit einem zwei Meter langen Verlängerungskabel, das ihm die Anstaltsleitung der JVA Lüneburg im Wissen um Lembkes depressiven Zustand ausgehändigt hatte.

konkret 03/89, S. 46

Termine

25. Februar, 12 Uhr vor der Stadthalle in Memmingen: Demonstration gegen den Paragraphen 218. Zu der Demonstration ruft ein Zusammenschluß zahlreicher Frauengruppen aus der autonomen Frauenbewegung, DKP, SPD, Grüne und Gewerkschaften auf.

26. Februar, 20 Uhr im Vorderhaus der Fabrik, Habsburgerstraße 9, in 78 Freiburg: Solidaritätsveranstaltung für Ingrid Strobl. Es werden Filme gezeigt, an denen Ingrid Strobl mitgearbeitet hat, Renate Obermaier liest Texte von ihr, und die Anwältin Edith Lunnebach informiert über den Stand des Verfahrens. 29. Februar: Claudia O., die wegen eines Verfahrens nach Paragraph 129 in Westberlin in Untersuchungshaft in der JVA Plötzensee sitzt, hat Geburtstag: aus diesem Anlaß wird eine Kundgebung stattfinden.

1./2./14./15./28. März, jeweils 9.30 Uhr: Prozeß gegen Ingrid Strobl vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf, Caecilienallee
.

2./7./9./14./16./21./23./28./30.

März, jeweils 9.30 Uhr: Prozeß gegen Startbahngegner im Gebäude C des Frankfurter Justizkomplexes.

3. März, 20 Uhr: Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, Veranstaltung zu dem Buch »TAZsachen« mit den Autoren Detlef zum Winkel und Oliver Tolmein.

3. bis 5. März: Ordentliche Bundesversammlung der Grünen in der Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg. Letzte Tagesordnungspunkte: »Bericht über die Einhaltung der Beschlüsse zur Diätenabführung an die Länder-Ökofonds auf Bundesebene« und Wahlen zum Bundesvorstand.

4. März, 20 Uhr, Fabrik in Hamburg: Solidaritätskonzert der »Goldenen Zitronen« und »Cliff Barnes and the fear of winning« für »Zusammenlegung der politischen Gefangenen – jetzt!«. Eintritt: 12 Mark.

8. März, 20 Uhr, im Infoladen Kiel, Hansastraße 48: Solidaritätsfest für Ingrid Strobl.

15. März: Anmeldeschluß für die Pfingst-Urlaubsschulung der Marx-Engels-Bildungsgesellschaft. Angeboten werden fünf jeweils eine Woche dauernde Kurse zu den Themen: New Age; Lohn, Preis, Profit; Ausgewählte Probleme aus dem 2. Band des »Kapital«, Französische Revolution; Geschichte des Sozialstaats. Die Kosten betragen 130 Mark (ohne Verpflegung), anmelden kann man sich bei der Marx-Engels-Studiengesellschaft, Postfach 1017 17.4650 Gelsenkirchen.

konkret 03/89, S. 47

Monika Berberich; Roland Mayer

»Das hat nichts von Druck«

Haben die Gefangenen aus der RAF für ihren neuerlichen Hungerstreik den richtigen Zeitpunkt gewählt? Welche Bedeutung hat es für die Gefangenen selbst, welche für den politischen Kampf außerhalb der Knäste? Gibt es eine Chance, die Forderung nach Zusammenlegung jetzt durchzusetzen? KONKRET sprach mit zwei ehemaligen Gefangenen aus der RAF, die Ende letzten Jahres noch knapp 18jähriger (Monika Berberich) bzw. 12jähriger (Roland Mayer) Haft entlassen wurden

KONKRET: Ihr habt in den letzten Monaten auf etlichen Veranstaltungen zum Thema »Zusammenlegung der politischen Gefangenen« gesprochen – habt Ihr jetzt, nach Beginn des Hungerstreiks, den Eindruck, daß sich der Charakter der Diskussionen verändert hat?

Berberich: Seit der Hungerstreik läuft, war ich erst auf einer Veranstaltung, und da ist die Frage aufgetaucht, ob der Hungerstreik nicht zu früh käme, weil doch durch die Zusammenlegungskampagne des Initiativkreises Hafenstraße einiges in Bewegung gekommen sei und noch viel an Diskussionen liefe. Jemand antwortete darauf, wie ich finde sehr richtig, indem er sagte: Nicht die Gefangenen sind zu früh, wir draußen sind zu spät.

KONKRET: Die Frage »zu früh«, »zu spät« impliziert eine Schuldzuweisung: Wer hat den richtigen Zeitpunkt verpaßt oder nicht abgewartet. Interessanter finde ich die Diskussion, ob er verpaßt worden ist und warum? Weil von der Wahl des richtigen Zeitpunkts ja abhängt, ob Hungerstreik drinnen und Kampagne draußen die Forderung tatsächlich durchsetzen können.

Berberich: Das ist natürlich keine Frage von Schuld oder nicht Schuld. Was jetzt vor allem wichtig ist, ist, daß die Forderung nach Zusammenlegung von der Linken als Teil ihres eigenen Kampfes begriffen wird. Es geht dabei nicht mehr nur um eine Unterstützung der Gefangenen, sondern um einen Kampf für sich selbst. Und dieser Prozeß, daß der Widerstand in den Städten sich die Forderung aneignet, entwickelt sich.

KONKRET: Du sagst, der Widerstand eigne sich die Forderung als seine an – aber die Kampagne für Zusammenlegung hat doch nur eine Chance, ihre Forderungen durchzusetzen, wenn ein sehr viel größeres Spektrum, als die Gruppen, die sich als Widerstand verstehen, dafür eintritt.

Mayer: Den Aufruf des Initiativkreises Hafenstraße haben ja nicht nur Leute aus dem Widerstand unterschrieben. Und es ist nichts daran auszusetzen, daß viele Leute die Forderung aus humanitären Gründen unterschrieben haben. Aber auch diese Leute wissen, denke ich, wie der Staat alles, was mit RAF und Widerstand zu tun hat, konkret hier: die Forderung nach Zusammenlegung, kriminalisiert. Deshalb sind auch diese Unterschriften Teil eines Politisierungsprozesses.

KONKRET: Was aber nicht dazu führen muß, daß sie zum Teil des antiimperialistischen Widerstands werden oder sich dessen Forderungen als politische Forderungen zu eigen machen. Die Gefahr, die ich sehe, ist, daß durch den Hungerstreik jetzt dieser sehr langsame und mühselige Annäherungsprozeß innerhalb der Linken mit einem Solidarisierungsdruck belastet wird, der vielleicht kurzzeitige Erfolge mit sich bringt, schließlich aber doch abbröckelt und dann wie beim Hungerstreik 84/85 nicht viel mehr als die Differenzen bleiben.

Mayer: Ich denke nicht, daß man von Solidarisierungsdruck sprechen kann. Zum einen ist der Hungerstreik von den Gefangenen selbst, das wird aus der Erklärung von Helmut Pohl deutlich, ganz anders bestimmt als die bisherigen Hungerstreiks, zum anderen ist aber auch die Bereitschaft von Linken aus allen Gruppen sehr groß, sich für die Forderungen der Gefangenen einzusetzen: Das hat nichts von Druck. Ich denke eher, daß die Gefangenen mit ihrem Streik zusammengefaßt haben, was sich in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit entwickelt hat.

Berberich: Solidarisierungsdruck kann es sowieso nicht geben – das Wort ist ein Widerspruch in sich. Solidarität entsteht aus der Übereinstimmung oder Identifizierung mit dem Handeln und den Zielen anderer, und das kann nicht unter Druck entstehen. Es hat auch früher keinen Druck von den Gefangenen auf die Linke gegeben. Der politische Druck, der durch die Aktion der Gefangenen entsteht, richtet sich gegen die verantwortlichen Politiker und die Bundesanwaltschaft.

Meyer: Es geht außerdem ja nicht um eine Solidarisierung mit einer Forderung von irgendjemand, sondern darum, daß dieser Kampf um Zusammenlegung die Bedingungen für eine revolutionäre Linke drinnen und draußen verbessern soll: Die Zusammenlegung schafft die Voraussetzungen dafür, daß eine gemeinsame Diskussion der radikalen Kräfte möglich wird. Das ist für uns alle wichtig.

Berberich: Die Umstände dieses Streiks sind in vielen Punkten mit denen früherer Streiks nicht zu vergleichen. Wir waren ja vorher auf einer ganzen Reihe von Veranstaltungen, hatten viele Diskussionen und sind dabei auf eine sehr breite Resonanz gestoßen. Das hat es früher erst gegeben, wenn ein Hungerstreik schon gelaufen ist und die Menschen dadurch mobilisiert waren. Daß das jetzt schon vorher so war, hängt damit zusammen, daß viele Leute verstanden haben, daß die Zusammenlegung notwendig ist, damit die Gefangenen Teil des gesamten politischen Prozesses in der Linken sein können.

KONKRET: Könntest Du das genauer erklären?

Berberich: Die Gefangenen verkörpern eine bestimmte Politik und führen die, so wie es unter den Knastbedingungen möglich ist, weiter. Mit dieser Politik sind sie Teil der Linken, sie muß deshalb gemeinsam diskutiert werden können – aber diese Gemeinsamkeit wird durch die Isolation der Gefangenen unmöglich gemacht. Sie brauchen also die Zusammenlegung, um als Kollektiv Teil dieser Auseinandersetzung sein zu können. Bisher ging dieses politische Zusammenkommen, das haben Roland und ich im Knast ja die ganze Zeit selbst erfahren, nur jeweils kurz, in den Streiks selber: Wir hatten dann immer auch als Gruppe eine Wirkung nach draußen. Aber das hat eben, Helmut hat das in seiner Erklärung gesagt, seine Grenzen, und es geht darum, die jetzt aufzubrechen. Nur wenn die Gefangenen Teil des gesamten politischen Prozesses sein können, können sie auch neu bestimmen, wie's weitergehen soll.

KONKRET: Es gibt aber auch jetzt politische Gefangene, die sich nicht an dem Hungerstreik beteiligen und die für sich nicht die Forderung nach Zusammenlegung stellen: Sie wollen in den Normalvollzug und dort mit den Leuten was zusammen machen. Wie beurteilt Ihr das?

Mayer: Ich denke, es ist falsch, das als Gegensatz aufzubauen. Und wenn ich lese, was die Leute, die für sich Normalvollzug fordern, geschrieben und gesagt haben, sehe ich an keinem Punkt, daß sie die Forderung nach Zusammenlegung politisch ablehnen. Sie haben nur für sich etwas anderes entschieden. Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen.

KONKRET: Zurück zur Hungerstreikerklärung. Wie erklärt Ihr Euch die gravierenden Unterschiede zu den letzten Erklärungen: Es wirkt ja so, als habe da ein Wechsel in der Orientierung stattgefunden?

Berberich: Das sehe ich nicht. Verändert hat sich die Art, wie die Gefangenen zu denen reden, die sie erreichen, mit denen sie diskutieren wollen, und daß das viel mehr und auch andere Menschen sind als früher. Das Ziel, zusammenzukommen, sich selbst zu bestimmen, den kollektiven Prozeß weiterzuentwickeln und damit politischer Faktor zu werden – das ist geblieben.

Mayer: In den Unterschieden, die da deutlich sind, spiegelt sich auch die andere Qualität dieses Streiks im Vergleich zu den vorhergegangenen wider. Während die vorhergegangenen bestimmte Abschnitte von Knasterfahrung zusammengefaßt und in einem Kampf gebündelt haben, geht es in dem Streik jetzt um was anderes. Nach dem Streik 84/85 haben wir gesagt, daß die Zusammenlegungsforderung politisch durchgesetzt ist. Jetzt geht es nicht um eine weitere Etappe, sondern darum, diese ganze Phase abzuschließen und die Zusammenlegung auch materiell durchzusetzen. Deswegen heißt es in der Erklärung auch, daß das nicht einfach ein weiterer Hungerstreik ist, sondern daß jetzt, weil die Gefangenen das so brauchen, die Zusammenlegung erkämpft werden muß.

KONKRET: Und die Etappe danach wäre dann, die politische Korrespondenz zwischen drinnen und draußen, innerhalb der Linken, aufzunehmen?

Mayer: Ja, weil wir neue Bestimmungen, eine Auseinandersetzung darüber, wie es hier angesichts der neuen Entwicklungen und Fragestellungen mit revolutionärer Politik weitergehen kann, brauchen.

KONKRET: Neue Bestimmungen – das setzt Veränderungen in allen Spektren, auch im eigenen, voraus. Ist das so gemeint?

Mayer: Ja, aber keine substantiellen, keine, die an den Kern revolutionärer Politik gehen, wenn Du das meinst.

Die Diskussionen der letzten Monate haben gezeigt, daß es auch ein großes Interesse gibt, die Auseinandersetzung mit der Politik der RAF und der der Gefangenen zu führen und zwar nicht um sie abzulehnen, sondern ein ganz offenes Interesse. Und die alten Spaltungs- und Abgrenzungsversuche haben gegenüber diesem Neuen, das sich da entwickelt, kaum noch Bedeutung.

KONKRET: Was da aufkeimt, ist aber bei allem doch eine schwache und zarte Pflanze. Deswegen finde ich, daß die Hungerstreikerklärung, wenn sie von einer »Umkehr der Rückentwicklung der Linken« spricht, sehr euphemistisch ist. Die Linke scheint mir derzeit keine besonders starke politische Kraft zu sein: Zwar haben viele Leute die Zusammenlegungsforderung unterschrieben, gleichzeitig gelingt es uns aber nicht, der beständigen Ausweitung des 129a politisch erfolgreich etwas entgegenzusetzen, um zu verhindern, daß immer mehr Leute in den Knast einfahren.

Mayer: Es ist sicher nicht so, daß sich diese Entwicklung schon voll entfaltet hat, aber die Ansätze sind sehr stark. Und bezogen auf den Hungerstreik: Die Gefangenen können in ihrer Situation nicht einfach warten. Und sie wollen sich diesen Prozeß nicht bloß passiv von drinnen angucken, sondern sie wollen ihn aktiv vorantreiben.

Berberich: Und Kräfteverhältnisse sind ja auch nichts Statisches. Ich sehe gute Möglichkeiten, daß sich an diesem Streik unsere Kräfte verstärken, potenzieren, daß eine breite Mobilisierung zustandekommt, die dann den notwendigen politischen Druck schafft, die Zusammenlegungsforderung wirklich durchzusetzen.

KONKRET: Wie würdet Ihr reagieren, wenn die Grünen Eure Forderung unterstützen würden?

Mayer: Wir hätten jedenfalls nichts dagegen. Einzelne Funktionäre und viele Parteigruppierungen an der Basis der Grünen unterstützen die Forderung schon.

konkret 03/89, S. 48

Oli□ er Tolmein

Sinn ohn□ Form

Kaum gibt es sie wieder, schon spuckt sie große Töne: »Welche keine Angst vor Vierteilung haben – ziehen den Kaiser vom Pferd ! « Die MacherInnen der neuen »radikal« – es ist die Nummer 136 – wissen aber wohl, daß das nurmehr eine trotzige Durchhalteparole ist, keine zur Offensive drängende Losung: Antirepressionsartikel bilden den Schwerpunkt der zweiteiligen Ausgabe. Ihr ist anzumerken, daß die Redaktion sich von den staatlichen Angriffen auf die Vertriebsstruktur allmählich erholt hat: Neben einer umfassenden Dokumentation von Erklärungen aus aktuellen 129a-Verfahren, einer Erinnerung an den 1979 abgeschlossenen 129a-Prozeß gegen die Agit-Drucker und einem Papier aus Amsterdam, das über die Hintergründe einer heftigen Auseinandersetzung um die linke Zeitschrift »Knispelkrant« informiert, hat die Redaktion nämlich eine ihr wie auch immer zugegangene Ermittlungsakte des Staatsschutzes nachrecherchiert und lesbar aufbereitet gedruckt. Es geht um fünf Brandanschläge in Westberlin, ein 129a-Verfahren und Dirk S., einen ehemaligen Knacki, der zum Spitzel wurde und bundesweit Einblick in linksradikale Strukturen gewann. In den »radikal«-Texten wird der schräge Weg von Dirk S. durch die Szene sehr genau nachgezeichnet und selbstkritisch kommentiert: ein angesichts immer wieder bekannt werdender neuer Einschleusungsversuche sicher notwendiges Unterfangen.

In gewisser Hinsicht ein Standardwerk ist das im Verlag Libertäre Assoziation neu aufgelegte Buch »Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht« . Nachdem es dem Initiativkreis Hafenstraße im Verlauf seiner Zusammenlegungskampagne gelungen ist, die Debatte um die Haftbedingungen der politischen Gefangenen wieder in Gang zu bringen, und angesichts des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF ist es eine hochaktuelle Lektüre. Das Buch ermöglicht einen Blick zurück in die Geschichte des Knastkampfes und damit auch eine Analyse seiner Entwicklung. Welchen Weg die Gefangenen aus der RAF gegangen sind, wird eben nicht allein klar, wenn man ihre aktuelle Hungerstreikerklärung mit den in diesem Band dokumentierten Texten zu den Hungerstreiks von 1981 und 1984/85 vergleicht, sondern auch, wenn man das ansonsten kaum mehr zugängliche »Provisorische Kampfprogramm für den Kampf um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter« liest, das die Gefangenen aus der RAF 1974 verfaßten: »das ziel ist die entwicklung einer revolutionären gefängnisbewegung«, heißt es dort, und zu ihren Forderungen zählten, heute schwer vorstellbar, u.a.: »tarifgerechte bezahlung, anspruch auf ausbildung und arbeit, betriebsrat und streikrecht; rente und krankenversicherung; versammlungsfreiheit ohne bewachung; abschaffung des jugendstrafvollzugs«. Im redaktionellen Teil des Buches wird ausführlich über die gegen den UN-Pakt »über bürgerliche und politische Rechte« verstoßenden Haftbedingungen informiert. Ein paar, allerdings eher dürftige Angaben über die Kriminalisierung des Kampfes gegen die Isolationshaft ergänzen den Band.

Sehr viel martialischer als »radikal« und »Todesschüsse« kommt der Band »Widerstand heißt Angriff« daher: »Dieses Buch wurde gemacht für jeden Revolutionär, der hier in der Metropole BRD kämpft. .. Zentral und entscheidend ist darin der bewaffnete Kampf, der allerdings nur siegen kann, wenn er politisch richtig geführt wird«, formuliert, pendelnd zwischen platt und beschränkt, das Vorwort. Als umfassende Sammlung der zwischen 1977 und 1987 verfaßten wichtigen Texte des antiimperialistischen Widerstandes, von den Erklärungen Christian Klars (1977) über die Erklärungen zu den Aktionen im Umfeld des Hungerstreiks 1984/85 bis zu den Flugblättern anläßlich der Pfingstauseinandersetzungen 1987 in Freiburg, hat das 400-Seiten-Werk dennoch seinen Wert: Die in dieser Zeit geführte Auseinandersetzung um die RAF und ihre Politik wird allerdings bestenfalls kurz gestreift.

Daß das Buch noch einen weiteren blinden Fleck hat, wird bei der Lektüre eines anderen deutlich: »Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben«. Auf 366 Seiten wird hier der Kampf militanter Frauen seit Mitte der siebziger Jahre nachgezeichnet und durch den Abdruck von Texten und Erklärungen dokumentiert. Zur Sprache kommen dabei gerade jene Stationen, wie etwa der Hungerstreik der Frauen im Plötzenseer Knast, die ansonsten in der männerdominierten Geschichtsschreibung auch der radikalen Linken vernachlässigt werden. Das macht den Band, obwohl er, wie die anderen hier erwähnten Bücher auch, keine Analyse des militanten Kampfes bietet, zu einem wichtigen Informationsmittel.

Daß von den hier vorgestellten Titeln gerade mal einer im regulären Buchhandel erhältlich ist, zeigt, wie notwendig auch die drei anderen sind: Eine politische Debatte muß die durch den Paragraphen 129a verschärften Zensurbedingungen zwar berücksichtigen, kann sie aber nicht akzeptieren.

»radikal« 136, Teil I und 2, muß im doppelten Umschlag bestellt werden. Der äußere Umschlag wird adressiert an: WOZ, Postfach, CH-8042 Zürich. Auf den inneren Umschlag gehört: Z.K.. Am liebsten ist den »radikal«-Leuten ein Abonnement der Zeitung, das kostet 40 Mark für fünf Nummern im voraus.

Pieter Bakker Schut (Hg.): Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht. Verlag Libertäre Assoziation, 300 Seiten, 19.80 Mark.

Widerstand heißt Angriff. Texte 1977- 1987,406 Seiten, 29.80 Mark (das Buch wurde in den Niederlanden hergestellt und ist dort auch nicht verboten).

Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben, kostet 13 Mark und ist mit etwas Glück auch in der BRD auf Büchertischen zu finden.

Hinzuweisen ist außerdem noch auf eine Flugschrift des Initiativkreises Hafenstraße, die über den Fortgang der Zusammenlegungskampagne informiert. Gegen Einsendung von mindestens 80 Pfennig in Briefmarken ist sie über: Initiativkreis Hafenstraße, Bernhard-Nocht-Straße 51, 2 Hamburg 36, zu beziehen.

konkret 03/89, S. 49

Helmut Pohl

»Jeder von uns ist das Kollektiv«

Seit dem 1 Februar befinden sich die Gefangenen aus der RAF erneut im Hungerstreik für die Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen und für die Freilassung derjenigen, deren Gesundheit unter Knastbedingungen nicht wiederhergestellt werden kann KONKRET dokumentiert die Hungerstreikerklärung

wir sind seit heute im hungerstreik. jetzt lassen wir nicht mehr los, die zusammenlegung muß jetzt erreicht werden.

jeder, der es wissen will, weiß was die isolation ist, sie ist international begriffen und als folter definiert. hier haben sie inzwischen die isolation für gefangene revolutionäre, ob aus guerilla, aus dem widerstand, oder ausländische genossen und genossinnen zur regel gemacht, und sie setzen sie gegen kämpfende soziale gefangene ein – international wird sie als die saubere perfide methode der feinen brd-europäer immer mehr übernommen. hier muß sie gebrochen werden. neun hungerstreiks haben wir gemacht, zwei gefangene sind darin gestorben, viele von uns haben gesundheitsschäden. jetzt muß schluß sein mit dieser achtzehn jahre langen tortur. das ist unser definitiver entschluß, so werden wir kämpfen.

es gibt dazu nicht mehr viel zu erklären unsere situation und unsere forderung sind klar. uns sträubt sich inzwischen auch schon alles, von der isolation noch zu reden und davon, daß wir zusammen wollen. diese dürren wörter und ihre wiederholung sind schon ein hohn auf die wirklichkeit in den gefängnissen. im lauf des streiks wollen wir dann noch öfter etwas sagen, jetzt nur ein paar hauptsachen, worum es uns geht.

wir machen so nicht mehr weiter. das ziel der isolation war von anfang an, die gefangenen zu zerstören, um die politik der raf zu ersticken. damit sind sie an uns gescheitert – aber wir ertragen es so auch nicht mehr. wir wollen es jetzt nicht mehr aushalten, so ist es. das ist jetzt unsere politische und existentielle entscheidung. denn wenn wir uns auch gegen ihren zerstörungsautomat behaupten konnten, und wenn wir selbst in dieser lage noch entscheidendes neues für uns gewonnen haben – es gibt eine grenze, an der der permanente kampf der einzelnen und die ständig weit reduzierte lebensweise als gefangene politische gruppe für uns nicht mehr gehen. die ist jetzt da.

es ging immer nur eine begrenzte zeit, an den hungerstreikzyklen durch all die jahre ist es abzulesen. in ihnen haben wir unsere identität im kampf verteidigt und uns die kollektivität in der vereinzelung immer wieder lebendig gemacht. bis das, was wir uns aus dem kampf in die löcher geholt hatten, wieder aufgebraucht war. jetzt fügen wir dem nicht mehr noch einen streik nur dazu, das ist nicht mehr möglich, jetzt gibt es für uns nur noch das materielle Ziel.

wir wollen jetzt die zusammenlegung, und wir wollen damit auch diese ganze lange phase abschließen – und dann wollen wir weiter. auf eine absehbare reaktion »die isolation wird aufgehoben«, also kosmetik, einzelne, differenziertere anpassungen, die dem brd-staat nur die angriffe wegen der isolation vom hals schaffen sollen und für uns nicht das grundlegende ändern, werden wir uns nicht mehr einlassen. nicht mehr nach dieser langen zeit. das soll von anfang an klar sein. wir haben immer jede kleine veränderung genutzt, waren immer zu schritten bereit. jetzt gibt es aber nichts mehr als die zusammenlegung. Zu glauben, mit einer neuen aufmachung, was sich dann vielleicht »normalvollzug« nennt, unserem kampf zusammenzukommen den boden entziehen zu können, ist ein irrtum. das heißt dann nur eine neue runde. es gibt nichts mehr als die zusammenlegung.

es ist auch nicht mehr nur das alte – die notwendigkeit gegen die isolation und die möglichkeit einer gegenstruktur in diesen bedingungen – in diesem brennofen bleibt nichts wie es war. die forderung hat für uns in der zeit auch eine viel weitergehende materialität bekommen. nur aus den beziehungen zueinander und deren permanente lebendige entwicklung sind wir durch diese zeit gekommen – und darin ist unser zusammenhang teil von uns geworden wie arme und beine. das nimmt uns heute niemand mehr, das dreht keiner zurück. es ist eine materialität, die der kampf gegen die vernichtung geschaffen hat – und das selbe jetzt einfach auch mal so: es ist das dialektische produkt ihrer maßnahmen. und nachdem die jetzt achtzehn jahre mit allen varianten so stehen und keine »normalität« damit exekutiert werden konnte, müssen sie die kröte, die die zusammenlegung für sie ist, auch schlucken.

aber nicht nur subjektiv, auch bezogen auf die politische entwicklung geht es schon um mehr. in da wirklichkeit klaffen unsere situation und damit unsere möglichkeiten – und was die reale situation insgesamt verlangt, damit es weitergeht, längst weit auseinander. während wir die zusammenlegung noch nicht haben, entwickelt sich schon die frage nach einer weitergehenden perspektive für die politischen gefangenen überhaupt. es geht um uns, von allen seiten will man was von uns – aber wir können nicht zusammen reden und kaum handeln. es läuft bei uns nur zusammen. und ohne uns läuft es dabei nicht, das sollte aus den vielen versuchen in den letzten jahren, über uns wegzubügeln, doch klar geworden sein. wir wollen jetzt an der gesamten politischen diskussion teilnehmen. das ist die andere seite der zusammenlegung.

aus einer ganzen reihe von entwicklungen, hier und international, sind neue fragestellungen entstanden. es ist insgesamt eine neue stufe der auseinandersetzung geworden, in der überall, auf beiden seiten, die ziele, die formulierung der politik, die formierung für den kampf ein neues mal angegangen werden. auch das ist eine widerspiegelung davon, daß hier aus

beiden richtungen neu die frage nach den gefangenen hochgekommen ist. der staat bringt begnadigungen, staatskonforme gruppen wollen eine amnestie – und der revolutionäre widerstand nimmt wieder auf, daß die freiheit der politischen gefangenen erkämpft werden muß.

auch wir meinen, daß diese auseinandersetzung jetzt reif ist. das wird aber nur in einem prozeß von diskussion und praxis weitergebracht werden, in dem revolutionäre politik hier zu einem neuen realen faktor wird. unser kampf für die zusammenlegung jetzt soll teil davon sein. aus vielen ansätzen im letzten jahr, aus der offenheit und dem willen quer durch verschiedene zusammenhänge im widerstand, halten wir eine neue einheit im revolutionären kampf für möglich. es zeichnet sich jetzt schon eine umkehrung der linken rückentwicklung seit ende der 70er jahre ab, der kampf in der metropole kann auch neu in die internationale auseinandersetzung kommen. dann werden auch ganz neue politische möglichkeiten in der brd eröffnet sein. wir hoffen das. die zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. dann wollen wir die diskussion. zur gesamten situation – und für unsere freiheit. darauf spitzt es sich für uns praktisch zu. denn die freiheit ist natürlich unser ziel. wir wollen ja nicht ein stück politischer organsiation im gefängnis etablieren, eine gegenstruktur als gefangene ist wirklich nicht unser höchstes glück. wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches ziel anzupacken. soweit ist konsens unter uns. für das weitere, wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. wir haben die zusammenlegung als übergang bestimmt. wir nehmen jetzt eine neue form von kollektivem kampf. im letzten streik haben sie ein gesetz gemacht, mit dem sie uns das mittel hungerstreik nehmen wollten, das »komagesetz«. es bedeutet, daß dem einzelnen im koma in einer langgestreckten medizinisch-technischen manipulation in der intensivstation der wille und die entscheidungsfähigkeit, den kampf weiterzuführen, genommen werden soll. es bedeutet weiter für die auseinandersetzung insgesamt, daß sie die zuspitzung und entscheidung auf einen engen zeitraum bringen wollen, praktisch auf einen punkt, den, wenn nach zwei, drei monaten viele von uns gleichzeitig auf der kippe sind. es sterben dann vielleicht mehrere, aber dann in einer kurzen, frontalen konfrontation – und die »tragen« sie, wie sie letztes mal gesagt haben und dann, stellen sie sich vor, ist schluß. und das würde auch bedeuten, daß das mittel des kampfes politisch sich gegen uns dreht. denn in dieser kulmination für alle zum selben zeitpunkt, käme die frage nach sinn und ziel auf uns zurück. wenn viele tot sind, wie wollen die anderen dann zusammen sein. wir werden ihnen das umdrehen und einen langgezogenen kampf führen. jeder von uns ist das kollektiv. wir fangen alle zusammen an, nach zwei wochen gehen wir in eine kette über. bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei wochen kommen die nächsten zwei wieder dazu, nach den nächsten zwei wochen wieder zwei, und weiter. wir lassen jetzt nicht mehr los, bis wir die zusammenlegung haben.

wir fordern:

zusammenlegung aller gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei große gruppen, in die neue gefangene integriert werden, mit zugang zu den gemeinschaftshöfen. zusammenlegung aller gefangenen, die dafür kämpfen. freilassung der gefangenen, deren wiederherstellung nach krankheit, verletzung oder folter durch isolation unter gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. freilassung von günter sonnenberg, claudia wannersdorfer, bernd rössner, angelika goder. freie medizinische versorgung ohne staatsschutzkontrolle für alle gefangenen. freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen.

für die gefangenen aus der raf

helmut pohl

1.2.89

konkret 03/89, S. 50

Gerd-Peter Kossler

»Das ächte Stämpel der Gemeinheit«

Der 1985 neu edierte handschriftliche Nachlaß des Philosophen Arthur Schopenhauer (dtv) enthält das umfangreiche Material für eine geplante, aber nie realisierte Abhandlung »Ueber die, seit einigen Jahren methodisch betriebene Verhunzung der deutschen Sprache.« Der Autor bemerkt am Schluß: »Ich bin weitläufig gewesen und habe geschulmeistert; wozu ich mich wahrlich nicht hergegeben haben würde, wenn nicht die deutsche Sprache bedroht wäre; an nichts in Deutschland nehme ich größern Antheil als an ihr...« Nun, dem Manne selbst konnte zwar nicht mehr geholfen werden, aber zwanzig Jahre nach seinem Tod, 1880, erschien der erste DUDEN – damals wie heute »grundlegend für gutes Deutsch« sowie »unentbehrlich für richtiges Deutsch«. Eine Gegenüberstellung mit Auszügen aus beiden Werten zeigt: Was Schopenhauer noch fragwürdig vorkam, darüber bestehen heute keinerlei Zweifel mehr

***DUDEN* (R = Bd. 1: Rechtschreibung, S = Bd. 2: Stilwörterbuch, F = Bd. 5: Fremdwörterbuch, U = Universalwörterbach)**

Schopenhauer: »Sprachverderbniß ist allemal ein sicheres Zeichen der Degeneration der Litteratur eines Volkes. Möchte doch der Unverstand sich irgend einen andern Tummelplatz suchen, als die deutsche Sprache! Denn nirgends ist das von ihm gesäete Unkraut so schwer, ja fast unmöglich auszurotten, wie hier, wo es nachmals sich an das Spalier der Gewohnheit klammert. Die *impotenten Langbärte* dieser erbärmlichen Nützlichkeitszeit drohen die deutsche Sprache auf immer zu verderben.«

***verderben:* ...eine verderbte Textstelle (S) *verderbt: 1....* (in sittlich-moralischer Hinsicht) verdorben (U)**

»Statt *verdorben verderbt!* Bloß aus Buchstabenzählerei. Schreibt doch auch *gesterbt* statt gestorben!«

***intimidieren:* (veraltet) einschüchtern; Furcht, Schrecken einjagen; abschrecken (F)**

»Ich nenne sie ohne Umstände *Skribler,* obwohl ich sehr wohl weiß, daß ihrer wenigstens 10000 sind; das intimidirt mich keinen Augenblick: der *Pöbel* war stets zahlreich, muß aber nichtsdestoweniger als solcher behandelt werden.«

***erschrecken:* ...wie habe ich mich erschrocken/erschreckt. (S)**

»Aus lumpigster Buchstabenknickerei schreiben sie *erschreckt* statt erschrocken. Auf Deutsch heißt es: 'ich habe ihn erschreckt, und er ist erschrocken.'«

So ist der Duden in jahrzehntelangem Kontakt mit den Benutzern und durch ständige Beobachtung des Sprachgebrauchs immer ein Wörterbuch der Gegenwartssprache geblieben. (R)

***beständig:* a) dauernd, ständig... *ständig:* dauernd, fortwährend (S)**

»Statt *beständig – ständig!* – folglich auch statt anständig, inständig, verständig, ausständig, abständig, nachständig u.s.w., überhaupt statt *Bestand, Stand.* Bloß daraus, daß der *Verstand* den Herren so fremd ist, erklärt es sich, daß sie ihn nicht auch in *Stand* abgekürzt haben. Vor allen Dingen aber rathe ich ihnen, ihr eigenes Epitheton zu verkürzen und statt *dumm – dum zu* schreiben. – «

Auf eine einheitlich geregelte Rechtschreibung kann unsere kulturell und technisch hochentwickelte Gesellschaft nicht verzichten. Es ist daher selbstverständlich, daß Rechtschreibung erlernt und geübt werden muß. Sie ist jedoch kein Selbstzweck und erst recht kein Gradmesser für Begabung und Intelligenz. (R. Vorwort)

***selbstredend* (Adverb): selbstverständlich... (S)**

»'Selbstverständlich' ist sinnlos: müßte wenigstens heißen 'vonselbstverständlich': hierbei ist aber kein Profit. 'Selbstredend', im selben Sinn gebraucht, besagt etwas ganz anderes, nämlich daß man selbst redet, nicht durch einen andern. Aber die Herren glauben zu ihren Gevattern zu reden und sagen zu dürfen: 'Sie wissen ja wohl, was ich meyne. '«

***DUDEN Band 5: Das Fremdwörterbuch* – Notwendig für das Verständnis fremder Wörter. 813 Seiten. (Verlagsinformation);**

***notwendig: 1.* nötig, erforderlich ... *nötig:* erforderlich, notwendig ..(S)**

»Alle setzen stets *nothwendig* (Anm.: Sogar 'nothwendig haben'!) (necessarium, necesse est) statt *nöthig* (oportet, opus est); *nothwendig* bezieht sich (als Wirkung) auf die causa efficiens; *nöthig* auf die causa finalis.«

***Vergleich,* der: 1. das Vergleichen... 2. (Rechtsv.) gütlicher Ausgleich in einem Streitfall... (S)**

»Die deutsche Sprache ist der *Dummheit* in die Hände geliefert. . . *Vergleich* statt Vergleichung; während Ersteres in der Regel nur für pactio, compositio gebraucht worden. Durch diese Manie von 2 Worten nur Eins übrig zu lassen, welches, weil es eine Silbe weniger hat, jetzt den Dienst beider versehen soll, wird die Sprache ärmer gemacht, zugleich zweideutig, – gerade so wie die Thiergeschlechter, die Skala abwärts genommen, dadurch immer unvollkommener werden, daß *ein Theil* die Funktionen allein übernimmt, welche höher hinauf von zweien versehn wurden (worüber Milne Edwards). Daß Ein Wort zwei verschiedene Bedeutungen hat, ist ein Uebelstand, dem man stets entgegenarbeiten soll: sie befördern ihn!«

***1 zeugen* (geb.) (jmdn. z.): erzeugen: ein Kind (mit jmdm.) z.; übertr.: seine Eifersucht zeugt seltsame Blüten. (S)**

***2 zeugen* (geb.) 1. (für jmdn./gegen jmdn. z.) Zeuge sein, als Zeuge aussagen: er bat in diesem Prozeß für seine Freunde, gegen einen früheren Teilhaber gezeugt. 2. (etwas zeugt für etwas/von etwas) etwas beweist etwas: sein Verbalten zeugt nicht von Geschmack, von Intelligenz; das zeugt für seine gute Erziehung. (S)**

»'Dies zeugt' (generat) statt *bezeugt* (testatur)! – Testat statt Attestat. Sie schleichen um die Sprache und suchen nach irgend einer Silbe die noch abzuknappen wäre...«

***vorwiegen: ...1.* überwiegen, vorherrschen: in seinen Romanen wiegen politische Themen vor...**

***vorwiegend* (Adv.)... (U)**

»Vorwiegend statt überwiegend: also auch Vorgewicht? Dummer, *sinnloser* Schnitzer, um *einen* Buchstaben zu ersparen. *Ueber* bezieht sich auf die perpendikulare, vor auf die horizontale Linie: aber wer möchte unsern Sprachverbesserern mit solchen Subtilitäten kommen? Sie sind gewohnt aus dem groben Holz zu schneiden: sie zählen die Buchstaben und damit gut.«

***zufügen: 1.* (einer Sache etwas z.) hinzufügen, dazugeben: sie fügte dem Teig noch einige Spritzer Aroma zu.... *beigeben:* a) (einer Sache etwas b.) zufügen, beimischen... (S)**

»Beifügen statt Hinzufügen und *Zustimmen* statt Beistimmen, obgleich es nicht genau das Selbe ist: aber *ein* Buchstabe wird erspart, – und victoria! die Deutsche Sprache ist wieder um ein Wort ärmer geworden! ruft triumphierend die lausige Bettelökonomie dieser Buchstabenzähler. – Und dann das stolze Selbstbewußtsein zu sehn, mit welchem Herr Schmierax nach jeder neuen Wortverstümmelung um sich sieht, und den Eifer, mit welchem die gesammte schreibende Welt herbeistürzt, dieselbe aufzunehmen und anzuwenden. Diese verfluchte Unanimität drückt dem ganzen Treiben den Stämpel der *Gemeinheit* auf.«

***Bezug,* der: 1. Überzug 2. das regelmäßige Empfangen 3. (Plural) Gehalt, Einkommen 4. Beziehung, Zusammenhang (S)**

***Sachverhalt,* der: Tatbestand; Stand der Dinge: den wahren, eigentlichen S. kennen, erfahren, aufklären; jmdn. den S. mitteilen, darlegen (S)**

i *Geschick,* das: a) Schicksal...

***2 Geschick,* das: a) Geschicklichkeit... (S)**

»Allemal 'Bezug' statt Beziehung – Bettbezug (. . Kopfkissen, Sophas und Stühle haben *Bezüge:* Menschen und Dinge haben Beziehungen. So ist's deutsch. Aber elende Silbenknickerei steckt dahinter und sonst nichts. –) und gar *Sachverhalt* statt Verhältniß; man denkt an *Urinverhaltung.* (Anm.: *Sachverhalt* wird der Unbefangene für eine Abkürzung von *Sachverhaltung* nehmen, wie in *Urinverhaltung:* macht ihr aus *Verhältniß Verhalt; so* müßt ihr auch aus *Behältniß Behalt* machen.) *'Geschick'* statt *Geschicklichkeit,* wodurch seltsame Mißverständnisse entstehn: z.B. 'das Geschick des Kajus' – wo man denkt, sein Schicksal sei gemeint. Der Leser soll den wahren Sinn errathen, wozu er die Phrase 3 Mal lesen muß: aber was schadet das? 2 Silben sind ja lukrirt!«

***einfach:* ... II. (Adverb) ... die Sache ist e. (kurzum) die, daß...; er lief e. (ohne weiteres) davon. (S)**

»Einfach ist Adjektiv, nicht Adverb. – Was würde man sagen, wenn Einer schriebe: simplex statt simpliciter – simple statt simplement, simple statt simply – semplice statt semplicemente! Aber gegen die Deutsche Sprache ist Alles erlaubt! Sie ist in den Händen der Schreiber aus Industrie, der Schreiber des lieben Brodes wegen, der Litteraten und schlecht bezahlten Professoren. Wehe ihr!«

***sicher:* ... II. (Adverb) wahrscheinlich, sicherlich; mit Sicherheit, ohne jeden Zweifel... (S)**

»Sie trachten, den *Unterschied zwischen Adjectivus* und *Adverbium* auszulöschen: si*cher* statt sicherlich; – *ernst (!)* statt ernstlich. Nun wohl, wenn die Leute, welche Adjektiv und Adverb gesondert aufgestellt haben, Narren waren; dann seid ihr Weise. Sonst aber umgekehrt.«

***Anlaß,* der: 1.... Ursache... anläßlich (Amtsdt.) (Präp. mit Gen.): aus Anlaß... (S)**

»Es ist dahin gekommen, daß von unseren Skriblern die *Präpositionen* ganz promiscue und ohne Auswahl gebraucht werden: der Sudler nimmt die erste die beste welche ihm einfällt: *'aus* Anlaß' (statt auf), – . . . So hat zwar nie ein Deutscher geschrieben: aber was thut das? Herrn Schmierax fällt es ein so zu schreiben und er nimmt keinen Anstand: die Andern Schreiber, statt ihn zu züchtigen, thun es ihm nach: denn Herr Schmierax ist ihr Cicero, die für ihren Sprachgebrauch entscheidende Auktorität: der Quartanerschnitzer *aus* Anlaß ist allgemein befolgt... Man sagt: *'aus* Gründen, *aus* Ursachen' aber *'auf* Anlaß' (auf meine Veranlassung)... Dem analog 'beruht *in'* statt beruht *auf.«*

***beanspruchen... 1.* Anspruch erbeben 2. in Anspruch nehmen, Belastungen aussetzen (S)**

»Beanspruchen ein so allgemein beliebtes, wie plumpes und unverantwortlich dummes Wort. (Anm.: Das plumpabgeschmackte *beanspruchen...* daß ein so dummes Wort wie *beanspruchen* in allgemeinen Gebrauch kommen konnte, charakterisiert den Geist unsrer Sprachverbesserer und ihrer Nachtreter.)«

***zeither* (veralt., aber doch ndal. für: seither, bisher) (R) seither (Adverb): von einer gewissen Zeit an (bis beute): ich habe ihn im April gesprochen, doch s. habe ich keine Verbindung mehr mit ihm. (S)**

»Seither ein Unwort: aber Herr Scriblerus hat es oktroyirt und Herr Schmieracius hat es kontrasignirt und die gesammte Gelehrtenwelt respektirt den Befehl: *Zeither* (das richtige) ist ganz verbannt: überall *Seither.«*

***achtbar* (geb.): ... b) anerkennenswert (S)**

»Statt *achtungswerth* schreiben sie, aus niederträchtiger Buchstabenknickerei, *acht bar,* welches viel weniger besagt, indem es sich verhält, wie *sichtbar zu sehenswerth,* und überdies ein Spießbürger-Ausdruck ist.«

***nieder: I.* (Adjektiv) 1. (landsch.) niedrig: ... die Mauer ist sehr n., ist ihm zu n.... (S)**

»Statt *niedrig* schreiben sie *nieder,* aus niederträchtiger Lumpacivagabundenbuchstabensparsamkeit: – aber *nieder* führt den Begriff der Bewegung mit sich: der Stein fällt *nieder,* das Thal liegt *niedrig.«*

***abschätzig:* geringschätzig... (S)**

»Einer schreibt (Zeller) 'Abschätzig' statt geringschätzig; – und bedenkt nicht, daß abschätzen *taxiren* bedeutet: die niederträchtige Buchstabenzählerei macht sie blind gegen Alles. Ueberhaupt bedenkt sich Keiner bei der Sprachverbesserung; sondern Jeder schreibt hin was ihm eben durch den Kopf fährt, sobald er nur an den Fingern die Buchstaben abgezählt hat. – So oft man (wie jetzt täglich) Ein Wort die Stelle zweier vertreten läßt, die bis dahin 2 verschiedene Begriffe bezeichneten, *verarmt* die Sprache.«

augenblicklich: ... 2. **momentan: die augenblickliche (derzeitige) Lage fordert Übersicht; eine augenblickliche (zeitweilige) Notlage; er folgte einer angeblichen (plötzlichen) Eingebung... (S)**

Nu, der (sehr kurze Zeitspanne) (R)

augenblicks (veralt.) (R)

»Statt 'gegenwärtig, einstweilen, jetzt, zu jetziger Zeit' schreiben sie, höchst lächerlicher Weise, stets *augenblicklich,* und zwar thun sie es Alle, Einer dem Andern nach. Und dies ist die Schande. Denn wenn irgend ein Einzelner dergleichen grammatikalische und orthographische Idiotismen oder Soloecismen auf eigene Hand begienge; so wäre es eben seine Grille und er behielte doch die Würde der Originalität. Aber die bereitwillige, eifrige, allgemeine Nachahmung jedes hirnlosen Schnitzers ist das Herabwürdigende des Treibens. Diese allgemeine Einstimmung, dieses Chorusmachen bei jedem neu erfundenen Schnitzer ist eben das Verächtlichste. Denn die blinde Nachahmerei ist überall das *ächte Stämpel der Gemeinheit:* der große Haufe, der Plebs, wird fast in allem seinem Thun ausschließlich durch Beispiele geleitet, und wird durch Nachahmung, wie das Automat durch Räder bewegt. – Eine besonders lächerliche Folge jenes Mißbrauchs des Wortes *augenblicklich* ist, daß wenn sie nun ein Mal im Ernst *augenblicklich* meynen; dann sagen sie 'im Nu': ein Wort aus

der Kinderstube. Eine sehr ästhetische buchstabenersparende Verbesserung desselben ist *augenblicks,* welches ich, statt 'jetzt', wirklich gefunden habe: da es klingt wie Blix (Blitz), wird es figurativ und dadurch äußerst schön und nachahmungswürdig.«

***Sophismus* der;-, ... men (Trugschluß, Spitzfindigkeit) (R)**

»'Dies ist ein *Sophismus'.* Postzeitung v. 19. Mai 1857, Beilage. Jetzt wird doch Niemand es als Hyperbel nehmen, wenn ich sage daß unter den Reformatoren der deutschen Sprache Stiefelputzer sind.«

***freudlos* freude(n)los (R)**

***Lang(e)weile,* die**

»Ohrzerreißende und maulverzerrende Härten, wie 'Felswand, Felsgurt, Felsring, Felswand, Felsgrund' und statt Langeweile 'Langweil'. – 'Freudlos'. –

Man sollte so einen Buchstabenknicker daguerrotypiren, während er *Langweil* ausbellt, um zu sehen wie die gehäuften Konsonanten sein thierisches Maul verzerren.«

82 von 100 Menschen in Deutschland kennen den DUDEN. Das ist ein Bekanntheitsgrad, den der volkstümliche deutsche Schauspieler mit Mühe erreicht. (S)

»Olympische Götter! giebt es einen peinlicheren Anblick, als den des exultirenden, zufriedenen Unverstandes? Übertrifft er nicht sogar den der kokettierenden Häßlichkeit?«

Voraussetzung für einen guten persönlichen Stil ist die Kenntnis des Zusammenspiels der Wörter, die Sicherheit in der Wortwahl und in der Wahl der grammatischen Mittel sowie die Beherrschung der wichtigsten Stilelemente. Der Stil-DUDEN schafft diese Voraussetzung. (S)

»Eine eingerissene Verhunzung der Sprache ist ein chronisches Uebel, welches nachher schwer zu kuriren ist; wird es aber nicht kurirt, so findet der später kommende, wirklich denkende Schriftsteller das Material zum Ausdruck seiner Gedanken verdorben vor.«

Es ist sehr zu begrüßen, daß hier Schopenhauer bei aller Polemik, anders als im Fall Hegels, einmal Wert auf detaillierte Begründung legt. Ihn trieb die Sorge um den Niedergang menschlicher Kommunikationsfähigkeit. Und die Reihe seiner Beispiele will kein Ende nehmen: Nicht nur die wenigen zitierten, auch alle übrigen aus seiner Sammlung (von der nur ein kleiner Ausschnitt im Kapitel »Ueber Schriftstellerei und Stil« der Parerga und Paralipomena steht) sind heute so gültig wie vor 140 Jahren. Wenn auch nicht mehr so brisant: fand doch längst, wie man sieht, und passend zum naiven Anspruch der Kommunikationswissenschaft auf »Optimierung der Verständigung«, die einheitlich geregelte und so gut wie offizielle Absegnung sprachlicher Mißverständlichkeiten im DUDEN statt.

Daß der DUDEN, der leider auch für uns oft »maßgebend in Zweifelsfällen« ist, weniger das Fühlhorn am lebendigen Leib der Sprache ist als vielmehr die bloße Registratur des unbedarften Sprachgebrauchs von »Benutzern«, wußten wir ja; diese Ernte, die periodisch aufgrund von Computerstatistiken eingefahren wird, muß ja zum größten Teil aus Unkraut bestehen. Nun sehen wir, daß hier genau und absolut unverändert jener Eifer und jene verfluchte Unanimität waltet, über die sich schon Schopenhauers Zorn ergoß. Aber daß die derart gemaßregelte Sprache auch in ganz einfachen Wörtern, wie wir sie hundertmal am Tag gebrauchen, einen Stich ins Verdorbene, Verfaulte und Tote hat, weil dort ihre tiefere Dimension, ihr eigentlicher Gehalt nicht mehr erreicht wird – das ist doch eine schwerere Erkenntnis. Eine, zu der man als Teil unserer technisch und kulturell hochentwickelten Gesellschaft kaum noch gelangen kann, denn man muß erst auf die handschriftlich hinterlassene Beckmesserei eines Denkers aus dem vorigen Jahrhundert stoßen. Und schließlich eine beschämende dazu: Wie sich herausstellt, war man selber Kolporteur des ganzen Schlamassels gewesen, und steckt viel tiefer drin, als man ahnen konnte.

An der Oberfläche ist alles einfach. Ob der DUDEN Begriffe wie »Akzeptanz«, »vorab« und »Option« in seine Neuauflagen aufnimmt, scheint zunächst Geschmackssache; bei einem Mustersatz wie »In seinen Romanen wiegen politische Themen vor« könnte man auch noch ohne Schopenhauer begründen, warum das kein »richtiges«, sondern falsches Deutsch ist; was an »seither«, »selbstverständlich«, »Bezug«, »Vergleich«, »Hingabe« usw. unlogisch und unsinnig sein könnte, bleibt dem getrübten Auge und dem stumpfen Sinn vollends verborgen. Er kennt nicht mehr den Abfall, weil er Authentizität nicht mehr kennt. Ein paar hundert Jahre Lohnschreiberei haben genügt. Vorher schuf das

Volk, die Dichter schufen, heute schafft der DUDEN einen Bekanntheitsgrad, den der volkstümlichste deutsche Schauspieler mit Mühe erreicht, sowie gleichzeitig die notwendigen Voraussetzungen zur Beherrschung der wichtigsten Stilelemente. Er steht anstelle des lebendigen Wandels der Sprache, er ist der institutionalisierte Nachtreter und kompetente oberste Stiefelputzer; sein Cicero selber in »schaafischem Nachahmungstrieb« und »urtheilsloser Bewunderung des Absurden« bei Bund, Presse und Gemeinden tätig. Das sind die Verweser; von irgendwelchem Leben einmal ganz zu schweigen. Im übrigen, was noch Schopenhauer angeht – unsere technisch und kulturell hochentwickelte Gesellschaft hat ihn ja zwischenzeitlich aus Anlaß seines 200. Geburtstags selbstredend als achtbaren Presseartikel (»Spiegel«!) beansprucht – welches Geschick zeugte da sicher notwendig.. .

konkret 03/89, S. 53

Michael Scharang

Landnahme

»Warum führt Turrini seine Arbeiter vor wie André Heller die Neger?« fragte Georg Heinzen in KONKRET 12/88 und warf dem österreichischen Schriftsteller vor, er habe die Arbeiter verraten, indem er sie ans Theater auslieferte. Scharang attestiert Heinzen »besserwisserisches Getue« und »kolonialistische Allüren«

Das materielle Leben, die materiellen Verhältnisse insgesamt seien, das vermuten ausgerechnet Philosophen, den politischen und geistigen voraus, mitunter um Jahrzehnte. Der Augenschein spricht dafür. Die Basis der Gesellschaft, die handfesten Dinge lassen sich zwar schwer umwälzen, aber doch leicht weiterentwickeln, schon deshalb, weil sie leichter in den Griff zu bekommen und auf den Begriff zu bringen sind als der Überbau.

Diesem ergeht es wie dem Dachstuhl, der sich nur deshalb überlegen wähnt, weil er nicht mitbekommt, was sich unterhalb tut, dabei alt und morsch wird, schließlich Feuer fängt, und der niederbrennend erst bemerkt, auf welchem Mauerwerk er stand. Verständlich also das Mißtrauen gegen einen hinter der Zeit herhinkenden Überbau, verständlich aber auch das Mißverständnis, mit einer Wahrheitsliebe, die selbst vor der Wahrheit nicht haltmacht, gegen den ideologischen Überbau herzuziehen, dabei aber auch nicht *mehr* sein zu können als eine Erscheinungsform des Überbaus und somit Ideologie.

Es mangelt nicht an Versuchen, sich diesem Durcheinander von materiellen und ideologischen Formen der Wirklichkeit zu entziehen; den bislang spektakulärsten unternahm ein Politiker, der sich von der Politik abwandte und diesen Läuterungsprozeß mit dem unsterblichen Satz krönte: »Das Fundament ist die Grundlage jeder Basis.« Dieser Politiker ist zukunftsweisend, wenn er vorderhand auch nur in einer Posse mit Gesang des österreichischen Schriftstellers Heinz R. Unger existiert.

Das Kapital, das sich immer rationaler organisiert, verliert zunehmend die Geduld gegenüber einem hinterwäldlerischen Überbau, in dem, zwar immer seltener, aber immer noch, völlig unproduktiv Meinungen aufeinanderprallen, obwohl es de facto nur mehr *eine* gibt. Insbesondere das westeuropäische Kapital hat es mit dem Überbau schwer: jetzt, da es zum Kampf um eine neue Aufteilung der Welt rüstet, jetzt, da es »Europa« ruft und den Weltmarkt meint, jetzt *redet* der Überbau nicht nur in hergebrachter Weise vom Abendland, er meint es auch so. Deshalb muß an ihm ein Exempel statuiert werden. Zur Zeit ist die Politik dran: Sie wird auf dem Weg der Korruption vergegenständlicht, der Basis einverleibt und zu einem bis ins letzte kalkulierbaren Faktor der Produktion veredelt.

Die Kultur ist Vergegenständlichung längst gewohnt. Als Herrschaftsdekor zur Lüge verkommen, wäre es sinnlos, würden die Herrschenden sie sich weiter vorbehalten; als Lüge muß sie Allgemeingut werden. Und so wird möglichst alles an Kultur verwertet, bis der verdorrte Lorbeerzweig als Wirtschaftszweig neu erblüht. Jener Rest, der unerlöst im Überbau verbleibt, rettet sich entweder in die Kunst, oder er versinkt rettungslos immer tiefer in der Geschichte; so daß sich heute zwischen gesellschaftlicher Basis und dem Überbau, im speziellen der Kultur, eine Kluft auftut nicht nur von Jahrzehnten, sondern bereits von Jahrhunderten.

Von dieser Entwicklung sind Kulturtage ebenso geprägt wie Kulturseiten, und selbst der Kulturteil einer Zeitschrift wie KONKRET entrinnt ihr nicht. Ich spiele damit nicht an auf jenes schicksalhafte, weil von vornherein zum Scheitern verurteilte Bemühen der Veteranen um ein linkes Feuilleton, ein Bemühen, das die Autoren ja nicht um Jahrhunderte, sondern um Jahrtausende zurückwirft, in jene herrliche Zeit, in der die Wörter sich noch wirksam dagegen sträubten, niedergeschrieben zu werden; vielmehr beziehe ich mich auf einen Artikel von Georg Heinzen, in dem nur bis in die Antike ausgeholt wird, um das, was Lessing, ohne viel nachzudenken, auf Sand gebaut hat, endlich zu fundieren, mit einer »Ursprünglichen Hamburgischen Dramaturgie«, von welcher der Verfasser nicht viel, doch immerhin die Richtung preisgibt: »Denn im Theater ist alles nur Theater«.

Dieser Richtung folgend schreitet Heinzen kritisch das Theaterstück »Die Minderleister« des österreichischen Schriftstellers Peter Turrini ab. Es wiegt ein Theatervergnügen auf, Heinzen auf diesem Weg in die Irre zu folgen. Schon zu Beginn erliegt er einer falschen Einflüsterung. Obwohl Nestroy und Karl Kraus immer wieder davor warnten, das Leben als ernst, die Kunst hingegen als heiter zu betrachten, nimmt Heinzen die Kunst auf die leichte Schulter, macht aus einem Theaterstück eine Inhaltsangabe, das heißt, er erzählt den Inhalt, ganz im Sinn dieses Aberwitzes, prinzipiell falsch. So daß man die Hände bereits über dem Kopf zusammenschlägt vor Entsetzen, ehe Heinzen die seinen ringt. Eine Wissenslücke hindert ihn jedoch, diesen Vorteil zu nutzen.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland werden von einem ungeschriebenen Gesetz geregelt, welches Heinzen offenbar nicht gelesen hat. Es lautet: Einem österreichischen Künstler, sobald er unösterreichisch aufmuckt, haben die heimischen Rezensenten unverzüglich auf den Kopf zu scheißen. Daraufhin haben die westdeutschen Rezensenten helfend herbeizueilen, dem Künstler die Scheiße vom Kopf zu waschen und ihm die Haare zu fönen. Völkerrechtlich leitet dieses Gesetz sich her von der westdeutschen Schutzmachtfunktion gegenüber österreichischen Künstlern. Von diesen wird dafür erwartet, daß sie – wie die meisten ihrer Vorgänger im Jahr 1938 – beim

bevorstehenden Anschluß Österreichs an Deutschland, diesmal unter dem Deckmantel der Europäischen Gemeinschaft, statt renitent zu werden und die Österreichische Befreiungsbewegung zu unterstützen, europäisch-völkisch jubeln.

Jenes Völkerrecht ist unverzichtbar auch für das deutsche Feuilleton, welches sich nur mehr dann seines urbanen Zuschnitts versichern kann, wenn es sich mit der tiefsten österreichischen Provinz mißt, wo das Feuilleton sich anständigerweise auf die Formen der Heiratsannonce und der Todesanzeige zurückgezogen hat.

Heinzen, fernab vom Arg der Welt, weiß nicht, daß das deutsche Feuilleton seine große Stunde nach der Wiener Uraufführung der »Minderleister« hatte. Damals galt es, sich für ein Stück stark zu machen, nach dessen Lektüre kein Zweifel bestand, daß es ohnedies nicht umzubringen sein würde, weder von Schauspielern, die obersteirische Stahlarbeiter darstellten, als handelte es sich um ostfriesische Fischer, noch von einem Regisseur, der einen versoffenen Werksbibliothekar, weil der den Spitznamen Shakespeare trägt, als Faust agieren ließ, noch von der heimischen Kritik, die, konfrontiert mit der entsetzlichen Tatsache, daß in diesem Fall auch der hämischste Verriß nichts ausrichten würde, einen Tobsuchtsanfall bekam. In dieser Situation, in der nichts auf dem Spiel stand, warfen sich die deutschen Weltblätter programmgemäß in die Schlacht bei Wien und errangen, ebenfalls programmgemäß, einen knappen Auswärtssieg.

Was sie nach der Düsseldorfer Aufführung boten, war verurteilt zu Glanzlosigkeit; welchen Wert hat ein noch so hoher Heimsieg, wenn er einem kampflos zufällt, weil der österreichische Gegner nicht angetreten ist; die österreichischen Weltblätter verfolgen die Autoren nur bis zur Landesgrenze.

Neuerdings ist dort Georg Heinzen postiert, um die Verfolgung fortzusetzen. Rechtes Feuilleton scheint keine Probleme zu haben mit linkem Ausländer; da muß was faul sein; da muß Heinzen nach dem Rechten sehen. Ach, könnte er es; könnte er doch, jenseits des bilateralen Kulturrituals, eine unabhängige Position einnehmen; würde er, dem Zorn freien Lauf lassend, dem Stück jede nur denkbare Ungerechtigkeit widerfahren lassen! Ich würde den Hut vor ihm ziehen und weitergehen. So aber wird Heinzen pädagogisch. Und in Kunstsachen sich belehrend aufzuspielen, endet für den Pädagogen immer katastrophal; seiner Natur gemäß stürzt er sich aber nicht in die Katastrophe, sondern geht bedachtsam und zielbewußt auf sie zu, indem er rücksichtsvoll zuerst die kleinen Mängel des Stücks vorführt, aber dabei schon seine große Ahnungslosigkeit aufblitzen läßt.

»Ein letztes Beispiel: Durch die Intervention des sozialdemokratischen Ministers wird der glückliche Hans wieder eingestellt. Wir wollen jetzt gar nicht kritisieren, daß Johannes Rau nicht einfach bei Krupp in Rheinhausen anrufen und bestimmen kann: Also, Herr Cromme, entweder Sie stellen diesen Hans sofort wieder ein, oder wir verstaatlichen Ihren Laden!« In der Tat ein *letztes,* ein *allerletztes* Beispiel: Turrinis Stück spielt in Österreich, dort ist die Stahlindustrie – noch – verstaatlicht und untersteht einem sozialdemokratischen Minister. Nichts zu wissen und damit den anderen belehren zu wollen, ist wohl Voraussetzung dafür, mit der Formulierung »Wir wollen jetzt gar nicht kritisieren« einem Kollegen herablassend auf die Schulter zu klopfen.

Bemerkenswert ist das alles nur deshalb, weil sich hinter Heinzens besserwisserischem Getue kolonialistische Allüren verbergen. Der Besserwisser schließt zwanghaft von dem Stück Welt, das ihm vertraut ist, auf die übrige. Nun ist die Bundesrepublik ein Stück Welt von einiger imperialistischer Potenz, dessen Kapital kein Stück Welt so umfassend und tiefgehend kolonisiert hat wie den Nachbarn Österreich, wo man zudem auf Helfershelfer setzen kann, die noch immer oder schon wieder heim ins Reich wollen

Das deutsche kolonialistische Bewußtsein, das sich vielleicht noch bereit findet, ein Auge zuzudrücken, wenn in senegalischer Literatur etwas beschrieben wird, das diesem Bewußtsein nicht vertraut ist, bringt solche Großherzigkeit der österreichischen Literatur nicht mehr entgegen. Entdeckt es hier Unvertrautes, fährt es sofort mit dem Korrekturstift drüber und antizipiert so Landnahme.

Ist Heinzen erst einmal mitten drin im geistigen Eroberungsfeldzug, schlägt er alles kurz und klein. »Es ist auch nicht wichtig, daß es so einen 'Ordner', wie der Hans einer werden soll, gar nicht gibt. Das Aussortieren der 'Minderleister' übernimmt das Personal-Informations-System.« Selbstverständlich gibt es so einen Ordner, und er und niemand sonst sortiert die Minderleister aus. Die Unterlagen über die aussortierten Arbeiter befinden sich in einer Mappe mit der Aufschrift »Minderleister«. Ein ungebräuchliches Wort, eine Kreation der Bürokratie, welche nicht erträgt, daß das Leid, das sie anrichtet, an den Wörtern klebt, welche sie verwendet. Ein Wort, auf das Turrini erst bei seinen Recherchen gestoßen ist.

Sein Pech: daß er am falschen Ort im falschen Land recherchiert hat, in Österreich, statt bei Krupp. Deshalb muß er sich von Heinzen sagen lassen, daß seine Kenntnisse Irrtümer sind und die Realität, von der sein fiktives Stück ausgeht, nichts als Fiktion. Wie soll daraus ein gutes Stück werden? Heinzen deutet mit zuhälterischer Lässigkeit eine Lösung des Problems an: Man müßte sich nur an ihn wenden, er wüßte Bescheid über Stahlarbeiter, er sei »mit dem Milieu vertraut«.

Heinzens attraktivstes, dabei fadenscheinigstes, keineswegs aber schon dümmstes Argument: In den »Minderleistern« gehe es »gar nicht im Ökonomie, sondern um Ethik« – realistische Literatur, selbst wenn sie sich als kämpferisch versteht, führt heutzutage bestenfalls einen Abwehrkampf. Sie beharrt darauf, daß die menschliche Existenz aufbaut auf einem materiellen

Leben; sie weigert sich, dem Beispiel der verhätschelten Konkurrenz zu folgen und den ganzen Erfindungsreichtum daran zu verschwenden, die literarischen Personen für die Dauer der Handlung zu karenzieren, damit sie, frei von Arbeit, unbeschwert denken und fühlen können. Nicht, daß der Realist ihnen das nicht gönnte. Was ihn anwidert und aufbrausen läßt, ist die ewige Kulturlüge, es könnte heute ein von Arbeit unbeschwertes Denken und Fühlen geben, und was ihn zum Kotzen bringt, ist die literarische Darstellung eben dieses Denkens und Fühlens, der millionste Aufguß der immergleichen geistigen und seelischen Leere.

Auf der Hut ist er aber auch vor dem gegenteiligen Fehler, die Menschen nur nach dem Takt der Ökonomie tanzen zu lassen. Heinzen möchte Turrini zu diesem Fehler verleiten, den er ihm dann, angesichts eines platten Kunstprodukts, gewiß nicht verzeihen würde. Er verhält sich wie jenes kritische Publikum, das, frustriert von Arbeit, Gesellschaft, Kultur, von der Gesamtheit dieser Bürgerwelt, alle Hoffnung auf ein kritisches Kunstwerk setzt, dort aber enttäuscht nur jene Widersprüche dargestellt findet, von denen es am liebsten nichts mehr hören und sehen will. Das ist auch der Grund, warum es zu seiner Erholung am Tisch des bürgerlichen Kitsches Platz nimmt.

Heinzen setzt sich dazu, wodurch er gleich viel persönlicher wirkt; kein Wunder, daß bald eine persönliche und dementsprechend sinnlose Frage folgt: »Warum engagiert sich Turrini für Stahlarbeiter?« Der eine Teil der Antwort liegt vor (weil Turrini von Stahlarbeitern nichts weiß), der andere folgt nun: »Arme Schweine dürfen seine Proleten sein, aber keine Schweine.«

Bei Heinzen, dem Milieukenner, werden sie es besser haben, er wird ihnen wesentlich mehr Freiheit zubilligen. Vorher muß er nur noch das Stück zu Ende kritisieren. Um schneller damit zu Rande zu kommen, fertigt er einen Stempel an mit dem Text »Und immer siegt die Liebe«; damit kann er nun Szene für Szene abstempeln.

Zum Beispiel: Eine Arbeitslose und ein Arbeitsloser, einander unbekannt, vögeln für einen Hinterhof-Pornofilmer; danach stellt der Arbeitslose sich höflich vor und fragt die Arbeitslose, ob er sie auf einen Kaffee einladen darf. Heinzen: »Sie fraternisieren vor der Kamera und retten die Liebe.« Oder: In einigen Szenen kippt die Handlung von einer Spielebene in eine andere. Der arbeitslose Hans befindet sich plötzlich in einem Fernsehquiz, in dem es einen Arbeitsplatz zu gewinnen gibt. Hans soll zuerst auf sich selbst, dann auf andere einschlagen, schließlich auch auf seine Frau. Die Handlung kippt zurück, Hans steht in der Wohnung neben seiner Frau. Heinzen: »Der gute Hans läßt seine Hand sinken. . .und wieder ist die Liebe stärker als die Stahlkrise.« Wer alles aufs Mißverständnis anlegt und dabei, in einem bürokratischen Rausch, den einen Stempel auf alles klatscht, was ihm unter die Finger kommt, verliert auch noch die Kontrolle über sich selbst und gibt sich der Lächerlichkeit preis. Jener »gute Hans« springt schließlich aus Verzweiflung in den Hochofen. Heinzen: »Und wieder ist die Liebe stärker als die Weltwirtschaftskrise.«

Trotzdem wird der Sache weiter nachgegangen, es wäre doch gelacht, wenn sich nichts finden ließe, das schwächer ist als die Krise. Es wird gefunden: Turrinis äußerst merkwürdiger Lebenslauf. »Aus dem Dorfbuben ist ein Wiener geworden. Man hat sich auseinandergelebt, der Intellektuelle und die Arbeiterklasse . «

Es ist genug gemunkelt worden, endlich weiß man es: Hat dieser Turrini die Arbeiterklasse einfach im Dorf zurückgelassen! Und ist aus dem Buben tatsächlich ein Wiener geworden! Ob so etwas in der Geschichte schon einmal da war? Ob es sich wiederholen kann?

Trotz dieser großen offenen Fragen denkt Heinzen nicht daran, die Verhandlung zu vertagen. Immerhin ist Turrinis Schuld, Stahlarbeiter gemeinsam mit der Ethik auf die Bühne gebracht zu haben, eindeutig erwiesen. Lieber ein vorläufiges Urteil als gar keins. Und Heinzen, nicht nur mit dem Milieu vertraut, sondern auch mit dessen Kehrseite, dem Gesetz, welches dafür sorgt, daß jenes nicht übermütig wird, kann, nachdem er als Milderungsgrund geltend gemacht hat, Turrini habe vor der Düsseldorfer Aufführung lange schwere Jahre im Ausland zubringen müssen, zur Urteilsverkündung schreiten: »Trotzdem reicht es nicht aus, daß aus Kummer schöner Gesang wird.«

Aus Kummer schöner Gesang! Welche Fehlinvestition! Welche Ineffizienz! Zuerst heißt es, die Österreicher würden deutsche Qualität zu irischen Preisen liefern, und dann schicken sie wieder schönen Gesang zu den alten Preisen und in der alten Zusammensetzung: aus Kummer. Laut EG-Norm ist aber Kummer in Europa nur mehr in Faltenform und nur auf Männerstirnen zugelassen.

konkret 03/89, S. 56

Wolfgang Pohrt

Frustrierter Verräter

Unter dem Titel »Verschüttete Wirklichkeit. Die unaufhaltsame Coca-Colonisierung der Bundesrepublik« veröffentlichte die »Süddeutsche Zeitung« am 19. November 1988 in ihrer Wochenendbeilage einen Aufsatz des Schlagertexters und Schallplattenproduzenten Michael Kunze. Darin beklagt Kunze, der in den 70er Jahren mit seiner Pop-Gruppe »Silver-Convention« auch in den USA reüssierte – »Wenn man aus der musikalischen Provinz Deutschland herauskommen will, dann gibt es eben nur Amerika« – , die Überfremdung des bundesdeutschen Unterhaltungsbetriebs durch ausländische Produktionen: »die stetige Umwandlung Westdeutschlands in einen McDonald-Laden«.
Pohrts Antwort, auf Anfrage der »SZ« verfaßt, wollte das Blatt jedoch nicht oder nur um ihre historischen Verweise gekappt drucken. Sie erscheint daher in KONKRET

Mit seiner Interpretation des Evergreens »Deutsche Kultur in Gefahr«, Variante »Überfremdung und Verflachung durch amerikanischen Kommerz«, hat Michael Kunze Gelegenheit geboten, die Glorifizierung des Dritten Reiches durch jugendliche Rechtsradikale besser verstehen zu lernen: Man stelle einem Nazi von damals einfach einen Deutschen von heute zur Seite, damit ersterer als Person von Statur erscheint.

1943 beispielsweise hatte Gauleiter Mutschmann noch klipp und klar dekretiert: »Im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo das deutsche Volk alle geistigen und materiellen Kräfte anspannt, dem barbarischen Ansturm des jüdischen Bolschewismus und Amerikanismus zu begegnen, ist es unerträglich, wenn immer wieder durch einzelne Musikveranstalter versucht wird, deutschen Menschen die entarteten Jazzschlager amerikanischen Ursprungs vorzusetzen. Die deutsche Musik und die Musik befreundeter Nationen sind reich an alten und neuen Opern, Tanzweisen, Volksliedern usw., es bedeutet Beleidigung und Schande für unser Volk, die Afterkultur der verjüdelten vernegerten Jazzmusik anhören zu müssen.«

Kunze heute dagegen, wie er die Kinder ins Feld führt, um sich nicht selber exponieren zu müssen: »Angedockt an eine fremde Subkultur, werden schon Kinder zu Zaunguckern, die statt deutschen Kinderliedern 'Monkey, monkey' singen.« Und während der Gauleiter in eigenem Namen sprach, tut Kunze es jenen Mahnern gleich, welche die Fremdenfeindschaft unter dem Vorwand schüren, vor ihr warnen zu wollen, wenn sie Konzessionen an die kochende Volksseele fordern: »Schon häufen sich in den deutschen Rundfunkredaktionen die Anrufe und Schriften chauvinistischer Verteidiger des Deutschen Wesen.« Derlei Billardspiel wird von Jugendlichen leicht als feige Petzerei mißverstanden, und manche werden sich, wenn das die Alternative ist, für Mutschmann pur statt für Mutschmann soft entscheiden.

Wie Kunze um der eigenen Salonfähigkeit willen die Position als chauvinistisch anschwärzt, die er selber vertritt, womit er die eigenen Argumente und mögliche Gesinnungsgenossen zugleich verrät, so verrät er die Sprache, die er angeblich retten will, wenn er sich einen 'Liedertexter' nennt, weil er der Entscheidung ausweicht, sich entweder als Texter oder als Dichter zu begreifen. Weil ferner Kunzes Angst vor der Konsequenz oder seine Selbstzensur auf den Gang der Argumentation wie ein Zerhacker wirkt und den Text dergestalt formt, daß die durcheinandergewürfelten Elemente an ein Puzzlespiel erinnern, bleibt es dem kohlgeprüften Kritiker auch in diesem Fall nicht erspart, eine halbwegs konsistente Darstellung der kritisierten Position erst selber entwickeln zu müssen.

II

Angesichts einer auf Ausländeranteile und Schadstoffwerte fixierten Bevölkerung, welche die Nennung von Prozentzahlen als Nervenkitzel empfindet, wird ein Agitator dies Mittel zur Dramatisierung nicht missen wollen und seine Botschaft beispielsweise beginnen lassen mit dem Satz: In manchen Altersgruppen haben schon 80 Prozent der männlichen Deutschen keine Haare mehr, sollen wir ein Volk von Kahlköpfen werden? Auch Kunze behauptet: »Bei einigen Autofahrerwellen liegt der Anteil fremdsprachiger Musik heute bei mehr als 95 Prozent«, und er kann daher mit einem elektrisierten Publikum rechnen, welches weder an der Deutschsprachigkeit des Wortes 'Autofahrerwelle' zweifelt, noch rätselt, was man unter 'fremdsprachiger Musik' wohl zu verstehen habe. Sondern weil, egal wovon, 95 Prozent ein Hammer sind, ein Äquivalent zur Zeitmarke 5 vor 12, ist das Publikum auf die – von Kunze ausgesparte – rhetorische Frage 'Geht dergleichen etwa mit rechten Dingen zu?' und ihre – von Kunze ebenfalls ausgesparte - Beantwortung durch den Agitator eingestimmt: 'Niemals! Im fairen Wettkampf würde das Bessere, also Deutsche, siegen.' Ursache der Niederlage, so die übliche Schlußfolgerung des Agitators, muß daher eine Verschwörung sein, ein Komplott mit Drahtziehern im Hintergrund, Agenten an der Front, finsteren Motiven und schmutzigen Tricks.

Der Trick – hier setzt Kunzes Argumentation wieder ein – besteht in diesem Fall darin, den Konkurrenten beim Publikum anzuschwärzen: »Längst ist die deutsche Sprache in der Pop-Musik mit dem Stigma der Erfolglosigkeit und der Spießigkeit behaftet« – was nicht etwa an der ranzigen Redeweise deutscher Schlagerdichter liegt. Sondern von ihren Feinden ist die deutsche Sprache in der Popmusik, obgleich sie dort überaus erfolgreich und überhaupt nicht spießig war, als erfolglos und spießig gebrandmarkt worden. Weil keiner sich freiwillig das glühende Eisen aufs Fell pressen läßt, war dabei viel Brutalität im Spiel, es wurde getilgt, beseitigt und ausgemerzt, und die Schmutzarbeit haben die Besatzer ihren deutschen

Kollaborateuren überlassen: »In Bayern 3 hat Thomas Gottschalk vor drei Jahren deutschsprachige Musikbeiträge weitgehend aus dem Programm getilgt. Die letzten Reste beseitigte diesen Sommer eine Kampagne (...) Der logisch nächste Schritt ist, auch in visuellen Unterhaltungsmedien die deutsche Sprache auszumerzen« – wobei angesichts von Kunzes Diktion, seiner Rede vom 'deutschsprachigen Musikbeitrag' und von den 'visuellen Unterhaltungsmedien' allerdings zu betonen ist, daß die Besatzer sich mit der Ausmerzerei beeilen müssen, weil die deutschen Liedermacher sonst schneller sind.

Die Härte des Kampfes, den man ohne große Übertreibung einen Vernichtungskrieg nennen kann, resultiert aus der unersättlichen Raffgier amerikanischer Medienkonzerne. Geld, nichts als Geld regiert die Welt: »Je vollkommener es gelingt, die Deutschen an die anglo-amerikanischen Kultur Big-Macs zu gewöhnen, desto höher die Profite der Mediengiganten.« Aus der Profitgier der Mediengiganten wiederum resultiert, daß sie mit Vorliebe fette Beute suchen. Mit Reichtum gestraft, werden die Deutschen nicht nur von den Wirtschaftsasylanten geschröpft, sondern sie fallen obendrein der generalstabsmäßig organisierten Habgier ausländischer Konzerne zum Opfer: «Was die Coca-Colonisierung Deutschlands besonders lukrativ macht, ist der Umstand, daß die Bundesrepublik nach den USA und Japan der wichtigste Markt der Unterhaltungsindustrie ist.«

Wirtschaftskriminalität – davon war bislang die Rede – wird zum Kapitalverbrechen, wenn es sich um Drogen handelt. Betrachtet man die Geschäftspolitik der ausländischen Mediengiganten unter diesem Aspekt, so sind es eigentlich nur noch Nuancen, die ihre Methoden von den Methoden der Drogen-Mafia unterscheiden. Hier wie dort kommt es darauf an, die Nachfrage nach dem Stoff zu wecken, indem man künftige Konsumenten süchtig macht: » Je vollständiger es gelingt, das deutsche Fernseh-Publikum nach amerikanischen Serien süchtig zu machen, desto einfacher wird in der Zukunft das Abkassieren sein. (...) Wer ständig Heavy Metal Rock konsumiert, wer täglich in die Welt von Dallas blickt, wer regelmäßig den japanischen Heidi-Cartoons ausgesetzt ist, verändert sich. Er entwickelt sogar ein Suchtverhalten, das ihn unter Umständen abhängig werden läßt« – während die deutsche Unterhaltungsware mit dem Einmal-und-nie-wieder-Effekt umgekehrt sogar als Entwöhnungsmittel so segensreich wirkt wie im Falle von Freßsucht Weizenkleie oder Lebertran.

Daß die Unterhaltungsdroge im Vergleich zu Heroin als harmlos erscheint, beweist nur ihre besondere Tücke. Statt auf den Körper wirkt sie nämlich auf Geist und Seele ein, wo die größeren Gefahren lauern. »Eine Tafel Schokolade wird vom Käufer bloß verzehrt, ein Film verzehrt aber womöglich seinen Zuschauer. Von der Ware Unterhaltung gehen, wenn sie etwas taugt, Wirkungen aus, die heilsam und gefährlich sein können«, meint Kunze. Andere meinen, deutsche Schokolade von der Qualität des deutschen Films würde auf der Bekömmlichkeitsskala ziemlich nahe bei den Dioxinen liegen, weshalb man auch froh sein muß, daß Kunze sich aufs Zusammenrühren von Texten verlegt hat und nicht beispielsweise Barmixer wurde. – Die heimtückische Wirkung der Unterhaltungsdroge ist als Indiz für ebensolche Absichten ihrer Vertreiber zu werten, und es war daher so vordergründig wie naiv, nur die Profitgier oder den Eigennutz zu betrachten und die Böswilligkeit nicht in Rechnung zu stellen: »Die stetige Umwandlung Westdeutschland in einen Mc Donald-Laden hat nicht in erster Linie wirtschaftliche Gründe«, sondern in Wahrheit handelt es sich darum, eine große Kulturnation auf »das Niveau von Ronnie McDonald, der Barbie-Puppe, Sue Ellen, Michael Jackson und Rambo« hinabzudrücken, auf ein ziemlich niedriges Niveau, denn: »Amerikanische TV-Autoren bekommen die Auflage, so zu schreiben, daß Siebenjährige dem Dialog mühelos folgen können«, während deutsche TV-Texter so schreiben, wie Siebenjährige es täten, mit dem Resultat, daß Siebenjährige das Zeug überhaupt nicht und Erwachsene es nur unter Aufbietung aller Kräfte verstehen.

»Die Amerikanisierung«, schreibt Kunze weiter, »wäre nur halb so bedauerlich, ginge sie nicht mit der Infantilisierung Hand in Hand«, und als schlechter, weil ängstlicher Agitator versäumt Kunze es auch an dieser Stelle wieder, den förmlich mit Händen zu greifenden Zusammenhang plakativ herauszustellen. Wirft die Infantilisierung den Erwachsenen nicht auf eine durch Unmündigkeit und Abhängigkeit geprägte Entwicklungsstufe zurück? Welchen anderen Zweck also könnten die Amerikaner mit der systematischen Infantilisierung der Deutschen verfolgen als die Versklavung dieses Volkes? Hat man die Infantilisierung als Strategie zur Errichtung einer Fremdherrschaft der Amerikaner über die Deutschen durchschaut, so begreift man auch, warum die Amerikaner mit ihr leben können: »Die Amerikaner sind da immer noch besser dran als wir. Sie leben in dieser Trivialwelt, wir stehen daneben. So primitiv die Plastikträume auch sind, in die wir da blicken...«, etc. Als versklavtes Volk dürfen die Deutschen auch nicht auf die Zuneigung der Weltstars hoffen, sondern sie werden von ihnen auf kalt berechnende Art ausgenutzt: «Für amerikanische Stars hat die Bundesrepublik keinen anderen Stellenwert als die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie kommen, wenn ordentlich bezahlt wird.«

In der Kränkung, welche die Weltstars den Deutschen zufügen, indem sie dies traditionsreiche Kulturvolk behandeln wie einen primitiven Wüstenstamm, drückt sich nur aus, daß Deutschland tief gedemütigt wurde, und es wurde gedemütigt vor allem durch den Zwang, die eigene Geschichte und Identität verleugnen zu müssen. Bis zum Gebrauch des Ausrufezeichens steigert sich Kunzes Empörung daher, wenn er die Dominanz amerikanischer Titel in Oldie-Hitparaden zum Anlaß nimmt, mit drohendem Unterton die nationale Schmach zu beklagen, welche für die Deutschen in der Notwendigkeit besteht, Teile ihrer Vergangenheit ablehnen zu müssen: «Die 'Oldie'-Sendungen tun gerade so, als hätte es auch vor 30 Jahren ausschließlich amerikanische Hits gegeben. Wir adoptieren auf diese Weise fremde Erinnerungen (...)

Neidvoll blicken wir in eine Vergangenheit, die uns nie gehören wird.(...) Das Neurotische der Situation wird hier besonders deutlich. Dieser armselige Selbstbetrug, diese öde Schaufenster-Existenz! Sollten wir Deutschen uns nach einer fremden Trivialkultur sehnen, weil wir etwas zu verdrängen haben? Und – gesetzt es wäre so – wie lange kann dem ewigen Zaungast das Unbefriedigende seiner Situation verborgen bleiben?«

III

Müßig, Kunze darauf hinzuweisen, daß er sich wegen des Zeitraums nicht so hätte zieren müssen. Kaum eine Ufa-Schnulze aus der Nazi-Zeit wurde von der ARD und vom ZDF noch nicht gezeigt, die kommerziellen Kanäle senden in dichter Folge die deutschen Heimat- und Schlagerfilme der 50er Jahre. Müßig auch, noch einmal an die Tatsache zu erinnern, daß allen Verschwörungstheorien zum Trotz gerade die Kulturindustrie eine Risikobranche geblieben ist, in welcher das raffinierte Marketing den Erfolg nicht garantiert und daher auch Mediengiganten sich durch Millionen-Flops ruinieren können. Vollkommen absurd schließlich, Kunzes Amerikabild korrigieren zu wollen.

Wie es sich aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Moral nicht empfiehlt, die Vorurteile eines Antisemiten dergestalt als diskussionswürdige Behauptungen zu akzeptieren, daß man sie wie Irrtümer behandelt und den Antisemiten wie einen Unwissenden, so wäre es auch im Falle von Kunze naiv, ihn über das wahre Amerika aufklären zu wollen und dabei in die Rolle des Anpreisers und Rechtfertigers zu verfallen. Auch bei Kunze nämlich, dessen Text wie aus einer Fibel über die Dynamik der Vorurteilsbildung wirkt, leitet sich das Ressentiment nicht von Ahnungslosigkeit her, sondern die starren, monoton reproduzierten Klischees vom BigMac-McDonalds-Plastiktraumland sind ein Produkt der Anstrengung, das bessere Wissen niederzukämpfen. In der klassischen Pose des Antisemiten, den man an der Versicherung erkennt, einige seiner besten Freunde seien Juden, gesteht er: »Von dem Vorwurf, ein Nationalist oder gar ein Amerikafeind zu sein, weiß ich mich freilich frei. Wie mein Schulfreund Harald gehöre ich jener Generation an, die von den GIs mit Kaugummi und Schulspeisung hochgepäppelt wurde und mit Rock around the clock zu begreifen begann, daß Musik mehr sein kann als Musik. Ich bekenne, daß ich als 15jähriger zu den Stammhörern des Soldatensenders AFN gehörte.« Wenn also Kunze argwöhnt, die Sehnsucht nach der fremden Trivialkultur müsse ihre Ursache in einer Verdrängung haben, so trifft er genau die Motive einer mit den Beatles aufgewachsenen Generation, deren Mitglieder heute als deutschtümelnde Aufwärmer von antiamerikanischen Ressentiments aus der Nazi-Zeit zu Verrätern auch an der eigenen besseren Vergangenheit werden, zu Verrätern an der eigenen Jugend, an jener Zeit, als die Gruftis der Gegenwart sich von den Beatles, den Stones, den Doors, Janis Joplin und Jimmy Hendrix zum Protest gegen die Gruftis von damals ermutigen ließen. Unfähig, sich mit dem Alter und der Niederlage abzufinden, betrachtet es diese Generation offenbar als ihren Lebenszweck, in der Gegenwart alle Regungen mit Gehässigkeit zu verfolgen, welche sie an die eigene bessere Zeit erinnern. Nach dem Muster der projektiven Wahrnehmung vermeintlich von einem fremden Gegner bedroht, ist es in Wahrheit diese Generation selber, welche mit unerbittlichem Stumpfsinn die Liquidierung ihrer Geschichte betreibt.

Zur Illustration der Folgen solcher Selbststrangulation soll abschließend ein kurzer Blick auf die Vorstellungswelt von Personen geworfen werden, die unerreichbar durch Argumente und keiner Erfahrung zugänglich in den gängigen Klischees und Stereotypen von McDonalds, Big-Mac, Plastik gefangen sind. Animiert durch Ronald Reagen vielleicht, der so gekonnt und charmant seine Reden mit Anekdoten würzt, hat auch Kunze den Versuch unternommen, als Anwärmer für seinen Artikel eine dieser ergreifenden kleinen Wiedersehensszenen mitten aus dem Leben zu kreieren. Unabsichtlich ist ihm dabei ein treffendes Portrait der Gefühlswüste geglückt, in welcher die antiamerikanischen Ressentiments vornehmlich bei bundesdeutschen Mittvierzigern aus der akademischen Mittelschicht wuchern. Trotz seiner quälenden Weitschweifigkeit und Banalität wird der Schlepper daher hier in vollem Umfang zitiert:

»Auf dem Weg vom Flughafen in die Stadt hatte ich das Autoradio an. I don't wonna go on with you like that. Ich unterhielt mich mit Harald, der nach fast 20 Jahren Los Angeles wieder einmal nach München gekommen war. Don't you know what a night can do, plärrte der Lautsprecher. Harald erzählte mir, wie es ihm ging. It would take a strong, strong man. Er war zufrieden, bis auf das Heimweh. Monkey, monkey. Nach dem Abitur war er auf und davon gezogen, hatte gejobt und sich hochgearbeitet. Simply irresistible. Inzwischen war er sein eigener Chef und, wie er berichtete, sehr erfolgreich. Da-da, da-da, da-di-da. Auf der Autobahn zwischen Weyarm und Hofoldinger Forst zähflie... 'Das finde ich aber toll', sagte Harald, 'daß der AFN jetzt auch die deutschen Verkehrsnachrichten bringt!' 'Wieso AFN?', sagte ich. 'Das ist der Bayerische Rundfunk.' Harald war sprachlos. Er konnte sich nicht vorstellen, daß ein deutscher Sender 20 Minuten lang ausschließlich anglo-amerikanische Popmusik spielt. 'Oh doch', sagte ich, 'eigentlich läuft den ganzen Tag kaum etwas anderes.' Worauf Harald ein Wort sagte, das wie cultural pollution klang, Kulturverschmutzung.«

Zwei Freunde, deren einer als junger Mann nach Amerika ausgewandert ist, treffen sich also nach 20 Jahren wieder. Nichts besseres kommt den beiden in den Sinn, als umgehend den Verkehrsfunk einzuschalten, und keinem fällt es auch nur im Traume ein, den Radaukasten wieder abzudrehen. Sie bilanzieren ihre Leben floskelhaft wie für eine Heiratsannonce oder eine Kurzbewerbung. Die Gleichgültigkeit, die sie gegeneinander empfinden, hat auch ihr Erinnerungsvermögen an die Zeit getrübt, in der sie Freunde wurden. Damals, vor 20 Jahren, waren Pop-Shops und Beat-Clubs die Reaktion

bundesdeutscher Rundfunkanstalten auf eine des deutschen Schlagers überdrüssige Jugend. Die gähnende Leere zwischen ihnen füllen die beiden Zombies dann mit abgekautem Kulturgeschwätz aus. Verbitterten Greisen gleich, welche der Jugend die Lebendigkeit neiden, zerreißen sie sich über die moderne Zeit den zahnlosen Mund, wenn sie giftig über 'Kulturverschmutzung' nuscheln. Und so halten sie, von den Resultaten nur immer mehr frustriert, den Prozeß in Gang, dessen Opfer sie wurden: Den Verrat an der eigenen Lebensgeschichte, den Verrat an der eigenen Jugend.

Ende März werden unter dem Titel »Ein Hauch von Nerz« Pohrts gesammelte Bosheiten wieder in gebundener Form erscheinen. Es handelt sich dabei, wie der Autor in einem Vorwort verspricht, um den definitiv letzten Band dieser Reihe. (Edition Tiamat, Berlin)

Kasten “Michael Kunze” auf Seite 58

deutscher Liedertexter, Schallplattenproduzent und Rechtshistoriker; Dr. jur.

Nachdem er schon während des Studiums Lieder-Texte (meist Antikriegslieder) geschrieben hatte, machte er aus diesem inzwischen schon recht einträglich gewordenen Nebengeschäft Mitte der 60er Jahre seinen Hauptberuf und stieß bald in das erste Glied der Schlagertexter vor. 1969 machte er sich selbständig, entdeckte in Schwabing Peter Maffay und schrieb für ihn den Song »Du«. Peter Orloff komponierte die Musik dazu, und die erste »Goldene« mit einer Million verkaufter Schallplatten war fällig. In den nächsten Jahren bis 1982 folgten nicht weniger als 31 »Goldene«, 2 »Goldene Europa« und eine »Grammy«, der US-Schallplatten-Oscar, bei einer Gesamtproduktion von rund 1.200 Schallplatten. Auflagen mit über 250.000 singles erreichten »Du bist anders«, »Ich hab dich lieb«, »Der Teufel hat den Schnaps gemacht«, »Die kleine Kneipe« und »Ein Bett im Kornfeld«. zu den »Goldenen« zählen so bekannte Titel wie das erwähnte »Du«, »Griechischer Wein«, »Lady Bump« und »Fly, Robin, fly«.

Der Vorstoß nach Amerika gelang K. in seiner Zusammenarbeit mit dem Pianisten, Komponisten und Arrangeur Sylvester Levay, einem ungarischblütigen Jugoslawen, der 1974 im Ausländerlager Zirndorf um Asyl nachgesucht hatte. K. hatte u.a. erkannt, daß von den Sendern fast nur englische Titel gespielt werden und »wenn man aus der musikalischen Provinz Deutschland herauskommen will, dann gibt es eben nur Amerika«. seine Pop-Gruppe »Silver convention« stieß mit dem erwähnten Lied »Fly, Robin, fly« an die Spitze der Hitparade in den USA vor, und um den Erfolg zu festigen, investierte K. 1976 hohe Beträge, nachdem klar geworden war, daß die bislang anonyme Studio-Gruppe auch optisch in Shows präsentiert werden mußte. Seine Lieder wurden neben Maffay ebenso von Udo Jürgens wie von Lena Valaitis, Michael Schanze, Mary Roos, Catarina Valente und vielen anderen gesungen.

Er ist Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft für musikalische Aufführungsrechte (GEMA).

Auszug aus dem biographischen Abriß des Munzinger Archivs«

konkret 03/89, S. 60

Christel Dormagen

Buch des Monats - Die Not und nicht die Lust

Deutsche Literatur von Frauen. Herausgegeben von Gisela Brinker-Gabler, 2 Bände, zus 1153 S. Vorlag C H Beck, München 1988, 116 Mark, einzeln pro Band 63 Mark

»Ich glaube, ich wäre gelehrt geworden, wenn mich die Vorsehung nicht zum Kochtopf bestimmt hätte «
(Friderica Baldinger, 1791)

University of Hawaii at Manoa, Honolulu, Ohio State University, Seishin-Frauenuniversität Tokyo, Trinity College Dublin, Universität von Kentucky, Lexington, Amherst College, Universitäten von Palermo, Amsterdam, Tel-Aviv, Caen, Lille 3, Perugia, Paris 7, Christchurch Neuseeland, Florenz...

Seit europäische Bewegungssüchtige nicht mehr nur aus Spaß an der Freude verreisen dürfen, sondern eine vernünftige Rechtfertigung benötigen, führen sie, mehr oder weniger hochgreifend theoretisch, den Nutzen ins Feld, den das Studium der Fremdheit der Fremde verspricht. Noch jünger ist die elegant-intellektuelle Umkehrung des Verfahrens: Der Blick aus der Ferne auf die Heimat soll Erkenntnisgewinn garantieren; naturwüchsig Selbstverständliches erscheint aus räumlicher Distanz fragwürdig.

Von den gut 50 Autorinnen (da sind die vier Männer mitgemeint) des zweibändigen Werks »Deutsche Literatur von Frauen« besitzt rund die Hälfte qua Wohn- und Berufs-Sitz (s.o.) diesen fremden Blick. Das verspricht viel, gerade weil sie fast alle deutscher Abstammung sind.

Und es hält auch viel, dieses Mammutunternehmen von fast 1200 Seiten. Zusammengestellt hat es die Literaturwissenschaftlerin Gisela Brinker-Gabler, die seit den 70er Jahren, dem Beginn also der Neuen Frauenbewegung, sich beruflich mit weiblicher Literaturproduktion beschäftigt und auch vielfach als Herausgeberin literarischer und theoretischer Texte von Frauen fungiert hat. Brinker-Gabler hat sich, und das ist eine gute Entscheidung gewesen, für eine quasi chronologische Reihung von Einzeldarstellungen entschlossen. In den meisten Fällen richten sich die Themen der Aufsätze nach den im weitesten Sinne unterschiedlichen Literaturformen der aufeinanderfolgenden Kulturepochen. Es geht also im ersten Band, der von den Anfängen bis zum 18. Jahrhundert reicht, um höfische und geistliche Autorinnen, um Mystikerinnen, gelehrte Frauen, frühe Naturwissenschaftlerinnen und Pietistinnen, um lyrische und aufklärerische Texte, um Briefkultur und Theaterproduktion, um Journale und Romane; dazwischen sind einige wenige Einzelporträts von Schriftstellerinnen gesetzt.

Der zweite Band, der sich allein in seinem letzten Beitrag mit den jüngsten ästhetischen Theorien über weibliche Kunstproduktion auseinandersetzt, führt als neue Gattungen u.a. zusätzlich Reiseliteratur, Autobiografien, Tagebücher, Heimatromane, journalistische und politische Texte sowie den Essay ein.

Man sieht schon in dieser groboberflächlichen Reihung: Die Darstellung richtet sich an Bewährtem aus. Die Quadratur des Kreises kann eine weibliche Literaturgeschichte eben nicht bewerkstelligen; auch wenn die Herausgeberin im Vorwort ihre Grundkonzeption so beschreibt: »Was den Begriff 'Literatur' betrifft, so ist es meines Erachtens für die Untersuchung des literarischen Beitrags von Frauen weder sinnvoll, die Perspektive durch eine Vorstellung von 'Literatur als Kunst' noch durch ein Konzept 'weibliches Schreiben' einzugrenzen«.

Literaturgeschichten unterliegen, zumal wenn sie einem einzigen ordnenden Kopf entstammen, immer einem einheitlichen Deutungsprinzip, ob ausdrücklich oder uneingestanden. Anders läßt sich die Fülle heterogensten Materials gar nicht bändigen – schließlich müssen irgendwie Walther von der Vogelweide, Robert Musil und Max von der Grün zusammengebogen werden. Und ebenso nun auch Hildegard von Bingen, Anna Seghers und Elfriede Jelinek. Das oberste Ordnungsprinzip des vorliegenden Grundlagenwerks ist schon auf den Buchdeckel gesetzt: das Geschlecht als Auswahlkriterium. Und es ist sicher sinnvoll, nicht von vornherein die Kunstgrenzen solcher Überblicks- und Orientierungswerke allzu eng zu setzen: Weder ist bislang, trotz Hegel und Adorno, endgültig entschieden, was eigentlich Kunst an einem literarischen Kunstwerk sei, noch haben die feministischen Theoretikerinnen herausgefunden, was das spezifisch Weiblich-Andere an der Kunst von Frauen sei – die Klügsten haben ohnehin lieber gar nicht erst versucht, bündige Definitionen zu postulieren.

Daß nun also diese Literaturgeschichte, quasi ohne Ansehen der Kunsthaftigkeit der jeweiligen Schriftwerke, aber ausdrücklich mit Ansehen der Person entstanden ist, scheint mir als Korrektur der traditionellen Literaturgeschichtsschreibung durchaus sinnvoll zu sein. Schließlich ist auch diese in der Regel geschlechtsspezifisch verfahren. Den Leserinnen selbst dieses geschätzten Blattes (von Männern für alle?) wird der Sachverhalt nicht entgangen sein. All die Literaturgeschichten, nach denen ich zum Beispiel während meines Studiums gelernt habe, waren, so scheint mir im Rückblick, bemerkenswert geschlechtsmonoton.

Zur übernommenen Gattungsorientheit läßt sich sagen, daß die »Gattungen« – heute heißen sie funktionsneutral »Textsorten« – sich als hermeneutische Hilfsbegriffe im Umgang mit Literatur bewährt haben und ihrerseits ja auch wieder zurückwirken auf das Schreiben: Nicht zuletzt die beinahe erschreckende Massenproduktion von Gedichten und Romanen in der Neuen Frauenbewegung zeugt von der praktischen Wirksamkeit eingesessener Sprachformen. Daß der heilige Kanon anerkannter literarischer Formen durch den Einzug weiblicher Textproduzenten um solche »Gebrauchstextformen« erweitert worden ist, die bis dato als 'unter dem Strich' galten – zumal wenn sie von Frauen stammten – Tagebücher also, Briefe und die frühen Schundromane, muß ihm dennoch nicht unbedingt schaden.

Literaturgeschichten waren von jeher ermüdend. Kein Mensch, glaube ich, liest sie in einem Rutsch von vorn bis hinten – außer in Prüfungs- oder in Rezensionsnöten. Ich hatte mir deshalb vorgenommen, aus Pflichtbewußtsein, erstmal nur den ersten Band insgesamt zu lesen, da ich den zweiten, den der literarischen Neuzeit und Gegenwart, für spannender hielt. Ich habe mich dann doch noch an den zweiten Band gemacht und fand mein Vorurteil zu meinem eigenen Mißbehagen in großen Teilen widerlegt.

Vermutlich ist die Bereitschaft, sich etwas sagen zu lassen, umso größer, je fremder einem der Forschungsgegenstand ist. Das hieß umgekehrt: Je näher die Darstellungen an die Zeit rückten, in der ich mich als Leserin ein wenig besser auskenne, umso empfindlicher nahm ich Mängel wahr. Wenn 30 Wissenschaftlerinnen Einzelbeiträge zur weiblichen Textproduktion der Moderne schreiben, dann muß ich mich leider fast ebenso oft, da jede sich erneut an ihren Gegenstand heranschreibt, durch inzwischen kanonisierte Stereotypen feministischer Literatur- und Lebensdeutung hindurchlesen, die da etwa lauten: Frauen waren und sind das unsichtbare, das stumme Geschlecht; sie hatten und haben keinen selbstverständlichen Zugang zur kulturellen Öffentlichkeit. Das ist ja richtig, aber die stete Wiederholung dieses Mangel-Diskurses hat etwas Peinlich-Schamvolles. Und es ist auch nicht förderlich.

Wenn nämlich dieses Theorem nicht jeweils mit dem vorliegenden konkreten Thema entfaltet und verknüpft wird, so daß womöglich ein neuer Gedanke herausspringt; wenn es vielmehr als litaneihaftes Apriori, als einverständnis- und bonusheischender Refrain vorausgeschickt wird. Interessant dagegen, wie differenziert eine mir unbekannte Schriftstellerin diesen Tatbestand vor bereits 130 Jahren formulierte: »Welchen Aufwand von Edelsinn bedarf der Dichter um einen jüdischen Helden in die Gleichheit der Menschenrechte einzusetzen. Zu welchem Engel muß er die Frau erheben, wenn sie außerhalb der romantischen Unwahrheit interessieren soll. Mit welch innerem Luxus muß er einen Nichtbesitzenden ausstatten, damit ihm der äußere Mangel verziehen wird. All diese Paria's muß er erst in die Anerkennung einkaufen; denn wenn auch das Bewußtsein sich nicht mehr auflehnt, so fordert doch die Gewohnheit ihren Judenschutz« (Louise Dittmar).

Ähnliches geschieht mit neueren Interpretationsklischees. Fast alle Aufsätze, die sich das 18./19. Jahrhundert vorgenommen haben, präsentieren den feministischen Standard-Soziologismus vom »Wandel der bürgerlichen Familie seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, ihrer Aufspaltung in das öffentliche Geschäft des Mannes und die private Sphäre der Familie«. Hundertmal vorgebetet, tausendmal nachgebetet, glaubt man schließlich dieser Behauptung nicht mehr. Und erst eine zeitgenössische Originalaussage versöhnt wieder: »Ich gestehe es recht gern selbst ein, wenn alle Frauenzimmer thun wollten, was ich izt thue, so gäbe dies in unserer guten Welt eine Unordnung, die nicht zu ertragen wäre! Indessen giebt es ja doch keine Regel ohne Ausnahme. – Ich theile meine Stunden ein, gehe nur selten in Gesellschaften, besorge hurtig meine kleinen Hausgeschäfte, habe keine Kinder, und es bleibt mir zu dieser Arbeit (als Zeitschrift-Herausgeberin) immer noch Zeit übrig« (Marianne Ehrmann). Oder, noch sehr weniger klug-weiblich-anpasserisch, die Gottschedin, die an ihre Freundin schreibt: »Hier muß ich meinen Kopf täglich mit wahren Kleinigkeiten, mit Haus- und Wirtschaftssorgen füllen, die ich von Kindheit an, für die elendesten Beschäftigungen eines denkenden Wesens gehalten habe; und deren ich gern entübriget seyn möchte. Allein ein wesentliches Theil der vorzüglichen Glückseligkeit des männlichen Geschlechts, sollte in der Ueberhebung dieser nichtsbedeutenden Dinge bestehen; und wir dürfen nicht wider das Schicksal murren, daß uns diese beschwerlichen Kleinigkeiten vorbehalten hat.«

Literaturwissenschaftler und Literaturwissenschaftlerinnen müssen eh eine besondere Spezies Mensch sein. Es ist ja nie das einzelne literarische Werk, das sie erregt und herausfordert; Antrieb ihres Forschungsdranges ist vielmehr der Ordnungssinn. Nicht das Individuelle beglückt sie, sondern Übereinstimmungen, Ähnlichkeiten, Typisches. Einzelerscheinungen werden in Oberbegriffe und Systeme gebündelt und abgeheftet. Im schlimmsten Fall werden Konkretionen unterm Abstrakta-Müll begraben – »In 'Kein Gedicht' leistet sie eine Aktualisierung des romantischen Androgynen-Gedankens für den privaten Binnenraum, die aber angesichts der desolaten Lage der Frau um 1841 durchaus politische Valeur hat« – ; oder das lebendige Werk wird erschlagen von einem wüsten synkretistischen Wissenschaftsjargon: »Richtschnur für Auswahl und Akzentsetzung waren die zeitgeschichtlichen Kommunikationsräume mit ihren Wissens-, Sinn- und Wertsystemen unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterrelationen und -rollen sowie der schichtenspezifischen Kommunikationsmodi, die die Wahrnehmungs- und Deutungsweisen organisieren.«

Hin- und hergeschleudert zwischen Sätzen wie: »Die Funktion der Zeitschrift als diskursintegratives Medium wird von XY geschickt genutzt« einerseits und solchen Erkenntnispreziosen wie: »In Sätzen, die dem assoziativen Denken

nachempfunden sind, reiht die Autorin die einzelnen Gedanken wie Perlen aneinander«, bedroht vom Wissenschaftsfuror einerseits und nachempfundener Sensibilität andererseits, ließ ich mich zu Niederem verleiten. Mit dem Bleistift markierte ich sprachliche Unzulänglichkeiten oder vielmehr rein grammatische Fehler, – vom Ärger beseelt: Wer nicht richtig schreiben kann, wird auch nicht genau denken.

Und es muß leider gesagt werden. Unsere neueren Literaturwissenschaftlerinnen sind grammatikalisch und logisch weniger gut gerüstet als ideologisch. Und wenn die feministische Wissenschaft Sätze wie den folgenden in einem Aufsatz über höfische Autorinnen des 12. Jahrhunderts zutage fördert: »In ihrer sexuellen Freiheit wurden die Frauen empfindlich behindert«, ohne jede historische Relativierung, geschweige denn Erläuterung, was unter sexueller Freiheit im Mittelalter zu verstehen sei, dann bezweifle ich gelegentlich auch ihre Ideologietüchtigkeit; Anlaß zu berechtigter Unzufriedenheit.

Früher hing ich der Hypothese an, Pilotarbeiten seien von der Natur der Sache her eher undifferenzierter als ihre Folgeforschungen, da sie einen neuen, noch amorphen Gegenstand erst einmal sehr global zu konturieren versuchen. Auch dieses Vorurteil scheint mir durch manchen der versammelten Aufsätze widerlegt. Nach der Lektüre des Kapitels über Sophie von La Roche habe ich mir noch einmal Silvia Bovenschens glatte zehn Jahre älteres Buch »Die imaginierte Weiblichkeit« hervorgeholt. Ihre exemplarische Darstellung einer widersprüchlichen weiblichen literarischen Existenz gegen Ende des 18. Jahrhunderts führt vor, was Literatur- und Kulturwissenschaft sein kann, wie sich aus der trocken-genauen Analyse konkreter Quellen eine erstaunlich neue und regelrecht spannende Theorie über Kunst und Realität entfalten läßt.

So weit es den umfassenden Wissenschaftsbiografien – überhaupt sind die zwei Bände in dieser Hinsicht sorgfältig und gebrauchsfreundlich ausgestattet mit Register, Literaturhinweisen, Anmerkungen – zu entnehmen ist, sind fast alle Autorinnen Spezialistinnen für den von ihnen gewählten Forschungsbereich. Das garantiert zwar Faktenfülle, aber eben wohl doch nur in seltenen Fällen Gedankenglanz. Vielleicht rücken ja im Gefolge der akribisch-hochfliegenden Pionierinnen bald die braven Fliegenbein- respektive Frauenwortzählerinnen nach.

Nur wenige Aufsätze entwickeln neue Deutungshypothesen oder reflektieren ihren Gegenstand grundsätzlicher. Das ist – ich weiß – ein ungerechter Vorwurf, der nur aus der unangemessen hohen Erwartung einer Parteilichen zu erklären ist: Die erste umfassende, grundlegende Geschichte weiblichen Schreibens soll doch bitteschön nicht nur lauter ungehobene Schätze präsentieren, nicht nur avanciertester ästhetischer Theorie mächtig sein, nicht nur glanzvoll darstellen können, sie soll außerdem auch noch dies alles ganz anders und ganz neu und sehr lustvoll vorführen.

Der Beitrag von Christa Bürger, thematisiert diese gemeine Falle, die Frauen gestellt wird und die sie unvermeidlich sich selber stellen. Ich zitiere deshalb sehr ausführlich: »Daß die Geschichte allemal die der Sieger ist, trifft vielleicht in einem viel unwiderruflicheren Maß zu, als wir zuzugeben bereit sind ... Die Literaturwissenschaft muß, in der einen oder anderen Weise, die Ungerechtigkeit der Geschichte wiederholen, ob sie, aus Unkenntnis des vergessenen Werks, deren Urteil nur immer wieder bestätigt, oder ob sie im Bemühen um Wiedergutmachung einem Werk eine Bedeutung zuspricht, die es nie gehabt hat.... Versuche, das literarische Werk von Schriftstellerinnen vor dem Vergessen zu retten, haben daher immer wieder ihre Grenze gefunden an diesem Werk selbst. Der einzig mögliche Versuch einer Wiedergutmachung historischen Unrechts scheint mir daher darin zu bestehen, daß man sich auf die Texte einläßt, ohne sie zu Meisterwerken zu stilisieren... Nur wenn wir die historischen Bedingungen ihrer Arbeit kennen, sind wir in der Lage, die konkrete Leistung von Schriftstellerinnen der Vergangenheit noch in ihrem Scheitern anzuerkennen.«

Diese Erkenntnis eines unaufhebbaren Dilemmas läßt sich, wohlwollend, eben auch auf die vorliegende Literaturgeschichte übertragen. Ohnehin sollten solche Nachschlagewerke nicht Endziel der Beschäftigung mit Literatur sein, sondern ihr Ausgangspunkt. Und dafür bieten die Beiträge dann doch mehr als genug Verlockungsmaterial, und sei es, daß man unwillig zu den Originalen greift.

P. S. Nochmal zurück zum Anfang und zum fremden Blick der Autorinnen, die über die halbe Welt verstreut forschen. Bei genauerem Nachdenken scheint es mir doch eher so, daß die Not und nicht die Lust sie fortgetrieben hat. Und das hat wohl immer noch mit den Beschränkungen weiblichen Arbeitens und Lebens, selbst im ausgehenden 20. Jahrhundert, zu tun. Die guten Plätze an den ehrwürdigen deutschen Universitäten sind halt vergeben. Und es ist kein Geheimnis, daß Männer sie besetzt halten und den Frauen nur widerwillig Platz einräumen. Da müssen die Frauen sehen, wo sie bleiben können: Am Kochtopf zwar nicht mehr notwendig, aber dafür in Neuseeland oder Honolulu. . .

konkret 03/89, S. 64

Matthias Altenburg

Ich habe gelesen

Eine Orgel braust. Alle Seelen fliegen hoch. Die Bauern binden goldene Garben. Der Himmel ist blendend blau. Bloß am Horizont eine winzige schwarze Wolke. Die Autorin sitzt am Fenster am Schreibtisch. Sie hat ein Kleid an mit lauter Bändern und Schleifen. Sie schreibt ein Buch. Sie schreibt über die kleine, schwarze Wolke.

Sie hat mich wieder verführt. Wieder habe ich eine Nacht mit Christa Wolf verbracht. Und wieder habe ich mich am Morgen danach mickrig, schmutzig und betrogen gefühlt. Nach meinen Erfahrungen mit dieser Autorin hätte ich es vorher wissen müssen. Aber wer ist schon immer so sehr bei sich, daß er sich einer suggestiven Rede entziehen kann? Wer wäre nicht versehrt genug von den Zumutungen des Alltags, daß er sich nicht gelegentlich gerne zurückfallen ließe – und sei es in einen Kessel Buntes? Und wer käme schon auf den Gedanken, einer Droge zum Opfer gefallen zu sein, wenn er doch nur das Buch einer Autorin gelesen hat, der man nachsagt, daß sie klug, sensibel und eine Freundin der Menschen sei? Aber wie so viele öffentliche Behauptungen ist auch diese eine Lüge. Das vorweg – damit ihr wißt, wo ihr dran seid – von einem, der mitgelogen hat.

»Sommerstück« (Luchterhand, 224 Seiten, 29,80 Mark) wird im März zum 60. Geburtstag von Christa Wolf ausgeliefert. Nein, »Sommerstück« wird nicht einfach wie andere Bücher ausgeliefert, es wird von der Autorin, wie der Verlag mitteilt, »jetzt erstmals zur Veröffentlichung freigegeben«. Damit wird signalisiert, daß wir es hier nicht mit einem x-beliebigen Text zu tun haben, sondern mit einem, der es in sich hat, mit einem Text, an dem besonders lange, mit besonderer Sorgfalt gearbeitet, nein, gefeilt wurde. Mit einem Text, der womöglich Brisantes enthält.

Ergo gehts auch gleich in die Vollen und ums Ganze. Wahrheit, Endlichkeit, Wunder, Zauber, Leben. Und das schon auf der ersten Seite. Obwohl uns die Autorin ein paar Zeilen zuvor noch glauben machen wollte, daß ihr und »allen Freunden jenes Sommers« nichts so fremd gewesen sei wie die sogenannten Menschheitsfragen. »Davon wußten wir nichts. Wir wußten, wir wollten zusammen sein.« Aber wer will schon zusammen sein, ohne die Weihen der Abstrakta. Und wer ist eigentlich wir? Antwort: »Alle Figuren in diesem Buch sind Erfindungen der Erzählerin, keine ist identisch mit einer lebenden oder toten Person. Ebensowenig decken sich beschriebene Episoden mit tatsächlichen Vorgängen.« Das heißt: Ellen ist nicht Christa und Jan ist nicht Gerhard Wolf; Bella ist nicht Sarah Kirsch und Steffi nicht Maxi Wander. »Doch werden Sie«, hofft der Verlag augenzwinkernd, »beim Lesen Ähnlichkeiten mit bekannten SchriftstellerInnen erkennen«. Eben! Schließlich kann man uns Kennern der Szene nichts vormachen. Wo wir fast selber dabeigewesen wären, damals, in jenem »Jahrhundertsommer« nach dem »schlimmen Winter«, als Wolf ausgebürgert wurde. Die Sarah hat es doch auch schon aufgeschrieben. Und außerdem wissen wir ja, daß die Christa und der Gerhard ein Häuschen im Mecklenburgischen haben und daß es da mal gebrannt hat.

Weiter im Text, der so gar keine Geschichte werden will. Denn Christa Wolf hat nichts zu erzählen; der Handlungsablauf ihres Textes hat die Dynamik einer Litfaßsäule. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn wir als Ausgleich für fehlende Bewegung mit Deskription entschädigt würden. Aber statt exakter Beschreibungen, bekommen wir Befindlichkeiten aufgetischt. Statt ihre Gegenstände, ihre Figuren mit Behutsamkeit und Neugier zu erkunden, behauptet die Autorin Seelenzustände. Ihr Dilemma ist bloß, daß sich »schwarz« und »tote< nicht steigern lassen. Aber wer weiß, vielleicht brächte sie auch das noch fertig. Schließlich gibt es bei ihr auch »wirklichste Vorgänge«. Von denen allerdings ist wenig die Rede. Man fährt über Land. Man bestellt den Garten. Man löscht einen Brand. Man spielt Theater. Man sorgt sich um die kranke Freundin. Und ansonsten leidet man. Man leidet schrecklich. Man leidet an allem. Bloß woran, das vermögen wir nicht so recht zu begreifen. Wie auch, wenn die Autorin es uns nicht erzählt. Sie arbeitet wie jeder Hochstapler: Sie kommt uns mit den großen Dingen, ohne uns über die kleinen zu informieren. Sie protzt mit Schwermut. Sie geht spazieren mit ihrem Jammer, wie ein Exi mit seinem Hammer. »Der Abgrund von Trauer, in den sie wieder stürzte«. »Ist dir was? fragte Jan sie leise«. »Ja, sagte Ellen. Der Mensch ist geheimnisvoll«. »Halbwahr der Ausdruck, mit dem ich ihr übers Haar streiche. Wahr nur die Tränen«. Wenigstens das verstehen wir, denn das wissen wir ja aus dem Schlager: Tränen lügen nicht.

Mag schon sein, daß die Welt des Teufels ist. Aber ist das ein Grund zum Flennen? Warum bläst die Autorin Trübsal statt Attacke? Warum sagt sie nicht: Christenheit steh auf, deinen Herren zu rächen!? Weil der »arkadische Schmock«, wie Benjamin solche Bücher nannte, sich besser verkaufen läßt. Weil man Buchhändlerinnen mit der »Lucinde« kirre macht, nicht aber mit den »Wahlverwandtschaften« .

Nach »Kindheitsmuster« hat Christa Wolf kein Buch mehr geschrieben, das nicht dem Programm einer Überrumpelungsästhetik gehorchen würde. Die Autorin will keine Leser, sie braucht eine Gemeinde. Man muß ihr glauben oder sie bekämpfen. Christa Wolf ist nicht nur die gesamtdeutsche Heulsuse, sie ist auch eine literarische Terroristin.

.

Man bekommt Hunger auf Exaktheit nach dieser Lektüre, Hunger auf Hrabal. Wo Christa Wolf hochtönt, stapelt der Tscheche tief. Wo Christa Wolf ihre Banalitäten mit Tiefsinn aufpumpt, läßt Hrabal die Luft raus. Er tut so, als würde er plappern. Er tut so, als habe er nichts zu sagen. Aber schon nach den ersten Sätzen gerät man ins Stolpern. Und das kann man ja wohl verlangen von einem guten Buch, daß man auf die Fresse fliegt mit den eigenen Erwartungen und Vorurteilen, daß man nicht behelligt wird mit dem unausgegorenen Gebräu, das man selbst im Kopf hat. Wer sich wiedererkennen will, soll in den Spiegel schauen.

»Fünfunddreißig Jahre arbeite ich in Altpapier, und das ist meine Love story«. Ein Autor, der mit solch einem Satz seine Erzählung (Bohumil Hrabals Bücher erscheinen bei Suhrkamp) beginnt, kann erwarten, daß man ihm zuhört. An diesem Satz knabbert man länger als an 250 Seiten Christa Wolf.

Hrabal führt uns in die Unterwelt. Er stößt uns in die Spelunken und Keller, in die Schächte und Kanäle. Er ködert uns mit den sympathischen Seiten seiner Helden, um uns sogleich mit ihren Abscheulichkeiten zu verschrecken. Wenn wir gerade noch denken, daß es profaner ja wohl nicht geht, läßt er Kant und Jesus als leibhaftige Figuren auftreten, um sie ebenso schnell wieder im gefräßigen Maul seiner Geschichte verschwinden zu lassen. Die Menschen seiner Erzählungen werden beschrieben, nicht vorgeführt. Es sind gebildete Arbeiter, trotzige Melancholiker, einsame Nymphomaninnen, sanfte Barbaren, verliebte Fickfrösche, unwürdige Greisinnen, großmäulige Zweifler und sensible Schlächter. »Ein Mensch, der etwas auf dem Kasten hat, so einer ist auch nicht human, nicht, weil er es nicht wollte, sondern weil das dem richtigen Denken zuwider ist.« Wenn der Altpapierpacker Hanta diesen Satz immer aufs Neue variiert, so klingt das, als wolle er sich stark machen gegen seine eigene Sentimentalität. (Denn es sind ja immer die, die noch die letzte Flasche Schnaps mit einem teilen würden, die von sich behaupten, sie seien unnachgiebige Egoisten. Jawohl, sagen sie, das einzige auf der Welt, was mich interessiert – komm, trink noch einen Schluck – , das bin ich.) Aber weil durch Hanta der Autor spricht, darf man vermuten, daß dieser Satz auch ein Affront gegen eine Ästhetik ist, die dem Künstler Menschenliebe als Haltung abverlangt. Als wäre es nicht egal, ob der die Menschen mag, oder ob er es lieber gesehen hätte, der Herrgott hätte schon den sechsten Schöpfungstag verschlafen. Denn ob ein Künstler Philanthrop oder Misanthrop ist, er muß die Menschen zeigen, wie sie sind. Nur das ist menschlich. Ob das dann auch human ist, hat ihn nicht zu kümmern. »Herr Nejedlo. . . litt ebenso wie Vladimir unter Strangulationszwang, er trank schrecklich gern und hängte sich einmal im Vierteljahr an einer Klinke auf, während seine Frau über die Pawlatsche kam, so daß sie ihn rechtzeitig losbinden konnte, er hatte herrlich braune Augen, wie ein Reh und er hatte uns gern.« Das wird so beiläufig erzählt, als handele es sich um einen kleinen Tick, so als würde berichtet, jemand habe die Angewohnheit, seine Zigarette, bevor er sie ansteckt, feucht zu lecken. »Unsereiner muß für sowas jahrelang büffeln, und... diese Bestie, der sagt das nur so, beim Spazieren, als würde er rotzen.«

»Wir arbeiten nicht und haben auch nicht vor, irgendwann zu arbeiten«, sagt Hrabal über sich und die Künstler im Sozialismus. Aber ich glaube, daß er diesen Satz nur geschrieben hat, damit mir doch noch eine halbwegs elegante Überleitung gelingen möge.

»Arbeiten wir, um zu leben, oder leben wir, um zu arbeiten?« hieß der Schulaufsatz, bei dem ich so kläglich versagt habe, wie bei keinem zuvor oder danach. Wie hätte ich diese Frage auch beantworten sollen, ich, der ich doch höchstens mal samstags die Straße gefegt und mal beim Abwaschen geholfen hatte? Irgendwas von Selbstverwirklichung werde ich wohl gestammelt haben, in der Hoffnung, daß der Lehrer das schon würde hören wollen. Jetzt habe ich Rauters Streitschrift »Wofür arbeiten wir eigentlich?« (Rasch und Röhring, 180 Seiten, 24 Mark) gelesen und weiß es besser: Wir arbeiten um zu sterben.

Ernst Alexander Rauter ist ein unbefugter Schriftsteller. Ginge es nach dem Reglement der akademischen Elite, bräuchte man auf ihn nicht zu hören. Rauter ist weder Professor noch ist er Doktor. Er hat nicht studiert, noch nicht einmal sein Abitur gemacht. Er war Hirtenjunge und Schriftsetzer, Straßenmaler und Fremdenführer. Rauter ist ein unbefugter Schriftsteller. Und das sind diejenigen, sagt Marx, die unsere Literatur gemacht haben. Aber wer war schon Marx?

Während Kroetz in seiner Rolle als Baby Schimmerlos aufgegangen ist, während Enzensberger sein Hosianna auf den Status Quo singt, und während Walser in Wildbad Kreuth vor den CSU-Oberen nur noch Nationen zu kennen vorgibt, tut Rauter das, was die inspirierten Trottel seiner Branche schon lange nicht mehr tun: er recherchiert, er denkt und beginnt erst dann mit dem Schreiben. Während ehemalige Enragées, die nie geglaubt haben, was sie eine zeitlang meinten meinen zu müssen, sich längst zur Elite dieser Republik zählen – was wunder in einem Land, wo die selbstgewählte Verblödung so hoch bezahlt wird – setzt Rauter weiter auf Demokratie. Man merkt es seiner Sprache an. Er sagt Bürgerkrieg, er sagt Dogma, sagt Wahnsinn und meint die Art, wie wir leben. Wenn er es uns erklärt, verstehen wir nicht, warum wir jemals andere Worte hatten dafür. Wir beginnen, danach zu fragen, wer ein Interesse daran hat, das, was uns entmündigt, Freiheit zu nennen. Wir beginnen zu verstehen, welche Auswirkungen die Macht der Obertanen auf die Ansichten der Untertanen hat. Rauter wiegelt uns zur Klugheit auf.

Rauter gehört zu den – na, sagen wir mal: – hundert Autoren in diesem Land, die noch bei Trost sind. Das heißt, er ist ein Zauberer. Mit ein paar Sätzen räumt er den Schutt beiseite, der uns, nüchtern wie wir glauben zu sein, die Wahrnehmung verstopft. Seine Worte aktivieren den kleinen Rest in unseren Köpfen, der noch in der Lage ist, einen schönen Gedanken zu formen, ein klares Bild zu entwerfen. Rauter ist ein Zauberer. Und weil er Demokrat ist, sind seine Tricks durchschaubar.

konkret 03/89, S. 66

Klaus Höpcke; Uwe Klußmann

»Drucken und Nichtdrucken«

Die DDR, jahrzehntelang gescholten wegen ihrer Gefolgschaftstreue gegenüber der KPdSU, sieht sich nun dem Vorwurf ausgesetzt, dem Moskauer Vorbild nicht folgen zu wollen: nix Glasnost, nix Perestrojka. KONKRET-Mitarbeiter Uwe Klußmann befragte den stellvertretenden Kulturminister der DDR, Klaus Höpcke, der in der Bürgerpresse als Oberzensor der DDR-Literatur gilt

KONKRET: Herr Höpcke, Sie haben sich in Reden, Rezensionen und zwei Büchern gegen »Priester der Schönfärberei« gewandt, »schöpferische Unruhe« und eine Aufarbeitung der »entsetzlichen Verbrechen« der Stalinzeit gefordert und davor gewarnt, in der sozialistischen Gesellschaft »Widersprüche zuzuschmieren«. Sind Sie der kulturpolitische Gorbatschow der DDR?

Höpcke: Ich bin Stellvertreter des Ministers für Kultur, und wir verwirklichen auch auf kulturellem Gebiet die Politik der SED, die auf mehreren Parteitagen im Laufe der siebziger und achtziger Jahre beschlossen wurde. Diese Politik enthält Elemente, die in der sowjetischen Kulturpolitik der letzten Jahre stärker zum Tragen kommen. Dazu gehört das Konzept der Weite und der Vielfalt der Stoffe, Themen und der Gestaltungsweisen. Wenn sie in ihrer zugespitzten Fragestellung Verwandtschaft zwischen dieser Kulturpolitik der SED und den Prozessen entdecken, die sich nach dem 27. Parteitag der KPdSU in der Sowjetunion vollziehen, werde ich dem nicht widersprechen, sofern Sie und ich auch die teilweise beträchtlichen Unterschiede zwischen der Praxis hier und der Praxis dort mit ins Auge fassen. Eine solche personelle Akzentuierung aber, wie Sie sie versuchen, ist von den Größenordnungen und anderen Verhältnissen her (objektiven Erfordernissen, subjektiven Voraussetzungen) nicht angebracht.

Zu der in Ihrer Frage steckenden Anmaßung lasse ich mich also nicht verführen. Betonen aber möchte ich die enge Verbundenheit, die wir in unserer Zusammenarbeit mit den sowjetischen Kommunisten und Kollegen praktizieren. In ihr bewährt sich die internationalistische Solidarität, die zum Wesen unserer Partei gehört. Die Freundschaft mit der Sowjetunion zu beeinträchtigen, kommt für uns auch bei Betonung unserer eigenständigen Besonderheiten und bei kritischen Diskussionen nicht in Frage. Wir sind vielmehr, wie Erich Honecker Anfang Dezember 1988 auf der 7. Tagung des ZK der SED betonte, »gestützt auf die Gemeinsamkeit der Ansichten zu den prinzipiellen Fragen der Außenpolitik und des sozialistischen Aufbaus, auch künftig entschlossen, den bereits erreichten Stand in der Entwicklung der in ihrer Intensität und Vielfalt beispiellosen deutsch-sowjetischen Beziehungen, deren Herzstück die enge Kameradschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus ist, weiter zu erhöhen«.

Noch ein Wort zu dem Stalin-Bezug in Ihrer Frage: Die Zeit, in der Stalin die dominierende Figur in der sowjetischen und nicht nur der sowjetischen Politik war, ist durch eine Reihe von wichtigen historischen Vorgängen zugunsten des Sozialismus gekennzeichnet und zugleich von einer Reihe von abscheulichen Verbrechen. Das sind sehr kompliziert miteinander verwobene, gegeneinander stehende Erscheinungen.

KONKRET: In unseren Feuilletons galten Sie bisher als der Oberzensor und Großinquisitor der DDR-Literatur, der entscheidet, was in der DDR gedruckt werden darf und was nicht.

Höpcke: Was gedruckt werden darf, entscheidet, wie in aller Welt und in erster Linie, der Verleger, natürlich auch im Ergebnis der Arbeit seiner Lektoren und des Cheflektors. Es gibt bei uns die Praxis, daß die Verlage sich vor der Drucklegung eines Werkes mit dem Ministerium für Kultur ins Benehmen setzen. Auf dem X. Schriftstellerkongreß der DDR im November 1987 gab es in der Rede von Hermann Kant, in Diskussionsbeiträgen von Günter de Bruyn, Christoph Hein, von mir, vom Leiter des Aufbau-Verlages, Elmar Faber, und anderen Anregungen, die Druckgenehmigungspraxis weiter zu vereinfachen. Darüber haben wir unlängst beraten. Wir werden Schritte unternehmen, um die Verantwortung der Verlage weiter zu erhöhen.

KONKRET: Brecht forderte 1951, es dürfe für die Drucklegung von Büchern nur eine Einschränkung geben, für Schriften, die »den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen« und Völker gegeneinander aufhetzen.

Höpcke: Genau das ist die Einschränkung, die ganz strikt gilt, aber solche Schriften werden uns eigentlich überhaupt nicht angeboten. Deswegen ist es auch kein Problem, das uns bewegt.

KONKRET: Antifaschismus ist immer ein Grundbestandteil der DDR-Literatur gewesen. Anna Seghers' »Das siebte Kreuz«, Bruno Apitz' »Nackt unter Wölfen« und Hermann Kants »Der Aufenthalt« werden in der Schule gelesen. Dennoch gibt es heute im Leseland DDR Skinheads, Gruppen faschistischer Jugendlicher. Wo liegen die Ursachen? Ist es politische Unterernährung oder vielleicht sogar Überfütterung?

Höpcke: Das mag manchmal eine Rolle spielen, und es kommt bei einigen hinzu, daß sie andere Probleme in ihrem Leben nicht zu packen vermögen und dann auf verderbliche Aktivitäten in diesen Gruppen ausweichen. Aber auch manche

Signale, die aus Ihrem Land kommen, können von einigen primitiven Leuten, die es ja überall gibt, nicht genügend verarbeitet werden. Ich finde es jedoch vor allem sehr aufschlußreich, wie viele Jugendliche sich bei uns augenblicklich gerade anläßlich des Gedenkens an die faschistische Pogromnacht für die genauen Vorgänge in der Zeit des Faschismus interessieren. Ich setze darauf, daß sich das multipliziert, daß die aktiv Interessierten ihr Wissen in Diskussionen mit ihren Altersgenossen weitertragen. Ich hoffe, daß so mehr Erkenntnis gewonnen wird, auch über das Verhalten von Angehörigen, der Eltern oder der Großeltern, und Rückschlüsse für das eigene Verhalten gezogen werden. Ich meine, daß in der Gesellschaft, gerade auch durch die Vorgänge, die Sie erwähnen, viele mobilisiert worden sind, auf der Hut zu sein, damit sich nicht durch Nachlässigkeit etwas ausbreiten kann, was für die geistige Existenz unseres Volkes sehr gefährlich wäre.

Ich halte es für sehr gut, daß die antifaschistische Thematik ein ständig wiederkehrendes Thema in unserer Literatur ist. In neuerer Zeit sehe ich dafür als Beispiele Günther Rückers Erzählung »Hilde, das Dienstmädchen« oder den jetzt verfilmten Roman von Hedda Zinner »Arrangement mit dem Tod«.

KONKRET: Auf dem X. Schriftstellerkongreß der DDR im November 1987 hat die Autorin Irina Liebmann die Gründung eines Verlages der Autoren vorgeschlagen. Ist so etwas in der DDR machbar?

Höpcke: Irina Liebmann hat damals davon gesprochen, ein Theater der Autoren zu gründen und hat vielleicht gedacht, daß dies mit einer Idee eines Verlages der Autoren korrespondiert. Wir haben in diesen Diskussionen bereits vor dem Schriftstellerkongreß zu dem Konsens gefunden, daß es besser ist, dafür zu sorgen, daß an allen Theatern mehr Gegenwartsstücke aus der Feder von DDR-Schriftstellern gespielt werden, als nur eines zu schaffen, auf das die anderen dann verweisen könnten.

Was die Verlage angeht, wissen Sie vielleicht nicht, in welchem Maße alle unsere Verlage Verlage der Autoren sind. Wir haben ein System von Beiräten bei den Verlagen, denen Autoren angehören. Ich gehe jedes Jahr mit sämtlichen Plänen der Verlage ins Präsidium des Schriftstellerverbandes und breite dort aus, welche Titel in welcher Auflagenhöhe für das nächste Jahr geplant sind. Ich möchte wissen, wie man das noch steigern könnte?

KONKRET: Was bedeutet sozialistischer Realismus heute in der Literatur der DDR?

Höpcke: Ich möchte zunächst sagen, daß es Leute in der DDR gibt, die den Begriff 'sozialistischer Realismus' nicht gern in den Mund nehmen oder aufs Papier bringen. Ich hingegen halte es für sinnvoll, sich über Entwicklungen in der Literatur auch begrifflich Klarheit zu verschaffen. Wenn man diesen Begriff von bestimmten verengten Vorstellungen befreit, lohnt es sich sehr wohl, von sozialistischem Realismus zu sprechen. Dazu gehört die Frage: Trägt ein Werk der Literatur dazu bei, im Leser das Gefühl zu stärken, daß die Welt erkennbar ist, oder wird im Leser die Auffassung genährt, er könne sich bemühen, wie er wolle, letztlich sei alles undurchschaubar? Damit hängt eng zusammen, wie komplizierte Situationen in der Welt von heute verarbeitet werden. Neben Siegen gibt es Niederlagen, neben Fortschritten Rückschläge, etwa die Pinochet-Herrschaft in Chile. Ein sozialistisch-realistischer Schriftsteller wird nichts von all diesen komplizierten Entwicklungen leugnen, aber auch sagen, wie die Menschheit fähig ist, zu höheren Existenzweisen fortzuschreiten, statt daß er alle Entwicklung nur als ewigen Kreislauf des Absurden wahrnimmt.

Sozialistischer Realismus geht von der von Brecht postulierten Meisterungsmöglichkeit des Lebens durch die Gesellschaft aus. Eine andere Richtung sagt in vielen, auch nicht unbedeutenden Werken der Literatur, daß der Mensch letzten Endes ohnmächtig in die Verhältnisse geworfen sei. Die Feststellung solcher Unterschiede hat nichts mit Scheuklappen zu tun, sondern mit der Begründung unseres Selbstverständnisses und unserer Tradition von Literatur, unseres Suchens nach Gesetzmäßigkeiten künstlerischer Entwicklung. Die schönste Definition von sozialistischem Realismus hat Maxim Gorki geliefert, indem er sagte, die neue sozialistische Literatur solle im Leser ein revolutionäres Verhältnis zur Wirklichkeit erwecken, ein Verhältnis ihrer praktischen Veränderung.

KONKRET: Vor Literaturwissenschaftlern aus der DDR und der Sowjetunion forderten Sie kürzlich, »die Weltenwende von 1917 weiterzuführen« und sprachen von »qualitativ Neuem in der sowjetischen Literatur«. Was davon werden DDR-Verlage in Übersetzungen veröffentlichen?

Höpcke: Im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion wird meiner Meinung nach mit Recht davon gesprochen, daß in der sowjetischen Literatur Werke nicht nur emotional, sondern auch philosophisch zur Vorbereitung der Umgestaltung beigetragen haben. Im Umfeld des 27. Parteitages der KPdSU wurden da vor allem Tschingis Aitmatows »Die Richtstatt«, Valentin Rasputins »Der Brand« und Viktor Astafjews »Der traurige Detektiv« genannt. Alle diese Bücher sind in der DDR in Übersetzung erschienen. In Vorbereitung sind nachgelassene Werke von Tendrjakow und Trifonow. Ich kann mit Genugtuung sagen, daß es eine vierbändige, sehr weit an die Vollständigkeit heranreichende Ausgabe der Werke von Trifonow in der DDR etwas zeitiger gab als im Ursprungsland. Es wird an der Übersetzung von Pristawkins sehr bewegender Geschichte über die Umsiedlung von Kindern beim Beginn des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion gearbeitet. Übersetzt wird auch Dudinzews »Die weißen Gewänder«, die Auseinandersetzung mit dem Scharlatan Lyssenko. In Vorbereitung ist bei uns auch der Roman »Die Ernennung« von Alexander Bek. So wie wir es uns in Jahrzehnten angewöhnt haben, so ist es auch jetzt, daß wir die bedeutenden neuen

Werke der sowjetischen Literatur unseren Lesern in dichter zeitlicher Nähe zum Erscheinen des Originals vorstellen. Wie ebenfalls gewohnt, treffen dabei unsere Verlage eine Auswahl. Sie richtet sich nach geistigen Bedürfnissen, die sich aus der gesellschaftspolitischen und literarischen Situation bei uns ergeben.

KONKRET: Ein lebhaft diskutiertes Thema auf dem X. Schriftstellerkongreß der DDR war auch die Haltung gegenüber Autoren, die nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen wurden und von denen einige derzeit als DDR-Bürger mit einem langfristigen Visum im Westen leben. War die damalige Auseinandersetzung vermeidbar, und ist etwa für Thomas Brasch und Jurek Becker heute Platz in der DDR-Literatur?

Höpcke: Ob die Auseinandersetzung damals vermeidbar war, daran habe ich beträchtliche Zweifel. Wenn ich mich recht erinnere, wie sie verursacht wurde und geführt worden ist, kann ich zu einigen Erscheinungen sagen, daß hier diese und jene Partner hätten klüger sein können – hinterher ist man immer klüger. Aber insgesamt war es wahrscheinlich eine nicht vermeidbare Auseinandersetzung .

Hermann Kant hat auf dem Kongreß eine weitherzige Geste gemacht. Die Tore des Schriftstellerverbandes sind offen, und es gehören immer zwei dazu, einer, der sie öffnet und einer, der hineingeht. Ich bin zuversichtlich, daß ohne eine große Aktion doch einige Autoren ihre Verhältnisse mit dem Verband auf eine andere Grundlage stellen werden. Aber das ist eine Sache des Schriftstellerverbandes .

Wir haben von Jurek Becker auch während seiner zeitweiligen Abwesenheit Bücher veröffentlicht. Deshalb war ein überregionaler Fernsehsender der Bundesrepublik nicht übermäßig gut beraten, als er anläßlich der Eröffnung der BRD-Buchausstellung in der Stadtbibliothek von Berlin (DDR) die Kamera auf das Buch »Bronsteins Kinder« von Jurek Becker hielt und durch den gesprochenen Text die Vermutung nährte, auch das dürfe hier nicht erscheinen: Die kundigen Leute jedenfalls wissen, daß es bei uns im Hinstorff-Verlag erschienen ist. Wir betreiben die Politik, daß für die Veröffentlichung das Manuskript entscheidend ist. Unsere Verlage fragen Autoren nicht, ob sie Mitglied des Schriftstellerverbandes sind. Wenn ein Manuskript literarische Qualität hat, wird es gedruckt. So wird das auch mit den neuen Arbeiten von Thomas Brasch sein.

Apropos Drucken und Nichtdrucken: Die »FAZ« ließ in ihrer Ausgabe vom 20. Dezember 1988 die Lüge aufwärmen, Stefan Heyms Werk sei »nahezu ausschließlich in westdeutschen Verlagen erschienen«, während in Wahrheit in der DDR 18 Buchausgaben von Werken Stefan Heyms veröffentlicht wurden, darunter einige in mehreren Nachauflagen, so daß seine literarischen Auflagen hier in mehr als einer Million Exemplaren herausgekommen sind. Da ich anläßlich eines anderen Beispiels – der verlogenen Berichterstattung der Münchener »FAZ«-Korrespondentin über meinen Vortrag in der Reihe »Reden über das eigene Land« – aus der »FAZ«-Hauptredaktion erfahren habe, daß die Möglichkeiten der dort tätigen Herren, Lügen ihrer Regionalberichterstatter(innen) von der »Zentrale« her zu korrigieren, nicht überschätzt werden dürfen, könnten Sie vielleicht dieses Apropos in unser Interview aufnehmen. So wird wenigstens an einer Stelle der BRD-Medienlandschaft gesagt, wie es in dieser Sache konkret aussieht.*

Im Laufe der Zeit habe ich einige in BRD-Medien leitend tätige Persönlichkeiten kennengelernt, die ich für ihr Bemühen um Aufgeschlossenheit schätze. Dadurch bin ich davor gefeit, aus ungünstigen Erlebnissen übereilte und übertriebene Folgerungen abzuleiten. Doch bei aller Aufgeschlossenheit meinerseits, aus neuen Tatsachen neue Schlüsse zu ziehen, muß ich nüchtern genug sein, auch zur Kenntnis zu nehmen, wenn Tatsachen erneut schon für überaltert gehaltene Urteile zementierend bekräftigen. So ist es in diesem Fall: Bei einem Teil der großbürgerlichen Presse der BRD handelt man ungeniert nach der Devise: Voreingenommenheit geht vor Recherche.

KONKRET: Vor wenigen Wochen hat in der DDR erstmals eine Ausstellung von Büchern bundesdeutscher Verlage stattgefunden. Der Vorsitzende des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels kündigte das Ereignis mit der Bemerkung an, es gäbe nun bald »erstmals eine Ausstellung deutscher Bücher in der DDR«. Andererseits wird in Funk, Fernsehen und Feuilleton der BRD immer wieder die Einheit einer gesamtdeutschen Literatur und Kultur beschworen. Kann sich die DDR-Literatur dem bundesdeutschen Heim-ins-Reich-Charme noch entziehen?

Höpcke : Die von Ihnen zitierte Formulierung »erstmals eine Ausstellung deutscher Bücher in der DDR« betrachte ich, wenn sie denn so gesagt worden sein sollte, als einen Ausrutscher. Deswegen gleich zum Kern Ihrer Frage: Im Zusammenhang mit den ökonomischen und sozialen Veränderungen in beiden deutschen Staaten und den unterschiedlichen politischen Verhältnissen und außenpolitischen Bindungen hat sich schon Ende der sechziger Jahre immer mehr eine eigenständige sozialistische Literatur in der DDR herausgebildet. Das ist seinerzeit sogar Thema in Promotionsarbeiten in der BRD gewesen. Dann hat man im Zusammenhang mit politischen Ambitionen diese Einsichten wieder zurückgedrängt. Inzwischen ist es in der internationalen Germanistik bis in die USA hinein eine selbstverständliche Prämisse, davon auszugehen, daß es eine eigenständige DDR-Literatur gibt. Der Versuch, zwei Literaturen, die sich in wesentlichen Charakteristika unterscheiden, als eine darzustellen, ist inzwischen so überholt, daß besonderer rhetorischer Aufwand zur Widerlegung nicht mehr nötig ist.

KONKRET: Im Westen ist häufig die Klage zu hören, die DDR veröffentliche zuwenig westliche Literatur und sperre sich damit gegen einen wahren Kulturaustausch. Auf der KSZE-Kulturkonferenz in Budapest 1985 hat der »FAZ«-Redakteur Günther Gillessen diesen Vorwurf sehr massiv vorgetragen.

Höpcke: Der Herr, den Sie erwähnen, hatte sich dort nur als »ein Leser von Büchern« vorgestellt. Ich habe dann dazu beigetragen, dem Gremium des Forums die ergänzende Information zu geben, daß er nicht nur ein Leser, sondern auch ein Schreiber ist. Vier Wochen vor seinem Auftritt auf dem Budapester Kulturforum hatte Gillessen in einem Leitartikel der »FAZ« am 5. Oktober 1985 geschrieben, man werde mit »Druck ausprobieren müssen, wo die Grenze dessen verläuft, was den kommunistischen Regimen an freiem Austausch zugemutet werden kann«. Dem Herrn war es offensichtlich unangenehm, mit seinem eigenen Text konfrontiert zu werden, denn der Vorwurf, den Sie erwähnen, steht in völligem Gegensatz zu allen Fakten, die zu diesem Thema zu besprechen sind. Die Austauschverhältnisse zwischen uns und der Bundesrepublik sind der Zahl der Lizenzen nach einigermaßen ausgeglichen. Nur veröffentlichen wir bei einer Lizenzausgabe von Literatur aus der Bundesrepublik in aller Regel unverhältnismäßig größere Auflagen als es umgekehrt in der Bundesrepublik geschieht, obwohl Ihr Land eine mehrfach so große Bevölkerung hat. Und im Sortimentsbuchhandel haben wir für 2,2 Millionen Mark mehr Bücher und Zeitschriften aus der BRD bezogen als umgekehrt. Was andere westliche Länder angeht, USA, Frankreich, Italien, da ist die Relation im allgemeinen so, daß unsere Partner auf 5 oder 4 Lizenzen, die wir von Ihnen erwerben, eine Lizenz von uns erwerben. Wir haben also einen eindeutigen Vorsprung an Übernahme literarischer und wissenschaftlicher Werke aus nichtsozialistischen Ländern. Jedes siebente in der DDR verlegte Buch ist gegenwärtig ein Werk aus dem Ausland, in der Belletristik sogar jedes dritte.

Nachdem wir diese Tatsachen auf dem KSZE-Kulturforum zur Diskussion gestellt hatten, baten uns Vertreter einiger kapitalistischer Länder, wir mögen nicht einer »mechanischen, schematischen, bloß quantitativen« Reziprozität das Wort reden. Solche Ausdrücke sind das Defensiv-Vokabular der Apologeten der Unausgewogenheit im Literaturaustausch. Besonders unerfreulich ist, daß wir solche grotesken Vorhaltungen auch von Vertretern eines Landes zu hören bekamen, in dem nach Statistiken der internationalen Bibliotheksvereinigung 27 Millionen Menschen »funktionelle Analphabeten« sind und ihnen somit das Menschenrecht auf Kultur und Literatur vorenthalten wird – den USA.

Es erweist sich insgesamt, daß die sozialistischen Länder unerhört viel offener sind für die Werte der anderen Seite als umgekehrt.

* Nach Redaktionsschluß erfuhr unser Interview-Partner, daß seitens der Herausgeber der »FAZ« die Untersuchung dieses Vorgangs nun doch veranlaßt wurde.

konkret 03/89, S. 70

Peter Körte

Stammtisch auf Sendung

In seinem neuen Film »Talk Radio« führt Oliver Stone die letzte Errungenschaft der US-Medien vor: den »Schock-Rundfunk«, der Rassisten, Perversen und Verzweifelten Gelegenheit gibt, sich einmal gründlich auszukotzen

Wo Oliver Stone seine Filme inszeniert, herrscht Krieg: In Vietnam (»Platoon«), El Salvador (»Salvador«), an der New Yorker Börse (»Wall Street«) und nun auch im Radio. Stones neuer Film »Talk Radio« zeigt eine Rundfunkstation in Dallas als moderne Kommandozentrale. Der Blitzkrieg auf den Ätherwellen wird von Psychopathen mit Mikrophon, Telefon und Worten im Stakkato-Rhythmus geführt. Er nennt sich »Schock-Rundfunk« und ist die letzte Errungenschaft der US-Medien, ersonnen, um absackende Einschaltquoten wieder in die Höhe zu treiben. Markenzeichen von »shock-radio« ist der »tabulose« Dialog über Religion, Politik und Sex, angeheizt von »shockjocks«, gegen die sich die »Open house«-Moderatoren der hiesigen Privatradios wie dezente Kaminplauderer ausnehmen.

Das Drehbuch zu »Talk Radio« entstand nach dem gleichnamigen Stück von Eric Bogosian (der auch die Hauptrolle spielt) und Tad Savinar, das in New York große Bühnen-Erfolge feierte. Dazu hat Stone Teile der Geschichte von Alan Berg, dem Moderator einer Radio-Talkshow in Denver, in sein Skript eingearbeitet. Berg hatte unter anderem am Yom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, seine Hörer aufgefordert kundzutun, was sie an Juden störe. 1984 fiel er dem Attentat eines amerikanischen Neonazis zum Opfer.

Die Hauptfigur in Stones aggressivem Kammerspiel ist der jüdische Moderator Barry Champlain, Star des Lokalsenders KGAB in Dallas. In Champlains Sendung »Nighttalk« schlägt die Stunde der Antisemiten, Rassisten, Perversen und Verzweifelten, die sich nach Herzenslust auskotzen dürfen. Wenn Barry am Mikrophon sitzt, geht das gesunde Volksempfinden auf Sendung. Oder, wie »Time-Magazine« ein wenig feinsinniger textete: Bogosian sei ein »Medizinmann, der die Seelen seiner Hörer am gemeinschaftlichen Lagerfeuer zum Lodern bringt«. In »Nighttalk« ist alles erlaubt, und Barry höhnt und hetzt, heuchelt und spottet, ätzt und beschimpft, würgt die Anrufer ab und entlockt ihnen ihre Ressentiments. Eric Bogosian spielt diesen zynischen Vollprofi, der das double bind-Verhältnis, die Haßliebe zwischen Hörer und Moderator zur großen Show macht, mit einer Power und Drastik, wie man sie in amerikanischen Filmen lange nicht mehr gesehen hat.

Der Studioraum ist gebaut wie ein Gefängnis, wie eine Zelle mit Fenstern. Zwei Köpfe scheinen aus einem Rumpf zu wachsen, wenn Barry sich mit dem Tontechniker nebenan per Handzeichen verständigt. Personen verschwimmen wie in Alptraumbildern mit der Skyline von Dallas, die durchs Fenster schimmert, Gesichter tauchen nebeneinander auf wie im Split-Screen-Verfahren, das Stone in »Wall Street« bis zum Überdruß einsetzte. Die Kamera ist in pausenloser Bewegung, zeigt den Raum und die verschiedenen Spiegeleffekte aus immer neuen Blickwinkeln. Die klaustrophobischen Zustände, die diese Bilder auslösen, sind die genaue Entsprechung zur kollektiven Enthemmung von Sender und Empfänger. Und der dauernde Wechsel der Perspektiven und die ruhelose Kamera sind in diesem Fall nicht der oftmals praktizierte Versuch, einer Theateradaption den Anschein eines Films zu verleihen, sondern ein bestechendes dramaturgisches Mittel, von dem Stone allerdings mitunter allzu ausgiebigen Gebrauch gemacht hat. Komplettiert wird dieses Szenario einer geschlossenen Anstalt durch die Stimmen der Anrufer, die kreischen, raunen und drohend aus dem Mikrophon kriechen, um sich als gespenstische Halleffekte auf dem Studioflur fortzusetzen, wie in den Halluzinationen eines Psychopathen. Und irgendwo leuchtet über dem Geschehen die Pepsi-Reklame so friedlich wie der Mond über Dallas. Nicht zufällig ist der Film dort am schwächsten, wo er die Studiowelt verläßt. In einer Rückblende erscheint Barry als langmähniger Hippie und Verkäufer im Herrenbekleidungsgeschäft. Einem stadtbekannten Radiomoderator dient er einen Anzug an und wird ins Studio eingeladen, wo er seine erste Ein-Mann-Show abzieht, zur Verärgerung des biederen Moderators, zum Entzücken des Studiochefs, der Barry gleich engagiert. Die Szenen sind hier ebenso einfallslos aneinandergereiht wie beim kurzen Blick in die Wohnung des »shockjocks« – überflüssige Konzessionen und Ausflüge in die »Außenwelt«, wo es ein paar zusätzliche Dialoge auch getan hätten.

Barrys ausschließliche Existenzform ist die des gefragten Medienstars, dessen überdimensionales Foto im Foyer ein Bediensteter sorgfältig abstaubt. Mr.Dietz, ein Abgesandter von Metrowave Broadcast, will »Nighttalk« zur landesweiten Ausstrahlung durch 400 Stationen ankaufen. Barry befürchtet, einen Maulkorb verpaßt zu bekommen, und dreht vor den Augen von Dietz auf, inszeniert seine Verärgerung als Medienereignis. Er hält dem Neonazi Chet einen schneidenden Vortrag über Konzentrationslager und »Arbeit macht frei« (in der Originalfassung deutsch). Er lauscht dem Fixer Kent, dessen Freundin nicht aus dem Drogenrausch aufwachen will. Und er öffnet ein Päckchen mit einer toten Ratte, die in eine Hakenkreuzfahne eingewickelt ist. »Nur ein toter Jude ist ein guter Jude«, steht in ungelenken Buchstaben auf einem Zettel. »Denkt dran, Knüppel und Steine mögen euch die Knochen brechen, aber Worte verursachen bleibenden Schaden«, knallt Barry seinen Hörern um die Ohren, die Hakenkreuzfahne über die Schultern gelegt.

Als die geplante »coast to coast«Premiere verschoben wird, ist das nur ein zusätzlicher Kick für Champlain. Er spricht endlos lange mit einem Vergewaltiger, der sein nächstes Opfer schon ausgewählt hat, und lädt gegen alle Widerstände den Fixer Kent ins Studio ein: Ein Medien-Zombie, dessen Geschichte vom Drogentod der Freundin gefaked war, der erst schweigt, dann stammelt und seine Mimik zu einem irren Lachen verbiegt. Der Talk-Star trifft den idealen Hörer und begegnet sich zugleich selbst im Zerrspiegel. Die Kamera springt im ansonsten sparsam eingesetzten Schuß-Gegenschuß-Verfahren zwischen Barrys unruhigen Blicken und dem Ausgeflippten, der plötzlich eine Show abzuziehen beginnt wie Barry bei seinem Radiodebüt. Michael Wincott, der Darsteller des Kent, schafft es als einziger, der Ein-Mann-Show Bogosians für ein paar Minuten etwas entgegenzusetzen. Ob Leslie Hope als Laura, Champlains Produzentin und Bettgenossin, Ellen Greene in der Rolle von Barrys Ex-Frau Ellen oder John McGinley als Toningenieur Stu, sie alle sind nur Stichwortgeber für den nächsten Auftritt Bogosians. »Hit me«, fordert Barry immer wieder mit dem Gestus des Unverwundbaren. Ein Telefonat mit seiner Ex-Frau Ellen, die auf seine Bitte hin angereist ist, bringt ihn auf Hochtouren. Als Sherryl Ann meldet sie sich aus dem Nebenraum an und erzählt die Geschichte einer Frau, die ihren Ex-Mann immer noch liebt. Barry läßt sie kommen, um sie dann brutal zurückzustoßen. »Es gibt nichts Langweiligeres als Leute, die dich lieben«. Dann setzt er zu seinem furiosen Schlußmonolog an: »Ich prangere das System an und befürworte es doch gleichzeitig. Und ich schere mich einen Dreck um euch oder die Welt.« Seine Selbstbezichtigungen gehen nahtlos in eine rasende Publikumsbeschimpfung über. Sie bleibt so beliebig wie jede andere Provokation.

Mr.Dietz findet es »great«, er kauft, und Barry sitzt da wie einer, der die Maske abreißen will und feststellen muß, daß es nichts mehr abzureißen gibt. So sehr er zappelt, tobt und flucht, die Studiowelt ist so »eindimensional«, wie es sich Herbert Marcuse kaum hätte träumen lassen. Was einen nicht umbringt, dient der Unterhaltung. Unaufhörlich und ohne Schnitt kreist die Kamera während dieser Szene um den tobenden Barry, in einer Einstellung, die geradezu Schwindelgefühle erzeugt, und schließlich in eine lange Nahaufnahme seines reglosen Gesichtes übergeht. So nah die Kamera dem Gesicht auch kommt, der Film gibt die Distanz zu seinem Protagonisten nicht auf, der in diesem Moment dunkel zu ahnen scheint, daß sein persönlichster Auftritt zugleich seine beste Rolle war.

Der Rest der Handlung ist dann konventionelles Action-Kino. Auf dem Parkplatz, ins gewohnte stählerne Blau getaucht, verabschiedet Barry sich von Laura. Und Stone kann es sich nicht verkneifen, das Bild eines Mannes, der wartend in einem Wagen sitzt, dazwischenzuschneiden. Der Film hat seine ästhetischen Mittel längst ausgereizt, als der Namenlose mit aufgedunsenem Gesicht, weißem Hemd und Cowboybinder um ein Autogramm bittet. Die anschließende Mordsequenz erscheint als der ebenso angestrengte wie untaugliche Versuch, das Tempo nach Barrys Monolog noch einmal zu steigern. Nach dem ersten Schuß rast die Kamera in die Höhe, springt aus der Aufsicht wieder zur Mündung des Revolvers, um schließlich von oben zu zeigen, wie Barry in seinen Wagen fällt. Im harten, weißen Licht schimmert das Lenkrad wie ein Neonring über dem blutbesprenkelten Gesicht des Toten. Wieder steigt die Kamera nach oben, am Sendemast hinauf bis zur Spitze, wo einsam ein roter Scheinwerfer blinkt wie ein ewiges Licht. Der Nekrolog kann beginnen, und wie bei einer Sightseeingtour gleitet der Hubschrauber über das nächtliche Dallas. Zu Postkartenbildern, wie sie »Wall Street« serienweise fabrizierte, hört man die Stimmen von Barrys Freunden, Fans und Mitarbeitern.

»Talk Radio« ist, wie bislang alle Stone-Filme, eine Gratwanderung mit so manchem Ausrutscher. Dennoch ist er, vor allem dank Eric Bogosian, Oliver Stones bislang bester und konsequentester Film. Konsequent, weil die hehren Motive des Reagan-Kritikers Stone sich dieses Mal nicht im Drehbuch niedergeschlagen haben, weil die gut-böse Schablone aus »Wall Street« ausgedient hat, weil nicht wie in »Platoon« um Verständnis geworben wird. Zu befürchten ist nur, daß die deutsche Synchronisation dem Film einen Teil seiner aggressiven Wucht nimmt. Wer sollte schon Bogosians Part sprechen?

Oliver Stone hat derweil wieder den Kriegsschauplatz gewechselt. Er arbeitet an seinem zweiten Vietnam-Epos: »Born On The Fourth Of July«, nach dem Bestseller eines Vietnam-Veteranen. Er wird wieder abstürzen, vielleicht später, wahrscheinlich früher als in »Talk Radio«. Aber er wird, und ein paar Gründe dafür zeigt »Talk Radio«. Der Regisseur scheint es sogar zu ahnen: »Ich mache mir keine Illusionen über den Effekt, den wir erreichen können«, hat Stone einmal in einem Interview über seine Arbeit gesagt.

konkret 03/89, S. 72

Peter Krauß

Gloria lebt!

Vom Versehen. Vom Erinnern. Vom Nachsehen. Oder: eine kleine Korrespondenz mit Anhang, acht Jahre nach John Cassavetes' Film »Gloria«.

Lieber Herr Jenny,

das wird ein sonderlicher Brief, ich gebs zu. Gestern strahlte der HR John Cassavetes' Film »Gloria« aus. Ich habe ihn mir gern angesehen. Als der Film aus war, wollte ich noch ein bißchen bei Herrn Cassavetes verweilen, so suchte ich mir in meinem bescheidenen Archiv die Mappe von ihm heraus. Und da fällt mir als erstes Ihre Kritik aus dem »Spiegel« 39/1980 in die Hand, lustigerweise. Eine ganz saubere Kritik, zweifelsohne, nur der Schluß bei Ihnen über den Schluß im Film hat mir zu denken gegeben: Der kleine Junge, schreiben sie, läßt Gloria am Ende eine traumhafte Auferstehung gewähren. Hab ich also grad eben einen anderen Film gesehen? Ich frag mich wirklich, wie sie das gesehen haben wollen. Also schaltete ich den Fernseher erneut an und guckte mir per Video noch einmal den Schluß an. Ich fand jedoch keine Antwort. Cassavetes filmt die Szene auf dem Friedhof ganz real, ohne technischen Bruch, und dann haben wir Gloria ja auch nicht tot gesehen, sondern nur, wie sie im Fahrstuhl hinabgleitet und ihr die Gangster hinterherballern. Der eine läßt sich noch die durchschlagkräftigere Magnum aushändigen, aber man sieht die Kugeln deutlich am Dach des Fahrstuhls abprallen. Daß Gloria hier nicht zu Tode kommt, ist auch aus jener kleinen Szene zu schließen, in der man sie in den Fahrstuhl unten beim Pförtner einsteigen sieht und sich das Ding nach Betätigung der Tasten nicht von der Stelle rühren will. Gloria sagt sinngemäß: So ein Drecksding, kostet eine Million Dollar und funktioniert nicht. Jetzt frage ich Sie aber, welcher Aufzug eines Wohnhauses kostet eine Million Dollar? Doch wohl nur der eines Mafiosi-Bosses, also ein kugelsicherer Aufzug, mit schweren Metallplatten gepanzert. Und es gibt auch eine Erklärung, warum der Junge das Hotel verläßt, bevor Gloria zurückkommt. 3-1/2 Stunden soll er warten, machten beide aus. Wenn sie dann nicht wieder da wäre, solle er mit den Dollarscheinen in den Kniestrümpfen verschwinden. Als Gloria aus dem Hotelzimmer zum Treffen mit den Mafiosis aufbricht, sieht man den Jungen an einer Uhr mit seinem Finger den Zeit-Punkt ablesen. Drei Stunden, sagt er, ruckt drei Striche (von 9) vor auf 12, und eine halbe Stunde, sagt er, und hier geht er wieder eine halbe Stunde mit dem Finger zurück, ermittelt also für sich einen Zeitpunkt von 11 Uhr 30.

Nein, Gloria lebt, und der Film hat sein verdientes Happy-End.

Damit also belästige ich Sie nunmehr acht Jahre nach Ihrer Kritik, ist das nicht ein wenig sonderlich, sagen Sie selbst. Einen schönen Gruß, servus, Peter Krauß

Frankfurt, 30. Oktober 88

.

Lieber Herr Krauß, sehr herzlichen Dank für Ihren Brief zu »Gloria«. Er hat mich, wie Sie sich denken können, etwas ratlos gemacht, denn ich habe den Film seit 1980 nicht wieder gesehen. Ich erinnere mich gut, daß mir die Schlußszene auf dem Friedhof einiges Kopfzerbrechen gemacht hat. Die Unwahrscheinlichkeit der Wiederbegegnung an diesem Ort in diesem Augenblick, dazu Stilmittel, die es vorher im ganzen Film nicht gab (schwarz-weiß, slowmotion) und wohl auch die Idee, es sei logisch, daß Gloria für die Freiheit des Jungen mit ihrem Tod »bezahlen« muß – all das hat mich offenbar dazu veranlaßt, dieses Happy-End als irreal oder traumhaft zu charakterisieren. Und wenn mich nicht alles täuscht, haben damals auch andere Kritiker über die Ambivalenz dieses Endes auf ihre Weise gerätselt.

Nun habe ich, weil ich Ihnen doch endlich antworten wollte, in dem Cassavetes-Band des Hanser-Verlags nachgeschaut (den es damals noch nicht gab). Nun weiß ich also, daß Sie recht haben, und daß Cassavetes den Schluß durchaus real meint. Aber auch seine Äußerungen haben eine merkwürdige Ambivalenz und in der Filmbeschreibung von Peter W. Jansen (der das betreffende Interview kannte) werden ausdrücklich Zweifel an dieser Deutung angemeldet. Ich leg Ihnen Photokopien der Interview-Passage bei, die sich auf »Gloria« bezieht, und der Interpretation von Jansen. Es sind ja nicht unbedingt die schlechtesten Filme, die in einer leicht rätselhaften Mehrdeutigkeit enden.

Mit besten Grüßen, Ihr Urs Jenny

Hamburg, 21.11.88

.

»...Obwohl Cassavetes den Schluß des Films für optimistisch hält, obwohl er will, daß Gloria tatsächlich zu Phil zurückkehrt, zurückfindet, und die Tatsache, daß die letzte Einstellung Slow Motion, schwarzweiß ist und wie ein Traum erscheint, als Zufall oder Unfall ausgibt, sind Zweifel angezeigt. Sie sind freilich in der Sorglosigkeit begründet (also auch wieder unbegründet), mit der Cassavetes die äußere Logik von Handlungs- und Zeitkontinuum behandelt.

Da kommt (immer noch in Farbe) eine große schwarze Limousine in den Friedhof gefahren, in der Totalen sieht man eine schwarzgekleidete Frau aussteigen, die mit der Stimme von Gloria Phil zuruft, ob er denn nicht komme, seine Großmutter zu begrüßen. Umschnitt auf Schwarzweiß: Phil tanzt in Slow Motion rennend über die Gräber in die Arme Glorias, er zieht ihr den Hut und die Perücke vom Kopf.

Farbfilm und Schwarzweißfilm in dieser Anordnung: das sind Realität und Traum nach den eingeübten Spiel- und Sprachregeln des herkömmlichen Kinos. Doch »Gloria« kümmert sich auch sonst um die tradierte Syntax, um das ganze System der Notate und Konnotationen wenig. Immer wieder hat Gloria Phil geraten, das alles, den Mord an seiner Familie, die Flucht und die Verfolgung als Traum zu sehen. Warum soll der Traum in diesem Kinotraum nicht 'wirklich' sein? Doch das ist schon längst keine Frage mehr an Cassavetes und seine Filme. Das ist eine Frage an uns selbst.« Peter W. Jansen in »John Cassavetes«, Reihe Film 29, Hanser Verlag, München 1983.

»...Zu erwehren hat sie sich auf ihrer Flucht nicht nur den Angriffen des Syndikats, sondern auch der ungewollten und ungleichen Romanze zwischen ihr und Phil. In beiden Fällen bleibt sie schließlich die Unterlegene ...«. Jürgen Richter in der »FAZ« vom 1. Oktober 1980.

»...Geschichten müßte man erzählen können wie die Amerikaner, sagte Godard.... Und Cassavetes sagt, das Kino müsse sich anstrengen, so real wie möglich zu sein, weil es nur Zelluloid ist, sonst ließe sich der Zuschauer nicht einbeziehen.... Der Film ist eindeutig als Traum gedreht.« Frieda Grafe in »SZ«, 10.12.80.

»...Gloria schießt sich mehrfach den Weg frei, doch sie kann gegen das übermächtige System letztlich nicht ankommen. Ihr Widerstand ist nur eine Sache von Tagen«. Heiko R. Blum in der »Rheinischen Post« vom 4.10.80.

»...Mehr als einmal muß Gloria sich und Phil vor den Verfolgern freischießen, doch dann ist die Macht der Mafia doch größer, der Kampf ist aussichtslos....«. Heiko R. Blum in der »Rheinischen Post« vom 30.5.81.

»...Bilder von einer fast unendlichen Tiefe, die den Raum, den Gloria und der kleine Phil später zu Fuß, im Taxi, in der U-Bahn durcheilen, vorführen als Totalität. Und die gleichzeitig verweisen auf die Künstlichkeit des Folgenden – hierin korrespondierend mit der Schlußsequenz: wenn Gloria, die Verliererin (manchmal ist »Gloria« auch ein film noir) erschossen von ihren Freunden, die zu ihren Gegnern geworden waren, lebend wieder auftaucht auf einem Friedhof in Pittsburgh, dann wird die Schlußsequenz plötzlich schwarz-weiß, und Phil läuft auf sie zu in Zeitlupe. 'Es ist alles nur ein Traum' ....« Norbert Jochum in der »Zeit«, Oktober 80.

»...Sie haben die Familie des puertoricanischen Kindes ausgerottet, sie haßt den Jungen, der das Buch bei sich trägt, das die Mafia suchte, aber sie gibt ihn nicht heraus. So hetzt sie von Motels zu Bars, mit Subways und Taxis durch New York und Pittsburgh, immer auf der Flucht vor den Gangstern. Zuletzt merkt sie, daß deren Netz doch zu engmaschig ist, obwohl sie es mehrfach mit Waffengewalt zerrissen hat. Sie will einen Deal machen, geht in die Höhle des Löwen, zu einem Mafia-Boß, der einmal ihr Liebhaber war. Für die Übergabe des Buches möchte sie das Leben des kleinen Jungen erkaufen. Als sie bemerkt, daß das Geschäft so nicht läuft, opfert sie sich....« »FR«, 13.9.80.

»...Cassavetes hat daraus einen existentialistischen Thriller entwickelt (hart, im Staccato erzählt, mit pessimistischer Moral) und ein Märchen zugleich. Die Totalen, mit denen »Gloria« auf Abend und Morgen im glamourösen New York eröffnet, sind sein »Es war einmal«; darunter, dahinter erst setzt sich der Film auf die Spur zweier Menschen, denen er dann folgt, um im Traum (schwarzweiß) des »Und selbst, wenn sie gestorben sind« zu enden. (Im Bambi) F.F.« »FR«, 27.9.80.

Es gibt in GLORIA Zufälle, die nicht logisch sind. Gloria geht zum Beispiel los, um Frühstück einzukaufen, und sie wird von einem ihrer Verfolger entdeckt. War ihnen bewußt, daß Sie Kino-Tricks benutzten?

Ja, das war mir klar, daß dies eine romantische Version des Lebens wird, gegen die ich nichts einzuwenden habe. Fein. Eigentlich sind alle meine Filme romantische Versionen des Lebens. Einige sind nur ein bißchen komplizierter, das ist alles. Einige können das Interesse ein bißchen mehr fesseln, aber sie sind alle Fiktion. Und GLORIA war meiner Meinung nach als Drehbuch – das ist nicht die Meinung von Columbia, sondern meine, ein bißchen besser, vielleicht besser, vielleicht nicht besser als gewöhnliches Fernsehen. Aber behandelt und gespielt von sehr guten Leuten, die mehr daraus machen wollten, als es auch hätte sein können. Genas außergewöhnliche Darstellung und Interpretation ist schon den ganzen Film wert. Wenn man sich diesen Film objektiv ansieht, dann gibt es keinen Grund, ihn gemacht zu haben. Der einzige Grund ist das Geld – wirklich, es gab keinen anderen Grund ihn zu drehen.

Wie erklären Sie, daß der Film schwarz-weiß endet? Zuerst dachte ich, Gloria ist tot, das Schwarz-Weiß deutet die Phantasie des kleinen Jungen an. Beim zweitenmal sah ich einen sehr optimistischen Schluß. Wie sieht ihr Schluß aus.

Oh, ich finde, es ist ein optimistischer Schluß. Man kann doch keinen Jungen in so eine Geschichte nehmen, ihn soviel erleben lassen und dann die einzige Person, die ihn auf der Welt beschützen könnte, umbringen. Vielleicht geschieht es so im Leben, aber ich will nicht, daß es so geschieht. Und da ich der Autor bin, kann ich alles so verändern, wie ich das will.

Warum dann schwarz-weiß?

Das war eigentlich ein Zufall. Als wir den Film synchronisierten, mußte das Schlußstück noch bearbeitet werden, weil es da Slowmotion gab und außerdem den Abspann. Wir bekamen das Stück in schwarzweiß als Dup. Und ich sagte: »Das ist interessant.« Und ich glaube, John Veach, einer der Executives von Columbia, und fast alle anderen bei Columbia sagten: »O ja, wundervolle Idee.« Doch John Veach kam und sagte dann: »Ich hasse das. Ich hasse das wirklich, wenn ein Farbfilm plötzlich schwarz-weiß wird. Es scheint mir so dumm und offensichtlich, und ich liebe diesen Film.« Er liebte den Film wirklich – ich denke, daß es damit sein Film wird. Er mochte ihn wirklich. Und ich sagte: »Mir ist egal, wie es ist.« Und dann riefen sie mich an und sagten: »Okay. Einige Leute in Europa finden es gut so. Vielleicht können wir es in Europa schwarz-weiß lassen und bei uns hier vielleicht doch in Farbe.«

Interview von Christa Maerker mit John Cassavetes im Mai 1982 in L.A. Aus. »John Cassavetes«, Reihe Film 29, s.o.

konkret 03/89, S. 74

Eckhard Henscheid; Jens Thierfelder

Musikplaudertasche

Hans Blumenberg ersieht in der Existenz der Bachschen »Matthäuspassion«, wenn es denn überhaupt sowas gebe, einen »Gottesbeweis«.

Für den jungen Erich Kuby war die Matthäuspassion schon um 1950 des Teufels. Wo immer er in Deutschland auch hinkomme, überall dirigiere Eugen Jochum oder sonstwer die Matthäuspassion.

Wer hat recht? Es wird halt so sein, daß Blumenberg ein ins Theologische verwehter Dichter, Kuby aber, indem er die Schächer aus dem Tempel hauen möchte, ein Mann der strengsten Jesus-Nachfolge ist.

&

»Herbert Grönemeyers Lieder sind Berichte zur Lage der Nation in drei Minuten« (ARD-Jahresrückblick Unterhaltung '88). Aber der Erfinder des Satzes ist ihm da gewiß noch über. Der schafft einen solchen allerlei Gedanken vortäuschenden Instant-Blasenschaum zur Lage der damit minütlich vollgestopften Nation vermutlich im zweiten Anlauf in knapp 1 Minute. Um ihn in der nächsten sofort selber wieder zu vergessen.

&

»Im Sommer des Jahres 1988 gratulierten die Sponsoren eines Musikfestivals dem Dirigenten Leonard Bernstein mit einer ganzseitigen Zeitungsanzeige zum Geburtstag, in welcher der Anfang einer Komposition des Jubilars zusammen mit den Firmenlogos des damals größten Medienkonzerns der Welt, eines Automobilherstellers, einer Oberbekleidungsfirma und einer Luftlinie abgedruckt war; in der Komposition stand auch noch als Text 'The path of truth is plain and safe' (.. .) Zur selben Zeit pries der Generalintendant der Württembergischen Staatstheater (er war dazuhin Staatsrat im Kabinett eines 'High Tech & High Culture'-Freaks) die gebündelten Tausendmarkscheine der Sponsoren als 'Adrenalinspritzen' für die Kultur.«

(aus: Rüdiger Hipp, Mir brauchet koi Kunscht, mir brauchet Krombiera, 1988).

&

So schlecht = naziinfiziert ist weder die Fünfte von Beethoven noch die »deutsche Seele« (die gebar anderswo immerhin ein musikgeschichtlich erstaunliches gleichnamiges Oratorium des allerdings naziaffizierten Hans Pfitzner) noch gar die Kleine Nachtmusik, um als fixe Negativfolie und -reizvokabel für eins der letzten und allertörichtesten Theaterstücke des Thomas Bernhard herhalten zu müssen: »Vor dem Ruhestand – Eine Komödie von deutscher Seele« – wenn ich nicht seit fünfzehn Jahren zufällig genau wüßte, daß dieser Autor wirklich so steindumm ist, wie er sich von Jahr zu Jahr verschärft prostituiert, dann würde ich nur auf eine jüngste im Zuge der Dauerverarschungen des Bernhard/Peymann/Minetti-Publikums tippen; es ist wirklich nicht zu fassen noch mit Seufzern zu beschreiben, was in diesen Kreisen klag- und furchtlos durchgeht und bestaunt wird.

Schwere, pathetische, »deutsche« Musik gleich Nazimusik: Eine gewiß nicht gänzlich falsche, vor allem aber kreuzbillige Gleichung für alle Besserwisser, die es allzu genau aber nun auch wieder nicht wissen wollen. Ein umfangreiches, ein Buchthema gewiß – was aber nun schon gar nicht mehr angeht, ist die Sache mit der Kleinen Nachtmusik. Bernhard hat, wie von nichts, so natürlich auch keine Ahnung von den musikalischen Vorlieben und Perversitäten eines ehemaligen SS-Offiziers und heutigen Gerichtspräsidenten; ein anderer Österreicher aber hat's vorgemacht: was nämlich ein kulturgeschichtlich ausreichend situierter Österreicher von seiner Kleinen Nachtmusik zu halten hat: »Ja, heut spuil'n die Österreicha auf«, sang und krähte, sich selber Mut zu machen, vor dem historischen Match Deutschland – Österreich (2:3) Cordoba 1978 der österreichische Spitzensportreporter Eddie Finger nach der Melodie der Mozartschen Nachtmusik erschütternd ins Radiomikrophon, »ja, heut kriag'n die Deitsch'n eine 'nauf. Zscherscht kommt der Krankl, und dann der Schneckerl...«

Heiliggesprochen freilich wurde Fingers wunderbare, unvergeßliche und sozialgeschichtlich hellst strahlende Spitzenvulgarität erst durch einen zusätzlichen kleinen Geniestreich. Der Reporter Finger kündigte die Neuversion von Mozarts Serenade als die »der bekannten Oper« an.

So soll's sein.

&

»Best.Nr. CAL 30210 (Doppel LP, 34.95 DM): Joseph Haydn, Die sieben letzten Worte unseres Erlösers (Orchesterfassung); Solistenensemble Würzburg, Bertold Hummel; Luise Rinser spricht dazu Meditationen«.

An der Wurlitzer-Orgel: Rainer Candidus Barzel.

&

Warum der Bolero von Ravel auch von Anna zu einer entscheidenden Peripetie des vieldiskutierten »Anna«-Films getanzt wird, leuchtet ohne weiteres ein: Weil auch Katerina Witt diesen berühmten Höhepunkt aus Bizets »Carmen« so gern wie toll aufs Eis legt.

Schwieriger schon herauszukriegen, wieso, warum, weshalb eine merkwürdig banalisierte Form eben dieses Bolero als Hintergrundmusik für die TV-Aufklärungsspots »Gib Aids keine Chance« Verwendung findet. Wo ich doch von meinem alten Freund Lothar weiß, daß er, Mozarts »Dies irae« einmal ausgenommen, zu nichts so gerne rammelt als zu eben diesem Bolero.

Seltsam.

&

»N Schriftsteller soll nich allzu musikalisch sein; das verführt zu Dunst und Glanz« (Arno Schmidt, Abend mit Goldrand).

Der Politiker hingegen soll sich durch dauerhafte Vivaldi-Bedudelung zu eitel Dunst und Glanz verführen lassen, dabei aber möglichst unmusikalisch bleiben, sonst geht's gleichfalls schief (H. Kohl, Gesammelte Werke, B. 1).

&

Läßt man eine Oper, in welcher ausschließlich Männer agieren (Pfitzners »Palestrina«), gegen eine solche antreten, die ausschließlich von Frauen bestritten wird (Puccinis »Schwester Angelica«), dann steht es ohne Zweifel – 1:0 für die Frauen.

Nein, nicht wegen der schöneren Stimmen. Sondern ausschließlich wegen Giacomo Puccini, dem alten Frauenheld, ja Weiberhengst.

&

rtv-Tele-Wette: »Liebe rtv-Leser, wollen Sie Rock-Star Falco mal von einer ganz anderen Seite kennenlernen, dann schalten Sie am Samstag abend, 20.15 Uhr, das Erste ein. Jede Wette – Sie wissen nicht, welchen großen Komponisten Falco in einem Hit besungen hat. Ein kleiner Tip: Er wurde 1756 geboren. Sein Geburtshaus steht in Salzburg und der Song, mit dem Falco die Nr. I der USA-Hitparade wurde, geht los mit 'Rock me...' – und dann kommt einer der Vornamen des gesuchten Komponisten.«

Zur Hilfestellung über dem »Gewinn-Coupon« abgebildet sind drei bekannte Komponistenköpfe. Der erste könnte Ludwig Amadeus Bach, der dritte Johann Wolfgang Beethoven, der mittlere aber fast Hans Hölzel Gershwin als Karajan sein. Schön auf alle Fälle die abermalige Kontinuität österreichischer Weltherrschaft; schöner noch, wie pädagogisch und staatspolitisch vorbildlich auch noch die letzten Falco-Barbaren zur Räson der allgemeinen Bildungswut im Geiste Mozarts befördert werden: Tatata-taaa!

&

Groß ist Carl Millöckers Operette »Der Bettelstudent« in ihrer selbst Mozart nicht oder nur kaum unterschreitenden inneren Form, der des Schwebens, des Changierens, des Irisierens zwischen den festen, zuverlässigen und den angemaßten bzw. schon a priori kitschigen Gefühlen; groß ist ihr Parlando-Charme, groß ihre so gebenedeite wie manische Mazurkenseligkeit als oberste Religion; groß ist der trockene Witz der Musik wie ihres durchaus äquivalent kongenialen Librettos; groß ist das Werk schon ganz allein kraft der lapidaren Coolness jener gewaltigen Eisbombe, mit welcher die Gräfin-Mutter Palmatica Nowalska des vermeintlichen Bettelstudenten Symon kathartische Knallbombe pariert:

Symon: »Da Sie's ohnehin schon wissen, werd' ich wohl zugestehen müssen, daß ich Herzog Adam bin!«

Palmatica: »Dann ist Laura Herzogin!«

(Weil ich das Metier eine ziemlich kindliche Profession finde, empfehle ich hier, wie man weiß, im allgemeinen keine speziellen Werk-Einspielungen. In diesem Fall genehmige ich mir wieder mal eine hochverdiente Ausnahme, denn die 1968 entstandene LP/CD mit Rita Streich, Gedda u.a. wird in diesem Jahrhundert mit Sicherheit nicht mehr erreicht werden.)

&

Wer in Lam im Bayerischen Wald, im Winkel zur Tschechei hin, seine freien Wintertage verbringt, der entgeht zwar im Regelfall auch etlichen vertrauensbildend bärwurzstarken Kernnaturen nicht, vor allem aber nicht der ungescheuten Korruption. Es ist fürchterlich. Es ist fürchterlich, was den Gästen wie den Heimischen seriell und vor allem über die Jahreswende hinweg von den »Grenzwald-Buam« bis zur »Dimpfl-Stad'l-Musi«, vom »Osser-Trio« über die »Drachselrieder Grill-Musikanten« bis hin zur (nicht erfunden) »Bavaria-Sound-Show-Band« an musikalischem Entertainment an- und aufgeboten wird; Schauerlichstes, das nicht einmal mehr den Namen Afterfolklore, sondern,

angesiedelt zwischen Heino und Dr. Stoiber als Krainer Lärmmacher, nur noch den der allseitigen, nämlich auch gegen sich selbst rücksichtslos wütenden Verarschung verdient.

Fürchterlicher nur noch: daß eine langfristig und theoretisch immerhin denkbare Ersetzung dieses Dreckschleims, daß die »Rückbesinnung« aufs »Echte« und »Authentische« etwa im Geiste des Wastl Fanderl, des Kien Pauli oder auch der oberbayerischen 15köpfigen Well-Familie die Fürchterlichkeit nur noch vertiefen würde. Denn die wäre, vor dem Hintergrund des bodenlosen Milieus, des touristischen wie des heimischen, – ja noch viel verlogener.

Es gibt kein richtiges Leben im falschen? Gottseidank. So bleibt uns – wir leben eben doch in der meilleur des mondes – wenigstens das Allerfalscheste erspart.

&

Sofern man dem jetzt offenbar universell-omnipräsenten Fernseh-Yuppie Günther Jauch überhaupt irgendetwas glauben kann, dann soll das Oberpfälzische »Naabtal-Duo« mitsamt seinem »Volltreffer« (Jauch) »Patrona Bavariae« zu den Winnern, New-Comern und Top-Aufsteigern des Jahres 1988 zu rechnen sein.

Wenn ich gewußt hätte, in welche Verwandtschaft ich da gerate, hätte ich, der Oberpfälzer aus dem nahen Vilstal, meine gleichfalls stark bayerisch-katholisch inspirierte Novellenidylle »Maria Schnee« ja vielleicht doch nicht geschrieben. Aber noch vielleichter sind wir beide, Naab- und Vilstal, zusammen ja wirklich die Trendsetter vulgo die Wegbereiter der endgültigen Befriedung sprich Erlösung der nicht nur bayerischen Menschheit; im Verein mit Straußens vorverstorbener Witwe, versteht sich, und bei der Heiligsprechung der Naabtaler durch den greisen Marienexperten und Exbischof Graber krieg' auch ich mein Seligkeitsscherflein ab – weiß man's, was Gott so alles noch mit einem vorhat?

konkret 03/89, S. 76

Michael Scharang

Dank an die Randalierer

Meldung der Nachrichtenagentur AP: »Zu schweren Krawallen kam es am Donnerstagabend (2.2.89) in Wien, wo Tausende gegen den gleichzeitig stattfindenden Ball im Wiener Opernbaus protestierten. Es gab Verletzte und beträchtlichen Sachschaden«

Ob der Wiener Opernball seine Position als wichtigstes gesellschaftliches Ereignis des Jahres halten kann, ist ungewiß, da die Feierlichkeiten zur Eröffnung eines städtischen Klosetts noch bevorstehen. Gewiß hingegen ist, daß die Demonstration gegen diesen Ball ein zentrales politisches und kulturelles Ereignis war, das angesichts des ständigen Einerleis von politischen und kulturellen Mißständen nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Als jemand, der dieses Einerlei satt hat, danke ich den Demonstranten, insbesondere jenen, welche die Demonstration zu einem Ereignis gemacht haben. Sie werden von den Verursachern und Verteidigern der Mißstände Randalierer geheißen, ein Ehrenname seit dem.

Dem Ereignis ebenbürtig waren ein hervorragender Kommentar von Werner Vogt und ein aufklärender Bericht von Oliver Lehmann, beide erschienen im »Falter«. Niemand sonst, der ein couragiertes Wort gewagt hätte, zu verlockend müssen die Entrüstungsschreie der politischen und journalistischen Radaubrüder in den Ohren der sogenannten Gemäßigten gedröhnt haben, um sie nicht lustvoll fortzusetzen als völkisches Gebrüll von der Gemeinsamkeit aller Demokraten – das erst am Grab der Demokratie mit einem erleichterten Aufatmen enden wird.

»Weder Polizei noch Autonome«, schreibt Oliver Lehmann, »rechneten mit der Masse von nicht organisierten Jugendlichen, die mit einer derartigen Entschlossenheit in den Kampf gingen. Wohl hatte die Polizei mit Auseinandersetzungen gerechnet, doch daß ihr in Schlägereien erprobte 'kids' gegenüberstehen würden, war für den Einsatzleiter neu. Auch die Autonomen waren dadurch überfordert. Zum ersten Mal ereignete sich genau das, was Autonome immer angestrebt hatten: die autonome Massenmilitanz. Doch ohne sie.« Warum es so kam, weiß ich nicht, und fürs erste will ich es nicht wissen. Denn sogleich nach dem Hintergrund zu suchen, könnte einen das Naheliegende übersehen lassen: Daß es so kam, ist nicht verwunderlich.

Der Opernball ist ein Staatsball. Als würde der Staat nicht schon das Jahr über durch immer schlechter werdende Lebens- und Arbeitsbedingungen immer mehr Menschen vergrämen, glaubt er sich auch noch diese Ball-Provokation erlauben zu können. Doch hat er sich für diesmal geirrt. Wie sich auch jene überschlauen Schwachköpfe geirrt haben, die den Opernball nicht in Zusammenhang sehen wollen mit dem sonstigen staatlichen Unfug, sondern als ein gesellschaftliches Ritual, gegen das sich zu empören selbst zum Ritual geworden sei.

Heutzutage bedarf es nicht weitreichender Überlegungen, um ein Gegner des Staates zu sein, die bloße Selbstachtung gebietet es. Wer sie flieht, muß ein Übermaß an Selbstverleugnung aufbringen, um mit Herrschenden sympathisieren zu können, deren Aufgabe und Fähigkeit nur noch darin bestehen, sich legal und illegal zu bereichern. Heutzutage, da ein Großteil der österreichischen Bevölkerung finanziell verschuldet ist, braucht man niemandem die Augen zu öffnen über die Zustände, es genügt der Blick ins Portemonnaie, um zu sehen, daß dieser Staat auf sozialem Unrecht aufgebaut ist.

Das Gesindel, das davon profitiert, stößt darauf auf dem Opernball an; das strahlende Festtagsgesicht zeigt es aber erst, wenn es vor der Oper, wo der Unmut wächst, von seiner Ordnungsmacht chilenische Verhältnisse inszenieren läßt. Nennt man es deshalb Faschistengesindel, tippt man daneben; aber nicht weit.

Die Berichterstattung über die Demonstration war die Fortsetzung des Polizeieinsatzes mit noch schlimmeren Mitteln. Die Wut der Journalisten auf Randalierer übertrifft nämlich bei weitem die Wut der Polizisten. Diese wären ohne Randalierer zur Untätigkeit verdammt, wenn nicht brotlos; jene fühlen sich durch die Randalierer in Frage gestellt; denn Journalisten verstehen sich in erster Linie als Ordnungsfaktoren. Wenn sie zurückblicken auf eine jahrzehntelange, rastlose journalistische Darmtätigkeit, liegt wirklich der Schluß nahe, die Gehirne der Bevölkerung seien komplett und für immer zugeschissen. Und dann taucht ein aus unerklärlichen Gründen nicht erfaßter Rest auf und macht, was er will. Er kann nur ausländisch sein oder ausländisch gesteuert, lautet jene Art von richtiger Schlußfolgerung, die sich zwar am nächsten Tag als falsch erweist, doch nie dementiert wird.

Offenbar um nicht ebenfalls als Ausländer entlarvt und ins Inland abgeschoben zu werden, distanzierte sich der grüne Abgeordnete Pilz von der Demonstration, zu der er nicht aufgerufen und an der er nicht teilgenommen hatte. Werner Vogt fand als erster Worte für diese Glanzleistung: «Wer den sprachlosen Protest der Ausgeschlossenen als unpolitisch diffamiert, sitzt selbst schon auf dem Opernball.« Als Pilz sich auch noch zu der Behauptung verstieg, die Demonstranten gefährdeten das Demonstrationsrecht, war mir klar, daß er nach dem Ausscheiden seiner Fraktionskollegin Meisner-Blau deren Rolle einnehmen und sich als Meister der vorauseilenden Beschwichtigung etablieren möchte. Deshalb legte er auch die Regeln, die beim Betreten der bürgerlichen Öffentlichkeit gelten, strenger aus als nötig; es hätte genügt, Verstand und Anstand an der Garderobe abzugeben, es wäre nicht notwendig gewesen, sich ganz zu entblößen.

Konkret 03/89, S. 78

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Ohne Not, weil es ist je nicht 1919, und er ist auch kein Freicorpskiller, sondern Filmregisseur und Fernsehprogrammplauderer, schlägt so einer noch einmal zu. Sitzt am Schreibcomputer und schlägt Rosa Luxemburg, die Schulheldin, der mit dem Gewehrkolben Recht geschah, weswegen auch bei ihm kein Entsetzen darüber herrscht, daß lediglich zwei von über dreißig Sendern usw., schnell noch mal ein bißchen tot. Sitzt da und tippt mit gelangweilter Fresse die Räuberpistole von den Kommunisten, die im Jänner 19 von rasenden Lastkraftwagen herunter johlend in die Villen der Weddinger Ackerstraße hielten, und zwar wahllos. Tuts, und wurscht sind ihm die logischen Folgen von 1919, der Aufzug des Faschismus, Weltkrieg II, Auschwitz und zum Schluß die Demolierung und Teilung Deutschlands, von der er allerdings profitierte: Mit seinen Zonenfluchtfilmen. Es gibt keinen Nikolo, der so ein maliziöses Schreibmaschinengewehr in ein Faß mit Odel tunkt, und auch Verwünschungen sind bloß ein frommer Wunsch. TROTZALLEDEM! Diesem deutschen Schwarzaufweißgardisten der IV. Generation ein lichtes bewußtes Koma, und jeder Herzschlag tue ihm wohl wie der Kolbenschlag, der Rosa Luxemburg traf.

[Abdruck eines Artikels von Will Tremper in der »Welt am Sonntag« Nr. 3/89)

Sehr geehrte Jungens von der Spalte »Humorkritik« in der Zeitschrift »titanic«!

Bezugnehmend auf Euern Anwurf im Februarheft frage ich Euch: Schiß ich je vollrohr in die Auslage des Satiredelikatessenfachgeschäfts Haffmans? Schiß ich je auf Euern teuern Kurzprosalachs? Auf Eure edlen, in der Endreimsonne der Toskana oder an d en Hängen des Ambergs oder Lohrbergs gereiften Nonsense-Lagen? Auf Eure Canapees mit dem 1 a Schmunzelkäs, von denen in gewissen Kreisen das zungenschnalzerische Sagen geht, also das seien 1 a Schmunzelkäscanapees, die einem den Glauben an die Menschheit returnierten? Mischte ich mich je in Euer abgreifschlaues Tun? Ich mischte mich nicht, noch schiß ich rein. Denn ich, ein Handwerkerssohn, achte Andrer Machenschaften und respektiere die Konkurrenz und morde nicht ihren Ruf und kenne keinen Neid. Warum aber bin ich nett und weise, und warum schlagt Ihr Eure Zähne rattenhaft in meine Waden? Kabul wird niederkartätscht vom Coca Cola-Mittelalter, und das vergiftete Marktredwitz muß Krümel für Krümel durchs Sieb, Ihr aber prügelt mit (daß es die Laus graust) billigsten Wortkettchen (vier Winter auf dem Bau bei zehn unter Null und ohne Helm für das »bauernfängerische und zugleich oberstudienrätliche«, fünf Jahre Schreibverbot für das »schlecht-barockisch wie altbacken autoritative«, zehn Jahre Frauen-, Wein- und Klavierverbot für das »provinzlerisch platte und zugleich einengend falsche«) auf ein süßes kleines Frontispiz ein, das Euch nichts getan hat, und das Ihr, so ist Euch der Geifer der Vernichtung zu Kopfe gestiegen, daß Ihr alles berichterstatterische Gebot mißachtet, noch nicht einmal abbildet in Euerer Spalte, damit sich der Leser ein Bild mache, denn auf dem Titel ist ein Bild drauf, genialen vom Kollegen Kahl, aber das verschweigt Ihr, und Ihr treibts so toll und nehmt in Eurer blutigen »Titelkritik« den Untertitel, der doch Bestandteil des Titels, nicht zur Kenntnis, noch gebt ihr ihn zu derselben, und dann lügt Ihr auch noch, denn nicht 88 ist das Büchlein erschienen, sondern 87, seit März 88 aber, und auch das juckt und kratzt Euch nicht ein bissi, hat sichs mit Erscheinen, weils Büchl ist beschlagnahmt, hört hört, der Staatsschutz sitzt drauf mit mächtigem Arsche, aber das wißt Ihr ja alls nit, gell, Ihr tapfern Titelkritiker, welchen aber des Sensuses es ermangelt, ein klein wenig zu kapieren und zu respektieren, daß es Titel mit der Anmut einer windschiefen Scheune geben muß und Bücher, wos drinnen ausschaut, als ob der werte Autor kein Profi, sondern vielmehr von Sinnen ist, weil Profis bei Sinnen hats wie Kiesel in die Bäch, schaut nur rein, dann seht ihrs.

P.S.: Eben erreicht mich die Nachricht, daß die Menschlichkeit um 34 Punkte gefallen und daß mit Mietpreisstürmen sowie mit trendenzieller Verringerung der Lebenserwartung zu rechnen sei. Und ich denke an Euch Humorreglementöre und Titelkritiker und - vergebe Euch, denn Ihr wißt nicht, was Ihr da tut bzw. seid ganz schöne Racker. Und drum gibts zum Schlussi ein kathartisches Bussi.

Tomayers Titel

In Horst Tomayers Sammelband «Hirnverbranntes und Feinziseliertes« (Zinnober Verlag, 1988) steht Sehr gutes, Gutes und Ungutes, das besser un-wiederveröffentlicht geblieben wäre - mir hat die Lektüre, ja schon fast das Anfassen des Buchs ein anderer Fakt ziemlich verleidet, fast verunmöglicht: Der schon unglaublich danebene, nämlich provinzlerisch platte und zugleich einengend falsche, bauernfängerische und zugleich oberstudienrätliche, schlecht-barockische wie altbacken-autoritative, nämlich jede Kritik vorab zwangsverpflichtende Buchtitel; der selbst noch als Untertitel dumm gewesen wäre. Daß einem Profi wie Tomayer hier jedes Gespür versagt oder er sich vom Verlag ein derartiges Unding

aufschwätzen läßt: Man möcht's nimmer für möglich halten.

Die Deutschen und ihr Denkzettel

Der Denkzettel (bis auf 0,93 Prozent Papier und 0,07 Prozent Kugelschreiberspuren hundert Prozent reines Denken), den die Westberliner unlängst der CDU verpaßten, indem sie die Rüpelikaner wählten, erinnert ein bißchen an den Denkzettel, den die Deutschen einst Hitler-überbrieten. Der Führer, im Juli 1932 vom fetten Wählerzuspruch übersättigt, steckte in einer schweren Formkrise, brachte nazimäßig keine Leistung, kümmerte sich nicht um die rassistischen und antisemitischen Sorgen seiner Wähler. Diese murrten. Hitler indes hörte nicht zu. Er hing bei Wagners herum oder bei Hanfstaengels oder malte mit seinen geliebten Wasserfarben nach der Natur. Da, bei den Novemberwahlen 32, gaben ihm die Wähler schwer einen mit, indem sie Kommunisten und Sozialdemokraten wählten. Hitler begriff diesen Wink mit dem Zaunpfahl und legte sofort nicht nur einen Zahn Rassismus, Antisemitismus, Deutschlanderwache usw. zu. Der Erfolg stellte sich prompt am 30. Jänner 33 ein.

konkret 03/89, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Oh du himmlischer Pressedienst der Universität Hamburg:

Eine Gelegenheit zum Reflektieren bietet die Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg mit ihrem Workshop»Philosophie für Manager«. Führungskräfte, die die Politik ihres Unternehmens aktiv mitgestalten, können am 24. und 25. Februar in Worpswede... Die Teilnehmer/innen haben die Möglichkeit, zwei Philosophie-Professoren der Universität Hamburg zu hören und mit ihnen zu diskutieren.

Dialog beim Worpsweder Workshop: Herr Professor, wo ist hier die Gelegenheit, also ich müßte mal dringend reflektieren. –

Übern Flur, Herr Direktor, und dann immer der Nase nach bis zu der Tür mit der Aufschrift »Führungskräfte«. Panta rei auch!

Im Ernst, Michael Jürgs, muß das sein?:

Einst konnte man sich noch auf die Verteidigungslinie Genscher zurückziehen, wenn des deutschen Spießers Wundertüte Kohl mal wieder in einem Fettnapf herumtrampelte.

Das muß so? Weil man damit als Chefredakteur der Illustrierten »Stern« einen Sauhaufen Asche abzieht? Tja, dann muß das wohl.

Ich weiß ja, daß es komisch zugeht auf der Welt, aber daß der Grafiker Klaus Staeck immer als Mentor der »fortschrittlichen Kulturschaffenden« auftritt, treibt mich noch mal zum Neurologen:

Die Sozialdemokraten müssen ihre kulturellen Anstrengungen wesentlich verstärken, wenn sie das Vertrauen dieser wichtigen Multiplikatoren zurückgewinnen wollen. Es war ein guter Ansatz, die Kultur zum Thema des Münsteraner Parteitags zu machen. Bei der Umsetzung

des Ansatzes, die Kultur zum Thema zu machen

tritt jedoch noch ein deutlich sichtbares Defizit zutage.

Mehr sagt er nicht. Die kunstvolle Andeutung eines Widerspruchs zwischen dem guten Ansatz, die Kultur zum Thema zu machen, und dem Zutagetreten eines Defizits in Bezug auf die Umsetzung des Ansatzes muß genügen. Jedes weitere Wort wäre zuviel, denn es käme vielleicht heraus, daß in Münster zu wenige Plakate eines Heidelberger Plakatkünstlers ausgestellt und zu viele Musikanten eines Frankfurter Impresarios klampfen werden (oder geklampft haben, ich bin mit den Parteiterminen nicht so auf dem Laufenden), jenes Dr. Diether Dehm nämlich, der mit Staeck um die Rolle des kulturellen Chefberaters der Sozialdemokratie konkurriert und schmerzhaft spürbar der Verfasser eines Aufrufs »Anstoß zum neuen Denken '89« ist, in welchem der Satz steht:

Mit neuen Initiativen der Friedensbewegung werden wir die NATO-Alpträume vom Jäger 90, modernisierten Kurzstreckenwaffen und anderen tiefliegenden Wahnsinn verhindern.

Wenn man an den Worten führender Kulturschaffender auch nicht deuteln soll, wollen wir die NATO-Alpträume doch nicht als Alpträume lesen, welche die NATO plagen, sondern als Alpträume, welche die NATO verursacht. Umso bedenklicher ist es, daß Dehm und seine »Künstler in Aktion« versprechen, nicht etwa den Jäger 90, sondern bloß die Alpträume zu verhindern, die die NATO uns macht. Wie das eben bei der letzten Nachrüstung schon so prächtig geklappt hat: Zwar kamen die Raketen wie geplant, aber bei den Konzerten, die dagegen veranstaltet wurden, waren alle happy und von Alptraum keine Spur. Staeck würde sagen: Guter Ansatz mit deutlich sichtbarem Defizit beim Umsetzen bzw. Dislozieren.

Mit uns zieht die neue Zeit:

Zum Verzicht aufs geliebte Pfeifenrauchen konnte er sich nicht entscheiden – dafür will Björn Engholm aber für sieben Wochen jeglichem Genuß von Süßigkeiten entsagen. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident macht bei der evangelischen Fastenaktion »Sieben Wochen ohne...« mit, an der sich nach Angaben von Pastor Hinrich C. G. Westphal eine halbe Million Bürger beteiligen.

Das hätte Barschel nie getan.

Einer der auffälligsten Trottel unter der an dieser Spezies nicht armen deutschen Professorenschaft ist doch der Karl Kaiser, der seine Gemeinschaftskunde-Weisheiten mit einem Gestus abzuliefern pflegt, als habe er gerade den Faust fertiggestellt. Wenn er sagen will, daß die Amis sich freiwillig nicht aus Europa zurückziehen werden, macht er das so:

Und schließlich ist auch von den Vereinigten Staaten nicht zu erwarten, daß sie eine Haltung einnehmen, die der Aufgabe eines wesentlichen Teils ihrer Stellung als Weltmacht gleichkommt und die Büchse der Pandora europäischer Instabilität öffnet.

Dichter wie Goethe und Wedekind, aber auch einfache Schweinigel haben sich gefragt, welche Übel, »den Menschen zu stiften Not, Jammer und Plage«, Pandora aus ihrer Büchse gelassen habe. Auf »europäische Instabilität« ist keiner gekommen. Man sieht, wozu ein solcher Professor denn doch gut ist.

In der »Frankfurter Rundschau« berichtet der Karsten Plog, der auch schon auf die Rente zuschreibt, über die Herren Ebermann und Trampert:

Das plötzliche Schweigen der Altfundis

Er sollte sich die Dosierungsvorschriften auf der Tai-Ginseng-Packung noch mal durchlesen. Sonst setzt er sich noch den goldenen Schuß.

Alle waren wieder mal dafür: natürlich der Karsten Voigt und der Müller-Westernhagen, der Klaus Lage und der Conradi, der Werner Schneyder und der Hark Bohm, der von der Grün und der Cohn-Bendit, der André Heller und der Freimut Duve, aber doch auch der Venske, der Maeffert, der Piwitt, der Ebermann – und bloß ich war wieder mal dagegen, den Aufruf zu unterschreiben, der dann im »Stern« erscheinen sollte:

Männer bekennen: Wir waren an einer Abtreibung beteiligt. Wir sind genauso verantwortlich für Verhütung wie die Frauen. Wir sind mitverantwortlich für das gesellschaftliche Klima, in dem Frauen, die eine Schwangerschaft abbrechen wollen, eingeschüchtert, bedroht und verfolgt werden. Wir waren selbst an einer ungewollten Schwangerschaft beteiligt und haben die Entscheidung der Frau für eine Abtreibung respektiert und mitgetragen. Schafft den Paragraphen 218 ab!

Den Imperativsatz hätte ich ja unterschrieben – aber: »Wir waren selbst an einer ungewollten Schwangerschaft beteiligt und haben die Entscheidung der Frau für eine Abtreibung respektiert und mitgetragen«? Ist das nicht eine etwas zu euphemistische Darstellung des Problems, das Männer (und gar Männer unseres Milieus) mit ungewollten Schwangerschaften immer hatten und haben, und welches vorzüglich in der Frage besteht, wie sie ihre Freundin, Geliebte, Sekretärin zum erlösenden Eingriff überreden könnten? Ich jedenfalls erinnere mich sehr gut an häufige Dialoge der Art: Läßt sie's denn nun wegmachen? – Ja. – Mensch, da hast du ja noch mal Schwein gehabt. Seltener gehört: Will sie's abtreiben lassen? – Ja, und schweren Herzens werde ich es mittragen und respektieren. Aber bloß ein Remake des Titels von }971 (»Frauen bekennen: Wir haben abgetrieben«) hätte nicht hinreichend gefetzt und »Männer bekennen: Wir haben abgetrieben« den Charme der Hitler-Tagebücher gestreift. Andererseits: irgendwas mit »Männer bekennen« und »Abtreibung« würde es echt bringen, und die Promis fürs Titelbild kriegt man doch unter jeden irgendwie gutgemeinten Text, auch wenn er ein bißchen verlogen ist – zum Ausgleich dafür gibt's schließlich eine Abbildung des Bekennerkopfs in Millionenauflage. Ich weiß, ich bin ein fieser Möp. Aber ich verspreche, mich zu bessern und es noch ein Weilchen zu bleiben.